



BAND 8

Frankreich und Deutschland – Bilder über den Nachbarn in Zeiten der Krise

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

**FRANKREICH UND DEUTSCHLAND –
BILDER ÜBER DEN NACHBARN IN ZEITEN DER KRISE**

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZU EUROPA
BAND 8**

Frankreich und Deutschland – Bilder über den Nachbarn in Zeiten der Krise

**Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Deutschen
Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)**

Der vorliegende Sammelband ist in einer erweiterten Fassung im April 2016 unter dem Titel «Frankreich und Deutschland - Bilder, Stereotype, Spiegelungen» beim Nomos-Verlag in der Reihe DGAP-Schriften zur internationalen Politik erschienen.



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de> Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Frankreich und Deutschland – Bilder über den Nachbarn in Zeiten der Krise

Band 8 der Reihe zu Europa

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

Konzeption und Redaktion: Christine Pütz und Claire Demesmay unter Mitarbeit von Claudia Rothe
Buchlektorat: Dietmar Bartz

Gestaltung: feinkost Designnetzwerk, S. Langer (basierend auf Entwürfen von State Design)

Cover-Photo: © Christian Thiel/Ostkreuz (Foto.ID: 150519ct026)

Druck: Druckerei Arnold, Großbeeren

ISBN 978-3-86928-153-7

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Vorwort	7
Übersicht der Essays	9
EINLEITUNG	
Claire Demesmay und Christine Pütz	
Von Spiegeln und Zerrbildern. Zur Einführung	14
Jens Althoff	
Das Gras des Nachbarn ist immer grüner. Mit Madame de Staëls «De l'Allemagne» unterwegs in Paris	18
MOTIVE	
Christine Pütz	
Ewiger Hegemon versus politischer Zwerg. Leitmotive der Kritik an Deutschlands Rolle in Europa	24
Claire Demesmay	
Schüler mit Hausaufgaben – Frankreich in der politischen Debatte Deutschlands	35
BILDER	
Sébastien Vannier	
Merkel, Merkel, nochmals Merkel – Deutschland in der französischen Presse. Interview mit Odile Benyahia-Kouider	48
Sébastien Vannier	
Sex, Streik und die Angst, allein unter Franzosen zu sein – Frankreich in deutschen Zeitungen. Interview mit Sascha Lehnartz	52
Ursula E. Koch	
Das deutsch-französische «Paar» – Karikaturen als Spiegelbild der gegenseitigen Wahrnehmung in der Eurokrise	56
Freundschaft in schwarz-weiß: Deutsch-französische Beziehungen im Pressefoto	70
STIMMEN	
Gwénola Sebaux	
Die Deutschen in Paris – eine Hassliebe	78
Sara Jakob	
Aus Frankreich nach Berlin – begeistert in die Hauptstadt	90
Deutschland und Frankreich in aktuellen Meinungsumfragen	101

POLITIK

Michaela Wiegel

**Deutsche Supermami und französische Rabenmutter.
Blick auf die Frauen- und Mutterrollen der Nachbarinnen** 112

Kathrin Glastra und Andreas Rüdinger

**In guter Gesellschaft – die deutsche Energiewende und ihr Echo
in Frankreich** 123

Henrik Uterwedde

Von Egoisten und Reformisten – der Blick auf Nachbars Wirtschaft 132

Julie Hamann

**Mama Merkel und der Kriegsherr. Wie Bilder den Blick auf Terror
und Flüchtlingskrise prägen** 143

Die Autorinnen und Autoren 151

Bildnachweise 152

VORWORT

Frankreich und Deutschland – das ist eine schicksalhafte Beziehung, die die Geschichte des europäischen Kontinents geprägt hat. Sie stand im Zentrum einer Reihe von Kriegen, die Millionen Tote auf den Schlachtfeldern hinterließen und eine bittere Feindschaft besiegelten. Rund 60 Jahre nach dem historischen Neubeginn ist die deutsch-französische Partnerschaft nach wie vor die Zentralachse der europäischen Einigung: Wenn sich Franzosen und Deutsche einig sind, kommen die Dinge voran; wenn sie über Kreuz liegen, stottert der Integrationsmotor. Das gilt erst recht in der kritischen Lage, die durch das britische Referendum über den Austritt aus der EU ausgelöst wurde.

Schaut man auf die letzten Jahre zurück, fallen jetzt vor allem die Differenzen ins Auge. In der europäischen Schuldenkrise trat die unterschiedliche Denkweise in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen offen zutage. In der Energiepolitik sind die Unterschiede immer noch erheblich, auch wenn die Atomenergie in Frankreich einiges von ihrem Nimbus eingebüßt hat. Und in der aktuellen Auseinandersetzung über den Umgang mit der Massenflucht aus dem Vorderen Orient besteht keine Einigkeit zwischen Deutschland und Frankreich. Auch wenn die Regierungen beider Länder um gemeinsame Lösungen ringen und sich am Ende immer wieder auf Kompromisse einigen können, ist das deutsch-französische Tandem derzeit nicht in der Verfassung, die europäischen Herausforderungen beherzt anzupacken. Das schlägt sich auf die Handlungsfähigkeit der EU insgesamt nieder.

Möglicherweise liegen die Gründe tiefer als in Meinungsverschiedenheiten zu einzelnen politischen Fragen. Das Gleichgewicht zwischen unseren beiden Ländern ist seit der deutschen Wiedervereinigung aus dem Lot geraten. Das gilt nicht nur für die unterschiedliche Wirtschaftskraft. Auch die politischen Gewichte haben sich verschoben. Während Frankreich beinahe gelähmt wirkt, ist Deutschland unfreiwillig zur europäischen Zentralmacht geworden. Der Fall der Mauer und die Osterweiterung der EU haben die Bundesrepublik in die Mitte Europas gerückt. Diese Kräfteverschiebung bleibt nicht ohne Auswirkungen auf das deutsch-französische Verhältnis.

Der vorliegende Sammelband widmet sich den Bildern, die Frankreich und Deutschland voneinander haben. Der Glaube, dass sich mit zunehmender Zusammenarbeit alte Stereotype auflösen würden, war ein Irrglaube. Sie spiegeln sich nach wie vor in politischen Debatten und der medialen Berichterstattung wider. Affekte gegen Deutschlands vermeintliche oder wirkliche Dominanz sind in der französischen Debatte immer wieder virulent. Unterschiedliche Grundeinstellungen in ökonomischen und politischen Fragen überlagern oft die Sachdebatte. Mehr Kenntnis über die wechselseitigen Wahrnehmungsmuster würde helfen, ein besseres Verständnis für die Diskurse und Handlungsweisen des anderen zu entwickeln, und eine

Wiederannäherung der beiden Freunde befördern. Dazu soll der Sammelband einen Beitrag leisten.

Umfragen zeigen, dass Deutsche und Franzosen trotz der Konflikte der letzten Jahre mehrheitlich ein gutes Bild voneinander haben und das jeweilige Nachbarland nach wie vor als den wichtigsten Partner ansehen. Doch schaut man genauer hin, werden Risse sichtbar. So bewerten weitaus weniger Französinnen und Franzosen den Zustand der deutsch-französischen Beziehungen als ausgeglichen.

Deutschlands Rolle hat sich seit der Wiedervereinigung gewandelt. Es ist wirtschaftlich gestärkt aus der Eurokrise hervorgegangen. Die deutsche Stärke weckt Misstrauen und löst Missbehagen aus – nicht nur in Frankreich. Der Umgang mit diesem Ungleichgewicht ist eine der großen politischen Herausforderungen für die Zukunft unseres Kontinents. Europa bleibt auf ein funktionierendes deutsch-französisches Tandem angewiesen, auch wenn diese Partnerschaft nicht exklusiv sein darf. Dies gilt umso mehr für eine künftige Europäische Union ohne Großbritannien.

Unser besonderer Dank geht an die Autorinnen und Autoren, deren deutsch-französische Biographien sie in besonderem Maße befähigen, beide Seiten in ihrer Verschiedenheit und Gemeinsamkeit zu sehen. Sie haben einen reichhaltigen Schatz zusammengetragen.

Berlin, im Juli 2016

Ralf Fücks

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. Christine Pütz

EU-Referentin der Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. Claire Demesmay

Programmleiterin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

ÜBERSICHT DER ESSAYS

Ewiger Hegemon versus politischer Zwerg. Leitmotive der Kritik an Deutschlands Rolle in Europa. *Von Christine Pütz*

Als Deutschland in Frankreich während der Eurokrise wegen seiner Sparpolitik kritisiert wurde, geschah dies in einer für viele unbekanntenen Schärfe und zudem mit Rückgriff auf Stereotype aus den dunkelsten Phasen deutscher Geschichte. Das Phänomen ist nicht neu. Immer wenn sich das Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich verschiebt und die Beziehungen einer Neujustierung bedürfen, entsteht in Frankreich dieser Reflex, der zu immer neuem Anlass die immer gleiche Angst vor einem deutschen Hegemon belegt. Dies gilt umso mehr, als die deutsche Außen- und Europapolitik im Begriff ist, die selbst auferlegte Rolle als politischer Zwerg abzustreifen. Ein stärkeres Wissen um diese Zusammenhänge könnte den befremdeten Deutschen dabei helfen, die französischen Reaktionen besser zu verstehen.

Schüler mit Hausaufgaben. Frankreich in der politischen Debatte Deutschlands. *Von Claire Demesmay*

Auch wenn Frankreich im Allgemeinen weit weniger Thema des deutschen politischen Diskurses ist als umgekehrt, ist die Auseinandersetzung seit der Wahl von François Hollande zum Präsidenten im Mai 2012 intensiver geworden. Dabei geht es stets um die Strukturreformen und die Einhaltung der europäischen Regeln in Frankreich. Wiederholt wurde ein harter, ja anmaßender Ton angeschlagen. Darin drücken sich Irritationen und manchmal auch der Zorn über den Eindruck aus, dass Reformen in Frankreich ausbleiben. Dahinter steht die Befürchtung, dass die französische Politik den Euro destabilisieren und damit auch die deutsche Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen könnte.

Das deutsch-französische «Paar» – Karikaturen als Spiegelbild der gegenseitigen Wahrnehmung in der Eurokrise. *Von Ursula E. Koch*

Die Karikaturenschau bietet Eindrücke in die Selbst- und Fremdwahrnehmung der deutsch-französischen Beziehungen. Die Bildsatiren, die sich jeweils auf einen aktuellen Anlass der Euro- und Griechenland-Krise in den Jahren 2010 bis 2012 beziehen, verdeutlichen besser, als Worte es je könnten, wie es um die Gemütslage der deutsch-französischen Beziehungen steht. Im Mittelpunkt steht das als «Merkozy» bezeichnete Paar Merkel-Sarkozy in seiner Funktion als Krisenmanager, dann das Tandem Merkel-Hollande, das anfangs eher kollidierte als kooperierte. Die in Frankreich empfundene Abhängigkeit von einem «deutschen Hegemon» erklärt, dass die dort erschienenen Karikaturen die deutschen Bildsatiren oftmals an Aggressivität übertreffen.

Die Deutschen in Paris – eine Hassliebe. *Von Gwénola Sebaux*

Eine im Frühling 2015 vorgenommene nicht repräsentative Befragung von deutschen Wahlparisern sollte qualitative Aussagen über die Meinungen erlauben, die die Deutschen von ihrem jahre- oder jahrzehntelangen freiwilligen Lebensmittelpunkt haben. Der Blick von außen erlaubt einen spezifischen Einblick in das Leben der französischen Hauptstadt. Die Deutschen in Paris sind angezogen und abgestoßen zugleich: Der gefühlten Romantik der Stadt und der Liebe zur Lebensart stehen Kritik an Ökologie, Verkehr und Sozialbeziehungen gegenüber. Außerdem lösen manche Pariser und allgemein französische Eigenheiten noch immer eine gewisse Perplexität aus. Insgesamt verweist die Kluft im kleinen Maßstab auf den großen deutsch-französischen Dualismus.

Aus Frankreich nach Berlin – begeistert in der Hauptstadt. *Von Sara Jakob*

Für die Französinen und Franzosen, die sich in Berlin niedergelassen haben, steht Berlin für pulsierendes Leben und Ausgekkultur, künstlerische Schaffenskraft und kreative Ideen. Sie spüren eine Kultur der Freiheit, zu der auch das viele Stadtgrün und die etwa im Vergleich mit Paris günstigen Mieten gehören. Die fünf Interviewpartner/innen aus freien und künstlerischen Berufen beschreiben, wie sie, ausgestattet mit den Privilegien der Mobilität, Frankreich auf der Suche nach der eigenen Identität verlassen haben und nun aus Berlin nicht mehr weg wollen. Dabei bleibt die Auseinandersetzung mit ihrem Herkunftsland kritisch und reißt nicht ab.

Deutsche Supermami und französische Rabenmutter. Blick auf die Frauen- und Mutterrollen der Nachbarinnen. *Von Michaela Wiegel*

In Deutschland gilt Frankreich inzwischen als Musterland für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Spätestens seit der Jahrtausendwende werden «die Französinen» nicht mehr überwiegend als eitle Rabenmütter angesehen, die ihre Kinder in frühestem Alter in die Ganztagsbetreuung geben. Der Beitrag untersucht den Mythos der französischen Frau, der weitgehend intakt ist – auch wenn in der deutschen Öffentlichkeit in letzter Zeit die Schattenseiten der Doppelbelastung als Mutter und Erwerbstätige neu thematisiert werden. Umgekehrt gibt es in Frankreich kaum Interesse an der Situation berufstätiger Mütter in Deutschland.

In guter Gesellschaft – die deutsche Energiewende und ihr Echo in Frankreich. *Von Kathrin Glastra und Andreas Rüdinger*

Nirgends stehen die Bilder verfestigter gegeneinander als in der Energiepolitik: Frankreich ist nuklear, Deutschland öko. Dabei hat die deutsche Energiewende die Debatte in Frankreich in viel größerem Maße beeinflusst, als in der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen wird, die in Frankreich weiterhin das Land der Atomkraftwerke und Atomwaffen sieht. Sie hat kaum bemerkt, dass sich dort eine Energiewende à la française entwickelt. Unter Präsident Hollande rücken die Sozialisten von alten Überzeugungen ab. Wie in Deutschland soll in Frankreich der Atomstromanteil am Gesamtverbrauch in den nächsten Jahren um 25 Prozent sinken – nur eben nicht von 25 auf null, sondern von 75 auf 50 Prozent.

Von Egoisten und Reformisten – der Blick auf Nachbars Wirtschaft. *Von Henrik Uterwedde*

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik gehören zu den sensibelsten Bereichen in der wechselseitigen Wahrnehmung von Frankreich und Deutschland. Insgesamt ist seit dem Bestehen der Währungsunion das Bewusstsein der wechselseitigen Abhängigkeit intensiver geworden. In Frankreich wird der ökonomische Vorsprung Deutschlands häufig thematisiert, wobei sich Anerkennung der Erfolge und kritische Urteile über deren Kehrseiten mischen. Hinzu kommt das Unbehagen über die deutsche Währungspolitik, die den Partnern die deutschen Präferenzen aufzwingt. In Deutschland wiederum gelten das französische «dirigistische» Wirtschaftsmodell und damit verbundene Reformblockaden oft als Ursache der Probleme.

Mama Merkel und der Kriegsherr. Wie Bilder den Blick auf Terror und Flüchtlingskrise prägen. *Von Julie Hamann*

Die Flüchtlingskrise in Deutschland und die Erfahrung der Terroranschläge in Paris waren die bestimmenden politischen und gesellschaftlichen Ereignisse der beiden Länder im Herbst 2015. Äußerungen in Medien und Politik beider Länder zeigen Muster und Bilder, die sich nicht nur auf die Debatte, sondern auch auf politische Reaktionen auswirken. Sie sind tief in der jeweiligen politischen Kultur verankert, werden kaum hinterfragt und können daher missverständlich sein, wenn die an den nationalen Diskursen Beteiligten die Differenzen nicht immer wieder offen thematisieren und somit darauf hinweisen, was der Nachbar eigentlich meint.

EINLEITUNG

Von Spiegeln und Zerrbildern

Zur Einführung

Die Finanz- und Schuldenkrise und nun auch die Flüchtlingskrise in der Europäischen Union (EU) stellen für die deutsch-französischen Beziehungen eine Belastungsprobe dar. In den letzten Jahren vertraten Paris und Berlin oftmals sehr unterschiedliche Ansichten über den richtigen Weg zur Lösung der Probleme. Obwohl die Regierungen beider Länder ihre Zusammenarbeit verstärkten und an gemeinsamen Konzepten arbeiteten, gingen Politik und Medien die Konflikte nicht immer sachlich an. Gerade in der öffentlichen Debatte griffen sie häufig auf Stereotype zurück. Schnell war in Frankreich die Rede von «deutscher Dominanz», in Deutschland vom französischem «Laissez-faire».

Beziehungen zwischen zwei Staaten bestehen nicht nur aus Abkommen, gemeinsamen Erklärungen und Initiativen. Ebenso wichtig sind Vorstellungen voneinander nebst den zugehörigen, darunterliegenden Emotionen, aber auch symbolische Gesten bis hin zur Produktion von Bildern über die beiden Staaten. Dies gilt auch für die Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich, die seit den 1960er-Jahren in eine symbolträchtige Bildsprache eingekleidet wurde. Die zu Ikonen der deutsch-französischen Verständigung gewordenen Bilder von Treffen der Staats- und Regierungschefs muten heute wie ein Familienalbum an.

In Zeiten der Krise – wie sieht da Frankreich Deutschland, wie Deutschland Frankreich? Welche Vorstellungen vom jeweiligen Partner beherrschen die öffentliche Debatte auf beiden Seiten des Rheins, mit welchen Mustern und Stereotypen wird die Diskussion geführt? Dies sind die Kernfragen des vorliegenden Sammelbands. Die hier versammelten Antworten sind kaleidoskopisch. Doch zwei Ergebnisse fallen ins Auge.

Erstens ist im Laufe der Krise das Bewusstsein der wechselseitigen Abhängigkeit gewachsen. In beiden Ländern verfolgen Medien, Politik und Gesellschaft die Geschehnisse im Nachbarland aufmerksamer als in den Jahren zuvor, oft mit der Sorge verbunden, dass die Entscheidungen des Partners sich auch auf das eigene Land auswirken, und zwar ungünstig. In Frankreich ist es die Angst vor einer deutschen Dominanz in Europa und die Sorge, dass Berlin Frankreich eine Wirtschafts- und Finanzpolitik auferlegt, die sich gegen die eigenen ordnungspolitischen Vorstellungen wendet. In Deutschland befürchten nicht wenige, dass die wirtschaftlichen Probleme Frankreichs die gesamte Eurozone und somit auch Deutschland selbst belasten können. Deshalb ist viel von Frankreichs Reformunwilligkeit und -unfähigkeit die Rede.

Zweitens verläuft die Debatte asymmetrisch. In Frankreich ist die Bezugnahme auf Deutschland und seine Politik obsessiv, ja allgegenwärtig, sei es als Modell oder als abschreckendes Beispiel. In Deutschland hingegen ist Frankreich kaum mehr als ein «relativer» Gegenstand von Kommentaren und Diskussionen. Sie mögen im Tonfall manchmal schroff sein, doch generell hält sich die Aufregung in Grenzen. Nur selten wird Frankreich Gegenstand einer regelrechten Polemik – ganz anders in Frankreich, wo eine Bezugnahme auf Deutschland durchaus Aufmerksamkeit erregt und das Nachbarland gerne instrumentalisiert wird, um die eigenen Positionen zu schärfen. Die Asymmetrie in der Bedeutung beruht darauf, dass das deutsch-französische Verhältnis in der Politik wie auch in der Presse hauptsächlich durch die Brille der Wirtschaft wahrgenommen wird.

Die deutsche Presse, die Frankreich wegen dessen ökonomischer Probleme als «kranken Mann Europas» darstellt, schreibt ausgiebig über das schwache Wachstum, die hohe Verschuldung und die angebliche Protestkultur des Landes. Oft ist der Tonfall der Berichterstattung herablassend. Insbesondere die Reformanstrengungen der Regierung gelten in den deutschen Medien und in der Politik als unzulänglich. Französische Zeitungen und Sender hingegen bewundern oder beneiden gar den deutschen «Wiederaufschwung», den sie regelmäßig mit der Rezession im eigenen Land vergleichen. Grundsätzlich dient dann die deutsche Wirtschaft als Maßstab, um die eigenen Schwächen zu beurteilen. Dabei geht es hauptsächlich um die Frage, ob Frankreich dem Beispiel der Schröderschen Reformen folgen oder eine eigene «Agenda 2010» wegen deren sozialen Verwerfungen vermeiden sollte. Deutschland gilt als Projektionsfläche, was zu einer so leidenschaftlichen wie polarisierten Diskussion beiträgt. Die vermeintliche Stärke des anderen wirft das Licht zurück auf die eigene Schwäche und umgekehrt. Der Vergleich ist unvermeidbar, ob zur Abgrenzung oder zur Nachahmung.

Diese Spiegelfunktion Deutschlands wird im Leitmotiv deutscher Dominanz und französischer Unterlegenheit besonders gut sichtbar. Stereotype sind hier schnell bei der Hand, z.B. die wiederkehrende Figur des «Eisernen Kanzlers» Bismarck, manchmal mit begrifflichen Bezügen auf den Zweiten Weltkrieg. Oft verbindet sich die Kritik gegen die von Deutschland geforderte Austeritätspolitik mit der Angst vor einem «deutschen Europa». Dahinter steckt die Angst, die eigene Glaubwürdigkeit und die Führungsrolle in der EU endgültig ganz zu verlieren. Dem entspricht auf deutscher Seite das Bild eines Zahlmeisters, dessen großes wirtschaftliches Gewicht nicht seinem politischen Einfluss in Europa entspricht. Die deutsche Selbstwahrnehmung ist nicht, andere zu dominieren, sondern von seinen Partnern abhängig und damit deren Schwächen ausgesetzt zu sein. Nicht selten führen diese konträren Wahrnehmungen zu Missverständnissen und Spannungen.

Eine Analyse der Deutschland- und Frankreichbilder zeigt in frappierender Weise, wie viele Wahrnehmungsmuster im Laufe der Zeit trotz intensiver Zusammenarbeit und vielfältiger Berichterstattung unverändert geblieben sind. Deutschland gilt in Frankreich als starkes und dynamisches Land mit ausgeprägter Sozialpartnerschaft, während Frankreich als schwach und verkrustet, etatistisch und verschwenderisch erscheint. Aber gescheiterte Reformen in Deutschland oder erfolgreiche Reformen in

Frankreich werden im jeweiligen Partnerland kaum registriert. Auch in der Energiepolitik – dem anderen Politikfeld neben der Wirtschaft, in dem der Bezug auf Deutschland in der französischen Debatte sehr präsent ist – scheinen die Bilder zementiert zu sein. Für viele Deutsche bleibt Frankreich schlichtweg das Land der Kernkraftwerke, und das trotz der Entscheidung für eine Energiewende, die einen erheblichen Anteil des Atomstroms durch Erneuerbare Energien ersetzen will und eben in Deutschland kaum wahrgenommen wird. Für einen Großteil der Französinen und Franzosen ist Deutschland hingegen der Inbegriff der Ökologie- und Anti-Atomkraftbewegung, auch wenn die deutschen Kohlekraftwerke noch so lange qualmen. So tradieren sich Stereotype und prägen als Zerrbilder die öffentliche Diskussion über das Partnerland.

Auch bei gesellschaftspolitischen Themen widerstehen die traditionellen Wahrnehmungsmuster den realen Entwicklungen und Veränderungen. So ist der Mythos der französischen Frau in Deutschland weitgehend intakt – übrigens ist Geschlechterpolitik einer der wenigen Bereiche, in denen Deutschland auf das «französische Modell» schaut und umgekehrt die deutschen Verhältnisse in Frankreich kaum beachtet werden. Die für europäische Verhältnisse ungewöhnlich hohe Frauenerwerbsquote mit zugleich hoher Geburtenrate gilt als Vorbild für Frauen, die Familienleben und Karriere vereinbaren wollen. Ebenso dient das französische Modell denjenigen als Projektionsfläche, die die französischen «Rabenmütter» und die negativen Effekte der frühen «Fremdbetreuung» von Kleinkindern geißeln. Als weiteres Beispiel bleibt Frankreich in den Augen vieler Deutscher das Land der Lebensfreude und des *Savoir-Vivre*. Manche Mythen halten auch dann noch stand, wenn sie erkennbar mit der Realität kollidieren: Deutsche, die in Paris leben, kritisieren ihre Wahlheimat zwar wegen der Hektik des Alltags, loben sie aber als Stadt der Kultur und der Schönheit – und folgen somit einem romantischen Klischee, das Paris zur Stadt der Liebe und Schönheit erklärt.

Bilder können sich aber auch wandeln oder ausdifferenzieren. Für französische Wahlberlinerinnen und Wahlberliner, die mit einem Deutschlandbild nach Berlin kamen, das vom Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg geprägt war, ergibt sich ein ganz neues Bild, inspiriert von Freiheit und Ausgehkultur, von Kreativität und Schaffenskraft, die sie in Berlin finden – und dort bleiben lässt. In anderen Bereichen hat die politische Annäherung alte Bilder durch neue ersetzt. So etwa hat sich das Bild Deutschlands in Frankreich zum Ende der Griechenland-Krise differenziert. Zum einen zeichnete die gleiche Presse, die zuvor die Angst vor der deutschen Dominanz beschworen hatte, ein viel positiveres Bild von Deutschland und der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Zum anderen haben die Attentate von Paris den deutschen Blick auf Frankreich geweitet. In der deutschen Presse ging es plötzlich nicht mehr nur um die kriselnde französische Wirtschaft, sondern auch um das demokratische Zusammenleben und Fragen der gesellschaftlichen Integration. Auch die Entscheidung Deutschlands, Frankreich bei der militärischen Bekämpfung des sogenannten «Islamischen Staats» zu unterstützen, zeigte – trotz verbreiteter Kritik an der französischen Kriegsrhetorik – ein Verständnis der französischen Reaktion, das über traditionelle Solidaritätsbekundungen hinausging.

Die EU-Krise hat Ängste und Frustrationen hervorgerufen, übrigens nicht zum ersten Mal. Immer wenn es zu Verschiebungen im Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich kam, schwemmten sie die alten Stereotype wieder nach oben. Auf der anderen Seite zeigt sich, dass die intensiven Beziehungen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene und das große gegenseitige Interesse zu einem besseren Verständnis des Partnerlandes führen. Voraussetzung dafür ist nicht nur, dass die Medien ein vielfältiges Bild des Nachbarn vermitteln, sondern auch und vor allem, dass Politikerinnen und Politiker sich für einen zurückhaltenden Sprachgebrauch entscheiden und eine politische Debatte an den Sachfragen entlang führen. Das scheinen die Menschen in beiden Ländern zu honorieren. Weit ab von den politischen Kontroversen haben Deutsche und Franzosen mehrheitlich ein gutes Bild voneinander, wie Umfragen zeigen. Auch legt eine große Mehrheit Wert auf gute deutsch-französische Zusammenarbeit – und zeigt sich dabei gemäßiger als so manche Politikerinnen und Politiker.

Das Gras des Nachbarn ist immer grüner

Mit Madame de Staëls «De l'Allemagne» unterwegs in Paris

Eine Wohnungssuche in Paris ist kein Sonntagsspaziergang – mehr ein Hürdenlauf mit einigen überraschenden Hindernissen. Nach wochenlanger Suche kennt schließlich jemand jemanden, der jemanden kennt, in dessen Haus gerade eine Wohnung neu vermietet wird. Meine Bewerbungsmappe liegt vor dem Vermieter, er studiert sie Seite für Seite, fragt nach. Das Vorstellungsgespräch geht über eineinhalb Stunden, und andere Interessenten stehen Schlange. Den Ausschlag gibt letztlich das Deutschlandbild des Vermieters, der in seiner Jugend Deutschland bereist hat. Er schwärmt von den kleinen, ordentlichen Städtchen und den ebenso ordentlichen Menschen dort. Seine Augen leuchten. Deutsche seien zuverlässig und sauber – so einen nimmt man gerne als Mieter. Die Wohnung ist meine.

Das bleibt kein Einzelfall. Das Gras des deutschen Nachbarn ist auf jeden Fall grüner, und dazu bestimmt viel saftiger: Dieses Leitmotiv begegnet mir immer wieder.

Der Mann in der Post sieht, dass die Briefe nach Deutschland gehen. Sogleich beginnt er ein Gespräch. Ruhig ist es hier beim Postabschnitt in Montreuil, einem Vorort von Paris. Ich bin der einzige Kunde. In Deutschland sei alles wunderbar, es gebe dort Jobs, die Wirtschaft brumme – die Begeisterung des Postangestellten nimmt solche Formen an, als schiene er zu glauben, jenseits des Rheins flössen Milch und Honig. Auch in Deutschland gebe es Probleme, versuche ich einzuwenden. «Welche denn bitte?», entgegnet der Mann hinter dem Schalter. Ich nenne einige. Er wischt sie mit knappen Sätzen weg – im Vergleich zu Frankreich sei das alles vernachlässigbar.

Ähnlich in einem Café. Der Ober zeigt sich sofort begeistert: Ach ja, Deutschland, wie glücklich man sein könne, aus diesem Land zu kommen, so gut regiert, mit Wirtschaftsboom und Zukunftsperspektive. Es folgen düstere Prognosen für das Heimatland und noch düsterere Bewertungen der französischen Politik. In der Bank ist die freundliche junge Frau davon überzeugt, dass Berlin eine wunderbare Stadt sein müsse, vor allem viel sauberer als Paris. Sie war noch nicht dort. Es ist kurz vor Neujahr. Ich stelle mir vor, was sie sagen würde, wenn sie Berlin nach einer Silvesternacht sehen würde – eine von Böllerresten verwüstete Stadt. So habe ich Paris noch nie gesehen. Knallerei zu Neujahr ist hier verboten.

Und wiederum wenige Tage später sind in einer abendlichen Runde mit Musikerinnen und einem Schauspieler alle einig: In Deutschland lebt es sich besser. Noch jede Kleinstadt dort habe Theater und Orchester, Künstlerinnen und Künstler genossen die Wertschätzung, die ihnen gebührt – ganz anders als in Frankreich. Und sowieso: Angesichts der Lebenshaltungskosten in Paris als Künstler zu überleben ist schon für sich ein Kunststück.

Hat die Schriftstellerin Germaine de Staël ihr Buch «Über Deutschland» erst jüngst veröffentlicht? Ihre Charakterisierungen vom Anfang des 19. Jahrhunderts treffen immer noch ins Schwarze. Zu positiv waren sie allerdings für Napoleon, der 1810 die Veröffentlichung in Frankreich verbot, auch weil sie mit ihrer Beschreibung Deutschlands den Zuständen in Frankreich einen Spiegel vorhielt. So monierte die Zensur ihre Aussage, Paris sei der Ort in der Welt, wo man des Glücks am leichtesten entbehren könne, mit der Feststellung, es gebe unter dem glorreichen Kaiser so viel Glück in Paris, dass niemand es zu entbehren brauche.¹

Nach ihren Reisen durch Deutschland notierte Germaine de Staël: «Die Deutschen sind im allgemeinen aufrichtig und bieder: sie brechen nicht ihr Wort, und Lug und Trug ist ihnen fremd. Wenn dieser Fehler sich jemals in Deutschland einbürgern sollte, so würde das nur als Folge des Bestrebens geschehen, die Ausländer nachzuahmen, sich ebenso gewandt zu zeigen, wie sie, und besonders, um nicht selbst betrogen zu werden. Aber der Verstand und das Gemüt würden dann doch die Deutschen bald wieder zu der Einsicht bringen, dass die Stärke immer nur innerhalb der Grenzen der eigenen Natur liegt und dass die Gewohnheit, redlich und offen zu sein, vollständig unfähig macht, sich der Hinterlist zu bedienen, selbst wenn man es will.»²

Und heute? Beim Kauf deutscher Zeitungen an einem Kiosk in Paris bat ich um eine Quittung. Der Verkäufer fragte: «Was soll ich denn auf die Quittung schreiben?» «Den Preis der Zeitungen», antworte ich. «Ja, aber welchen denn, was hätten Sie denn gerne auf Ihren Quittungen?» Verständnislos blicke ich ihn an. «Ich kann Ihnen darauf schreiben, was sie wollen», entgegnet er lachend, «seit dem VW-Skandal wissen wir doch: Selbst die Deutschen schummeln gerne.» Das Gras ist doch nicht immer nur grün. Welche Erleichterung.

Seit den freundlichen Notizen Madame de Staëls ist viel passiert. Aufgepeitschter Nationalismus und Hass zwischen den Nachbarn, mehrere Kriege und die deutschen Gräueltaten der Nazizeit. Der Erinnerung an jenes Deutschland begegnet man in Paris noch an jeder Ecke. Der Platz und die Métro-Station Jacques Bonsergent tragen den Namen des ersten Zivilisten, der von den deutschen Besatzern hingerichtet wurde, einen Tag vor Heiligabend 1940, mit 28 Jahren. Einige Wochen zuvor war er mit Freunden nach einer Hochzeit abends in Paris unterwegs gewesen. Es kam zu einer Rauferei mit Wehrmachtssoldaten, an der er selbst nicht beteiligt war, er wurde als einziger gefasst, weigerte sich aber, die Namen seiner Kameraden preiszugeben, obwohl ihm dafür die Freiheit versprochen wurde. Die deutschen Besatzer verurteilten ihn darauf

1 Germaine de Staël: Über Deutschland, nach der Übersetzung von Robert Habs, hrsg. und eingeleitet von Sigrid Metken, Stuttgart 1962, S. 100.
2 Ebd., S. 58.

zu Tode, um ein Exempel zu statuieren, und erschossen ihn. An vielen Schulen wird auch an die deportierten und ermordeten jüdischen Kinder erinnert, etwa in der Rue de Marseille unweit des Canal St. Martin. Dort erinnert eine Plakette an die 500 aus dem 10. Arrondissement verschleppten und ermordeten Kinder. Allerdings verweist die Gedenktafel auch auf die Mitwirkung des Vichy-Regimes. Erinnerungsorte für Deutschlandbilder, die in persönlichen Begegnungen heute immer weniger eine Rolle spielen.

Das war vor zwanzig Jahren noch anders, als ich als Teenager und Student in Frankreich unterwegs war. Die wunderbare französische Familie, die mich im Rahmen einer deutsch-französischen Städtepartnerstadt als Austauschschüler aufgenommen hatte, ließ mich nach langen, gewundenen Erklärungen einen Sonntag allein zu Hause. Zum Besuch der Großeltern konnte ich nicht mitkommen. Es war gänzlich unvorstellbar, ihnen einen «Deutschen» ins Haus zu bringen. Später, während des Studiums, arbeitete ich zeitweilig als Kanulehrer in Frankreich. Mit deutschen Schülerinnen und Schülern paddelte ich auf dem Fluss Loue im wunderschönen Jura, nicht weit von Besançon. An einem Sommertag rasteten wir am Ufer in einem kleinen Dorf. Die Jugendlichen holten ihre Stullen hervor, die sie wasserdicht in ausgedienten Farbeimern verstaubt hatten. Überall auf der Wiese waren die Eimer mit dem Schriftzug der Firma zu sehen, schwarz auf gelbem Grund: STO. Plötzlich redete ein älterer Passant wütend und gestikulierend auf die jungen Deutschen ein, immer wieder zeigte er auf die Eimer. Schließlich fand ich den Grund seiner Erregung heraus: Während der deutschen Besatzung war STO die Abkürzung für «Service du travail obligatoire» gewesen, die Zwangsarbeit von Franzosen in der deutschen Kriegswirtschaft. Der Mann war nicht zu beruhigen. Wir packten schnell alles zusammen, ließen die Kanadier zu Wasser und zogen weiter.

Aber es gab auch andere Begegnungen: Als ich in jenen Jahren per Anhalter durch Frankreich fuhr, hielt einmal auf einer Route Nationale zwischen frisch gemähten Kornfeldern ein klappriger Kleinwagen. Ein älterer Franzose mit weißen Haaren und runzligem, freundlichen Gesicht lud mich ein. Bald begriff er, dass er sich da einen jungen Deutschen ins Auto geholt hatte und begann fließend deutsch zu sprechen. Auf meine verwunderte Nachfrage entgegnete er, dass er den Krieg als Zwangsarbeiter in Deutschland verbracht hatte. Ausführlich berichtete er von der harten und gefährlichen Zeit, und auch von seiner heißen Liebesgeschichte mit einer polnischen Zwangsarbeiterin. Wären sie entdeckt worden, hätte das für beide den Tod bedeutet. Mir wurde immer mulmiger zumute. Mein Fahrer lud mich dann aber in einem kleinen Dorf in sein Stammcafé ein. Wir frühstückten dort, er stellte mich seinen Freunden vor. Bedrückt von seiner Geschichte stellte ich aber schließlich fest, dass er sich vor allem freute, einen jungen Deutschen zu treffen, der mit Neugier sein Land erkundete und seine Geschichte hören wollte. Er freute sich, dass aus Feindschaft nun Freundschaft geworden war.

Solche Zeitzeugen gibt es heute immer weniger, und die Auswirkungen einer über 50 Jahre gepflegten Freundschaft und Partnerschaft sind überall zu bemerken. In den öffentlichen Debatten in Frankreich schimmert aber die Sorge vor einer deutschen Dominanz immer wieder durch. Im Juli 2015, so die Wahrnehmung in Frankreich,

versuchten die Deutschen die Griechen aus dem Euro zu werfen. In Deutschland war seinerzeit viel die Rede davon, dass Solidarität in Europa auch ihre Grenzen habe. Als es nur wenige Monate später Deutschland mit den Flüchtlingsbewegungen zu tun bekam, hieß es plötzlich von deutscher Seite, ohne Solidarität sei Europa nichts. So schnell kann es gehen.

Schon nach den Erschütterungen der Finanzkrise von 2007 und 2008 hatte Deutschland die Losung ausgegeben, dass jeder sich selbst der Nächste sei. Zahlreiche Vorschläge, wie mit gemeinsamen, europäischen Lösungen die Krise bewältigt werden könnte, wurden beiseite gewischt. Seither ging es in Deutschland wirtschaftlich bergauf, in Frankreich dagegen bergab. Eine Arbeitslosigkeit von über 10 Prozent, die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen und die Zukunftsangst der Gesellschaft plagten das Land. Ein idealer Nährboden für den Front National, der in Wahlen stetig zulegt.

Hinzu kommen noch die furchtbaren terroristischen Anschläge, am 7. Januar 2015 auf die Redaktion von Charlie Hebdo und den Supermarkt Hyper Cacher und am 13. November 2015 auf die Konzerthalle Bataclan, auf Cafés und Restaurants. Frankreich ist in einer schwierigen Lage, und derzeit ist einiges Gras tatsächlich beim deutschen Nachbarn grüner. Trotzdem erstaunt das Ausmaß der Verzagtheit und Frustration in den Debatten und Diskussionen.

Im Kontrast dazu steht das tatsächliche Verhalten der meisten Menschen im Land. Es war sehr beeindruckend zu sehen, wie nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo die republikanischen Werte, die Freiheit der Satire, der Karikatur und der Provokation leidenschaftlich verteidigt wurden. Auf die noch furchtbareren Anschläge vom November reagierten die Menschen allerorten mit klaren Bekenntnissen zur Fähigkeit, das Leben zu genießen, zur Lebensart *à la française*. Das wollen und werden wir uns von fanatischen Terroristen nicht nehmen lassen, lautete die Botschaft. Eine Fähigkeit übrigens, die der Nachbar jenseits des Rheins neidvoll bewundert und nachzuahmen versucht. Das Gras des Nachbarn ist eben gerne grüner.

Schon Madame de Staël hielt ihre Landsleute für besser gewappnet, große Herausforderungen zu meistern: «Wenn man aus Frankreich kommt, gewöhnt man sich anfangs nur mit Mühe an die Langsamkeit und Trägheit des deutschen Volkes. Es übereilt sich nie, es findet überall Hindernisse, und den Ausruf: ‚Das ist unmöglich!‘ hört man in Deutschland hundertmal öfter als in Frankreich.»³ Noch deutlicher wurde sie in Bezug auf die Gewohnheit als Lebensprinzip bei den Nachbarn: «Die Gewohnheit einer friedlichen, regelmäßigen Lebensweise bereitet so schlecht für die mannigfachen Wechselfälle des Zufalls vor, dass man lieber den Tod über sich ergehen läßt, der bestimmt kommt, als sich dem abenteuerlichen Leben auszusetzen.»⁴ Vielleicht wäre es in Frankreich an der Zeit, Mme de Staëls Klassiker neu zu würdigen.

Nicht unbedingt, um mehr über Deutschland zu erfahren. Der Nachbar ist omnipräsent in den Medien und der öffentlichen Debatte, ein ständiger Bezugspunkt,

³ Ebd., S. 59.

⁴ Ebd., S. 63.

im Guten wie im Schlechten. Vielmehr um die Ausführungen von de Staël zu Enthusiasmus als Lebensprinzip wieder zu entdecken.

Ihr Schlusskapitel endet mit einem leidenschaftlichen Appell an die eigenen Landsleute: «Oh Frankreich, Land des Ruhmes und der Liebe! wenn der Enthusiasmus eines Tages auf deinem Boden verlöschte, wenn die Berechnung alles bestimmte und der Verstand allein Verachtung der Gefahren erzeugte, zu was würde dir dann dein schöner Himmel, deine glänzenden Geister, deine fruchtbare Natur nützen?»⁵

5 Ebd., S. 384.

MOTIVE

Ewiger Hegemon versus politischer Zwerg

Leitmotive der Kritik an Deutschlands Rolle in Europa

Als Deutschland in der Eurokrise wegen seiner Sparpolitik vielerorts in Europa kritisiert wurde, geschah dies in einer für viele unbekanntenen Schärfe. Das Vorgehen Berlins gegenüber Griechenland wurde nicht nur als unsolidarisch, egoistisch und kaltherzig bezeichnet, sondern auch mit Attributen aus den dunkelsten Phasen der deutschen Geschichte bedacht. Auch in Frankreich waren Anspielungen auf Deutschlands kriegerische und expansionistische Vergangenheit allenthalben zu lesen. Die Kritik an der «deutschen Dominanz» war eine regelrechte Obsession in der öffentlichen Debatte Frankreichs.¹ Für die einen galt und gilt Deutschland und seine Wirtschaftspolitik als Modell, das es nachzuahmen lohnt – insbesondere bei den Konservativen. Für die anderen ist dies genau das Antimodell – insbesondere bei der Linken, aber auch beim rechtsextremen Front National. Die alten Stereotype waren da schnell zur Hand.²

Die Wiederkehr des Bilds vom «hässlichen Deutschen» hat vor allem die Deutschen selbst überrascht. Dass solche überwunden geglaubten Ressentiments wieder aufbrechen könnten – damit hatte kaum jemand gerechnet. Die Sorge, dass ein Riss durch Europa gehen könne, war und ist groß. Nicht wenige in Deutschland teilten die Kritik aus Frankreich wie auch anderen europäischen Ländern, die deutsche Regierung benehme sich wie ein Schulmeister und Moralapostel.³ Von anderen aber wurde die Kritik schroff zurückgewiesen und als Ausdruck einer unzulässigen Anspruchshaltung gewertet. Nicht nur die Boulevardpresse forderte, Deutschland dürfe nicht länger der «Zahlmeister Europas» sein.⁴

Was als einmaliger Rückfall in die Rhetorik der deutsch-französischen «Erbfeindschaft» erscheint, ist indes keineswegs ungewöhnlich. Ein Blick auf die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen zeigt, dass der Rückgriff auf alte Stereotype keineswegs eine Besonderheit ist. Umbruchphasen und Krisen haben auch nach

1 Claire Demesmay: Kollektive Obsession. Frankreichs Deutschland-Komplex und die Zukunft der Achse Paris – Berlin, in: *Internationale Politik* 4, Juli–August 2013, S. 102–105.

2 Siehe auch die Beiträge von Dominique Herbet und Daniel Vernet in diesem Band.

3 Exemplarisch das Interview des Guardian mit Jürgen Habermas, 16.7.2015, <<http://bit.ly/1gE7VQ7>>.

4 Ein exemplarischer Kommentar in der Welt: <<http://bit.ly/1Zpqnk8>>.

der deutsch-französischen Aussöhnung, als beide Staaten bereits als unzertrennliches Führungstandem Europas galten, dazu geführt, dass Polemik die öffentliche Debatte über das Nachbarland prägte. Auch wenn es in beiden Ländern nicht den einen Blick auf den Nachbarn gibt, die Debatten differenzierter verlaufen und auch die politische Zugehörigkeit von Bedeutung ist: Immer wenn sich im Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich etwas verändert und die deutsch-französischen Beziehungen einer Neujustierung bedürfen, wird in Frankreich die alte Angst vor einer deutschen Hegemonie heraufbeschworen. Das deutsche Selbstbild hingegen war lange Zeit das eines ökonomischen Riesen, der politisch ein Zwerg sei. Im wiedervereinigten Deutschland hat sich diese Eigenwahrnehmung zwar relativiert. Das zugrundeliegende Bild, dass Deutschland der Zahlmeister Europas sei, hat sich aber gefestigt. Diese Muster der Fremd- und Selbstwahrnehmung prägen die Debatte über die Rolle Deutschlands in der Eurokrise. So ist zu erklären, dass die Debatten in Deutschland und Frankreich so unterschiedlich verlaufen und teilweise inkompatibel zueinander geführt werden.

Das Bild vom kriegerischen Hegemon

Die Europäische Einigung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bedeutete für Frankreich in erster Linie die Einbindung Deutschlands in eine neue internationale Friedensordnung und entsprach einem vitalen Sicherheitsbedürfnis. Auch wenn seither neue Facetten hinzukamen, hat sich dieses Bild wenig verändert: Französische Europa- und Deutschlandpolitik basiert bis heute darauf, eine Symmetrie zum deutschen Nachbarn aufrechtzuerhalten bzw. den Abstand nicht zu groß werden zu lassen.⁵ Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wird demgemäß in Umbruch- oder Krisenphasen darauf geprüft, ob gleiche Augenhöhe gewahrt ist. «Immer dann, wenn der deutsche Nachbar Schritte unternahm, die aus französischer Sicht dessen Einbindung in die westlichen Strukturen infrage stellte, schrillten in Paris die Alarmglocken.»⁶

Der Schuman-Plan vom Mai 1950⁷ baute nach drei zerstörerischen Kriegen darauf, Deutschland in das westliche Europa zu integrieren und auf diese Weise zu befrieden. Dies war ein echter Paradigmenwechsel in der französischen Deutschlandpolitik. Zuvor galt eine nationale Denkschule, nach der Deutschland so weit wie möglich zu schwächen war, um es für künftige Aggressionen untauglich zu machen. Das Bild von Deutschland änderte sich mit dem Schuman-Plan aber kaum, denn auch Robert Schuman ging es darum, das zerstörerische und kriegerische Potenzial einzuhegen und neuerliches deutsches Hegemoniestreben zu verhindern. Er vertraute allerdings darauf, dass die feste Einbindung Deutschlands in die

5 Vgl. Joachim Schild: Sehnsucht nach einer symmetrischen Beziehung, Dossier Frankreich, bpb.de, 21.1.2013, <<http://bit.ly/1JHgg2R>>.

6 Henrik Uterwedde: Deutschland aus französischer Sicht. Modell, Ärgernis, Bedrohung?, in: *Politikum*, 1/2015, S. 69.

7 Erklärung der französischen Regierung über eine gemeinsame deutsch-französische Schwerindustrie vom 9. Mai 1950, in: *Europa-Archiv*, 11/1950, S. 3091 f.

europäische Staatengemeinschaft der deutsch-französischen «Erbfeindschaft» den Garau machen würde – eine klassische Umarmungsstrategie. Der Schuman-Plan war nicht unumstritten. Insbesondere Gaullisten und Kommunisten plädierten für die Fortführung der Eindämmungspolitik. Dass Schuman sich durchsetzen konnte, lag auch an der politischen Großwetterlage, dem Kalten Krieg und der Notwendigkeit, sich Bündnispartner zu suchen. Zudem war Deutschland geteilt und erschien dadurch nicht mehr so bedrohlich. Schließlich setzte Frankreich in den neu entstehenden gemeinsamen Institutionen von Montanunion und kurz darauf der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) seine Führungsrolle durch.

Sicherheit vor Deutschland erklärt auch Frankreichs Initiative für eine integrierte westeuropäische Armee mit deutschen Einheiten. Der 1952 von Frankreich, der Bundesrepublik, Italien und den Benelux-Staaten unterzeichnete Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)⁸ konnte allerdings wegen des Widerstands der Kommunisten und Gaullisten gegen eine deutsche Wiederaufrüstung nicht durch das französische Parlament ratifiziert werden. Trotzdem sollte Frankreich auch in der Zukunft dieses Anliegen weiterverfolgen und immer wieder Interesse an einem solchen Projekt zeigen.

Das Bild vom wirtschaftlichen Riesen

Mit der Einbindung der Bundesrepublik in die europäischen und atlantischen Strukturen verschwand nach und nach das Bild eines kriegerischen und nach außenpolitischer Hegemonie strebenden Deutschlands. Der Élysée-Vertrag über die deutsch-französische Partnerschaft, den General Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer 1963 unterzeichneten, schuf neues Vertrauen. Doch nun war es die Angst vor der ökonomischen Stärke, die Frankreich umtrieb.⁹ Die mit dem «Wirtschaftswunder» schnell wieder aufstrebende deutsche Industrie hatte die französische bereits überholt. Zum Ausgleich konnte sich Frankreich zwar auf seine außenpolitische Stärke berufen,¹⁰ dennoch beschäftigte die politische Elite in Frankreich die zunehmende wirtschaftliche Überlegenheit Deutschlands. Als es der Bundesrepublik besser gelang, die Folgen der Ölkrise 1973 und 1974 zu überwinden, diskutierte die französische Öffentlichkeit intensiv darüber, warum sich Deutschland erfolgreicher an die widrige Lage anpassen konnte als Frankreich, das mit höherer Inflation und stärkerer Rezession zu kämpfen hatte.

8 Text in: *Europa-Archiv*, 13-14/1952, S. 5047 ff.

9 Siehe auch der Beitrag von Henrik Uterwedde im vorliegenden Band.

10 Seit Ende der 1960er-Jahre fußte die französische Deutschlandpolitik auf einer «Zwei-Säulen-Theorie»: deutsche Überlegenheit in der Wirtschaft, französische Führungsrolle in der Außen- und Sicherheitspolitik. Sein Status als alliierte Siegermacht und Atommacht, sein ständiger Sitz und Vetorecht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und seine kolonialen Einflussphären sicherten Frankreich zu Zeiten des Kalten Kriegs eine Vormachtstellung gegenüber dem geteilten Westdeutschland, das nicht einmal seine volle nationale Souveränität zurückerlangt hatte und sich in strenger außenpolitischer Zurückhaltung übte. Vgl. Joachim Schild, op. cit. (Anm. 5).

Der Blick hinüber zum deutschen Nachbarn war zugleich ein Blick auf sich selbst – schon entstand eine Kontroverse darüber, ob das deutsche Modell nachahmenswert sei oder nicht. Auch damals blieben die alten Stereotype nicht aus. So fragte das konservative Wochenblatt *Le Point*: «Muss man vor den Deutschen Angst haben?»¹¹ Auch wenn es um Wirtschaft ging – der Titel sollte aufschrecken und erinnerte zu diesem Zweck an das kriegerische Deutschland.

So verwundert es nicht, dass Frankreich auch in den 1980er-Jahren die treibende Kraft der europäischen Integration blieb und der europäische Binnenmarkt unter dem Kommissionspräsident Jacques Delors Wirklichkeit wurde. Schon vor dem Ende der DDR strebte Frankreich eine Währungsunion an. Als die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) 1992 in Maastricht verabschiedet wurde, entsprach sie dem Kernanliegen der französischen Europapolitik. Die deutsche Geldpolitik und die Bundesbank wurden in das Europäische System der Zentralbanken eingebunden. Dahinter stand die nicht unbegründete Hoffnung, bei finanzpolitischen Entscheidungen ein Gleichgewicht mit Deutschland herzustellen.

Das Bild von der Zentralmacht Mitteleuropas

Beunruhigend blieb aber die Vorstellung eines Deutschlands, das sich aus seiner Westeuropa-Bindung und aus der engen deutsch-französischen Partnerschaft herauslösen könnte. So war es schon bei der Ostpolitik der Regierung unter Kanzler Willy Brandt in den 1970er-Jahren. Die Neuorientierung deutscher Außenpolitik und ihre Ausrichtung nach Osten drohte das gefundene Gleichgewicht – Deutschland führt wirtschaftlich, Frankreich außenpolitisch – ins Schwanken zu bringen. In Paris kam die Befürchtung auf, dass sich Deutschland auf seine Rolle als mitteleuropäische Zentralmacht besinnen könnte. Diese Sorge verstärkte sich bei der deutschen Wiedervereinigung 1990 sowie bei der großen EU-Osterweiterung des Jahres 2004. Das erstarkte Deutschland als Scharnier zwischen den alten westlichen und den neuen östlichen Mitgliedern würde die Symmetrie des deutsch-französischen Paares infrage stellen. Durch die Beendigung des Kalten Kriegs war die Bedeutung Frankreichs in der internationalen Politik gesunken. Diese völlig neue Lage wurde in Frankreich mit altbekannter Sorge aufgenommen. Welche Auswirkungen würde dieses neue Ungleichgewicht zugunsten Deutschlands für das deutsch-französische Verhältnis und für die europäische Friedensordnung haben?

Schon als sich der Fall der Mauer Anfang November 1989 abzeichnete, wurden in Paris Stimmen laut, die vor den Folgen der neuen politischen Großwetterlage warnen, so etwa im *Figaro* vom 2. November 1989: «Es gibt ein Missbehagen in Frankreich, das die für unvermeidbar gehaltene Wiedervereinigung weniger fürchtet als das Wiedererstehen bismarckscher Sehnsüchte oder das Streben nach einer Art gemeinsamer deutsch-sowjetischer Herrschaft über Europa, wie sie sich hier oder da in Deutschland

¹¹ *Le Point*, 31.5.1976, zitiert aus Uterwedde, op. cit. (Anm. 6).

bemerkbar machen.»¹² Vornehmlich die konservativen Blätter waren voller Bezüge auf ein Deutschland, vor dem man sich fürchten müsse. So beschwor der *Figaro* mit dem Titel «Vers le Ve Reich» – «Auf zum V. Reich» – wieder Großmachtängste herauf.

Als die Mauer am 9. November tatsächlich fiel, kommentierten die französischen Zeitungen das Ereignis zunächst weitgehend positiv.¹³ Nur *L'Humanité* sprach von einer Annexion der DDR durch die Regierung Helmut Kohl.¹⁴ Doch schon bald folgte der Freude die Sorge über die Konsequenzen – vor allem in der konservativen Presse. So kommentierte Jean François-Poncet, Außenminister bis 1981, im *Figaro*, dass sich die Freude mit einer Malaise mische, weil zwei Gefahren bestünden: erstens, die einer Rückkehr des deutschen ökonomischen wie politischen Hegemoniestrebens; und zweitens, die einer Krise des Europäischen Einigungsprozesses. Von innen durch einen übermächtigen deutschen Partner, von außen durch die Beitrittsaspiranten, die die EU zu einem unförmigen und impotenten Magma machen würden.¹⁵

Die Schlagzeilen der konservativen Presse von 1989 sprechen für sich:

«Das Phantom Bismarck. Eine Nation auf der Suche nach einem Staat» (*Le Figaro*),¹⁶ «Angst vor den Deutschen» (*Challenges*),¹⁷ «Braucht man ein geeintes Deutschland?» (*Le Point*).¹⁸ Das Wochenmagazin erklärte seine Frage so: «Mit diesem Titel wollten wir die Leser darauf aufmerksam machen, dass inmitten von Europa ein neues Problem entsteht. Es geht nicht um alte Klischees oder Ängste vor der brutalen Macht eines Bismarcks, die in manchen Hirnen noch herumgeistern. Eher könnte die Macht der Mark Europa beunruhigen.»¹⁹

Das Kriegsstereotyp wurde hier verworfen, das Wirtschaftsstereotyp blieb. Maurice Couve de Murville jedoch, gaullistischer Außenminister bis 1968, kommentierte die kontinentale Dimension: Deutschland strebe nach einem Europa, «dessen Schwerpunkt im geografischen Zentrum des Kontinents liegen würde, das heißt in Berlin», während für die Franzosen das «unabhängige Europa unbedingt westlich und in die offene See ausgerichtet sein müsse», damit «Paris, wenigstens symbolisch, im Zentrum stehe».²⁰

Die linksliberale Presse widmete sich in den Tagen nach dem Mauerfall stärker der Freude über die wiedergewonnene Freiheit der Ostdeutschen und würdigte den

12 *Le Figaro*, 2.11.1989 (deufamat.de). Ein Teil der folgenden Pressezitate stammt von deufamat.de, eine von Brigitte Sauzay und Rudolf von Thadden aufgelegte Datenbank. Die Quellenangabe ist entsprechend gekennzeichnet. Alle anderen Pressezitate stammen aus eigenen Recherchen und sind im Original belegt.

13 Vgl. zum Beispiel die Zitatesammlung in *Libération* vom 12.11.1989 mit positiven Kommentaren von François Mitterrand über Jacques Chirac bis zur PCF und dem Front National.

14 «Die Anmaßung von Helmut Kohl, der die DDR annectieren will, ist eine Gefahr für Frieden und Sicherheit in Europa. Sie widerspricht den Interessen Frankreichs.», *L'Humanité*, 9.11.1989.

15 *Le Figaro*, 14.11.1989.

16 *Le Figaro*, 13.11.1989.

17 Uterwedde, *Politikum*, 1/2015, S. 71 (Anm. 6).

18 *Le Point*, 25.11.1989 (deufamat.de).

19 *Le Point*, 25.11.1989 (deufamat.de).

20 Maurice Couve de Murville: *Le Monde en face*, Plon, Paris 1989 (deufamat.de). Maurice Couve de Murville: *Le Monde en face*, Plon, Paris 1989 (deufamat.de).

historischen Wert dieser friedlichen und demokratischen Revolution. Doch auch hier schob sich die Frage in den Vordergrund, welche Folgen die Ereignisse für die Zukunft Europas haben würden.²¹ Die wiederholte Aussage in *Le Monde*, dass niemand von einer schnellen Wiedervereinigung spreche und keinerlei «nationalistischen Anklänge» zu hören seien,²² wirkt im Nachhinein wie eine Selbstberuhigung. Auch *Libération* lässt Oskar Lafontaine versichern, dass «eine Wiedervereinigung in Form einer IV. Republik überholt» sei.²³ Zwar blieb die politische Erschütterung nicht unerwähnt. So hieß es in *Libération*: «Jegliche Veränderung in den Allianzen destabilisiert das Herz Europas. Dies wird weder im Westen noch im Osten gewünscht.»²⁴ Doch *Le Monde* warnte mit Blick auf die konservative Presse davor, «öffentlich und mit einem Ton des Misstrauens und der Angst ununterbrochen die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu erwähnen.» Misstrauen gegenüber Deutschland könne nur als Beleidigung und Beschimpfung empfunden werden, habe sich die BRD doch seit einem halben Jahrhundert als Demokratie erwiesen. Aber auch in *Le Monde* schwingt die Notwendigkeit mit, Deutschland zu kontrollieren: «Die Deutschen haben das Recht, sich zu vereinigen, wenn sie es wollen. Die anderen Europäer haben das Recht zu verlangen, dass diese Einigung sie nicht in den Schatten stellt.»²⁵ Eine deutsche Wiedervereinigung sei damit nur «in einem vereinten und freien Europa» denkbar.²⁶

Nach der ersten Euphorie setzte in Frankreich bald Katerstimmung ein. Das Vorgehen der deutschen Regierung in den Monaten nach dem Mauerfall wurde von französischer Seite als deutscher Alleingang empfunden. Die Missstimmung schlug sich auch in den Kommentaren der französischen Presse nieder, die Skepsis überwog. Jetzt kamen die militärischen und politischen Stereotype wieder auf. Es war die Rede vom «Blitzkrieg»²⁷ und vom monetären «Anschluss» der DDR an die Bundesrepublik.²⁸ Michel Debré, gaullistischer Premierminister bis 1962, scheute keinen Vergleich: «Es ist ein halbes Jahrhundert her, da annektierte Hitler im Namen der deutschen Nation Österreich.» Er fügte hinzu: «Ich sage, die Zukunft Frankreichs hängt von Frankreich allein ab, und gegenüber dem Entstehen eines neuen Deutschlands, dessen Macht nur hegemonial sein kann, gibt es keine andere Lösung als ein sehr starkes Frankreich.»²⁹ Wie so oft dient der Blick auf den deutschen Nachbarn als Aufforderung zur eigenen Stärke.

Der Blick in die Presse zeigt, wie sehr in historischen Umbruchphasen das Leitmotiv der deutschen Dominanz und die Rückgriffe auf alte Stereotype die französische Debatte prägen – ob in der Verwendung dieser Motive oder in ihrer Abgrenzung davon. Ähnlich zeigte sich das Bild Deutschlands in der französischen Gesellschaft,

21 So titelt *Libération* am 13.11.1989: «Liesse allemande. Perplexité générale» (Deutsche Freude. Allgemeine Ratlosigkeit).

22 *Le Monde*, 14.11.1989.

23 *Libération*, 12.11.1989.

24 *Libération*, 18./19.11.1989.

25 *Le Monde*, 14.11.1989.

26 Ebd.

27 *Le Point*, 11.3.1990 (deuframmat.de).

28 *Le Point*, 19.2.1990 (deuframmat.de).

29 *Le Figaro*, 19.2.1990 (deuframmat.de).

mag man den Umfragen Glauben schenken. Direkt nach dem Mauerfall hatte die Mehrheit der befragten Französinnen und Franzosen zunächst keine Vorbehalte. 62 Prozent hielten den Mauerfall für eine gute Sache und 60 Prozent waren der Meinung, dass sie kein Hindernis für die Europäische Einigung darstelle.³⁰ Gegen eine schnelle Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten entwickelten sich allerdings recht schnell Vorbehalte. So sprach sich zwar bis zuletzt eine Mehrheit von knapp über 50 Prozent für die Wiedervereinigung aus, und genauso viele waren zuversichtlich, dass sich «das wiedervereinte Deutschland leicht in die Europäische Gemeinschaft eingliedern werde». Doch befürchteten immerhin 30 Prozent der Befragten, Deutschland werde «wie in der Vergangenheit» versuchen, Europa zu beherrschen.³¹

Zwerg und Zahlmeister: Die Wahrnehmung Deutschlands von sich selbst

Wenn es um die Rolle Deutschlands in Europa geht, so ist es aufschlussreich, das französische Leitmotiv dem deutschen gegenüberzustellen. Sieht Deutschland sich selbst auch als Hegemon in Europa? Entspricht das Motiv der Angst vor der deutschen Hegemonie auch dem Bild, das die Deutschen über ihre Rolle in Europa haben? Mitnichten.

Deutschlands Selbstbild in Europa war lange Zeit das des ökonomischen Riesen und politischen Zwergs. Diese Wahrnehmung entsprach spiegelbildlich dem französischen Zwei-Säulen-Konzept der 1980er-Jahre.³²

Doch hängt daran ein weiteres Selbstbild, nämlich das Bild Deutschlands als Zahlmeister Europas, «der zwar den größten finanziellen Anteil in die EU einbringt, aber keinen entsprechenden Einfluss geltend machen kann».³³

Die Zahlmeisterthese ist «eine verdeckte Klage über ein zu Wenig an politischem Einfluss und Gestaltungsmacht, über die mangelnde Bereitschaft der Partner, dem Zahlmeister auch politisch zu folgen».³⁴

Das Motiv kam schon in der frühen Phase der Bundesrepublik auf und bezog sich auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik. Auch als 1991/92 die Bedingungen für die Wirtschafts- und Währungsunion ausgehandelt wurden, nahm die deutsche Debatte das Motiv wieder auf. Dass die deutsche Seite auf den Stabilitätskriterien beharrte, war von der Angst getrieben, sonst noch höhere Zahlungsverpflichtungen übernehmen zu müssen.

30 Umfrage Figaro-Louis Harris, in *Le Figaro*, 13.11.1989.

31 Ebd.

32 Nach der Wiedervereinigung war das Motiv auch Hinweis auf die Enttäuschung über manch außenpolitische und militärische Zurückhaltung des wiedervereinigten Deutschlands. Wie etwa André Glucksmann am 1.12.2011 in der *Welt*: «Früher sagte man über die Bundesrepublik, sie sei ein ökonomischer Riese, aber ein politischer Zwerg. Das gilt im Grunde auch heute noch, wie jüngst das deutsche Verhalten im Falle Libyens gezeigt hat.» Siehe <<http://bit.ly/1N4iMuM>>.

33 Josef Janning: Bundesrepublik Deutschland, in: Jahrbuch der Europäischen Integration, 1993/1994, S. 307.

34 Ebd.

Auch in der jüngsten Eurokrise ist die Zahlmeisterthese ein Leitmotiv der Debatte. Zwischen 2011 und 2014 verging kaum eine Woche, in der in den Medien nicht davon die Rede war.³⁵ In den meisten konservativen Blättern, allen voran *Welt* und *Bild*, teilweise aber auch in der *FAZ*, wurde der Sachverhalt belegt und beklagt. So sprach die *Welt* schon im Sommer 2011 vom «Zahlmeister Europas» und warnte vor einer «Transferunion», als es um die Frage ging, ob die EU zur Rettung der Eurozone den verschuldeten südeuropäischen Krisenländern Kredite gewähren sollte. 2013 beklagte die *Welt* wiederum: «Deutschland bleibt Zahlmeister». Andere prangeren die Zahlmeisterthese als Mythos an. So argumentierte der *Spiegel* dagegen: «Die Bundesrepublik zahlt Milliarden Euro für Pleitestaaten, hat selbst aber kaum Vorteile von Europa: Dieser Eindruck ist weitverbreitet – und doch nur ein Mythos. Kein Staat profitiert so von der europäischen Integration und der gemeinsamen Währung wie Deutschland.»³⁶ Die *Zeit* beklagte die Kampagnen der Boulevardblätter: «Europa ist, wenn Deutschland zahlt und alle anderen profitieren – dieser Eindruck ist im bevölkerungsreichsten Land des Kontinents weit verbreitet. (...) Kein Mitgliedstaat führe so viel Geld an Brüssel ab wie Deutschland, doch pro Kopf landete Deutschland im Jahr 2012 auf Rang Vier der Nettozahler, noch hinter Schweden, Dänemark und Luxemburg. «Kaum eine andere Volkswirtschaft», so die Wochenzeitung, «profitiert so sehr vom EU-Binnenmarkt wie die deutsche. 57 Prozent unserer Exporte gehen in andere Mitgliedstaaten. Gerade die Ausfuhren in ehemalige Ostblock-Länder sind seit deren EU-Beitritt im Jahr 2004 rapide gestiegen.»³⁷ Andere Stimmen betonten den immateriellen Wert des vereinten Europa für Deutschland, der weit über die materiellen Kosten der Eurokrise hinausgehe. Und verwiesen auf die historische Verantwortung Deutschlands für ein friedliches Europa.³⁸ So etwa zitiert die *Süddeutsche Zeitung* Jürgen Habermas: «Auch Jürgen Habermas warnte (...) vor deutscher Kurzsichtigkeit, die Deutschland ins Abseits führe und die Europäische Union im schlimmsten Fall zerstören könnte. (...) Der Philosoph holte weit aus, um die historische Verantwortung der Bundesregierung zu begründen. Deutschland halte den Schlüssel für das Schicksal der EU in der Hand, sagte Habermas. (...) Und es liege im deutschen Interesse, voranzugehen. Habermas forderte die Bundesregierung auf, sich dieser Verantwortung nicht zu verweigern – und verwies auf Parallelen zwischen der Eurokrise und der Situation nach 1871.»

35 So ergibt der Suchbegriff «Deutschland Zahlmeister» für den Zeitraum 2010 bis 2015 100 Treffer auf welt.de, 61 Treffer auf bild.de, 74 Treffer auf spiegel.de, 42 Treffer auf faz.de und 37 Treffer auf zeit.de.

36 Siehe <<http://bit.ly/1PTPfbH>>.

37 Siehe <<http://bit.ly/1OMScMj>>.

38 So etwa *Die Zeit*: <<http://bit.ly/1ZhMFPm>>, z.B. auch das Interview mit Herfried Münkler im Deutschlandradio Kultur vom 4.3.2015: Deutschlands neue Rolle in Europa. Zahlmeister und Zuchtmeister, <<http://bit.ly/1EWqwzd>> oder das Interview mit Gesine Schwan in der *Zeit* vom 1.10.2015, <<http://bit.ly/1mSjXsa>>.

Vom Zahlmeister zum Schulmeister

Während viele Deutsche glauben, sie seien die «Zahlmeister Europas», so denken viele Franzosen, die Deutschen seien vielmehr die «Schulmeister Europas». So überwiegt in der französischen Presse das Bild Deutschlands als dominantem Zuchtmeister, während in der deutschen Presse das Motiv des deutsch-französischen Paares, das sich gegenseitig braucht und an einem Strang ziehen muss, beschworen wird.³⁹

Schon Anfang der 1990er-Jahre galt das deutsche Bestreben, im Rahmen der Währungsunion Konvergenzkriterien einzuführen und ihre Einhaltung zu kontrollieren, als Bestätigung der französischen Sichtweise – die in den deutschen Medien rezipiert wird. Die FAZ zeigte in einer Presseschau, wie die Debatten in Frankreich und anderen europäischen Ländern verliefen. Kritisiere die deutsche Regierung das zu hohe französische Haushaltsdefizit, so sehe man in Frankreich darin den Anspruch Deutschlands, «die schlechten Schüler in Europa zu schulmeistern».⁴⁰ Kein Wunder, dass Botschaften aus dem Schulvokabular, die von Berlin nach Paris gesendet wurden – die französische Regierung müsse ihre «Hausaufgaben machen» – links des Rheins auf sehr empfindliche Ohren trafen. Der Ökonom Josef Molsberger beschreibt es so: «Nicht nur in diesem Fall und nicht nur in Frankreich herrscht die Meinung, die Deutschen spielten sich als Schulmeister Europas auf. Man sieht sie mit erhobenerm Zeigefinger als unbequeme, lästige, geradezu penetrante Prediger des marktwirtschaftlichen Wegs der Tugend. Mehr noch: Man sieht Deutschland als wirtschaftliche Supermacht, die ohne Rücksicht auf die Partnerländer (in der EG und im Europäischen Währungssystem) ihre stabilitätspolitischen Vorstellungen durchsetzt, auch auf dem Rücken der Partner. In Deutschland selbst und in den EG-Partnerländern sind also zwei verschiedene Perzeptionen des wirtschaftspolitischen Einflusses Deutschlands in Europa zu konstatieren.»⁴¹

Wie national geprägte Bilder zu einer unterschiedlichen Wahrnehmung der Eurokrise führen

Die unterschiedlichen Muster der Fremd- und Selbstwahrnehmung prägen die Debatte über die Rolle Deutschlands in Europa. Sie erklären, weshalb in Deutschland und Frankreich die Debatte über die Eurokrise so unterschiedlich verlief – und warum die französische Reaktion auf die deutsche Politik in Deutschland oft als antideutsche Ressentiments wahrgenommen wurde. Die Kritik aus Frankreich und anderen europäischen Ländern löste Erstaunen, Unverständnis oder gar Verbitterung aus. Deutschland, so der Tenor in Teilen der deutschen Gesellschaft, habe doch immens hohe Summen zur Eurorettung zur Verfügung gestellt und ernte nun dafür nur Undank.

³⁹ Siehe auch der Beitrag von Ursula E. Koch in diesem Band.

⁴⁰ Die Deutschen wollen Europa schulmeistern, *FAZ*, 18.2.1995, S. 13.

⁴¹ Josef Molsberger: Schulmeister Europas? Zahlmeister Europas? Deutschlands Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der EG, in: Martin Heckel (Hrsg.): Die innere Einheit Deutschlands inmitten der europäischen Einigung. Deutschlands Weg 50 Jahre nach dem Kriege, Tübingen 1996, S. 143.

In die deutsche Europadebatte legt sich «ein publizistischer Oberton (...), den es früher nicht gab (jedenfalls nicht im medialen Mainstream): beleidigt und beleidigend zugleich, auftrumpfend und abkanzelnd, selbstgewiss und vor allem verständnislos für unseren Nachbarn». ⁴² So wunderte sich die Welt in einem Kommentar mit dem Titel «Deutschland stabil, stark und verhasst»: «Deutschland gibt den Ton an, ohne dass dies Gesten der Superiorität wären, und wird dennoch dafür mit Verachtung bestraft.» Dabei schwang auch der Appell mit, sich nicht erpressen und ausnutzen zu lassen: «Dass Deutschland lange Zahlmeister der EU war, kann kein Freibrief für notorische Alimentierung sein. Und erst gar nicht solcher Länder, die unverfroren auf diesen Geldern bestehen, als seien sie ewige Reparationsleistungen. Die Nachkriegszeit ging nicht 1989 zu Ende, sondern mit der Krise der EU. (...) Die Deutschen werden keinem Land, bei aller Hilfsbereitschaft, die sie die ganze Zeit schon an den Tag legen, den Gang durch das Tal der Tränen vergolden. Diese Zeiten sind wirklich ein für alle Mal vorbei.» ⁴³

Die Unterschiede in der Wahrnehmung des Nachbarn und der Zustand der deutsch-französischen Beziehung spiegelten sich auch in den Umfragen wider. ⁴⁴ So bewerten die Deutschen den Zustand der deutsch-französischen Beziehungen besser, als es die Französinen und Franzosen tun. In einer von der Deutschen Botschaft in Paris beauftragten Umfrage von 2012 gaben 85 Prozent der befragten Deutschen an, die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seien ausgeglichen, während dies nur 59 Prozent der befragten Französinen und Franzosen so sahen. ⁴⁵ Wie unterschiedlich die Sicht auf die deutsch-französische Partnerschaft ist, zeigt sich auch daran, dass die französischen Befragten als Begriffe, die die deutsch-französischen Beziehungen am besten charakterisieren würden, zwar am häufigsten Partnerschaft angaben, Rivalität und Misstrauen aber mehr als doppelt so oft wie die deutschen Befragten nannten, während diese die Begriffe Freundschaft, Vertrauen und Solidarität deutlich häufiger nannten. Bei einer anderen Umfrage im Jahr 2014 sagten 75 Prozent der französischen Befragten, dass Deutschland im deutsch-französischen Verhältnis den Ton angebe. Dagegen sahen nur 47 Prozent der Deutschen dies so. ⁴⁶

⁴² So Bernd Ziesemer: Auftrumpfend und abkanzelnd. Deutschland sollte dringend über seinen außenpolitischen Stil nachdenken, in: *Internationale Politik* 2, Februar-März 2014, S. 53–59, zitiert aus der Onlineversion vom 28.2.2014, <<http://bit.ly/1N4j3xU>>.

⁴³ Deutschland stabil und stark, welt.de, 7.6.2012, <<http://bit.ly/1Zpqnk8>>.

⁴⁴ Siehe auch Grafiken mit Umfrageergebnissen in diesem Band.

⁴⁵ Umfrage des IFOP vom Dezember 2012, beauftragt durch die deutsche Botschaft in Paris, S. 28, <<http://bit.ly/1KaMgHs>>. In einer Umfrage des Umfrageinstituts Harris im Auftrag der FES Paris gehen die Antworten noch weiter auseinander: 41 Prozent der befragten Franzosen sind der Ansicht, die deutsch-französischen Beziehungen seien wenig ausgeglichen, und es bestehe ein Ungleichgewicht zugunsten Deutschlands. Diese Sichtweise teilten nur 15 Prozent der Deutschen. 75 Prozent der Deutschen bezeichneten die Beziehungen als ausgeglichen (gegen 46 Prozent der Französinen und Franzosen), <<http://bit.ly/1DiTpDH>>, S. 8.

⁴⁶ Umfrage im Auftrag des Deutsch-Französischen Journalistenpreises durchgeführt von Infratest und SOFRES.

Die Diskrepanz der Wahrnehmungsmuster, die sich aus den historisch tradierten Leitmotiven ergibt,⁴⁷ kann leicht zu inkompatiblen nationalen Debatten führen. Dass es sich hierbei nicht nur um ein deutsch-französisches, sondern auch um ein gesamteuropäisches Problem handelt, haben die letzten Jahre gezeigt.⁴⁸ Zu welchen Dissonanzen dies zwischen den europäischen Gesellschaften führen kann, ist in der Eurokrise sichtbar geworden. Der Glaube, in einem europäisierten Europa lösten sich alte Stereotype und daraus abgeleitete Fehlperzeptionen auf, war ein Irrglaube. Wie in allen Konflikten ist die Kenntnis der Wahrnehmungsmuster aber ein erster Schritt zum besseren Verständnis des Anderen und damit zur Verständigung. Denn nur so können sie hinterfragt und aufgebrochen werden. Ein stärkeres Bewusstsein darüber, wie der französische Nachbar auf Deutschland und seine Rolle in Europa schaut, könnte den Deutschen dabei helfen, französische Reaktionen besser zu verstehen.

Und die deutsche Politik hat die schwierige Aufgabe zu meistern, eine Führungsrolle in Europa wahrzunehmen, ohne dabei dominant aufzutreten. Doch hat diesbezüglich in den letzten Jahren ein Paradigmenwechsel stattgefunden. War bis Helmut Kohl deutsche Europapolitik darauf bedacht, den aus der deutschen Geschichte erwachsenen Deutschlandbildern symbolisch wie politisch entgegenzuwirken, so wird deutsche Interessenpolitik heute offensiver vertreten. In der Finanz- und Schuldenkrise hat so manches Auftreten der deutschen Bundesregierung die alten Stereotype in Frankreich und anderen europäischen Ländern eher wiederbelebt, anstatt ihnen entgegenzuwirken.

47 Catherine Macmillan: The Return to the Reich? A Gothic Tale of Germany and the Eurozone Crisis, in: *Journal of Contemporary European Studies*, Nr. 22/1, März 2014, S. 24–38.

48 So etwa die jüngste Kritik des italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi gegenüber der deutschen Vorherrschaft in Europa, <<http://bit.ly/1m652Ld>>, versus die britische oder polnische Sicht, die von Deutschland mehr Führungsstärke fordern, z.B. *The Economist*: The German reluctant hegemon, <<http://econ.st/1SLzu9C>>. oder die Rede des polnischen Außenministers Radosław Sikorski am 28.11.2011, <<http://bit.ly/1W2GZss>>.

Schüler mit Hausaufgaben – Frankreich in der politischen Debatte Deutschlands

Seit der Eurokrise ist das deutsch-französische Verhältnis von einer Asymmetrie geprägt, die sich an der unterschiedlichen Wirtschaftsleistung und dem Einfluss der beiden Länder auf die Europapolitik messen lässt. Deutschland erscheint dabei in einer Führungsrolle, Frankreich als Juniorpartner. Die Asymmetrie hat aber auch eine subjektive Dimension und zeigt sich darin, wie Frankreich und Deutschland in der politischen Diskussion des jeweiligen Partnerlandes beleuchtet werden. Es ist kaum übertrieben, von einer regelrechten Deutschlandobsession in Frankreich zu sprechen,¹ so sehr erregt das «deutsche Modell», ob bewundert oder geschmäht, dort die Gemüter.² Im Gegensatz dazu äußern sich deutsche Entscheidungsträger öffentlich eher selten zu Frankreich. Nur schwer ist etwa ein Fernsehduell mitten im Bundestagswahlkampf vorstellbar, bei dem sich die Protagonisten über das «französische Modell» streiten oder über die Haltung, die es gegenüber Paris einzunehmen gälte. Es scheint, als stünde diesbezüglich nicht genug auf dem Spiel, um eine Behandlung auf so hoher politischer Ebene zu rechtfertigen.

Die politischen Eliten in Deutschland sind also weit von einer Frankreichobsession entfernt. Das hindert sie nicht daran, die Geschehnisse auf der anderen Seite des Rheins aufmerksam zu verfolgen. Seit der Eurokrise schauen deutsche Politikerinnen und Politiker genauer auf die anderen Euroländer, insbesondere auf jene in Schwierigkeiten. Davon zeugt der Fall Griechenlands, das seit einigen Jahren Gegenstand einer geradezu inflationären Zahl politischer Kommentare in Deutschland ist. Im Laufe der Krise sind sich Bürger und politisch Verantwortliche bewusster geworden, dass die Schicksale der europäischen Partner untrennbar miteinander verbunden sind und, gleich einem Dominoeffekt, die Probleme eines einzelnen Eurolandes schwere Folgen für die gesamte Eurozone haben können – und somit auch für Deutschland. Vor allem Frankreich wird von der deutschen Presse immer wieder als der Kranke Mann Europas dargestellt. Frankreichs Bedeutung für die Bewältigung der Eurokrise hängt mit seiner besonderen Stellung zusammen. Es ist zugleich zweitgrößte Wirtschaftsmacht

- 1 Claire Demesmay: Kollektive Obsession. Frankreichs Deutschland-Komplex und die Zukunft der Achse Paris–Berlin, in: *Internationale Politik*, Juli/August 2013, S. 102–105.
- 2 Vgl. dazu den Beitrag von Daniel Vernet in diesem Band.

der Europäischen Union (EU), wichtigster politischer Partner Deutschlands in der Europapolitik und traditioneller Vermittler zwischen den südeuropäischen Ländern und einem europäischen Norden, dessen Wortführer Berlin ist. Zahlreiche Bemerkungen über die wirtschaftliche Lage Frankreichs seitens deutscher Politiker/innen, die bislang kein besonderes Interesse für das Nachbarland gezeigt haben, zeugen von dieser relativ neuen Besorgnis.

Ist Frankreich unter diesen Bedingungen zum Gegenstand der politischen Debatte in Deutschland geworden? Und wenn ja, in welchem Maß wird es für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert? Zur Beantwortung dieser Fragen soll eine Zeitspanne von drei Jahren untersucht werden: vom Beginn der Präsidentschaft François Hollandes im Mai 2012 bis zur Entscheidung der EU-Kommission zum französischen Haushaltsdefizit im Februar 2015. Chronologisch werden einerseits die deutsche innenpolitische Debatte besonders zu Zeiten des Wahlkampfes, andererseits die europapolitische Dimension und das Dreieck Berlin-Paris-Brüssel betrachtet. Weil es bisher nur sehr wenig Sekundärliteratur zum Thema gibt, wurde vor allem die Berichterstattung in Zeitungen, im Radio und auf Webseiten analysiert.

Deutsche Politiker/innen verfolgten die französische Präsidentschaftswahl 2012 mit regem Interesse. Man betrachtete sie als entscheidend für die Bewältigung der Krise des Euroraums. Die Wahlversprechen des sozialistischen Kandidaten François Hollande, den Vertrag über den europäischen Stabilitätspakt neu zu verhandeln, eine Reichensteuer von 75 Prozent einzuführen sowie 60.000 Stellen im staatlichen Bildungsbereich zu schaffen, beunruhigte die deutsche Regierung aus CDU/CSU und FDP, weil sie um die europäische Strategie der Haushaltsdisziplin fürchtete. Da sie den Regierungswechsel im Falle eines Wahlsiegs der Sozialisten als «schädliches destabilisierendes Element»³ begriff, kam die Bundeskanzlerin dem Wunsch François Hollandes, ihn während des Wahlkampfes zu empfangen, nicht nach. Nicolas Sarkozy, den Präsidentschaftskandidaten der konservativen Union pour un mouvement populaire (UMP), unterstützte sie hingegen deutlich. Nur wenige Monate vor der Wahl gab sie gemeinsam mit ihm sogar ein Doppelinterview im französischen und im deutschen Fernsehen.⁴ Die deutsche Linke, die sich zu diesem Zeitpunkt in der Opposition befand und sich auf den nahenden Bundestagswahlkampf des Jahres 2013 vorbereitete, setzte logischerweise auf einen Sieg der Sozialisten.

Der Glanz des Siegers

So überrascht es kaum, dass die Verantwortlichen der SPD die Wahl François Hollandes zum französischen Präsidenten als Gewinn für Frankreich und Europa betrachteten. Sie feierten nicht nur seinen Sieg, sondern ließen ihn auch in ihre Kommunikation im Vorfeld der Bundestagswahl von 2013 einfließen. Sich auf den Wahlsieg zu beziehen oder, noch besser, sich in Begleitung des neuen Präsidenten zu zeigen, sollte ihnen dabei helfen, sich der deutschen Öffentlichkeit als potenzielle Wahlsieger zu

³ Nicolas Barotte: François & Angela, Paris 2015.

⁴ Doppelinterview mit Angela Merkel und Nicolas Sarkozy bei France 2 und ZDF, 6.2.2012.

präsentieren und dabei zugleich die Isolation ihrer christdemokratischen Widersacher gegenüber dem französischen Nachbarn aufzeigen. Hierin liegt der ganze Sinn des Paris-Besuchs der «SPD-Troika» im Juni 2012, wie die Gruppe bestehend aus Sigmar Gabriel (damaliger SPD-Parteivorsitzender), Frank-Walter Steinmeier (damaliger Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion) und Peer Steinbrück (damals zukünftiger, zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht offiziell nominiertes SPD-Kanzlerkandidat) zu jener Zeit üblicherweise genannt wurde. Auf einem der Fotos von der Zusammenkunft sieht man Sigmar Gabriel und François Hollande herzlich miteinander plaudernd die Stufen des Élysée-Palastes hinabsteigen, gefolgt von Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und dem damaligen französischen Premierminister Jean-Marc Ayrault. Das Bild vermittelt ein Gefühl der Nähe, wenn nicht gar der Vertrautheit, die auf die Bereitschaft, zukünftig zusammenzuarbeiten, schließen lässt. Eine Aufnahme, deren Symbolkraft der SPD sicher gefallen haben dürfte, denn in Wahlkampfzeiten zählen Bilder so viel wie Worte.

Die drei deutschen Herren wiesen die Idee, den Wahlkampf nach Paris tragen zu wollen, natürlich von sich und beteuerten, es gehe nicht darum, «eine Achse gegen Frau Merkel» zu bilden, sondern darum, «im europäischen Interesse»⁵ zusammenzuarbeiten. Die Erklärung, der zufolge die französische Regierung und die SPD die Überzeugung teilen, dass «die Politik von Sarkozy und Merkel dramatisch gescheitert»⁶ sei, sprach jedoch für das Gegenteil. Aufseiten der Konservativen ließ man sich nicht täuschen. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt geißelte die Reise der SPD-Troika als «groteske Wallfahrt», die nicht den deutschen Interessen diene, sondern «allenfalls der Sozialistischen Internationale».⁷ Er warnte die SPD davor, das Spiel derjenigen in Europa mitzuspielen, «die nur an die deutsche Steuerkasse wollen»⁸ – eine nur notdürftig verschleierte Anspielung auf ein als verschwenderisch geltendes Frankreich, das für Wachstumsprogramme gegen die Konjunkturkrise und die Vergemeinschaftung von Schulden plädiert. Dobrindt nutzte einen aktuellen Anlass: Die Sozialdemokraten hatten bei ihrem Besuch in Paris von einer «große[n] Übereinstimmung» mit der französischen Regierung in mehreren wichtigen Punkten gesprochen, etwa der Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen, der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Notwendigkeit, die Haushaltsdisziplin durch Konjunkturmaßnahmen zu ergänzen – und das, obwohl ihr Gespräch mit der Bundeskanzlerin über den Fiskalpakt am Morgen desselben Tages zu keiner Einigung geführt hat.

Der Glanz von Hollandes Sieg verblasste jedoch rasch. Die Wirtschaftszahlen blieben schlecht, und Umfragen zeigten eine sinkende Beliebtheit von Präsident und Regierung. Wenige Monate nach dem Regierungswechsel wurden in der CDU Stimmen laut, die von Paris verlangten, seine Ankündigungen und Forderungen zurückzunehmen. Der Logik des Wahlkampfes entsprechend ging die an Frankreich gerichtete Kritik dabei häufig mit einem Vergleich zwischen François Hollande und

5 Sigmar Gabriel, Presseerklärung, Paris, 12.6.2012.

6 Ebd.

7 Erklärung von Alexander Dobrindt, zitiert in: CSU kritisiert SPD-Besuch in Paris als «Wallfahrt», Focus Online, 13.6.2012, <<http://bit.ly/1SJB0Jg>>.

8 Ebd.

dem sozialdemokratischen Gegner einher. So erklärte etwa Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hollande scheine ihm «zu sehr auf die Vergemeinschaftung der Schulden fixiert zu sein, wie die SPD in Deutschland».⁹

Die doppelte Abwertung

Als im November 2012 die Ratingagentur Moody's den französischen Staatsschulden die AAA-Wertung entzog und damit die Kreditwürdigkeit der Republik Frankreich herabstufte, wuchs aufseiten der deutschen Regierung die Ungeduld. Der CDU-Finanzexperte Klaus-Peter Flosbach bemühte sich zwar, die Tragweite dieser Entscheidung zu relativieren, indem er versicherte, dass deren Auswirkungen auf die Bewältigung der Krise mehr als beschränkt sein werden – zum Teil sicher, um die Nervosität der Märkte nicht noch anzustacheln. Aber er nutzte die Gelegenheit auch, um zu fordern, dass Frankreich «zügig Maßnahmen ergreift, um die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft zu steigern und das öffentliche Defizit zu reduzieren».¹⁰ Die Liberalen von der FDP, CDU-Koalitionspartner und verbissene Verfechter einer restriktiven Haushaltspolitik auf europäischer Ebene, schlugen einen härteren Ton an. Ihnen war die Politik François Hollandes ein Dorn im Auge, und sie zögerten nicht, dies öffentlich kundzutun – wobei sie die Gelegenheit nutzten, im gleichen Atemzug auch am Image der linken Parteien in Deutschland zu kratzen: «In Frankreich scheitert exakt jene Steuerpolitik, die SPD und Grüne in Deutschland umsetzen wollen», erklärte Volker Wissing, finanzpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Er setzte den Vergleich unter expliziter Nennung des SPD-Spitzenkandidaten fort: «Der Linksruck Frankreichs hat die Eurokrise verschärft. Anstatt mehr Wachstum bekam Frankreich weniger Wettbewerbsfähigkeit. [...] Spätestens jetzt sollte allen klar sein, dass weder Herr Hollande noch Herr Steinbrück ein tragfähiges Wachstumskonzept haben.»¹¹

Seitens der linken Parteien – darunter sind hier SPD, Grüne und Linkspartei zusammengefasst – gab es nur wenige Kommentare zur Entscheidung von Moody's. Doch nahmen die Sozialdemokraten nun seltener Bezug auf Frankreich, ganz so als gäbe es fortan weniger zu gewinnen, wenn man sich mit dem Sieger von gestern schmückte. François Hollande war zwar als Ehrengast zum Festakt anlässlich des 150. Geburtstags der SPD geladen, der vier Monate vor den Bundestagswahlen in Leipzig stattfand und an dem auch Angehörige des gegnerischen Lagers, insbesondere Angela Merkel, teilnahmen. Aber als Sigmar Gabriel erklärte, dass die Gegenwart François Hollandes an die Stärke der Verbindung zwischen SPD und PS gemahne,¹² wandte er sich damit weniger an den französischen Staatschef als an den Vertreter des Parti Socialiste, Mitglied der großen sozialdemokratischen Familie. Vor allem aber stellten die SPD-Verantwortlichen ihre Nähe zu Paris weniger betont zur Schau als noch einige Monate zuvor. Davon zeugt die Paris-Reise Peer Steinbrücks, nunmehr

9 Interview mit Volker Kauder, Spiegel Online, 9.11.2015, <<http://bit.ly/1RTJnS2>>.

10 Zitiert in: Dietmar Neuerer: Reaktionen auf Moody's-Urteil, Handelsblatt Online, 20.11.2012, <<http://bit.ly/1O8wQo4>>.

11 Ebd.

12 Rede von Sigmar Gabriel, Leipzig, 23.5.2013.

offizieller SPD-Kanzlerkandidat bei der bevorstehenden Bundestagswahl, im April 2013. Wie bei seinem vorherigen Besuch als Teil der SPD-Troika traf er den Präsidenten und seinen Premierminister Jean-Marc Ayrault. Diesmal gab es jedoch weder eine große Presseerklärung noch einen gemeinsamen Fototermin mit dem französischen Präsidenten: «Kein präsidialer Glanz, der von Hollande auf Steinbrück hätte ausstrahlen können»,¹³ bemerkte ein anwesender Journalist. Während seines Aufenthaltes vermied es Steinbrück im Übrigen, die Themen Wachstum und Arbeitslosigkeit anzusprechen, für die Frankreich in Deutschland in der Kritik stand. Er beschränkte sich darauf, an die Nähe zwischen SPD und französischer Regierung in einer relativ unverfänglichen Frage zu erinnern, nämlich dem härteren Durchgreifen im Kampf gegen die Steuerflucht.

In dieser Gemengelage stand praktisch nur noch die Linkspartei voll hinter Frankreich. So wie die CDU/CSU und die FDP die Oppositionsparteien SPD und Grüne angriffen, wenn sie die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der französischen Regierung kommentierten, griff der Linkspartei-Abgeordnete Michael Schlecht die Bundeskanzlerin an, der er vorwarf, die Eurozone mit ihrer «Kürzungspolitik»¹⁴ in Brand gesteckt zu haben. Der Volkswirt räumte zunächst mit Vorurteilen über die französische Wirtschaft auf: Die Reallöhne seien seit 2000 nicht schneller gewachsen als die Produktivität und die Preise. Dann skizzierte er zwei Handlungsoptionen: Entweder verabschiede Paris eine «Agenda 2020» (nach dem Vorbild der deutschen «Agenda 2010»), die massive «soziale Verwerfungen» zur Folge hätte und «in der französischen Öffentlichkeit zu Recht als eine inoffizielle Kapitulation vor Deutschland wahrgenommen werden würde»; oder aber es organisiere «einen Aufstand der Südländer gegen Deutschland», was die Gefahr einer Spaltung der Eurozone berge. Seines Erachtens war die Politik der schwarz-gelben Koalition für dieses dramatische und schier unlösbare Dilemma verantwortlich.¹⁵

Wenn Brüssel sich einmischt

Außerhalb von Wahlperioden betrachten die politischen Entscheidungsträger/innen in Deutschland den französischen Nachbarn durch die europäische Brille. Frankreich gilt als Eckpfeiler zur Überwindung der Krise. So überrascht es nicht, dass die Stellungnahmen der Europäischen Kommission zur französischen Politik verfolgt und breit kommentiert werden. Ihre wirtschaftspolitischen Empfehlungen können im Falle einer Nichtbeachtung Sanktionen nach sich ziehen.

Wie im Fiskalpakt vom Januar 2013 vorgesehen, äußerte sich die Kommission im Frühjahr 2013, genau ein Jahr nach der Wahl François Hollandes zum Präsidenten, über die wirtschaftliche Lage Frankreichs. Die französische Regierung hatte kurz zuvor bereits eine Fristverlängerung von zwei Jahren erhalten, um das Staatsdefizit mit den EU-Vorschriften in Einklang zu bringen. Wie erwartet forderte nun Olli

¹³ Martin Anetzberger: Steinbrück sucht Hollandes starke Schulter, Süddeutsche Zeitung Online, 5.4.2013, <<http://bit.ly/1OKQueu>>.

¹⁴ Michael Schlecht: Frankreich am Scheideweg, August 2013, S. 2, <<http://bit.ly/1Oy1tne>>.

¹⁵ Ebd., S. 11 f.

Rehn, der EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, Frankreich müsse sein Haushaltsdefizit reduzieren, indem es mithilfe einer neuen Rentenreform und weiterer Strukturreformen die Lohnkosten senke, Dienstleistungen liberalisiere und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessere.¹⁶

Die Reaktion des französischen Präsidenten, der in strengem Ton erklärte, man lasse sich von Brüssel nicht vorschreiben, was man zu tun habe,¹⁷ sorgte in Deutschland für Entrüstung. Die Kritik der Konservativen fiel am heftigsten aus. Die zurückhaltendsten Kommentare aus den Reihen der CDU drückten Unverständnis angesichts der französischen Reaktion aus. Der Abgeordnete Andreas Schockenhoff, ein ausgewiesener Frankreich-Kenner, bezeichnete sie als «unangebracht» und «unverständlich». Einige seiner Kollegen machten ihrem Ärger deutlicher Luft: «Dass Frankreich von der Kommission zwei Jahre mehr Zeit für das Erreichen der Haushaltsziele bekommt, ging aus unserer Sicht bereits weit über das Ziel hinaus. Aber die klare Auflage war, dass die Kommission dem Land dann auch klare Reformvorschläge macht»,¹⁸ befand etwa Norbert Barthle, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die französische Sonderstellung sorgte für Unmut: «Die EU-Kommission hat die Rolle, über die Einhaltung der Maastricht-Verträge zu wachen. Frankreich hält die Verträge nicht ein»,¹⁹ erklärte Michael Meister, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sein Kollege Michael Fuchs legte nach: «Wenn ein Land in der EU und der Euro-Zone glaubt, sich nicht an Verabredungen halten zu müssen, ist dies besorgniserregend».²⁰

Bei den Regierungspartnern der CDU war der Ton ebenfalls bissig. Bei der CSU und der FDP erinnerte man vor allem daran, dass ein ehrgeiziges Reformprogramm ausblieb. Der Europaabgeordnete der CSU Markus Ferber bediente sich der beliebten Metapher des schlechten Schülers, die auch von der deutschen Presse in der Berichterstattung über die südeuropäischen Länder regelmäßig bemüht wird: «Mit seiner Kritik am angeblichen ‹Diktat› aus Brüssel und seiner Untätigkeit zu Hause zeigt Präsident Hollande, dass er im Unterricht nicht aufgepasst hat, und verweigert zudem noch seine Hausaufgaben».²¹ Und für Rainer Brüderle, Spitzenkandidat der FDP bei der Bundestagswahl, waren die ersten zwölf Monate der Präsidentschaft François Hollandes schlichtweg «ein verlorenes Jahr».²²

16 Europäische Kommission, Recommendation for a COUNCIL RECOMMENDATION with a view to bringing an end to the situation of an excessive government deficit in France, COM(2013) 384 final, 29.5.2013, <<http://bit.ly/1Nr6qjX>>.

17 Erklärung von François Hollande, Onet-le-Château, 29.5.2014.

18 Zitiert in: Frankreich weist EU-Reformvorgaben zurück, EurActiv.de, 30.5.2013, <<http://bit.ly/1P8O5su>>.

19 Zitiert in: Koalition weist Hollande-Kritik an EU-Kommission zurück, Reuters, 30.5.2013, <<http://bit.ly/229QA52>>.

20 Ebd.

21 Zitiert in: Frankreich weist EU-Reformvorgaben zurück, op. cit. (Anm. 18).

22 Interview mit Rainer Brüderle, in: *Rheinische Post*, 30.5.2015.

Die zweite Fristverlängerung

Hatte die Fristverlängerung von 2013 bereits zu Protesten bei deutschen Konservativen und Liberalen geführt, sorgte die französische Bitte um einen weiteren Aufschub im Folgejahr für erneutes Zähneknirschen bei CDU/CSU und FDP. Die Bundestagswahl war inzwischen vorüber, in Berlin regierte nun eine Große Koalition aus CDU und SPD. Der innenpolitische Kontext war also weniger spannungsgeladen, auch wenn der Wahlkampf für die im Mai 2014 stattfindenden Wahlen zum Europaparlament (EP) den Wettstreit zwischen den Parteien fortführte. Martin Schulz, Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) mit Ambitionen auf das Amt des EU-Kommissionspräsidenten, plädierte für mehr Kulanz gegenüber Paris. Im französischen Fernsehen bekräftigte er, dass man Frankreich mehr Zeit zur Reduzierung seines Haushaltsdefizits einräumen müsse, «wenn es nötig ist».²³ Die Gemeinschaftsvorschriften, so wichtig sie auch seien, dürften nicht verhindern, die Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten zu berücksichtigen. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich der Kandidat Schulz auch offen für eine Revision der Maastricht-Kriterien, sofern sie «in einem sozialen Rahmen» stattfinde.

Das in französischer Sprache aufgezeichnete Interview richtete sich zwar eindeutig an die französischen Wählerinnen und Wähler, fand jedoch auch in Deutschland Beachtung. Mehrere CDU- und CSU-Vertreter, allesamt Abgeordnete des Europäischen Parlaments, reagierten mit Empörung, so etwa der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im EP, Herbert Reul. Er beharrte auf den EU-Vorschriften: «Mit seiner Forderung in Paris zur Missachtung der Maastricht-Kriterien steckt Martin Schulz das Messer in den Rücken des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.»²⁴ Das politische Berlin vermied eine zu starke Einmischung in die Debatte. Steffen Seibert, der Sprecher der Bundesregierung, bemühte sich, die Gemüter zu beruhigen: «Wir vertrauen darauf, dass Frankreich seine Verpflichtungen aus dem Stabilitätspakt einhält.» Er fügte allerdings hinzu, Frankreich trage auch eine Verantwortung «für das Funktionieren des Paktes»,²⁵ und machte damit deutlich, dass die Bundesregierung nicht bereit sei, Regelverstöße zu akzeptieren.

Je mehr Zeit verging und je näher die Entscheidung der Kommission über den zweiten Aufschub rückte, desto drängender wurde der Ton. Im Dezember 2014 verließ Angela Merkel persönlich ihrer Ungeduld angesichts der schleppenden Umsetzung der Reformen in Frankreich – und in Italien – Ausdruck. Sie setzte sich zwar nicht an die Spitze der Kritik, verbarg aber auch ihre Meinung nicht: «Die Kommission hat einen Zeitplan festgelegt, wann Frankreich und Italien weitere Maßnahmen vorlegen müssen. Das ist vertretbar, denn beide Länder befinden sich ja tatsächlich in einem Reformprozess. Die Kommission hat aber auch deutlich gemacht, dass das, was bis jetzt auf dem Tisch liegt, noch nicht ausreicht. Dem schließe ich mich an.»²⁶

²³ Interview mit Martin Schulz, in: BFM-TV, 4.4.2014.

²⁴ Zitiert in: Schulz will Frankreich mehr Zeit zum Sparen geben, Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 4.4.2014.

²⁵ Ebd.

²⁶ Interview mit Angela Merkel, in: *Welt am Sonntag*, 7.12.2014, <<http://bit.ly/1zDXEHd>>.

Lässt sich diese ungewöhnlich offensive Haltung der Kanzlerin dadurch erklären, dass das Interview im unmittelbaren Vorfeld eines CDU-Parteitags stattfand? Immerhin zeigte sich die deutsche Regierungschefin nach besonders heftigen Reaktionen von französischer Seite, egal ob aus Regierungs- oder Oppositionskreisen – der Linkspolitiker Jean-Luc Mélenchon twitterte Anfang Dezember: «Maul zu, Frau #Merkel!»²⁷ –, versöhnlicher. Im Februar 2015, einige Tage vor dem Urteil der Kommission zum französischen Haushaltsdefizit, ging sie sogar so weit, den Pariser Reformzeitplan zu loben: «Frankreich hat seine eigene Reformagenda. Das ist gut und da bedarf es der deutschen Kommentare nicht.» Sie sehe den «Beweis für sehr gute Handlungsfähigkeit».²⁸ Diese Erklärung, in Paris an der Seite des französischen Präsidenten abgegeben, stellte ein versöhnlicheres Urteil dar als das des Vorjahres.

So war es an anderen in der CDU, Kritik zu üben, als am 25. Februar die Entscheidung der Kommission fiel, Paris weitere zwei Jahre einzuräumen, um sein Haushaltsdefizit unter die 3-Prozent-Grenze zu senken. Mehrere Abgeordnete brachten ihre Enttäuschung zum Ausdruck, weil die Entscheidung als Schwäche Brüssels empfunden wurde: «Regeln zur Haushaltskontrolle gelten auch für große Länder. Es ist traurig, dass die Kommission kneift, wenn es ernst wird»,²⁹ erklärte etwa Herbert Reul, Mitglied des Europäischen Parlaments. Erwartungsgemäß kamen die Liberalen zum selben Schluss und warfen der Kommission vor, mit zweierlei Maß zu messen:

«Dort wird Nachsicht geübt, während man mit den Programmländern doch mit großer Härte vorgegangen ist»,³⁰ so der Liberale Alexander Graf Lambsdorff, Vizepräsident des EP. Erstaunlicher war, dass SPD-Vertreter die Entscheidung mit Argwohn betrachteten. «Für die erneute Verlängerung hätte ich von der Kommission eine konkretere Begründung erwartet. Gerade vor dem aktuellen Hintergrund der Debatte um Griechenland sei [sic!] es wichtig, dass Strukturreformen nicht nur angekündigt, sondern auch implementiert werden»,³¹ bedauerte Carsten Schneider, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Letztendlich schienen sich Deutschlands Politikerinnen und Politiker relativ einig darin, der Kommission das Messen mit zweierlei Maß vorzuwerfen, aber auch darin, Frankreich an die Wichtigkeit einer zügigen Konkretisierung seiner Reformvorhaben zu erinnern. Die SPD als Koalitionspartner der CDU hob sich nicht besonders ab. Lediglich die Grünen schlugen einen anderen Ton an. Der Europaabgeordnete Sven Giegold, wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion, kritisierte zwar auch die «großen Ermessensspielräum[e]», mit denen Brüssel die Regeln auf Frankreich wie im Übrigen auch auf andere Mitgliedstaaten anwende. Aber er nutzte die

27 Der vollständige Text des Original-Tweets lautet: «Maul zu, Frau #Merkel! Frankreich ist frei. Kümmern Sie sich um Ihre Armen und um Ihre ruinierte Infrastruktur» (kursiv: im Originaltext auf Deutsch).

28 Angela Merkel, Pressekonferenz mit François Hollande, Paris, 20.2.2015, <<http://bit.ly/1ZdQBmd>>.

29 Zitiert in: Gregor Peter Schmitz: Streit um Haushaltsdefizit: Frankreich ist nicht Griechenland, Spiegel Online, 25.2.2015, <<http://bit.ly/1MiXBoD>>.

30 Interview mit Alexander Graf Lambsdorff, Deutschlandfunk, 26.2.2015, <<http://bit.ly/1ZdQHtV>>.

31 Zitiert in: Albert Funk: Koalitionspolitiker kritisieren Fristverlängerung beim Defizit, in: *Der Tagesspiegel*, 26.2.2015.

Entscheidung der Kommission vor allem dazu, die seit Jahren von der deutschen Regierung gepriesene Austeritätspolitik infrage zu stellen. «Statt die neuen Regeln durch schlechte Umsetzung unglaubwürdig zu machen, sollte die EU-Kommission offen und ehrlich sagen, dass es volkswirtschaftlich kontraproduktiv ist, Krisen durch harte Sparauflagen lösen zu wollen», schrieb er auf seiner Webseite.

Im Gegensatz dazu klangen die Äußerungen Bernd Luckes, damals noch Vorsitzender der eurokritischen Alternative für Deutschland (AfD), wie eine Provokation. Der Vorsitzende der Protestpartei verlangte gleich den Ausschluss Frankreichs und Italiens aus der Eurozone. Im Grunde teilte er jedoch den Ärger vieler politischer Entscheidungsträger über die Unfähigkeit der französischen Regierung, schwierige Reformen durchzuführen: «Noch bedrückender [als die Griechenland-Krise] ist es, dass große und für den Euro zentrale Länder wie Italien und Frankreich ihre Schwierigkeiten nach wie vor nicht bewältigen können und stets Aufschub gewährt bekommen.»³²

Es sei die Angst davor, Deutschland letztendlich durch die Schwierigkeiten Frankreichs und Italiens geschwächt zu sehen, die ihn dazu führe, eine Eurozone um einen Kern aus nordeuropäischen Ländern zu fordern.

Der Tonfall der Debatte

Gemessen am sonst zurückhaltenden Stil der Diplomatsprache hat die Eurokrise zu einer Verschärfung der Tonlage zwischen Deutschland und Frankreich geführt. Oftmals beherrscht ein schroffer Ton die Diskussion. Er drückt Verärgerung über Frankreich aus, das als reformunfähig wahrgenommen wird, ist aber auch gespeist von den indirekten Folgen der französischen Wirtschaftskrise für die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands. Die EU-Vorschriften werden systematisch in den Vordergrund gestellt. Alle Beteiligten, ob sie die französische Regierung nun angreifen oder in Schutz nehmen, haben inzwischen ein geschärftes Bewusstsein für die Wechselbeziehungen der Mitgliedstaaten der Eurozone. Auch wenn sie gelegentlich wie Empfehlungen an die französische Regierung klingen («sie muss endlich mal auch handeln»,³³ so etwa Hans Michelbach von der CSU während des Besuchs des französischen Premierministers Manuel Valls in Berlin), richten sich diese Äußerungen in der Regel an ein deutsches Publikum. Sie führen auch selten zu Reaktionen von französischer Seite, außer sie stammen von prominenten Vertretern der Bundesregierung, etwa Angela Merkel oder Finanzminister Wolfgang Schäuble, der erklärte: «Frankreich könnte froh sein, wenn jemand das Parlament zwingen würde» – bevor er hinzufügte: «aber das ist schwierig, so ist die Demokratie».³⁴ Er löste damit in Frankreich einen Sturm der Entrüstung aus. Meist zeigen sich die Mitglieder der Bundesregierung jedoch besonnen und vermeiden es, den französischen Partner allzu harsch zu kritisieren. Es bleibt damit den

³² Erklärung von Bernd Lucke, 11.3.2015, <<http://bit.ly/1QuNB35>>.

³³ Zitiert in: Albrecht Meier: Frankreichs Regierungschef Manuel Valls erntet heftige Kritik, in: *Der Tagesspiegel*, 22.9.2014.

³⁴ Eurozone at a crossroads (again): A conversation with Wolfgang Schäuble. Brookings Institution, Washington, 16.4.2015, <<http://brook.gs/1HcVhRn>>.

Abgeordneten des Bundestags oder des Europäischen Parlaments überlassen, laut auszusprechen, was andere im Stillen denken.

In der deutschen Politik ist Frankreich ein «relativer» Diskussionsgegenstand, der stets an konkrete Ereignisse geknüpft ist. Dies hat zwei Gründe. Erstens ist die Wahrnehmung der französischen Politik in Deutschland im Wesentlichen auf die wirtschaftliche und haushaltspolitische Lage und die Reformen des Arbeitsmarktes und des Rentensystems beschränkt. Von den Attentaten im Januar und November 2015 abgesehen spielen weder gesellschaftliche noch außenpolitische Fragen eine grenzüberschreitende Rolle. Zudem fallen die Beurteilungen oft oberflächlich aus. Die Reformen werden systematisch heraufbeschworen, aber nur sehr selten detailliert dargestellt, was meist der mangelnden Kenntnis der französischen Verhältnisse geschuldet ist. Zweitens mobilisiert Frankreich in Deutschland nicht das gesamte politische Spektrum – ganz anders als es umgekehrt in Frankreich der Fall ist. Vor allem die Vertreter/innen von SPD und CDU äußern sich über das Nachbarland. Mit Ausnahme der FDP, die als wirtschaftsliberale Partei in Frankreich einen Gegenentwurf sieht, ist von den Vertreter/innen der kleineren Parteien meist weniger zu hören.

Dennoch findet seit 2012 in Deutschland durchaus eine Diskussion über Frankreich statt. Sie umfasst nicht nur die – sehr wenigen – Frankreichexperten, sondern wegen der Eurokrise auch die Wirtschafts- und Finanzexperten der einzelnen Parteien. Über die Medien sorgen Zitate und Interviews für ein Echo in der öffentlichen Meinung. Hinzu kommt, dass die Frankreichdebatte – wie jedes andere politische Thema – eine Links-Rechts-Spaltung sichtbar werden lässt. Es besteht zwar parteiübergreifend ein Konsens hinsichtlich der umzusetzenden Reformen – wenn auch mit Unterschieden in Bezug auf deren Umfang. Aber auch wenn SPD und CDU bestimmte Erwartungen an Frankreich teilen und sich also nicht in vollständiger Opposition gegenüberstehen, so formulieren sie diese doch unterschiedlich. Aufseiten der Konservativen wird häufig ein beherrschender, manchmal sogar beleidigender Ton gegenüber der sozialistischen Regierung angeschlagen. Im linken Spektrum gibt man sich zugleich verständnis- und vertrauensvoller – zumindest in der öffentlichen Debatte –, ohne dabei allerdings seine Forderungen gegenüber der sozialistischen Regierung zurückzustellen. Vor allem wollen die Sozialdemokraten ein süffisantes Gebaren vermeiden. Deshalb sind Stellungnahmen zu Frankreich für sie auch immer Anlass, über Deutschland zu sprechen: «Wir sollten [...] deutlich machen, dass wir die Anstrengungen anerkennen und von Besserwisserei absehen»,³⁵ bekräftigte der SPD-Abgeordnete Rolf Mützenich. Seine Kollegin Elvira Drobinski-Weiß fragte, gegen die CDU gewandt: «Wer möchte sich denn von seinem Nachbarn sagen lassen, dass er Fehler gemacht hat?».³⁶

Auch wenn Frankreich hierzulande zum politischen Diskussionsgegenstand geworden ist, lässt sich damit kaum politischer Profit erzielen. Im Gegensatz zu Deutschland in der politischen Diskussion Frankreichs bietet das Nachbarland keine

35 Zitiert in: Dario Sarmadi, Zweifel an Pariser Reform-Willen: «Frankreich muss endlich liefern», EurActiv.de, 22.9.2014, <<http://bit.ly/1PayMI7>>.

36 Interview mit Elvira Drobinski-Weiß, Deutschlandfunk, 23.9.2014, <<http://bit.ly/1ZdQNPB>>.

Projektionsfläche für die eigenen Probleme – die auch viel geringer sind. Während Deutschland für viele französische Politiker/innen einen Spiegel darstellt, der sie auf die Situation ihres Landes zurückwirft, hat Frankreich für die deutschen lediglich die Funktion eines Nachbarn, der zwar wichtig ist, aber weder Neid noch Bewunderung hervorruft. Hier spielt Selbstwahrnehmung eine zentrale Rolle: Während Frankreich zurzeit von Selbstzweifeln geplagt ist und sich über sein sozioökonomisches Modell sorgt, blickt Deutschland selbstbewusst in die Zukunft.

Übersetzung: Juliane Seifert

BILDER

Merkel, Merkel, nochmals Merkel – Deutschland in der französischen Presse

Interview mit Odile Benyahia-Kouider

Odile Benyahia-Kouider war noch Studentin an der École Supérieure de Journalisme in Lille, als sie eine Studienfahrt Richtung Köln unternahm. Es war November 1989, in Berlin fiel gerade die Mauer. Noch am selben Tag fuhr sie mit ihren Kommilitonen nach Berlin und erlebte hautnah den wichtigsten Tag der deutschen Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Ein Wendepunkt für das Land, aber auch für ihre Karriere – Odile Benyahia-Kouider war 2001 bis 2006 Korrespondentin in Berlin für die Tageszeitung *Libération*, dann Auslandskorrespondentin der Wochenzeitung *Le Nouvel Observateur* und auf die Bereiche Wirtschaftsfragen und Deutschland spezialisiert. Seit Ende 2015 ist sie in der Redaktion des *Canard enchaîné* tätig. 2013 veröffentlichte sie das Buch *L'Allemagne paiera* («Deutschland wird zahlen», Fayard), für das sie den Prix du meilleur livre économique («Preis für das beste Wirtschaftsbuch») erhielt.

Was hat Sie an der deutschen Gesellschaft am meisten überrascht, als Sie 2001 nach Berlin kamen?

Zuallererst der Stellenwert der Frauen. Ich hätte nicht gedacht, dass sie in einem solchen Maße gezwungen sind, sich zwischen Familie und Beruf zu entscheiden. Ich wusste nur, dass es wenige KITAS gab und Mütter schwer wieder zurück in den Beruf fanden. Aber das System ist so kompliziert, dass ich es sicher gar nicht vollständig verstanden hätte, wenn ich nicht nach Deutschland gekommen wäre. Dann die Bedeutung der Nazizeit. Ich habe mich viel mit diesem Thema befasst und glaube, dass mir das geholfen hat, dieses Land zu begreifen. Mich beeindruckt, welche Anstrengungen Berlin unternimmt, um diese Vergangenheit gerade nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Und ich hatte das Glück, dass ich für *Libération* viel über die deutsche Kultur schreiben durfte. Ich erinnere mich zum Beispiel an «Halbe Treppe» von Andreas Dresen – ich dachte, einen Bericht über einen solchen Film würde meine Redaktion niemals zulassen. Aber das Feuilleton hatte damals, 2002, einen ziemlich avantgardistischen Einschlag, so dass man Themen bringen konnte, die sonst keiner machte.

Zur Bedeutung der Nazizeit in Deutschland haben Sie im Juli 2013 beim Nouvel Observateur ein Dossier herausgegeben. Es trug den Titel «Hitler und die Deutschen – 1933 Wie er sie verführt hat – 2013 Wie er sie weiter quält». Glauben Sie, dass die Deutschen darin auch ein Klischee sehen?

Das muss ich etwas genauer einordnen. Dieses Dossier sollte eigentlich im Januar 2013 erscheinen, anlässlich Hitlers Machtergreifung vor achtzig Jahren. Durch die Verschiebung auf Juli war dieser historische Bezug nicht mehr ganz so deutlich. In diesem Dossier geht es um Orte des Gedenkens an den Nationalsozialismus, unter anderem in München, wo man sich bis dahin geweigert hatte, vorhandene Quellen auszustellen. Das muss man allerdings nicht unbedingt negativ sehen: Es gibt in Deutschland sehr viele Gedenkstätten, es wird nichts unter den Tisch gekehrt. Außerdem berichte ich nur darüber, was gerade in Deutschland passiert, wo es beispielsweise die ersten Touristenführer zum Thema Berlin unter dem Nationalsozialismus gab. Der *Spiegel* bringt Hitler regelmäßig auf der Titelseite, bei uns war es das erste Mal seit acht Jahren.

Was ist Ihr Eindruck, seit Sie nach Frankreich zurückgekehrt sind: Welches Bild hat die französische Presse von Deutschland?

Ich glaube, das verläuft in gewissen Wellen. Als ich 2006 wieder nach Paris ging, war das Interesse an Angela Merkel sehr groß, weil sie gerade ins Amt gewählt worden war, eine Frau, noch dazu aus Ostdeutschland. Heute ist sie allgegenwärtig und man kommt kaum mehr umhin, ein Foto von Merkel zu verwenden, wenn man einen Artikel über Deutschland illustrieren möchte. Ganz allgemein hat das Interesse an Deutschland unter Sarkozy wieder zugenommen, der das deutsche Modell in die Diskussion gebracht hat. Außerdem kennen inzwischen viele Franzosen Berlin sehr gut, wodurch sich das Interesse am Land weiter gesteigert hat. Vor den französischen Präsidentschaftswahlen ist immer eine gewisse Germanophobie zu beobachten, da wird Deutschland für innenpolitische Zwecke missbraucht.

Aus journalistischer Sicht war es lange Zeit so, dass ich alle Freiheiten hatte und schreiben konnte, was ich wollte. Seit zwei Jahren allerdings sehe ich am linken Rand des politischen Spektrums eine neue Welle von Deutschenfeindlichkeit aufbranden. Daran ist Jean-Luc Mélenchon vom Parti de Gauche, der sich mit seinen kritischen Bemerkungen zu Merkel und zu den Deutschen gerne als die Stimme der Linken gibt, nicht ganz unschuldig. Ich habe das Gefühl, wer sich für Deutschland auch nur interessiert, der wird sofort rechts eingeordnet, auch wenn er sich gar nicht positiv geäußert hat. Diese Atmosphäre hemmt mich bei meiner täglichen Arbeit und auch intellektuell. Ich finde es sehr einfach, ja sogar gefährlich, wenn man schlicht darüber hinwegsieht, dass Deutschland derzeit von einer großen Koalition regiert wird, oder wenn man gleich die gesamte Bevölkerung mit der Regierung gleichsetzt.

Den Deutschen haften so einige Klischees an: Sie sind pünktlich, diszipliniert, umweltbewusst usw. Was machen Sie als Journalistin mit solchen Klischees – bedienen, vermeiden, widerlegen?

Ich glaube, es geht nicht darum, sich mit diesen Klischees zu beschäftigen, sondern man muss die deutsche Gesellschaft beschreiben, wie sie ist, und dabei die Vorurteile, die wir Franzosen über sie haben, möglichst außen vor lassen.

Haben sich nicht alle gerade deswegen auf den Volkswagen-Skandal gestürzt, weil er dem Bild des umweltbewussten Deutschen zuwiderläuft, das in diesem Land so gern gepflegt wird?

Ich glaube, das war vor allem ein so großes Thema, weil jeder Volkswagen kennt. Beim Korruptionsskandal bei Siemens war das Interesse viel geringer. Aber wenn es um Autos geht, hat jeder etwas dazu zu sagen. Gut – dass die Deutschen als sehr umweltbewusst gelten, hat die Aufmerksamkeit sicher noch gesteigert. Was mich aber am meisten schockiert, ist, dass Volkswagen gelogen und betrogen hat. Und das steht in der Tat im Gegensatz dazu, wie Deutschland seinen Nachbarn gegenüber auftritt, zum Beispiel bei der Schuldenkrise, in der Deutschland den Griechen vorgeworfen hat, über ihren Schuldenstand gelogen zu haben.

Um bei den Klischees zu bleiben: Die französische Wochenzeitung Marianne hat im Juli 2015 zum Thema Griechenland Angela Merkel mit Pickelhaube auf der Titelseite abgebildet. Die Schlagzeile lautete «Ein Abkommen? Nein, ein Diktat». Was sagen Sie zu dieser Darstellung?

Diese Art von Rhetorik kommt vom linken Rand. Der Vergleich Merkel/Bismarck stammt von Arnaud Montebourg, dem damaligen Wirtschaftsminister. Ich halte das für eine politische Instrumentalisierung. Damit kommen sie dreißig Jahre zu spät, die Debatte ist längst gegessen. Für mich geht es vielmehr darum, sich Angela Merkels Politik genau anzusehen und sie zu diskutieren. Merkel mit Pickelhaube oder andere Übertreibungen, wie man sie etwa in Mélenchons Buch *Le hareng de Bismarck* («Der Bismarckhering») hat lesen müssen, scheinen mir eher symptomatisch für die Probleme derer, die sich solcher Mittel bedienen.

Gibt es umgekehrt Klischees, die die deutsche Presse benutzt, um Frankreich zu beschreiben und die Sie schockiert oder entrüstet haben?

Wie in Frankreich sind es auch dort die Übertreibungen, an denen ich mich störe. Ich erinnere mich an einen Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* über die Liebschaften des französischen Präsidenten, der sich wie einst Ludwig XIV. seinen eigenen Hof halte. In gewisser Hinsicht stimmt das sogar, obwohl die Affären von François Hollande und Dominique Strauss-Kahn Ausnahmen darstellen und auch mit den französischen Medien zu tun haben, die immer mehr darauf aus sind, das Privatleben öffentlicher Personen auszustellen. Aber es ist ja nun nicht so, dass Helmut Kohl oder Gerhard Schröder frei von solchen Geschichten gewesen wären. Und es gibt auch in Deutschland genügend Beispiele für eine zu große Nähe zwischen Politikern und Journalisten. Desgleichen habe ich Schwierigkeiten mit Berichten, wie sie etwa der *Spiegel* gebracht hat, der die Goldverzierungen und die antiquierte Ausstattung des Élysée-Palasts thematisierte. Natürlich kann man darüber reden, aber es geht zu weit zu behaupten, dass dies eine bestimmte Form des politischen Denkens

zur Folge habe. Jeder darf das System der Fünften Republik kritisieren, das Problem ist aber nicht dieses Gebäude. Ich erinnere mich auch an einige aggressive Artikel in Deutschland, als François Hollande das Rentenalter für Menschen mit sehr frühem Berufseinstieg auf 60 Jahre herabgesetzt hat. Mein Eindruck war, dass in der Kritik völlig übersehen wurde, dass dies nur bestimmte Berufsgruppen betraf und dass die Franzosen im Durchschnitt viel früher zu arbeiten beginnen als die Deutschen. Ironie der Geschichte: Kurz darauf hat Deutschland ebenfalls beschlossen, das Rentenalter für diese Berufe zu senken.

Übersetzung: Frank Sievers

Sex, Streik und die Angst, allein unter Franzosen zu sein – Frankreich in deutschen Zeitungen

Interview mit Sascha Lehnartz

«Liberté, égalité, sexualité» steht auf der Rückseite des Buchs *Unter Galliern* von Sascha Lehnartz. Von 2008 bis 2014 war er Korrespondent der Tageszeitung *Die Welt* in Paris. In der Zentralredaktion in Berlin leitet er heute das Auslandsressort des Blattes.

Nach diesen sechs Jahren in Frankreich, wo Sie von innen die französische Gesellschaft analysiert haben – wie hat sich Ihr Blick auf Frankreich geändert, und wie beeinflusst diese Erfahrung Ihre Arbeit heute?

Man ist immer Anwalt der jeweils anderen Seite. In Frankreich verbringt man relativ viel Zeit damit, Deutschland zu erklären. Und in Deutschland verbringt man relativ viel Zeit damit, Frankreich zu erklären. Es gibt viele Dinge, die ich erst in Frankreich verstanden habe. Dass die Wirtschaft anders organisiert ist zum Beispiel. Es gibt eine andere Tradition von sozialer Partnerschaft als hier, wo es eher dialogisch zwischen Arbeitnehmer und Gewerkschaft gelöst wird. In Frankreich ist es aus historischen Gründen viel schwieriger. Um zuzuspitzen, es wird erst gestreikt, oder der Chef wird festgehalten. Es wird symbolisch die Revolution nachgespielt. Und eigentlich wird eine Enthauptung des Chefs, symbolisch, auch nachgespielt. So was gibt es in Deutschland nicht. Oder noch nicht. Um solche Situationen zu verstehen, muss man erst mal da sein. Das ist das Ritual der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Das ist codiert. Aus diesem Code können die Teilnehmer nicht raus. Auch wenn sie das anders wünschen, wenn Sie zum Beispiel das modèle allemand wünschen. Aber das «deutsche Modell» kann in Frankreich nicht funktionieren, weil die Tradition dort anders ist.

Wie ist es möglich, einen solchen «Code» zu entziffern? Wie kann das Publikum die richtigen Erklärungen bekommen, ohne in Klischees zu verfallen?

Die Sisyphus-Arbeit des Korrespondenten besteht darin, dass er die ganze Zeit nichts anderes macht, als zu versuchen, Klischees zu dekonstruieren – mit dem Erfolg, dass die Gesellschaft, über die er schreibt, sich sogleich bemüht, diese Klischees wieder zu

bestätigen. Ich habe die ganze Zeit nichts anderes gemacht als zu erzählen: «Nein, in Frankreich ist es nicht mehr so, dass der König permanent eine Mätresse hat.» Und eine Woche später habe ich wieder so eine Geschichte an der Backe. Man versucht differenziert, nuanciert über ein Land zu berichten und ständig passieren Dinge, die – ob Sie es wollen oder nicht – diese Klischees auf eine bestimmte Art und Weise fortzuschreiben. In meiner Zeit als Korrespondent habe ich angefangen mit der Trennung von Nicolas Sarkozy und seiner Frau Cécilia, dann der Beginn der Beziehung mit Carla Bruni und mit der SMS «Si tu reviens, j’annule tout»,¹ «Wenn du zurückkommst, sage ich alles ab.» Ich habe die Strauss-KahnAffäre² erlebt und dann noch den Präsidenten auf seinem Motorroller.³ Nach einer solchen Zeit wird es schwierig zu behaupten, dass Sex und Politik in Frankreich kein großes Thema sei.

Klischees, das sind auch diese Bilder, die immer wieder benutzt werden: einerseits die Baskenmütze, das bérêt basque und die Ente von Citroën, die deux chevaux. Beide Motive haben Sie auf dem Cover Ihres Buches durchgesetzt. Auf der anderen Seite sieht man ab und zu in französischen Zeitschriften die Pickelhaube in Zusammenhang mit Deutschland. Welche Rolle spielen solche Bilder?

Was die Klischees über Frankreich angeht, entspricht es einer bestimmten romantischen Vorstellung. Es ist eine einfache Ikonografie, an der Sie nicht vorbei können, wenn Sie in Deutschland ein Buch wie *Unter Galliern* für das breite Publikum veröffentlichen wollen. Natürlich sieht man fast nichts mehr davon in Frankreich. Aber was wichtig ist, ist der Marketingaspekt. Es kommt nicht von ungefähr, dass auch in französischen Zeitungen oder bei französischen Politikern auf bestimmte Tasten gedrückt wird. Wenn Begriffe wie «Bismarck» oder «impérialisme allemand» benutzt werden, ist es klar, dass es emotional etwas auslöst. Es ruft einen gewissen «soupon» hervor, mehr einen Argwohn als ein richtiges Misstrauen. Nach dem Motto: Die Deutschen sind schon ganz nett, viel besser als früher, aber «il faut se méfier» – man muss ihnen misstrauen. Aus Deutschland nach Frankreich ist der Blick eher romantisierend: von «savoir-vivre» bis auf «sie kriegen es nicht auf die Reihe».

Kann sich ein deutscher Journalist erlauben, sich über die Franzosen lustig zu machen?
Das ist schwer, aber es hängt vom Humorverständnis der Rezipienten ab. Ich habe schon Kommentare oder Briefe bekommen, dass meine Texte arrogant oder herablassend seien, obwohl ich sie eher liebevoll fand. In Frankreich ist es wichtig, zuerst zu sagen, dass alles großartig ist. Erst wenn man diese Grundlage beherrscht, darf man

- 1 Wenige Stunden, bevor im Jahr 2008 Frankreichs Staatspräsident Sarkozy die Sängerin Carla Bruni heiratete, soll er seiner Exfrau, die ihrerseits vor einer neuen Ehe stand, eine SMS geschickt haben. Text: «Wenn du zurückkommst, sage ich alles ab.»
- 2 Am 14. Mai 2011 wurde Dominique Strauss-Kahn auf dem Kennedy-Flughafen in New York unter der Beschuldigung sexueller Übergriffe gegen eine New Yorker Hotelangestellte festgenommen. Im August 2011 wurden die strafrechtlichen Ermittlungen gegen ihn eingestellt; zivilrechtlich erzielten die Hotelangestellte und Strauss-Kahn im November 2012 eine gütliche Einigung.
- 3 Sarkozys Nachfolger François Hollande wurde 2014 von einem Fotografen dabei überrascht, wie er heimlich auf einem Motorroller zu seiner Geliebten fuhr.

Witze machen. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Weltmeister im French-Bashing eigentlich die Franzosen selbst sind. Es gibt kein anderes Land, in dem es so viele Bücher in dieser Richtung gibt: über «le déclin», «le suicide» oder «la soumission» (Niedergang, Selbstmord, Unterwerfung). Diese ganzen Themen kommen von links wie von rechts. So etwas dürften Deutsche natürlich nicht schreiben.

Ist die Frankreich-Berichterstattung der deutschen Redaktionen nicht meist von Pessimismus geprägt?

Nicht immer. Man ist jedoch stark abhängig von den Ereignissen und von den Daten. Und die harten Daten sind bei der französischen Wirtschaftsentwicklung schlecht oder stagnierend. Aus diesem Narrativ gibt es seit 2005 oder 2007 kein Entkommen. Auf der diplomatischen Ebene können positive Punkte gefunden werden, zum Beispiel die Tatsache, dass Frankreich sich mehr engagiert als Deutschland. In diesem Bereich gibt es Respekt gegenüber Frankreich. Die Erfolge sind sonst eher klein. Als Korrespondent versucht man Geschichten zu schreiben über Erfolge auf anderen Ebenen, wie die französischen Start-ups zum Beispiel. Wenn man das nicht macht, hat man den Eindruck, dass in Frankreich alles eine Katastrophe ist. Gegen dieses Bild muss man arbeiten. Es ist zwar ein Land mit einer relativ hohen Verschuldung und mit einer relativ hohen Arbeitslosigkeit, aber wir reden von einem hochentwickelten Land mit Spitzenleistungen. Dieses Land ist keine Wüste geworden, nur weil es Deutschland gerade besser geht. Wir dürfen nicht vergessen: der «homme malade de l'Europe», der Kranke Mann Europas, vor 15 Jahren – das waren wir, die Deutschen.

Erhalten Frankreichsthemen in der Auslandsberichterstattung genügend Platz?

Es ist von Zeitung zu Zeitung unterschiedlich. Einige berichten umfassend über Nachbarländer wie Frankreich. Bei uns gibt es Themen, die wir nicht mehr machen, weil wir wissen, dass es die Leserinnen und Leser nicht interessiert, z. B. ein Parteitag der Sozialisten. Es ist schwierig, die Leser für eine Situation zu interessieren, die anscheinend stagniert. Das heißt jedoch nicht, dass sich in der Realität nichts verändert. Seit zehn Jahren gibt es viele Diskussionen über die Notwendigkeit von Reformen, aber ohne dass sie umgesetzt werden. In der Realität gibt es tatsächlich ein Reformprogramm. Aber es ist so komplex, dass es sehr schwer ist, dem deutschen Leser so etwas wie den «crédit d'impôt» zu erklären, die Steuergutschrift. In den Details interessiert es niemanden. Aber nichts würde besser funktionieren als ein Artikel mit der Überschrift: «Hollande gelingt der große Wurf! Radikales Reformprogramm!» Das würde Publikumsinteresse hervorrufen. Es passiert jedoch leider nicht. Es ist natürlich interessanter in Zeiten der Polarisierung: Sarkozy gegen Hollande. Oder wenn es Figuren sind, die etwas bewegen, auch innerhalb ihrer Parteien: Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg und sein Nachfolger, Emmanuel Macron, zum Beispiel. Auch Marine Le Pen ist zweifellos eine polarisierende Figur.

In unserer Redaktion stellt niemand die deutsch-französische Freundschaft infrage. Wenn das Verhältnis indirekt diskutiert wird, fürchten beim Brexit einige, dass wir – grob zusammengefasst – «alleine mit den Franzosen» bleiben. Einige denken, dass unsere pragmatische liberale Mentalität der britischen ähnlicher ist. Viele

Intellektuelle fühlen sich Frankreich näher, aber die Wirtschaftskreise schauen eher Richtung England oder Skandinavien. Es wird also gefragt, ob wir vielleicht raus aus dem «commémoratif» können, dem Gedenken, der Tradition, und einen ganz neuen Impuls für die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland erreichen könnten.

Das deutsch-französische «Paar» – Karikaturen als Spiegelbild der gegenseitigen Wahrnehmung in der Eurokrise

Die Darstellung des Anderen in der gedruckten Bildsatire hat eine lange Tradition in der Berichterstattung zwischen Deutschland und Frankreich. Insbesondere in Umbruchzeiten waren Karikaturen wichtige Ausdrucksformen, die sich gegenseitig beeinflussten, bereicherten und anstachelten. Zu den klassischen historischen Anlässen gehören die Pariser Februar- und die deutsche Märzrevolution 1848, der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 («Erbfeind» und «Barbar») und die beiden Weltkriege. In einer Zeit, in der das Pressefoto noch nicht verbreitet war und Fernsehen oder gar Internet in weiter Ferne lagen, schufen und verfestigten die politisch-satirischen Illustrationen durch ständige Wiederholungen Freund-, Fremd- und insbesondere Feindbilder des Nachbarlandes. Das auf diese Weise verbreitete Bild des Anderen prägte das Kollektivbewusstsein beider Länder. Anlässlich epochaler Ereignisse, in jüngster Zeit etwa der Mauerfall und die deutsche Wiedervereinigung, erlebt das eine oder andere Stereotyp und Klischee eine, wenn auch nur vorübergehende, Renaissance. Alte Wahrnehmungen werden neu bedient. Auch in der Euro- und Griechenland-Krise ist dies der Fall.¹

¹ Heute finden sich Karikaturen nicht nur in den wenigen reinen Satire- und Witzblättern, sondern auch in vielen Tageszeitungen und anderen periodisch erscheinenden Printprodukten. In Frankreich sind dies *Le Canard enchaîné*, das wöchentliche Internet-Journal Urtikan.net (seit 2011), das «da kratzt, wo es juckt», und das Wochenblatt *Charlie Hebdo*. In Deutschland erscheinen einmal im Monat zwei Satiremagazine, der *Eulenspiegel* mit der Devise «unbestechlich, aber käuflich» (aus DDR-Zeiten), und das «endgültige Satire-Magazin» *Titanic*, ein Kind der «Neuen Frankfurter Schule». Beide pflegen eher den Comic und Cartoon als die klassische politische Karikatur. Gegenwärtig gibt es für den Beruf des politischen Karikaturisten unterschiedlichste Modelle. In Frankreich kann er als «zeichnender Leitartikler» – wie Plantu bei *Le Monde* – fest angestellt und damit einer bestimmten Tageszeitung verpflichtet sein. Er findet dann sogar in der morgendlichen Presseschau im Radio gelegentlich Erwähnung. In Deutschland veröffentlichen selbst preisgekrönte und in Einzelausstellungen gewürdigte Vertreter dieser Zunft meist in unterschiedlichen überregionalen und regionalen Printmedien.

Von Germania und Marianne: Karikaturen in der deutschen und französischen Presse

Wo das Nationale ins Spiel kommt, ist die Motivid der Bildsatire bis heute gleich geblieben: Rückgriffe auf bekannte Stereotype, indem Personen, Sachen oder Situationen grafisch und/oder unter Zuhilfenahme von Text verfremdet werden. Dies geschieht mit so unterschiedlichen Mitteln wie Übertreibung, Verzerrung, Verdichtung, Kostümierung, Übervereinfachung, Parodie, Travestie oder – wenn auch relativ selten – mittels Fotomontage. Häufig, aber keineswegs immer, folgt dem Entschlüsseln einer politischen Karikatur ein Lächeln oder Lachen.

In den tagesaktuellen politischen Karikaturen Deutschlands und Frankreichs nimmt die humoristisch-satirische Porträtkarikatur einzelner, im Rampenlicht stehender Politikerinnen und Politiker einen Spitzenplatz ein. Man erkennt sie an ihren hervorstechenden körperlichen Eigenheiten (Größe, Gewicht, Nase, Ohren, oft sitzt der Kopf auf einem verkleinerten Körper), an Outfit und Accessoires wie Angela Merkels Jackett und Halskette oder an ihren Gesten. Zur Verfremdung einer Person beitragende Attribute sind beispielsweise Frisuren (z. B. Gretchenzöpfe), Bärte, Kopfbedeckungen (Jakobinermütze, napoleonischer Zweispitz, Zipfelmütze, Pickelhaube, Wikinger- oder Wehrmachtshelm). Identitätsstiftend sind weiterhin Fahnen und Flaggen, Uniformen, Soldatenstiefel, Waffen sowie bekannte Embleme, zum Beispiel Orden, Kokarden, das Eisernes Kreuz, Haken- oder Lothringerkreuz. Zum Grundbildschatz der Karikatur gehören ferner die unverwechselbaren symbolischen Nationalfiguren, «Germania» für Deutschland und «Marianne» für Frankreich.²

Als bei vielen Karikaturisten beliebte Erkennungszeichen der beiden Nationen haben sich darüber hinaus bestimmte gesellschaftliche Typen durchgesetzt, etwa der Durchschnittsfranzose Monsieur Dupont mit Baskenmütze und Baguette oder der als «Bayer» mit Tiroler Hut und Lederhose verkleidete Deutsche. Weitere Hilfsmittel zur Entschlüsselung von Karikaturen sind inoffizielle Wappentiere wie der «gallische Hahn» oder der «russische Bär», aber auch offizielle wie Adler oder Löwe, dazu Währungssymbole, topografische Hinweise wie der Rhein oder Wahrzeichen von Städten wie der Eiffelturm oder das Brandenburger Tor. Schließlich sei noch die häufige Verwendung von Abkürzungen wie F, D oder EU erwähnt, die den Interessierten die Entschlüsselung von Personen, Institutionen oder ganzer Länder erleichtern soll.

2 Einen Längsschnitt durch die Jahrhunderte vermittelt eine von der Autorin konzipierte und realisierte, seit 1997 in vielen Ländern gezeigte, 1999 und 2012 ergänzte Wanderausstellung; Katalog: Ursula E. Koch: Marianne und Germania in der Karikatur (1550–1999), Leipzig 2011 (2. Aufl.). Deutsche Karikaturisten ersetzen die Germania meist durch die im Ausland wenig bekannte Figur des «Deutschen Michels».

Von «Merkozy» zu «Merkhollande»: Paarbetrachtungen in der Eurokrise

Bildsatiren können die gegenseitige Wahrnehmung in zwei Ländern auf vielschichtige Weise darstellen. Am Beispiel Frankreichs und Deutschlands lässt sich dies anlässlich eines der wichtigsten, in beiden Ländern kontrovers diskutierten Themen der letzten Jahre veranschaulichen – der Eurokrise. Grundlage dieses Beitrags sind schwarz-weiße oder mehrfarbige deutsche und französische Bildvorlagen.³

Abb. 1



Abb. 2



So zeigt der Zeichner Jürgen Tomicek den gefürchteten deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble am 21. Oktober 2011 nach einem dreitägigen Gipfel in Brüssel frei nach Carl Spitzweg als «armen Poeten», der mithilfe eines deutsch-französischen Wörterbuchs nach «Wegen aus der Schuldenkrise» sucht (Abbildung 1).⁴

Eher selten erblickt man die Bundeskanzlerin oder den französischen Staatspräsidenten als Einzelperson. Zu den Ausnahmen gehören beispielsweise kleinere Zeichnungen mit Sprech- und Denkblasen wie etwa am 5. Mai 2010 im *Canard enchaîné* Nicolas Sarkozy: «Ach! Avec la Teutonne, c'est pas Blitzkrieg! Mais elle a l'artillerie lourde, ach so!»⁵

3 Bezogen aus der umfangreichen Karikaturensammlung des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg. Vgl. <<http://www.dfi.de/pressearchiv/karikaturen/index.php>>. Allen Karikaturisten, die mir freundlicherweise eine kostenfreie Reproduktionserlaubnis erteilt und Scans geschickt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

4 Siehe <<http://bit.ly/1k4dUik>>. Die Zeichnung erschien in verschiedenen Zeitungen.

5 «Ach! Mit der Teutonin, das ist kein Blitzkrieg! Aber sie hat die schwere Artillerie, ach so!»

Weit an der Spitze der konkrete Personen darstellenden Individualkarikaturen stehen Bundeskanzlerin Angelika Merkel sowie ihre französischen Partner, die Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und François Hollande (ab Mai 2012). Wie einst die Paare Charles de Gaulle und Konrad Adenauer, Valéry Giscard d’Estaing und Helmut Schmidt oder François Mitterrand und Helmut Kohl verkörpern sie sinnbildlich die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich.

Da es sich bei der Eurokrise um ein europäisches Phänomen handelt, werden die deutsche Kanzlerin und der französische Staatspräsident aber auch häufig mit anderen europäischen Staats- und Regierungschefs oder mit Europa darstellenden Symbolen gezeigt. So etwa die beiden am 8. und 17. Mai 2010 in der *Libération* erschienenen Karikaturen des Hauszeichners Willem (Bernhard Willem Holtrop). Nachdem Bundestag und Bundesrat im Eilverfahren dem Paket zugestimmt hatten und das von den Staats- und Regierungschefs der EU beschlossene Gesetz zur Griechenland-Hilfe in Kraft treten konnte, übersetzt der Zeichner die zögerliche Haltung Deutschlands in zwei Szenen physischer und struktureller Gewalt. So verhaut die Bundeskanzlerin dem auf ihren Knien liegenden, vergeblich nach dem zerschlagenen Sparschwein schnappenden Regierungschef Papandreou den entblößten Hintern (Abbildung 2). Dass es sich hierbei um den Premierminister eines der ältesten Kulturländer der Welt handelte, deuten bekannte antike Wahrzeichen in Form eines Bilderrahmens an. Bei der zweiten Karikatur steht die Regierungschefin als Furcht erweckendes Ungetüm auf der Europaflage und droht: «Genug! Ich drehe die (Geld-)Hähne zu.»⁶

Einen Monat später – inzwischen hatten die EU-Finanzminister den Hilfsfonds EFSF gegründet – veröffentlichte *Libération* eine Karikatur des *Charlie-Hebdo*-Zeichners Luz (d. i. Renald Luzier).⁷ Hier wird die Bundeskanzlerin als Domina in Soldatenstiefeln verfremdet, geschmückt mit einer Halskette aus spitzen Nägeln, in Begleitung eines maskierten verweiblichten französischen Präsidenten in schwarzen Netzstrümpfen und Pumps. Mit einem Riesenlineal schickt sie sich an, auf drei winzige, nur mit ihrer Zipfelmütze bekleidete verängstigte Griechen einzuschlagen. Karikaturen, die auf so drastische Weise Partei ergreifen, sind in der deutschen, sich an ein breiteres Publikum wendenden Tagespresse kaum anzutreffen.

Gemäß Angela Merkels Losung «Scheitert der Euro, scheitert Europa», am 19. Mai 2010 im Bundestag ausgesprochen, zieht das deutsch-französische Paar jedoch in der Presse beider Länder auf weitaus mehr Karikaturen an einem Strang. Schon am 2. März hatte der Münchner Zeichner Horst Haitzinger in der Badischen Zeitung die auf einem Rettungsschiff mit Europaflage herbeieilende EU (man erkennt Angela Merkel und Nicolas Sarkozy) dem griechischen Premierminister, der sich aus den Fängen einer Riesenkralle (dem Staatsbankrott) zu befreien suchte, Hilfe angeboten: «Reichen wir ihm halt den kleinen Finger...». Verbunden mit der Hoffnung: «...Er wird schon nicht die ganze Hand nehmen!» (Abbildung 3).

6 Willem, in: *Libération*, 8. und 17.5.2010.

7 Luz, in: *Libération*, 17.6.2010. Die Karikatur illustriert einen Artikel des Brüsseler Korrespondenten Jean Quatremer: Europe: la chasse aux cigales.

Abb. 3



Auf einer am 12. Mai 2010 im Nachrichtenmagazin *L'Express* erschienenen Farbzeichnung von Jean Plantu schlüpfen die beiden Hauptakteure in die Rolle von Kirchendienern, die mit einem Klingelbeutel erfolgreich Spenden für die neuen europäischen Hilfsfonds EFSF und EFSM sammeln.⁸

Kein Wunder, dass der in Anwesenheit eines zwergenhaften Griechen in Landestracht von einer Trauergemeinde zu Grabe getragene Euro versucht, aus dem Sarg zu springen: «Hé! Ho!!... Je bouge encore!!» («Hallo! ... Ich bin noch lebendig!!» – Abbildung 4).

Der Berliner Karikaturist Rainer Hachfeld griff am 8. Juni 2010 in der Berliner Tageszeitung *Neues Deutschland*⁹ auf eine weitere Metapher zurück. Nicolas Sarkozy und Angela Merkel, die sich im Vorfeld eines EU-Wachstumsgipfels in Berlin getroffen hatten, stoßen bei einer Rettungsaktion ziemlich heftig mit den Köpfen zusammen, beugen sich aber trotzdem gemeinsam über einen Wunschbrunnen, in den das Kind, der Euro, gefallen ist (Abbildung 5).

Am 22. Dezember 2010 schließlich, sechs Tage nach der Änderung des Lissabon-Vertrags und der vertraglichen Ermöglichung eines dauerhaften «Rettungsschirms» für die Eurozone, veröffentlicht *Le Canard enchaîné* unter dem Titel «Sarkozy soutient Angela» («Sarkozy unterstützt Angela») eine Zeichnung von Cabu,¹⁰ die zwei

⁸ Das Deutschlandbild dieses Zeichners zeigt der Ausstellungskatalog: Plantu. *Drôle de peuple! Komisches Volk! Dessins sur l'Allemagne / Politische Karikaturen zu Deutschland*. Mit Texten von Walther Fekl, Berlin 2012 (3. Aufl.).

⁹ Wiederabdruck in: *Courier International*, 10.7.2010.

¹⁰ D. i. der im Januar 2015 bei dem Attentat in den Redaktionsräumen der Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* ermordete Jean Cabut.

beliebte Unterschiede zwischen den beiden Partnern widerspiegelt: die reale Körpergröße und die derzeitige Wirtschaftskraft Deutschlands und Frankreichs. Während Angela Merkel als Schwergewichtlerin den Euro stemmt, hält sich der in die Luft gesprungene Leichtgewichtler Sarkozy an eben diesem fest.

Verständlicherweise ist die Eurokrise für Zeitungen, die sich – wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die inzwischen eingestellte *Financial Times Deutschland* oder *Les Échos* – besonders für Finanz- und Wirtschaftsfragen interessieren, ein Thema par excellence. So erschienen in der Samstagsausgabe der *FAZ* ziemlich regelmäßig auf der Seite «Unternehmen» unter dem Titel «Ollis Marktplatz» sehr originelle, bis in die letzte Ecke ausgestrichelte und nahezu wortlose Schwarz-Weiß-Kompositionen des Karikaturisten Oliver Sebel

Abb. 4



als eine Art Bühne für das Paar Merkel/Sarkozy. Auf einer Karikatur sitzen Angela Merkel und Nicolas Sarkozy am Steuer eines Rettungsflugzeuges, das «Care-Pakete» abwirft. Unterstützung bekommen sie durch den damaligen Präsidenten der EZB, Jean-Claude Trichet, und den damaligen Kommissionspräsidenten, José Manuel Barroso (Abbildung 6).¹¹

Dem Krisenjahr 2010 folgten mit 2011 und 2012 überaus turbulente Jahre für die Gemeinschaftswährung. Nach Griechenland mussten sich auch die Euroländer Irland, Portugal, Spanien und Zypern für kürzere oder längere Zeit unter den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM begeben. Einschneidende, von einer «Troika» aus Finanzexperten der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds scharf kontrollierte Reform- und Sparprogramme waren die Gegenleistung. Europa spaltete sich in Nord und Süd beziehungsweise in Geber- und Nehmerländer. Ein beliebtes Ziel des Spottes der Karikaturisten waren die privaten US-Ratingagenturen, die die Kreditwürdigkeit der einzelnen Staaten überprüften und

Abb. 5



11 Oliver Sebel, in: *FAZ*, 3.9.2011, S. 20. «Ollis Marktplatz» erscheint jeden zweiten Samstag.

Abb. 6



deren Noten (von der Bestnote AAA bis zu «Ramsch») gegebenenfalls herabstufen. Am 29. November 2011 stellte Plantu in seiner in *Le Monde* erschienenen Tageskarikatur die Prophezeiungen der weissagenden Priesterin Pythia im Orakel von Delphi («Unglück!») den zum Teil fehlerhaften Voraussagen der Ratingagentur Moody's gegenüber («Ihr seid alle Griechen!»), aus seiner Sicht für die Bundeskanzlerin ein schwerer Schlag («gross malheur») (Abbildung 7).

In diesen angespannten Zeiten erinnert sich so mancher französische Zeichner wieder an die unförmige Germania oder Walküre mit ihrem seit Richard Wagners Opernzyklus «Der Ring des Nibelungen» von 1876 populären «Wikingerkelch» mit den beiden (übrigens unhistorischen) Hörnern. Am 7. November 2011 veröffentlichten *Les Échos* als Illustration zu einer Analyse von Karl de Meyer («UE: comment l'Allemagne impose son modèle»/«EU: Wie Deutschland sein Modell aufzwingt») eine entsprechende Karikatur von Boll (d. i. Dominique Boll). Eine weitere («La Walkyrie et les Grecs qui pleurent»/«Die Walküre und die weinenden Griechen») erschien am 10. Oktober 2012 im satirischen Internet-Journal *Urtikan.net*.¹²

Wiederum war es allerdings das Paar Merkel/Sarkozy, das im Mittelpunkt fantasievoller zeichnerischer Eingebungen stand. Die deutschen Karikaturisten zeigen die Bundeskanzlerin und den französischen Staatspräsidenten in dieser Zeit in vielerlei Rollen: als «Spitzentänzer», «stabiles», allerdings entsprechend langsam vorankommendes «Tandem», als Eltern, die mit ihrem Kind, dem Euro, zu überleben versuchen, als Bankräuber («Los, helfen! Freiwillig!») und «Joint Venture» zur Errettung Griechenlands, als blessierte Engel, die einem sich an der Himmelsleiter festkrallenden Euro zurufen: «Fürchte dich nicht...wir sind bei dir», oder aber als selbstbewusste

¹² Vgl. hierzu die Karikaturen-Collage: Europas neue Angst vor Deutschland, in: *Bild-Zeitung*, 7.12.2011.

Abb. 7
Le regard de Plantu



Abb. 8



Sarkozy als Retter des Euro und Neuerfinder Europas oder als zu einer Person verschmolzene Überbringer eines riesigen Rettungsringes.¹³ Im Internet erblickt man sie ferner als fröhliche Sirtakitänzer vor einer bayerischen Blaskapelle oder als Muppet-Puppen. Doch wiederholt werden sie auch als ungleiches Paar gezeichnet oder als zwei Personen, die sich gegenseitig hereinlegen oder austricksen wollen. So etwa im *Canard enchaîné* vom Herbst 2011: Lehrerin Merkel bringt ihrem Schüler Sarkozy «Disziplin» und «Realpolitik» bei, indem er immer lauter «Ich bin ein Berliner...» rufen soll. Sie sind auch zu sehen als Tim und Struppi (Tintin et Milou)¹⁶, oder sie schlüpfen, so auf einer Zeichnung von Thibaut Soulié, in Anspielung auf eine berühmte Fabel Jean de la Fontaines, in die Rolle von «Storch» und «Fuchs», bei der der Storch den

Mickymäuse, die einem überdimensionierten schwarzen Kater, den Finanzmärkten, die Stirn bieten.¹³

Auf anderen, wesentlich pessimistischeren satirischen Bildkommentaren, kommen Merkel und Sarkozy als Helfer des Roten Kreuzes zu der bitteren Erkenntnis, «nicht viel machen zu können», oder sie versuchen, sich selbst in Sicherheit zu bringen, während Griechenland und das Kreuzfahrtschiff Europa untergehen.¹⁴ Auf einer am 27. Juli 2011 in der *Badischen Zeitung* erschienenen Karikatur von Horst Haitzinger, die den Grexit thematisiert, stellen sie sogar ernsthafte Überlegungen darüber an, ob die Entsorgungskosten des als kaputtem Flieger verfremdeten Griechenlands für sie nicht billiger wären, als «immer wieder nach[zu]tanken!»

Auf französischen Karikaturen präsentieren sich Merkel und ihr Begleiter

- 13 In der zitierten Reihenfolge: Dieter Hanitzsch (*Süddeutsche Zeitung*, 7.2.2012), Nik Ebert (*Stuttgarter Nachrichten*, 21.1.2011), Heinz Daxl (*Süddeutsche Zeitung*, 14.7.2011), Burkhard Mohr (*Saarbrücker Zeitung*, 21.6.2011), Horst Haitzinger (*Stuttgarter Nachrichten*, 18.8.2011), Burkhard Mohr (*Saarbrücker Zeitung*, 15.7.2011), Dieter Hanitzsch (*Süddeutsche Zeitung*, 9.8.2011).
- 14 Burkhard Mohr: Rette sich, wer kann!, in: *Saarbrücker Zeitung*, 15.7.2011; Heiko Sakurai, in: *Financial Times Deutschland*, 21.7.2011.
- 15 Aurel, Pour sauver l'Euro il nous faudrait maintenant créer l'Europe, in: *Le Monde*, 4.2.2011; Catherine Meurisse, ohne Titel, in: *Les Échos*, 23.2.2011.
- 16 Urtican.net, 27.10. 2011.

Betrüger Fuchs nach der Moral «Wer andere betrügt, wird selbst betrogen» vorführt (Abbildung 8).¹⁷

Das kontrovers diskutierte, für Karikaturisten dankbare Thema der Eurobonds, die eine Vergemeinschaftung der Schulden darstellen, bestimmte den Sommer 2011. Die dennoch erfolgte Annäherung von Merkel und Sarkozy spiegelt sich auch in den Karikaturen der Zeit wider. Auf einer Zeichnung von Georges Million mit dem Titel «Commémorations» («Gedenkfeiern») stehen beide, wohl bemerkt gleich groß, am

Abb. 9



11. November 2011, in Erinnerung an die Einladung des französischen Staatschefs zwei Jahre zuvor, Hand in Hand vor einem, den «Opfern der Eurokrise 2008–20...» gewidmetem Grabstein und einem Kranz «Sans regrets» («Ohne Bedauern»). Opfer waren der abgewählte englische Premier Gordon Brown, der griechische und der spanische Ministerpräsident Giorgos Papandreu und José Luis Rodriguez Zapatero, der zurückgetretene italienische Regierungschef Silvio Berlusconi, aber auch der griechische Philosoph Sokrates, der im Jahr 399 vor Christus

als zum Tode Verurteilter zum Giftbecher griff. In Anbetracht der herannahenden Präsidentschaftswahlen stellte Sarkozy die bange Frage: «Du lässt mich doch nicht im Stich! Nicht wahr!?» (Abbildung 9).

Tatsächlich hatten die sichtbaren Bemühungen des französischen Staatschefs und der deutschen Kanzlerin, in der europäischen Finanzkrise mit einer Stimme zu sprechen, das Akronym «Merkozy» nach sich gezogen. Auf einer von Klaus Stuttmann für die *Badische Zeitung* vom 7. Februar 2012 angefertigten Travestie («Wahlkampagne in Frankreich») des allbekannten Gemäldes «Die Freiheit führt das Volk» von Eugène Delacroix (1830) schwenkt Angela Merkel die Fahne sowie einen zusammengeklappten Rettungsschirm, während Nicolas Sarkozy in den Ruf ausbricht: «Vive Merkozy!!» (Abbildung 10).

Doch nach dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl 2012 bereitete sich Angela Merkel, Sarkozys «Blutsschwester»,¹⁸ auf einen möglichen Wechsel an der Spitze des französischen Staats vor. Eine am 30. April in der *Financial Times Deutschland* erschienene Karikatur von Heiko Sakurai zeigt, wie sie sich vor ihrem Spiegel dank eines übergroßen Büstenhalters vor den Augen von Finanzminister Schäuble

¹⁷ Pancho, in: *Le Canard enchaîné*, 7.12.2011; Michel Iturria, in: *Sud Ouest Blogs*, 30.10. 2011; Urtikan.net, 10.10.2011.

¹⁸ Heiko Sakurai: Nach dem Duell, in: *Financial Times Deutschland*, 4.5.2012.

Abb. 10



Wahlkampagne in Frankreich

Abb. 11



Abb. 12



Abb. 13



Abb. 14



Plantu zeigt sich dagegen nicht der unmittelbar nach seiner Wahl zu einem Antrittsbesuch nach Berlin eilende neue Staatspräsident aggressiv, sondern die Bundeskanzlerin, die zur Abwehr der verhassten Eurobonds in die Rolle eines James (Euro-)Bond schlüpft (Abbildung 14).

auf «Wachstum» einstellt, da «dieser Hollande» total darauf «steht» (Abbildung 11).¹⁹

Nach dem Endergebnis vom 6. Mai kehrt sie gemäß einer in der *Badischen Zeitung* (vom 7. Mai 2012) veröffentlichten Haitzinger-Karikatur weinend die herabgefallenen Buchstaben des «Euroshops» Merkozy zusammen: «Als wär's ein Stück von mir...» (Abbildung 12).

Die beginnende Ära für das neue deutsch-französische Tandem, das anfangs mit entgegengesetzten Positionen zur Bewältigung der Eurokrise zu kämpfen hatte, bietet deutschen wie französischen politischen Karikaturisten reichlich Stoff. Auf einer Zeichnung von Dieter Hanitzsch (*Süddeutsche Zeitung* vom 8. Mai 2012) schnitzt Angela Merkel in einen Baumstamm unterhalb des aufgespannten Schirms mit der Aufschrift Euro-Rettung neben einem großen Herzen mit den Buchstaben A/N ein kleines Herz mit den Lettern A/F. Der das Weite suchende geschlagene Staatspräsident Nicolas Sarkozy blickt noch einmal zurück, sein strahlender Nachfolger nähert sich mit einer Axt (Abbildung 13).

Auf einer zwei Tage später in *Le Monde* erschienenen Zeichnung von

¹⁹ Siehe auch eine am 15.5.2012 in *Libération* erschienene Zeichnung von Willem: Der neue Staatspräsident François Hollande («Croissance!» / «Wachstum») fasst Angela Merkel («Austérité!» / «Austerität!»), die nach seinem dünnen Hals greift, an den rundlichen Bauch. Die Thematik Wachstum (Hollande) kontra Austerität (Merkel) wird von deutschen wie französischen Karikaturisten häufig aufgegriffen. Wie die Pariser Zeitung *Les Échos* am 17.9.2012 in Bild (Boll) und Text (Anne Bauer) aufzeigt, haben Deutsche und Franzosen zu dieser Zeit zwei unterschiedliche Visionen von Europa («deux visions de l'Europe»).

Abb. 15



Nur wenig später, am 27. August, deutet Willem in *Libération* das neue Machtverhältnis auf seine Weise. Angela Merkel verkündet in einer Sprechblase «La Grèce restera dans la zone Euro» («Griechenland bleibt Mitglied der Eurozone») und ein an ihren ausladenden Busen mit einer Stecknadel angehefteter François Hollande haucht «merci».

Es musste noch eine gewisse Zeit vergehen, bis aus «Merkozy», wie eine Karikatur von Horst Haitzinger vom 8. Juli 2015 andeutet (Abb. 15), «Merkhollande» werden sollte, auch wenn dieser vermutlich vom Wirtschaftsjournalisten Hervé Martin am 9. Mai 2012 im *Canard enchaîné* lancierte Begriff bislang keine Karriere machte.²⁰

Die durch ein «Sparschwein» oder eine «Handtasche»²¹ symbolisierte Sparpolitik von Angela Merkel blieb weiterhin in Frankreich unerwünscht, wie Rainer Hachfeld in einer Zeichnung ohne Worte am 30. Mai 2012 in der Zeitung *Neues Deutschland* zum Ausdruck bringt (Abbildung 16).

Im Jahr der Jubiläumsfeiern anlässlich des 50-jährigen Bestehens des deutsch-französischen Élysée-Vertrags zeigt Philippe Honoré²² in *Charlie Hebdo* vom 5. Mai 2013 das neue Paar unter vorläufig zwei aufgespannten Regenschirmen

20 «Merkozy est mort, vive Merkhollande! ... Hallo! Je remplace l'ancien chauffeur...» («Merkozy ist tot, es lebe Merkhollande! Hallo! Ich ersetze den alten Chauffeur...»), in: *Le Canard enchaîné*, 9.5.2012.

21 Cabu, «Dans la Boîte de nuit Europa...: Moi, je garde le sac, y a l'argent dedans», in: *Le Canard enchaîné*, 4.7.2012 («In der Nachtbar Europa ...: Ich behalte meine Handtasche, da ist Geld drin.»).

22 Honoré gehörte ebenfalls zu den Opfern des Attentats am 7. Januar 2015 auf *Charlie Hebdo*.

Abb. 16



Abb. 17

Entente cordiale?



– *Bientôt, un parapluie pour deux!*

(«Entente cordiale?»/«Herzliches Einverständnis?» – Abbildung 17), während auf einer Zeichnung von Horst Haitzinger die Bundeskanzlerin mit ihrer Handtasche dem französischen Staatspräsidenten bei einem Treffen in einem Sessel ruhig gegenüber sitzt, diesem jedoch in einer Vision als furchterregende Germania mit Stiefeln, Peitsche und dem deutschen Adler auf dem Brustpanzer erscheint²³ (Abbildung 18).

Ein eher ungleiches Paar und doch vereint in allen Lebenslagen

Die politischen Bildsatiren haben sich als hervorragendes Stilmittel erwiesen, um durch Zuspitzung und Verfremdung das Auf und Ab der deutsch-französischen Beziehungen auf den Punkt zu bringen. Sie verdeutlichen besser, als Worte es je könnten, wie es um die Gemütslage derselben während der Euro- und Griechenland-Krise steht. Die Fokussierung auf die entscheidenden Akteure macht die Beziehungslage

anschaulich, versinnbildlichen die Staats- und Regierungschefs doch oftmals ihr Land.

Die untersuchten Karikaturen zeigen sowohl ein gleiches als auch ein ungleiches deutsch-französisches Paar. So werden Sarkozy und später Hollande oftmals wesentlich kleiner als Merkel gezeichnet, was der aktuellen Wirtschaftskraft der beiden Länder sowie der tatsächlichen Körpergröße der Bundeskanzlerin und der französischen Staatspräsidenten entspricht. Des Weiteren erscheinen die französischen Funktionsträger auf so manchem Bild in Situationen, in denen sie (z. B. als Bittsteller) von Merkel abhängig sind. Nur in seltenen Fällen war es, umgekehrt, Angela Merkel, die versucht hat, sich ihrem französischen Partner anzunähern oder gar anzubiedern. Die französische Selbstwahrnehmung der politischen und wirtschaftlichen Krisensituation ihres Landes und die «gefühlte» Abhängigkeit vom «deutschen Hegemon» erklärt, dass die in Frankreich erschienenen Karikaturen die deutschen Bildsatiren oftmals an Aggressivität übertreffen. So sind die französischen Pressezeichnungen stärker vom

²³ Horst Haitzinger, in: *Badische Zeitung*, 31.5.2013.

Abb. 18



Bild einer übergroßen bedrohlichen Kanzlerin und einem vergleichsweise kleinen Präsidenten geprägt als ihre deutschen Pendant, in denen das Bild eines Paares, das im gleichen Boot sitzt und gemeinsam handelt, vorherrscht.²⁴

²⁴ Vgl. allgemein Walther Fekl (Hrsg.): Paarlauf. Die deutsch-französischen Beziehungen in der politischen Karikatur. Pas de deux. Les relations franco-allemandes dans le dessin de presse, Berlin 2013.

Freundschaft in schwarz-weiß: Deutsch-französische Beziehungen im Pressefoto

Eine Auswahl von Fotos mit ihren Bildtexten, wie sie zu offiziellen Anlässen seit 2010 in den bürgerlichen Blättern *Le Monde* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* erschienen sind. Ein Teil dieser Aufnahmen wurde ursprünglich farbig publiziert.



«Les Vingt-Sept ouvrent les débats en vue d'une nouvelle réforme des traités» («Die 27 Mitgliedstaaten nehmen die Diskussionen zu neuen Vertragsreformen auf»). Beim EU-Gipfel vom 28./29. Oktober 2010 berieten die 27 Staats- und Regierungschefs über einen Rettungsschirm für verschuldete Euroländer. Das Foto entstand bei einem deutsch-französischen Vorbereitungstreffen im französischen Seebad Deauville am 18. Oktober. – *Le Monde* (LM), 29.10.2010, S. 7; Foto und ©: Philippe Wojazer/picture alliance/Associated Press



«Egal, was er tut»: Merkel und Sarkozy am Montag in Paris». Mit einer Reise zu Präsident Nicolas Sarkozy Anfang 2012 unterstützt Kanzlerin Angela Merkel den Wahlkampf des Amtsinhabers. – *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), Nr. 32, 7.2.2012, S. 2; Foto und ©: Lionel Bonaventure/AFP/Getty Images



«Einen Schritt nach links: Kanzlerin Merkel weist Präsident François Hollande den rechten Weg». Im Mai 2012 macht der neue französische Staatspräsident François Hollande seinen Antrittsbesuch bei Kanzlerin Merkel in Berlin. Nach Hollandes Wahl werden Richtungskämpfe in der europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik erwartet. – FAZ, Nr. 114 / 20R1, 16.5.2012, S. 1; Foto und ©: Michael Gottschalk/ddp images



«Un sommet européen sous haute tension – Paris et Berlin restent profondément divisés face à la crise» («EU-Gipfel unter Hochspannung – Paris und Berlin zutiefst uneins über die Krise»). Erst sechs Wochen nach dessen Wahlsieg besucht Angela Merkel am 27. Juni 2012 François Hollande im Élysée-Palast in Paris. Thema ist die Vorbereitung eines EU-Gipfels zur Eurokrise am nächsten Tag in Brüssel. – LM, 29.6.2012, S. 1; Foto und ©: Philippe Wojazer/Reuters



«Küssen kann man nicht allein – selbst dann nicht, wenn man so mächtig ist wie Angela Merkel oder François Hollande, und sogar nicht, wenn man zur Feier des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags im Reichstag zusammenkommt». Trotz angespannter Arbeitsbeziehungen feiern Hollande und Merkel das 50. Jubiläum der deutsch-französischen Freundschaft. – FAZ, Nr. 19 / 4R1, 16.5.2012, S. 1; Foto und ©: Fabrizio Bensch/Reuters



«La comédie du baiser» («Die Komödie des Küssens»). Derselbe Anlass. Das Bild ist im Rahmen einer Reihe über die Darstellung von Umarmungen erschienen. – LM, Culture & Idées, 13./14.7.2013, S. 8; Foto und ©: AFP/Odd Anderson/Getty Images



«Gedenken Hand in Hand: Präsident Hollande, der Zeitzeuge und Überlebende Hébras und Bundespräsident Gauck in den Ruinen der Kirche von Oradour». Gedenkfeier im mittelfranzösischen Oradour, wo Soldaten der Waffen-SS im Jahr 1944 mehr als 600 Menschen ermordet hatten. – FAZ, Nr. 206, 5.9.2013, S. 3; Foto und ©: picture alliance/dpa



«À Oradour-sur-Glane, une nouvelle page de la réconciliation franco-allemande» («Ein neues Kapitel der deutsch-französischen Aussöhnung in Oradour-sur-Glane»). Staatspräsident Hollande und Bundespräsident Joachim Gauck umarmen sich 2013 im mittelfranzösischen Oradour. – LM, 6.9.2013, S. 8; Foto und ©: Philippe Wojazer/AFP/Getty Images



«Crise ukrainienne : l'«apaisement» est encore loin» («Ukraine-Krise: Die «Deeskalation» liegt noch in weiter Ferne»). Im Juni 2014 treffen sich Hollande und Merkel mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in Brüssel, um über die Kämpfe in der Ostukraine zu beraten. – LM, 29./30.6.2014, S. 2; Foto und ©: G. Bergmann/Bundesregierung/H0/AFP/Getty Images



«Ein Handschlag in Minsk: Putin und Poroschenko reichen sich die Hände, Merkel und Hollande schauen zu». Das Abkommen von Minsk, mit aktiver Hilfe aus Westeuropa im Februar 2015 zustande gekommen, sieht die Einstellung der Kampfhandlungen vor. – FAZ, 12.2.2015, S. 1; Foto und ©: picture alliance/AA



«Pour la France, un impossible tournant stratégique» («Eine unmögliche strategische Wende für Frankreich»). Bei einer Trauerveranstaltung am 11. Januar 2015, kurz nach dem tödlichen Anschlag auf die Redaktion des Satiremagazins *Charlie Hebdo*, lehnt Merkel Kopf an Kopf mit Hollande.– LM, 13.1.2015, S. 10; Foto und ©: Dominique Faget/AFP/Getty Images



«Gemeinsam gegen die Angst. Erbfreunde: Merkel und Hollande». Gleicher Anlass, gleiche Darstellung. Nur der Bildausschnitt ändert sich. – FAZ, Nr. 36/7R1, 12.2.2015, S. 1; Foto und ©: picture alliance/AP Photo

STIMMEN

Die Deutschen in Paris – eine Hassliebe

«Die Deutschen in Paris»: das sind hier «Wahlpariser», also jene Deutschen, die sich dauerhaft in Paris niedergelassen und ihren Wohnsitz auf der gesamten Île-de-France genommen haben. Nun – wer sind diese Deutschen? Warum sind sie hier? Sind sie glücklich, Pariser zu sein, oder wollen sie die Stadt wieder verlassen? Wollen sie Vermittler sein?

Wir wollen ausdrücklich die Akteure selbst zu Wort kommen lassen. Daher stützt sich dieser Beitrag auf eine per Fragebogen durchgeführte Umfrage in einem kleinen Personenkreis,¹ ergänzt durch ein Interview mit einem «Wahlpariser».² Die Umfrage ist mit dreißig ausgewerteten Fragebögen nicht besonders umfangreich, die Analyse kann keine Typologie des in Paris lebenden Deutschen zeichnen. Unser Hauptaugenmerk haben wir auf die Frage gelegt, wie stark die Verbundenheit der deutschen Wahlpariser mit der französischen Hauptstadt ist.

Alle 30 Personen, die den Fragebogen beantwortet haben, sind werktätig. Von den 20 Frauen und zehn Männern lebt die eine Hälfte in einer Beziehung, davon zwölf mit einem französischen Partner und drei mit einem deutschen Partner; die andere Hälfte ist alleinstehend oder geschieden. Bei den in Beziehung lebenden Befragten arbeiten meist beide Partner, es gibt Beziehungen mit und ohne Kinder. Sie sind Arzt, Staatsanwalt, Journalist, bzw. sie arbeiten in Marketing und Kommunikation, in den deutschen Kulturinstitutionen in Paris, in Sekretariaten und in der Gastronomie. Alle gehören der Mittelschicht an, mehrere der oberen. Sie wohnen entweder in den zentralen und direkt angrenzenden Arrondissements des Großraums Paris oder in der Peripherie in zumeist gehobenen Wohngebieten. Über die Hälfte der Befragten lebt seit mehr als zwanzig Jahren in Paris; sie sind überwiegend zwischen 50 und 60 Jahre alt.

- 1 Der Fragebogen enthielt sechs Stichpunkte: Gründe, sich in Paris niederzulassen, vorherige und heutige Vorstellungen von Paris, Erwartungen, Enttäuschungen, deutsche Netzwerke in Paris sowie Gründe, in Paris zu bleiben. Der Fragebogen, der auf Französisch und auf Deutsch verfügbar war, wurde über verschiedene Kanäle verbreitet: per E-Mail über die Deutsche Botschaft in Paris oder über die Internetseiten der deutschen Kirchen, über soziale Netzwerke wie Facebook und über deutsche Kultureinrichtungen in Paris (DAAD, Goethe-Institut, Maison Heinrich Heine, Internationale Deutsche Schule in Saint Cloud). Die Aussagen der Befragten sind behutsam bearbeitet; insbesondere sind Auslassungen nicht gekennzeichnet.
- 2 Ich danke Werner Küchler, dem Leiter des renommierten Restaurants Relais Plaza, für das ausführliche telefonische Interview, das ich mit ihm führen durfte.

Schön und anstrengend – die zwiespältige Haltung zur Wahlheimat Paris

Die Hauptstadt ist der Knotenpunkt der Politik und das Herz der französischen Kultur. Hier finden sich auch die renommiertesten Bildungseinrichtungen, die Sitze der meisten inländischen Unternehmen und der französischen Niederlassungen ausländischer Firmen. Von den im Jahr 2012 rund 94.000 dauerhaft in Frankreich niedergelassenen Deutschen dürften etwa 40.000 Menschen in Groß-Paris leben, im Stadtzentrum rund 8.000.³

Viele von ihnen haben sich aus persönlichen Gründen in Paris niedergelassen: Freundschaft, Liebe, Heirat mit einem Franzosen/einer Französin; fast ebenso viele nennen berufliche Gründe. In beiden Fällen ging der Entscheidung für die Hauptstadt Frankreichs ein großes Interesse für die französische Kultur voraus, etwa durch Urlaubserinnerungen, Schüler- oder Hochschulaustausch. Einige Befragte, die mit deutsch-französischen Eltern aufgewachsen sind, haben ihre Schul- oder Studienzeit in beiden Ländern verbracht. Die neuen Horizonte, die das Leben in der Metropole bietet, das kulturelle Angebot und der schiere Wunsch, in Paris zu leben, führt zu der Frage: Ist Paris ein «Mythos»?

Fast alle Befragten bejahen diese Frage. «Mir fällt es immer wieder auf, wenn ich im Ausland bin und erzähle, dass ich in Paris lebe. Ahhhh, Sie haben es aber gut!» «Ja, und er [der Mythos] ist (zumindest teilweise) wahr. Paris zieht noch immer interessante Leute an, es ist und bleibt eine Stadt der Kultur, der Vielfalt und des *savoir-vivre*.» «Paris, ein Mythos? Die enge Beziehung der Literatur und der Kunst zu dieser Stadt – hier haben so viele Künstler gelebt, hier wurden so viele Bücher geschrieben, die das Leben der Menschen in Paris in allen Epochen beschreiben. Auch heute könnte man mit dem Buch eines zeitgenössischen Autors in der Hand durch die Stadt laufen und sie aus einem neuen Blickwinkel erkunden.»

Es gab auch eine ablehnende Stimme: «Mir scheint, dieser angebliche Mythos ist ein Begriff für Touristen, die Paris nicht kennen.» Auch Werner Küchler wehrt sich gegen diese Interpretation: «Für mich ist Paris kein Mythos. Man hört oft den Ausdruck *à la mode*. Hier spricht man allerdings nie davon, wir sind hier mittendrin und ein lebendiger Teil davon; unser Hotel, mein Restaurant liegen in der Avenue der Mode [Avenue Montaigne]. Keiner fragt sich: Sind wir *in* oder nicht? Wo immer ich hinkomme, sehe ich, dass wir kopiert werden. Letztens war ich in New York. Ich war betört von dem Bild, das dort von Paris gepflegt wird. Und wenn man vom Luxus der Stadt spricht, der Mode, der Eleganz, sieht man auf der ganzen Welt, wie die Augen der Menschen zu leuchten beginnen. (...) Mir geht immer das Herz auf, wenn ich diese Blicke sehe, die ein so positives Bild von Paris transportieren.»

Insgesamt wurde Paris zur Wahlheimat «wegen seiner Schönheit, seines Auftretens», seines Charmes (dem «Flair dieser Stadt»), wegen des «gelebten Kosmopolitismus». Befragte, die bereits seit zehn oder zwanzig Jahren hier leben, erklären, nach

3 Die angegebenen Zahlen wurden von der Deutschen Botschaft bzw. der INSEE, dem französischen Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien, zur Verfügung gestellt.

wie vor ein «positives, anregendes Bild von Paris zu haben». Als Vorteil und reizvoll gelten «die Nähe zu allem, die menschliche Größe der Stadt, die unendliche Vielfalt an Lebensformen, der kulturelle Reichtum, die urbane Schönheit». Eine unverhohlene Schwärmerei für Bistros und Restaurants zeugt von einem mythologischen Verständnis, das aus der Literatur herrührt und von den großen Figuren des deutschen Exils im 19. und 20. Jahrhundert geprägt wurde, ehe es in den 1960er- und 70er-Jahren von internationalen Stars neu belebt wurde. Auf die Frage, was «typisch pariserisch» ist, erhält man indes sehr unterschiedliche, wenn nicht gar gegensätzliche Antworten, etwa folgende drei Wesenszüge: «Leichtigkeit, Anonymität, ein gewisser Egoismus»; oder diese ambivalente Verbindung: «eine Mischung aus Arroganz und cool-attitude» (sic). Einerseits ist die Rede von «Toleranz. Jeder kann hier leben, wie er möchte», andererseits von «gestresst sein, sich als den Mittelpunkt des Universums ansehen». Im positiven Sinne als charakteristisch werden «die Vorliebe für die Kultur, die Neugierde» sowie «Kunst, Stil und Look» genannt.

Vor allem aber erweckt Paris – scheinbar unvermeidlich – paradoxe Gefühle, die zwischen Anziehung und Abneigung schwanken: «Sehr pariserisch ist für mich, auf der Terrasse seinen Kaffee zu trinken, die dreckigen, vollen Metros, das feine Gebäck, die exzellenten Restaurants, die französische Verwaltung ...». Unvermittelt werden positive und negative Aspekte nebeneinander genannt: «Essen gehen, an der Seine im Café sitzen; stressiger, nervöser Verkehr; die große kulturelle Mischung; der Graben zwischen Reich (Touristen) und Arm (Obdachlose, Roma ...)», auch hier: «Typisch pariserisch ist für mich das streng geregelte Leben à la «*méto, boulot, dodo*» («Metrofahren, Arbeiten, Schlafen»),⁴ die Leute arbeiten einfach viel zu lang, man hat keine Zeit für entspannte Freizeitbeschäftigungen und nur wenig Zeit für die Familie.» Andererseits findet man in Paris «tolle Ausstellungen, sympathische Cafés und entdeckt ständig neue Orte, die wie aus einer anderen Welt zu stammen scheinen.» In einem Fragebogen heißt es lapidar: «laut, voll, hektisch, romantisch».

Immer wieder aufs Neue von dieser Stadt verzaubert zu werden – dies haben viele Befragte betont – ist offenbar letztlich ein Hauptgrund für die Liebe der Deutschen zu Paris und manchmal gar der letzte verbleibende Grund, wenn sie angesichts aller Widrigkeiten überlegen, die Stadt zu verlassen. «Das liebe ich an Paris: dass es so viele Viertel und Straßen gibt, die ich noch nicht kenne und in denen man wunderbare Entdeckungen machen kann. Das müsste man einfach häufiger machen, durch die Straßen laufen und Neues entdecken.» Dieser innere Drang zum Erkunden kann sich auf die gesamte Île-de-France erstrecken. Werner Küchler sieht darin ein gutes Gegenmittel gegen den Stress, den Paris produziert: «Einer der Gründe, warum ich [in Paris] bleiben möchte: Nach Feierabend und am Wochenende schwinde ich mich auf mein Fahrrad und bin der glücklichste Mensch der Welt, weil ich Paris hinter mir lassen kann. Ich bin sicher, nur sehr, sehr wenige Pariser kennen die Île-de-France – die dreißig, vierzig Kilometer rund um Paris. Auch das ist Paris, unglaublich! Korn- und

4 Die berühmte Triade («*méto, boulot, dodo*») aus dem Gedicht von Pierre Béarn wird mehrfach genannt. Sie ist unter den «Wahlparisern» offensichtlich sehr bekannt und scheint auch ihr persönliches Empfinden widerzuspiegeln.

Blumenfelder, Pferde, Nutztiere, kleine Dörfer ... Man muss sich in Paris zu bewegen wissen, sich dem Rhythmus der Stadt anpassen, in einen Gegenrhythmus begeben und die Vorteile der Stadt für sich zu nutzen wissen. Wer sich von diesem Rhythmus, um es einmal ganz unverblümt zu sagen, auffressen lässt, der geht darin unter. Wenn Sie aber wissen, wie Sie sich das Leben leichter machen können, ist die Stadt phänomenal.»

Pariser Deutsche – die widersprüchlichen Wesen

Die Aussagen der Befragten lassen darauf schließen, dass sie sich in einem tiefgreifenden Widerspruch befinden. Sie suchen, genießen und zelebrieren noch nach zwanzig oder fünfundzwanzig Jahren die Lebendigkeit der Stadt.

Zugleich finden sie Paris anstrengend, ermüdend und abschreckend. Manche empfinden eine Leere, die zu Angstzuständen und sogar zu Depressionen führen kann. Die Spannbreite reicht von «Ich liebe Paris» bis zu «Ich finde den Rhythmus dieser Stadt unmenschlich, alle fühlen sich verpflichtet, bis spät in den Abend zu arbeiten, der Lärm, die Luftverschmutzung, die Aggressivität in Bus und Metro sind Teil des täglichen Lebens.»

Heftige Schelte erntet «die Bürokratie (schlimmer als in Deutschland)» und «die französische Verwaltung, eine Katastrophe!». Dagegen wird gern «die erstaunliche Flexibilität (das Unmögliche wird möglich gemacht, nicht wie in Deutschland!)» hervorgehoben. Die Befragten lieben die Gastronomie, oder aber die Pariser Küche gefällt ihnen überhaupt nicht oder nicht mehr («viel zu viel Fleisch»). Der eine bedauert, «dass so viele Restaurants und Geschäfte verschwunden sind, weil jetzt überall Klamottenläden sind», der andere freut sich über die «kleinen Lädchen, wo man wirklich alles finden kann». Was den Befragten an Paris nicht gefällt, sind die «unfreundlichen Menschen». In derselben Stadt trafen sie aber auch «von Anfang an auf sehr gastfreundliche Menschen». Paris erscheint als «ziemlich museale Stadt» oder im Gegenteil – und zwar in den meisten Fällen – als «eine lebhafteste, selbstbewusste Metropole» («Ich dachte, Paris wäre verkrustet. Das stimmt ganz und gar nicht.»). Paris hat einige enttäuscht, weil sie die Stadt als «sehr französisch und sehr geschlossen» empfunden haben, «in ihrer eigenen Geschichte gefangen, unfähig, sich zu wandeln». Andere wiederum hat Paris betört mit ihrem «Sinn für die Geschichte ([ihrem] historischen Bewusstsein), der Modernität und der Mode».

Dabei zeichnet sich vor allem eine Bruchlinie zwischen «Vorher» und «Nachher» ab. So spielt der Faktor Zeit eine zentrale Rolle. Paris sei anfangs «groß und weit weg, touristisch, interessant (...), eine Stadt mit einem irren Charme [gewesen]. Heute: lange nicht mehr so groß und unnahbar». Leicht abschätzig heißt es auch: «Die Weltstadt, die es zu erkunden gilt, ist letztlich nur mehr ein winziges Zentrum, von dem alle Welt träumt». Aber die Widersprüche ergeben sich aus objektiven Faktoren. Bei der Unterkunft reicht das Spektrum vom Glück, «in einem schönen Viertel im Herzen von Paris» zu wohnen, bis zur «winzigen Wohnung, in der ich nicht mal den Himmel sehen konnte».

Eine Kluft liegt auch zwischen dem «arroganten» Pariser mit seinem «Bling-Bling» und dem «liebenswürdigen», «solidarischen» Pariser, beziehungsweise der tiefe Antagonismus zwischen den beiden Sichtweisen von anonymer «Weltstadt» und dem «Dorf» Paris: «Es dauert sehr lange, bis die Franzosen einen zu sich nach Hause einladen. Lieber treffen sie sich an einem neutralen Ort.» «Es gibt viele schöne, ruhige Ecken und eine Art Kiezleben; die Menschen sind nicht arrogant, sondern im Gegenteil meist sehr herzlich; viele sind selbst keine (gebürtigen) Pariser und suchen gern Kontakt zu neuen Leuten.»

Neben der Heterogenität der Sichtweisen zeigen sich jedoch bemerkenswerte Übereinstimmungen. Die Reaktionen, die eine gewisse Verblüffung oder auch Ablehnung ausdrücken, wurzeln in der «kulturellen Identität» der Befragten, insbesondere einem germanozentrischen Blick. Schulsystem, Verwaltung und Unternehmenskultur kommen nicht gut weg; auch die Miesmacherei wird immer wieder angesprochen.

Dem französischen Schul- und Hochschulsystem begegnen die Befragten mit dem größten Unverständnis, es erregt in ihnen Unzufriedenheit und Frust: «zu viel Auswendiglernen, zu viel Frontalunterricht, zu wenig Kritik, zu viel Wettbewerb, zu viele Fächer in zu kurzer Zeit», «zu elitär, zu verschult, zu autoritär»; «zu wenige Sportangebote, bei denen es nicht um Wettkampf geht, dasselbe im Bereich Musik (...), kein Schulorchester, kein Schulchor», «keine Anreize für ein Sabbatjahr nach dem Abitur – im Gegenteil, [man muss] lernen, lernen, lernen» – so geht es immer weiter.

Die französische Verwaltung wird als «aufgeblasen und insgesamt ziemlich inkompetent» abgekanzelt, als unfähig, sich «in den Dienst des Bürgers» zu stellen. Frankreich hinke in diesem Bereich gegenüber Deutschland «um Jahre hinterher». Die Befragten haben für «das ‹Kuschen› der Franzosen» gegenüber ihrem monströsen Apparat keinerlei Verständnis. Die Schwerfälligkeit ist sogar Grund, das eigene Bild von Frankreich zu revidieren, das «letztlich ein ‹Land des Südens› und nicht Mittel- oder Nordeuropas» sei.

Am Arbeitsplatz hängt die «übertriebene Hierarchisierung» mit dem «fehlenden Teamgeist» zusammen: «Akzeptieren zu müssen, dass es keinen Gemeinschaftsgeist gibt, war sicher die größte Enttäuschung, die ich in Paris habe erleben müssen. Altruismus ist hier immer gleich suspekt, und es ist sehr schwierig, sich von diesem Argwohn und Misstrauen nicht anstecken zu lassen.» Ganz ähnlich heißt es: «Ich hatte ziemliche Schwierigkeiten, meinem aus Deutschen und Franzosen bestehenden Team mehr Teamgeist einzuhauchen. Und in Verhandlungen mit französischen Partnern muss ich meine Ungeduld und meine (zu) direkte Art bändigen, wenn ich bei ihnen etwas erreichen will.»

Schließlich wird die «Miesmacherei», der «allgemeine Pessimismus» als eines der großen Übel angesehen, mit denen Frankreich zu kämpfen hat und die seine Attraktivität schmälern. Viele der Befragten weisen etwa auf die Kurzlebigkeit der nationalen Solidaritätsbekundungen nach dem Attentat auf *Charlie Hebdo* am 11. Januar 2015 hin – das Phänomen «Je suis Charlie» –, jene Zeitschrift, die emblematisch für die Freiheitswerte der französischen Republik steht. Acht Monate später ziehen viele ein eher skeptisches Fazit: «Die Gesellschaft ist von tiefen Gräben durchzogen, und ich

habe nicht das Gefühl, dass es nach den Attentaten irgendwie gelungen ist, diese zu überwinden oder zumindest zu verkleinern.»⁵

Im französischen Individualismus sehen viele Befragte aber auch Vorteile: «Mir gefällt besonders, dass sich die anderen nicht ständig einmischen und einem sagen, was man wie zu machen hat. Dieses ›Ich-weiß-alles-besser‹ der Deutschen nervt mich inzwischen noch mehr, wenn ich in Deutschland bin.» Lob gibt es für die Betreuungseinrichtungen und Tagesmütter, die «Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben der Frauen (in Deutschland ein völlig blinder Fleck!)».⁶

Frankreich – die große Unbekannte? Das Land hinter der Stadt

Die Befragten sind umso entsetzter über das derzeitige französische Tief, als es im Gegensatz zu einem dynamischen Deutschland steht, das sich in einer so noch nie dagewesenen wirtschaftlichen und politischen Führungsrolle wiederfindet. Der Schwund des französischen Selbstbewusstseins zu einer Zeit, da die Deutschen ihr Selbstwertgefühl gerade noch vorsichtig, aber mit zunehmender Selbstverständlichkeit steigern, irritiert sie. Das Bild von Frankreich wird dann nicht selten mit dem von Paris gleichgesetzt, weil die Stadt zugleich Zentrum und Symbol des Landes ist. Oder umgekehrt: Wem Paris nicht mehr gefällt, der setzt es mit dem gesamten Land und seiner Bevölkerung gleich: «Die kleinen Franzosen, die untreuen Franzosen, die ›grande nation‹, die schlechte Politik, die Arroganz, das ständige Geschimpfe. Sogar Respekt und Höflichkeit, die ich anfangs noch erlebt habe, sind fast völlig verschwunden (anfangs wurde einem zumindest noch die Tür aufgehalten ...)» Eindrücklich sind die Vorwürfe eines Rechtsanwaltes: «der französische ›Nationalstolz‹», «die ›Arroganz‹ der Franzosen», «die Zwanghaftigkeit, mit der Frankreich immer und in allen Bereichen in den Mittelpunkt gestellt wird», «die große Schnauze der Franzosen», «die Unfähigkeit zur Selbstkritik», «die übertriebene ›Staatsräson‹».

Nur wenige der Befragten zeigten ein differenzierteres Bild und sprachen etwa von dem «Gefühl, zwar Paris sehr gut zu kennen, Frankreich hingegen kaum». Der Unterscheidung kann Werner Kuchler nur zustimmen: «Mit den Parisern ist das so eine Sache. Es ist höchst erstaunlich, fahren Sie einmal dreißig, vierzig Kilometer aus der Innenstadt heraus, das sind da ganz andere Menschen. Die denken völlig anders. Ich bin nirgendwo so freundlichen, offenen Menschen begegnet wie, sagen wir, im Norden (Frankreichs). Ich glaube, ich träume. Die Leute öffnen dir Tür und Tor, nehmen Anteil, laden dich ein, diese Menschen haben wirklich Herz. Unglücklicherweise ist Paris das Zentrum von Frankreich – und beides wird viel zu oft miteinander gleichgesetzt. Frankreich ist nicht Paris, und Paris ist nicht Frankreich. Das muss man unterscheiden.»

Insgesamt gesehen können die im Laufe der Zeit erlebten Enttäuschungen dazu führen, dass die Befragten wieder näher an ihre ursprüngliche deutsche Kultur rücken. Werner Kuchler hat «eine german corner eingerichtet – ich nenne sie german

⁵ Dieser Beitrag entstand vor den Anschlägen vom 13. November 2015 [Anm. d. Hrsg.].

⁶ Siehe den Beitrag von Michaela Wiegel in diesem Band.

corner, obwohl ich sie auch die deutsche Ecke hätte nennen können. Es war eine ganz spontane Idee. Erstmal lag es an bestimmten Lebensumständen, dass man Leute wiedergetroffen hat und sich gesagt hat, okay, wir sind alle Deutsche, wir verstehen uns gut, dann lasst uns den Kreis doch erweitern und sehen, was passiert. Alle helfen sich gegenseitig, wo gerade Not am Mann ist. Das ist sehr beruhigend.»

Eine andere Befragte richtet einen deutsch-französischen «Thementreff» ein, der sich schnell etabliert und dessen Diskussionsabende einen immer größeren Zustrom erfahren. Bezeichnenderweise fand die erste Zusammenkunft im Restaurant Stube statt und hatte das Thema: «Leben als Deutsche/r in Paris: kein Problem oder Challenge?». Solche geselligen Runden, die teils privat, teils öffentlich sind, weisen eine enorme Vielfalt auf. Einige Befragte suchen aktiv den Kontakt zu anderen Deutschen, während andere ihn auf ihre berufliche Tätigkeit beschränken oder sogar zu vermeiden versuchen («Ich lebe ‹französisch› und mit Franzosen»). Es gibt jedoch nicht nur diese beiden Pole, sondern auch viele zufällige Begegnungen, die die Befragten z. B. ihren Kindern an der deutschen Schule in Saint Cloud oder auf dem internationalen Gymnasium in Saint-Germain-en-Laye verdanken. Einige treffen sich «allgemein mit Expats, nicht ausschließlich mit Deutschen». Einem eher kulturellen Zugehörigkeitsgefühl entspringen solche Begegnungen, wenn etwa die Kulturangebote des Goethe-Instituts genutzt oder die deutsch-französischen Diskussionsabende im Heinrich-Heine-Haus besucht werden. Auch die religiöse Zugehörigkeit spielt eine Rolle. Eine Befragte berichtet, dass sie der deutschen evangelischen Christuskirche in Paris beigetreten ist, um «nach 17 Jahren, die ich der Integration in die französische Gesellschaft gewidmet habe, zu meinen Wurzeln zurückzukehren»; ein anderer Befragter erzählt von seinem Beitritt zur deutschen katholischen Kirche.

Ganz offensichtlich wird ein traditionelles Vereinsleben durch soziale Netzwerke ersetzt. Der Austausch mit anderen findet zunehmend im Internet statt, von der Suche nach einer deutschen Begleitung für sonntägliche Erkundungen bis hin zur Einladung, gemeinsam zu einem Fest zu gehen; vom Angebot einer frei werdenden Wohnung bis hin zur Frage nach der Adresse eines Bioladens. Diese offenen oder geschlossenen Netzwerke sind nicht nur Diskussions-, sondern auch Beschwerdeforen und fungieren damit als Ventil, wenn das Zugehörigkeitsgefühl der Deutschen zu ihrer Wahlheimat schwindet. Außerdem lassen sich über das Internet leichter Treffen organisieren. Traditionelle Stammtische etablieren sich vorzugsweise an Orten mit deutschem Bezug, zum Beispiel dem Kiez, der Stube, dem Kaffeehaus oder einem kleinen Biergarten zwischen Montmartre und Batignolles. «Verwaltet» werden diese Stammtische dann im Internet.

Teuer, ungastlich, gentrifiziert – Stimmen der Kritik

Glaukt man den Antworten auf die Frage, wie es mit dem Wunsch bestellt ist, in Paris zu bleiben, so scheint der berühmte Spruch «Paris, un jour, Paris toujours» («Einmal Paris, immer Paris») auf fast alle an der Umfrage beteiligten «Wahlpariser» zuzutreffen. Angesichts der teils heftigen Kritik an der französischen Hauptstadt ist dieses Fazit durchaus überraschend, vor allem da die Befragten in mindestens sieben

Kritikpunkten mehr oder weniger einhellig derselben Meinung sind. Alle Punkte schränken die Lebensqualität ein: die hohen Lebenshaltungskosten, der Stress und die Luftverschmutzung, die Bevölkerungsdichte, die Wohnsituation und die Gentrifizierung («boboisation») sowie die Ungastlichkeit.

Alle Befragten weisen auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise hin, auf zunehmende Verelendung und Segregation: «die Obdachlosen, die Leute, die jeden Abend die Mülleimer durchsuchen», «immer mehr Bettler, Roma, Obdachlose, Flüchtlinge», Paris sei nicht mehr nur «für sozial Schwache unerschwinglich», sondern sogar für die Mittelschicht, der die Befragten selbst angehören: «Ich kenne fast nur noch ›Freelancer‹ und Einzelunternehmer, die alle schwer zu kämpfen haben.» In Paris zu leben sei zum Luxus geworden: «Wir gehören als Paar zu den 20 Prozent in Frankreich, die gut ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Als alleinerziehende Mutter mit einer 16-jährigen Tochter könnte ich mir Paris nicht leisten.»

Die Gentrifizierung wird von den Befragten immer wieder als zentraler Begriff genannt. Interessant daran ist, dass dieses Phänomen, das «eng mit der Metropolisierung großer Städte verknüpft ist»,⁷ als Argument gegen die Stadt verwendet wird, obwohl gerade die «Wahlpariser» selbst potenzielle «Gentrifizierer» sind – gewiss ohne es selbst zu wollen. Aufgrund ihres geistigen Habitus, ihres Wunsches nach einer urbanen Politik, die Wohlstand, Ästhetik, Lebensart und harmonisches Miteinander im öffentlichen Raum ermöglicht, sind sie selbst Katalysatoren der «Verbürgerlichung, die zu einer veränderten Zusammensetzung der Gesellschaft und des öffentlichen Raums in den ehemaligen Arbeitervierteln führt».⁸ So weisen sie selbst darauf hin, dass es im Pariser Stadtzentrum an leicht zu erreichenden Grünflächen, kleinen Parks oder Sportmöglichkeiten für Jugendliche fehlt («Kinder und Jugendliche können in Deutschland besser und freier aufwachsen (denke ich)»). Gebäude müssten saniert werden, was ihrer Ansicht nach viel zu selten geschieht. Die Befragten befürworten mit großer Mehrheit Bioläden (qualitativ hochwertige, oft teure Produkte), plädieren dafür, Autos aus dem Stadtbild zu entfernen, und begrüßen die Besetzung des öffentlichen Raums durch große Fest- und/oder Kulturveranstaltungen. Dadurch wirken sie selbst an der Transformation mit, die sie selbst beklagen («zu voll, zu schneie, zu teuer»). Es scheint kein Zufall zu sein, dass ihre Lieblingsorte in Paris – Batignolles im Norden oder der Canal Saint Martin im Osten der Stadt – große Ähnlichkeit mit dem Prenzlauer Berg im Nordosten Berlins aufweisen.

Alle Charakteristika der Konsum- und Kulturbedürfnisse finden sich auch in den sozialen Netzwerken, in Blogs und Facebook-Gruppen wieder. Der Außenblick der Deutschen auf die «Menschenansammlungen» und die «erschreckende Luftverschmutzung» in der Stadt macht die Defizite in den Bereichen Gesellschaft und Umwelt überdeutlich. Paris sei «eine sehr anstrengende Stadt, man ist ständig am Rennen, und die gestressten Massen in den Bahnhöfen stressen wiederum mich». Unerträglich erscheinen inzwischen «das Menschengewühl. Die verpestete Luft. Die Aggressivität. Der stressige Lebensrhythmus». Trotz alledem wird die

7 So der Stadtsoziologe Jean-Pierre Garnier, zitiert in: *Le Monde*, 2.8.2015.

8 Ebd.

Umweltproblematik differenziert betrachtet. Einige halten die Lage für katastrophal bis aussichtslos, andere erkennen eine gewisse Verbesserung, die sich einer «ansatzweise umweltbewussten» Stadtpolitik verdankt. Während die Paris-Kritiker vor allem auf die Luftverschmutzung hinweisen, sagen fast ebenso viele, dass «Paris sauberer geworden ist» und nennen zahlreiche Veränderungen, die bereits umgesetzt worden sind: «Fahrradwege, V'lib,⁹ Tram, Ausbesserung der Umgehungsstraßen, Schließung der Ufer für den Straßenverkehr». Sie verzeichnen «mehr Grünanlagen (Seine-Ufer, das Viertel la Villette)», «mehr Busspuren» und «die Einrichtung von Fußgängerzonen» sowie ganz allgemein ein höheres «Umweltbewusstsein» und «respektvolleres Miteinander». Tatsächlich: «Es gibt enorm viele Radfahrer, und die Autofahrer achten auch auf sie».

Neues Paris oder neue Pariser Deutsche? Annäherung durch Wandel

Daraus lässt sich eine positive Wandlung der Stadt herauslesen. Die städtebaulichen Maßnahmen entsprechen dem vielleicht typisch deutschen Anliegen einer guten Umweltpolitik, das im Herkunftsland früher geweckt wurde als in Frankreich. Die Aufwertung der Seine-Ufer, seitdem die Stadt ab 2001 durch den sozialistischen Bürgermeister Bertrand Delanoë regiert wurde, steht symbolisch für diese Entwicklung und wird in vielen Fragebögen genannt. Darüber hinaus sind sich alle Befragten darin einig, dass die Stadt insgesamt schöner geworden ist. Alle begrüßen die Ausbesserung der Straßen, die Sanierung zahlreicher Viertel und die Schaffung nachhaltigen Wohnraums («éco-quartiers»). Es gibt keine kritischen Einwände, was die soziodemografischen Folgen einer solchen Stadtsanierung betrifft. Zwar wird des Öfteren auf das geringe Angebot auf dem Wohnungsmarkt und die Teuerungsraten bei Immobilien hingewiesen, der wichtigste Grund dafür – Spekulationen – wird jedoch nicht benannt, vielleicht auch gar nicht erkannt. Zumindest stellt keiner der Befragten explizit einen Zusammenhang her. Augenscheinlich entspricht die städtebauliche Aufwertung der Stadt schlichtweg den ästhetischen und sozialen Wunschvorstellungen der «Wahlpariser»: Ihnen liegt vor allem eine bessere Aufteilung des Stadtraums am Herzen, während es sie kaum zu stören scheint, dass sich das Stadtbild nach neuen ästhetischen Maßstäben wandelt. Im Gegenteil: Die städtebauliche Strategie der Pariser Stadtverwaltung entspricht offenbar voll und ganz ihrem Wunsch nach mehr Ökologie. Damit steht das Wohlwollen im Gegensatz zu den verhalteneren bis kritischen Analysen anderer Beobachter, vor allem Kunsthistoriker und Spezialisten der Stadtgeschichte von Paris.

Unfreundlichkeit schließlich wird als ein Wesenszug der Hauptstädter angesehen. Man entrüstet sich über «das Misstrauen der «echten» Pariser gegenüber Immigranten» – worunter alle Ausländer zu verstehen sind, die sich in Paris niedergelassen haben, einschließlich der Deutschen – und wundert sich darüber, «wie wahnsinnig wichtig es ist, die «richtigen» Leute zu kennen». Selbst nach sieben Jahren Aufenthalt sei es schwer, «sich zu integrieren. Die Franzosen scheinen sich im Allgemeinen nicht

9 Das städtische Leihfahrradsystem, 2007 eingeführt.

bewusst zu sein, dass ein Ausländer nicht immer sofort versteht, was sie sagen.» Es scheine, «dass die Leute mehr und mehr mit sich selbst beschäftigt sind. Sie haben anderen gegenüber keine Empathie und keine Geduld.»

Verlassen die Deutschen denn nun Paris? Offenbar nicht, interessanterweise. Sie ziehen sich höchstens aus dem Zentrum in die Vororte zurück, in bestimmte Gegenden im Großraum Paris, die all die gewünschten Vorzüge bieten: Grünflächen, deutsche Schulen, «Lebensqualität», wie sie etwa in Saint-Germain-en-Laye oder Seine-et-Marne zu finden ist. Wobei wiederum nicht alle Befragten diese Entscheidung treffen, die oftmals gar keine Entscheidung, sondern eine Notwendigkeit ist, weil sie sich im Stadtzentrum keine Wohnung leisten könnten. Manche von ihnen ziehen aber eben doch das historische und/oder wirtschaftliche Zentrum von Paris vor, wegen seiner urbanen Lebendigkeit, der Restaurants oder des Arbeitsplatzes. Für sie ist es «normal» oder «selbstverständlich», mitten in der Stadt zu wohnen.

Alles in allem ist und bleibt Paris ein Ort, der den ästhetischen und kulturellen Ansprüchen der dort lebenden Deutschen genügt. Sie sind sich nach wie vor des «einmaligen Lebensgefühls» von Paris bewusst. Vor allen Dingen wissen sie die außergewöhnliche Vitalität und den Kosmopolitismus der Stadt zu schätzen. Viele von ihnen leben seit langem in Paris und hegen daher – bis auf wenige Ausnahmen – nicht den Wunsch, die Stadt zu verlassen. Nur eine zieht es zurück in ihre Heimatstadt, eine andere bleibt in Paris, weil ihr Mann dort arbeitet. Ein dritter nennt mögliche Schwierigkeiten, in Deutschland einen ähnlich guten und gut bezahlten Job zu finden.

Die dauerhaft in Paris lebenden – und bleibenden – Deutschen sind der Ansicht, auf persönlicher Ebene zur deutsch-französischen Verständigung beizutragen. Dieses häufig genannte Anliegen rührt im Allgemeinen aus der mit Erstaunen und Beunruhigung gemachten Feststellung, dass es zwischen Frankreich und Deutschland einen Graben gibt, den man überwunden geglaubt hatte: «Seit ich in Paris lebe, habe ich oft den Eindruck, dass die deutsch-französischen Beziehungen viel schlechter sind, als ich zuvor geglaubt hatte. Ich habe festgestellt, dass die Unterschiede zwischen Franzosen und Deutschen, aber auch das individuelle Verhalten, viel größeren Einfluss haben, als ich es mir jemals hätte vorstellen können. Nicht zuletzt haben wir bei unseren Besuchern aus Deutschland gesehen, wie groß immer noch ihre Berührungängste gegenüber der französischen Lebensart sind. Das hätte ich nie für möglich gehalten. In einem Wort: Ich bin nicht von Paris oder von Frankreich enttäuscht, sondern vom Zustand der deutsch-französischen Beziehungen.»

Grenzgänger in der Krise

Diese gestrenge Diagnose sieht sich durch die schädlichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise bestätigt, die von den Befragten häufig genannt wird. Sie sehen «die Tendenz, den Deutschen die Schuld an der Krise zu geben». So erklärt eine Befragte, die seit 26 Jahren in Paris lebt: «Die Griechenland-Krise hat sich besonders stark auf die deutsch-französischen Beziehungen ausgewirkt; es macht sich eine gewisse Feindseligkeit breit, die lange Zeit unterdrückt worden ist. Es ist nichts Persönliches, aber bei einigen Leuten muss ich genauer abwägen als früher, was ich sage.» Die Geschehnisse

in Europa strahlen auf die deutsch-französischen Beziehungen aus, obwohl die alten Konflikte und «anti-deutsche Reflexe» längst der Vergangenheit anzugehören schienen.

Dennoch bleibt die kulturelle Kluft bestehen. Solange es keine Alternative zum Leben in Paris gibt, kann sie zu einem großen Leidensdruck führen. Die Erkenntnis darüber kann indes zur Linderung führen. «Irgendwann habe ich begriffen, dass meine Schwierigkeiten, mich hier zurechtzufinden, nichts mit meiner Person zu tun hatten, sondern mit meiner Kultur. Themenabende zu organisieren, auf denen wir die Unterschiede zwischen unseren beiden Völkern diskutieren, gibt mir ein Gefühl von Sinn und befriedigt mein Bedürfnis nach Gemeinschaft.» Bemerkenswert ist, dass dieser kulturelle Unterschied von allen Befragten empfunden wird. Die Befunde sind weit gefächert, vom schmalen, leicht zu überwindenden «Spalt» bis hin zum möglicherweise unüberbrückbaren «Graben».

Auch kann dieser kulturelle Unterschied ebenso als zerstörerisch wie als bereichernd angesehen werden; er kann schwächen oder schulen, wie Werner Kähler beschreibt: «In Deutschland fühle ich mich wie ein Franzose, wie ein Pariser, und in Paris ... in Paris fühle ich mich eigentlich, ja, ich muss sagen, als Pariser; und weil ich von meinen Bekannten und bei meiner Arbeit tagtäglich an meine Herkunft erinnert werde, kann ich sie gar nicht verleugnen, sondern ich nehme mir beide Kulturen und mache mir daraus eine gute Mischung. Für mich heißt eine Kultur verstehen nicht einfach nur, die Sprache zu sprechen, es ist viel mehr als das. Es bedeutet, die Unterschiede zu akzeptieren und mit ihnen leben zu lernen, seine Lehren daraus zu ziehen und aus beiden Teilen etwas Neues zu machen. Frankreich und Deutschland schauen immer, was macht der andere, wie macht er es. Man hat ein echtes Bedürfnis danach. Ich weiß nicht, ob es in Europa zwei andere Länder gibt, die so unterschiedlich sind und dabei ein so großes Interesse daran haben, einander kennenzulernen und sich etwas vom anderen abzugucken. Ja, es gibt diese Sehnsucht, diesen Wunsch zu verstehen, wie es beim anderen funktioniert. Auf der einen Seite hat man eher das Wirtschaftliche, auf der anderen eher die Lebenskunst, und wenn es einem gelingt, beides zu vereinen, von sich selbst etwas aufzugeben und vom anderen etwas dazuzulernen, dann ergibt sich daraus, finde ich, eine sehr schöne Mischung.»

Viele Aussagen der Befragten belegen ein starkes Bedürfnis nach Vermittlung. Ein deutscher Journalist, der davon überzeugt ist, dass «die deutsch-französischen Beziehungen selten so wichtig waren wie heute», hat sich genau dieses Thema auf seine Fahnen geschrieben. Ein Trainer und Berater resümiert: «Es ist für uns Deutsche ein unglaublich großes Glück, dass Paris von der von Hitler geplanten Zerstörung verschont geblieben ist» und will «mit [s]einer Arbeit zum friedlichen Zusammenleben in Paris beitragen». Ein anderer Befragter engagiert sich im Bereich der Städtepartnerschaft, wieder andere sind im deutsch-französischen Chor oder geben ehrenamtlich Deutschkurse. Dieser Wunsch nach Annäherung, der sich in konkreten Taten ausdrückt, ist eines der beachtenswertesten Ergebnisse der Umfrage.

Eine Hassliebe – Grenzgänger der deutsch-französischen Beziehungen

Durch die beschränkte Auswahl erlaubt die Analyse keine letztgültigen Aussagen über das Verhältnis der Deutschen zu Paris, ihrem Paris. Der Blick auf die Stadt stammt von Menschen mit akademischem Hintergrund, kulturellen und intellektuellen Bedürfnissen. Er ist genährt von Anziehung und Ablehnung. Die widersprüchlichen Haltungen zu ihrer Wahlheimat können genauso auf die notorischen Unwägbarkeiten in den deutsch-französischen Beziehungen übertragen werden. Unter diesen Vorzeichen lassen die Deutschen ihre insgesamt nicht bestrittene Verbundenheit mit der Hauptstadt Frankreichs und ein großes Interesse an der deutsch-französischen Freundschaft erkennen. Gleichzeitig sparen sie nicht mit Kritik. Das hier gezeichnete Bild zeigt ein zeitloses, faszinierendes Paris, das zugleich in seiner schmerzlich kontingenten Materialität und seinen unübersehbaren Defiziten ganz in der Gegenwart verankert ist. Die Umfrage zeigt auch, welche kulturellen und womöglich spezifisch deutschen Vorlieben dazu führen, dass die Befragten sich von Paris angezogen und abgestoßen fühlen. Das Urteil über Paris scheint kaum verhandelbar und bewegt sich zwischen ästhetischem Begehren und ökologischem Ideal, radikal formuliert: «Es ist fast so etwas wie Hassliebe». Die Vermengung positiver und negativer Eindrücke lädt zu dem Schluss ein, dass sich das Leben in Paris als paradox darstellt. Dieses Verhältnis ist Ausdruck einer tiefen kulturellen Kluft, die im kleinen Maßstab auf den deutsch-französischen Dualismus hinweist, auf den die Studie das eine oder andere erhellende Licht zu werfen vermag.

Übersetzung: Frank Sievers

Aus Frankreich nach Berlin – begeistert in die Hauptstadt

Wahlberlinerinnen und -berliner aus Frankreich sind in der deutschen Hauptstadt ein beliebtes Medienthema. «Adieu Tristesse»¹, «Inspiration Berlin»² oder «Berlin mon amour»³ titeln die lokalen Zeitungen, wenn sie das Attraktive der Stadt beschreiben wollen. Die Überschriften zeichnen ein bestimmtes Bild: Statt «Tristesse» geht es um das pulsierende Leben, besonders die Ausgekkultur. «Inspiration» steht für Schaffenskraft und kreative Ideen. Und «Berlin mon amour» drückt die Begeisterung und die Schwärmerei aus, die viele Zugezogene erfasst, wenn sie die Vorzüge der Stadt aufzählen: freie Flächen, Freiräume, überhaupt: eine Kultur der Freiheit, das viele Grün und die im internationalen Vergleich weiterhin günstigen Mieten.

Genau 23.501 Menschen französischer Herkunft lebten am 31. Dezember 2014 dauerhaft in Berlin, in ganz Deutschland waren es 112.879.⁴ Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Angaben bei den Konsulaten freiwillig sind und die Zahlen in Wirklichkeit wohl höher liegen als die des offiziellen Registre des Français établis hors de France.

Sich wie in einer französischen Stadt zu fühlen, ist daher in bestimmten Gegenden nicht mehr ungewöhnlich, etwa in den Straßen Neuköllns und Friedrichhains oder unterwegs in der S-Bahn – so viele französische Stimmen sind zu hören. Wie kommt es, dass so viele Menschen französischer Herkunft, so viele Frankophone in der Stadt sind? Was zieht sie an?

- 1 Der *Tagesspiegel*, 27. Juli 2007, <<http://www.tagesspiegel.de/berlin/stadtleben/fran-zosen-in-berlin-adiou-tristesse/974780.html>>.
- 2 *Berliner Zeitung*, 16. Juli 2013, <<http://www.berliner-zeitung.de/kultur/franzoesischeschriftsteller-in-berlin-inspiration-berlin,10809150,23732732.html>>.
- 3 *Berliner Zeitung*, 12. Januar 2013, <<http://www.berliner-zeitung.de/berlin/franzosenin-berlin-berlin-mon-amour,10809148,21520512.html>>.
- 4 <<http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/services-aux-citoyens/preparer-son-expatriation/dossiers-pays-de-l-expatriation/allempagne-22722/>>.

Um es genauer zu wissen, haben wir im Frühjahr 2015 fünf Wahlberlinerinnen und -berliner aus dem Freundes- und Bekanntenkreis interviewt.⁵ Sie leben seit mindestens fünf Jahren in der Stadt, sind freiberuflich tätig, zwischen 30 und 50 Jahre alt und arbeiten in künstlerischen oder kreativen Berufen. Ihre biografischen Hintergründe sind sehr verschieden (Aufwachsen in der Banlieue, im Süden Frankreichs, in Paris, in bildungsnahen und -fernen Familien), ebenso ihre Lebensweisen in Berlin und ihre Genderidentität (Trans*⁶ oder Cis⁷). Sie leben in Familien mit zwei oder drei Elternteilen oder in Partnerschaften, sind hetero- oder homosexuell, sie sind weiß, zählen alle zur Mittelschicht und haben ein Studium absolviert. Keine und keiner will Berlin in näherer Zukunft den Rücken kehren, niemand kam allein wegen einer Beziehung her. Stets floss auch mindestens eine Idee von Berlin in die Entscheidung ein, und stets lag dem Umzug eine mehr oder weniger bewusste Bestandsaufnahme der Möglichkeiten im Herkunftsland zugrunde – und damit ein neuer Lebensentwurf, den es zu erproben galt.

Die fünf Befragten sind:

- Mathilde R., 36, die unter anderem als Illustratorin arbeitet und seit 2003 in Berlin lebt. Sie hat in Montpellier Kunst studiert.
- Marine D., 32, die Grafikerin und Musikerin und 2008 nach Berlin gezogen ist. Ihr Studium absolvierte sie in Bordeaux und Paris.
- KAy G., 37, der seit 2010 in Berlin lebt und als Autor, Performance-Künstler, Schauspieler, Aktivist für Trans*rechte und Sex-/Körperarbeiter tätig ist. Er hat an einer École de commerce, einer Wirtschaftshochschule, studiert und war früher Finanzanalyst.
- David L., 48, der ab 1991 in London lebte und seit 2004 in Berlin ist. Er arbeitet als freiberuflicher Übersetzer und Grafiker sowie als Schriftsteller. Er studierte bis Ende der 1980er-Jahre in Paris Kunstgeschichte.
- Jayrôme C. R., 38, Transmann, der seit 2002 in Berlin lebt und als Autor, Übersetzer, Poesie-Performer und Schreibpädagoge tätig ist. Sein Hintergrund – das ist ihm wichtig zu erwähnen – ist «bildungsbürgertumsfern». Sein Erststudium zum Übersetzer an der École d'Interprètes Internationaux absolvierte er in Mons, Belgien.

5 Die ein- bis zweistündigen, auf Französisch geführten Interviews folgten einem einheitlichen Fragebogen. Die Antworten erfolgten mündlich, wurden aufgezeichnet, transkribiert und von der Autorin übersetzt. Sara Jakob bedankt sich herzlich bei Jayrôme, David, Mathilde, Marine und KAy, ohne die dieser Beitrag nicht möglich gewesen wäre. Sie dankt auch Angelika K. Schmidt und Claus M. Musterle für die wertvolle Unterstützung beim Transkribieren. Die Zitate sind im Wortlaut wiedergegeben und nur in der Interpunktion angepasst. Im Interesse des Leseflusses blieben Kürzungen ungekennzeichnet. Eine längere Version dieser Untersuchung ist in *Allemagne d'aujourd'hui*, Nr. 214/2015, erschienen.

6 Trans* ist eine Schreibweise, die verschiedene Begriffe sammelt. Das Sternchen ist ein Hilfsmittel, um in der Schriftsprache auf alle sozialen Geschlechter und Genderidentitäten hinzuweisen.

7 Gegenteil von Transgender, bezeichnet also Menschen, deren Geschlechtsidentität mit ihrem körperlichen Geschlecht übereinstimmt.

Viele Gründe auszuwandern

In Frankreich sorgte im Herbst 2014 eine Studie über die Auswanderung für Streit zwischen Regierung und Opposition.⁸ In der Debatte ging es um die wirtschaftlichen Gründe für den Braindrain, also die Emigration gut ausgebildeter oder talentierter Menschen. Unbeachtet blieben hingegen Diskriminierungserfahrungen, die ebenfalls dazu führen können, auszuwandern. Die Studie selbst stellt diesen Bezug allerdings her. Bestimmte Minderheiten erlebten Diskriminierungen besonders bei der Bewerbung um Jobs. Diese Erfahrungen brächten «junge Französinnen und Franzosen dazu, in Länder, die offener für Verschiedenheit sind, auszuwandern». Einer der Befragten gab an: «In Deutschland wird man viel weniger beurteilt, es gibt weniger gesellschaftliche Vorurteile.» Wenn Frankreich als weniger offen für Verschiedenheit wahrgenommen wird als etwa Deutschland, gibt es offensichtlich mehr Gründe als nur die Karriereplanung, um in ein anderes Land zu ziehen.

Auch Jayrôme sah darin die Chance, sich von ihm unangenehmen Regeln zu lösen, die die Gesellschaft beherrschen, und ganz neu anzufangen: «Ich dachte, ich würde verkümmern, in einer Kleinstadt mit irgendeinem Job und meiner Familie, die sich in alles einmischt und Druck ausübt in Bezug auf eine Art Normalität, Normativität, der ich zu entsprechen hätte.» David erzählt: «Ich sah in Paris keine Zukunft, weder familiär, beziehungsweise noch beruflich. Und ich hatte die Nase voll von Paris. Die Stadt wirkte nur der Vergangenheit verhaftet, extrem konservativ. Damals war Paris nur mit sich selbst beschäftigt und wenig offen, und ich fühlte mich dort überhaupt nicht mehr zugehörig.» Dabei war die Entscheidung auch alternativlos und dringlich: «Ich bin nicht im Guten gegangen, das war eine instinktive Entscheidung, wirklich aus dem Bauch heraus. Ich sah keine Alternative dazu.» David suchte einen sicheren Ort zum Leben, «es ging um Schutz», denn er hatte «sehr heftige Erfahrungen mit Homophobie gemacht, heftige und auch gewaltvolle. Und die Anhäufung dieser Erfahrungen hat dazu beigetragen, dass ich nur noch gehen und anderswo ein neues Leben anfangen wollte, als ich mein Studium abgeschlossen hatte und im Zivildienst steckte.» Er verließ Frankreich 1991, nachdem er Studium und Zivildienst beendet hatte. Damals «gab es außerdem eine stark steigende Arbeitslosigkeit, alle hatten eine Mordsangst, es sah wirklich schrecklich aus auf dem Arbeitsmarkt».

Anders als David sorgte sich Kay nicht wegen schlechter Jobaussichten. Er habe seinen Beruf ganz bewusst gewählt: «Ich habe ein wenig Arbeitserfahrung in Frankreich. Vor dem Leben, das ich jetzt führe, war ich Finanzanalyst. Das hatte ich gewählt,

⁸ Jean-Luc Bicaube, Simon Robert et al.: Les Français de l'étranger. L'expatriation des Français, quelle réalité?, Chambre de commerce et d'industrie de région Paris-Île-de-France, März 2014, <<http://www.cci-paris-idf.fr/sites/default/files/etudes/pdf/documents/expatriation-des-francais.pdf>>. Vgl. dazu z. B. <http://lexpansion.lexpress.fr/actualite-economique/la-fuite-des-cerveaux-francais-est-elle-inquietante_1499549.html> und <http://www.lesechos.fr/03/09/2014/LesEchos/21763-052-ECH_pourquoi-l-etranger-fait-de-plus-en-plus-rever-les-jeunes-francais.htm>. Der Abgeordnete Luc Chatel, Mitglied der UMP (heute Les Républicains), stellte dazu eine Anfrage an die französische Nationalversammlung (vgl. <http://www.lemonde.fr/societe/article/2014/10/15/querelle-sur-l-exil-des-francais-a-l-etranger_4506553_3224.html>).

um reisen zu können. Der Beruf machte es mir möglich, im Ausland zu arbeiten, und das war es, was mich interessierte.» Die Möglichkeit, durch Auswanderung seine Interessen und Wünsche zu realisieren, spornten ihn an: «Als ich mich für die Transition [von Frau zu Mann] entschieden hatte und nach Frankreich zurückgekehrt war, wurde mir klar, dass ich inzwischen eine andere Art zu leben entdeckt hatte. Mir wurde bewusst, dass man anders leben konnte und dass ich letztlich davor Angst gehabt hatte, wie meine Mutter als Alleinerziehende und ohne Geld dazustehen. Ich hatte damals noch kein Kind, und ich war also plötzlich ganz zuversichtlich, dass ich irgendwie klarkommen würde, und hatte auch ein paar Rücklagen. Also habe ich mich gefragt, was ich wirklich will. Eine Sache, die mir immer gefallen hat, war Schreiben. Jetzt mache ich das seit sechs, sieben Jahren, und ehrlich, ich glaube nicht, dass ich je wieder in einem Büro mit einem Chef arbeiten könnte.»

Mathilde beschreibt ihre Neugier und die Lust auf Abenteuer in einem anderen Land als einen Wunsch, der bereits in der Kindheit existierte: «Schon mit 12, 13 wollte ich Französischlehrerin in Belfast werden. Ich habe mich nie in Frankreich gesehen, warum, weiß ich nicht.»

Auch KAY erklärt sein Interesse für andere Länder mit Erlebnissen seiner Kindheit: «Wir sind erst spät zusammen verreis, weil meine Mutter kein Geld hatte. Bevor mein Bruder und ich geboren wurden, sind meine Eltern mit einer Ente von Toulouse aus bis in den Himalaya gefahren. Sie haben sich ein Jahr frei genommen und das gemacht. Ich hatte immer Erzählungen von anderen Ländern, anderen Kulturen im Ohr, auch wenn ich sie nicht selbst gesehen hatte.» Marine spricht von «Lust auf mehr Vielfalt, etwas anderes kennen als dieses bequeme Land», und präzisiert Verschiedenheit «nicht in Bezug auf die Leute, weil ich denke, dass es in Frankreich durchmischer ist als hier [in Berlin], aber stärker in Bezug auf den Alltag – dass man nicht immer nur eine Sprache hört. Ich mag es, das man hier alle möglichen Sprachen sprechen kann.»

Auswanderung erscheint als Teil einer Identitätssuche. Motiviert ist sie weniger durch das Berufsleben als vielmehr durch den Wunsch nach persönlichen Freiräumen, nach Erfahrungszuwachs und Entwicklung, also durch die Möglichkeit, seinen Lebensentwurf autonom zu gestalten. «Die Fantasievorstellung ist der Motor für alles», fasst David zusammen. «Man spürt die Risiken nicht.» So dienen die Bilder vom eigenen und vom fremden Land als Antrieb für den Umzug. Beim Stichwort «Freiräume» klingt der Mythos Berlin an: das Berlin, in dem schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts Nonkonformismus Nischen fand; dessen Westteil nach der Nazidiktatur und der Shoah Ziel der Wehrdienstverweigerer aus der BRD war; das Berlin, das Menschen auf der Suche nach alternativen Lebensformen anzog.

Auf welchen Wegen sind die Befragten schließlich nach Berlin gelangt? Weshalb haben sie sich dort dauerhaft niedergelassen? Keine und keiner der fünf wollte explizit nach Deutschland oder Berlin. Für Jayrôme war die Auswanderung ein Prozess, keine wohlgeplante Kette von Entscheidungen. Für Mathilde hatte die Entscheidung «eher damit zu tun, dass ich müde davon war, irgendwo zu sein. Ich wollte an einem Ort sein, wo ich auch über meine künstlerische Arbeit nachdenken konnte.»

Viele Gründe für Berlin

Mit Berlin eine preiswerte Stadt und bezahlbaren Wohnraum zu finden war dann sehr leicht, erinnert sich Marine. Mathilde weiß noch, dass es 2003 «für unsere Grenze von 400 Euro warm» Dreizimmer-Wohnungen gegeben hat. Auch war es «einfach, sich mit wenig Geld in der Stadt zu bewegen», vor allem wegen der alternative Szene, «die viel bietet für wenig Geld». Trotz inzwischen gestiegener Mieten meint Jayrôme: «Meine Wohnung hat 70 Quadratmeter, niemals im Leben finde ich das in Frankreich. Forget it!» Die Besonderheit des städtischen Umfeldes sieht er in «der Stadt an sich, den Seen, der Natur, den Parks, den Fahrrädern, den Straßen, der Breite der Straßen, des Raums, der Einwohnerzahl, eigentlich der Besiedlungsdichte, dem Klima...».

Als Inspiration nennt Marine die Aufgeschlossenheit der Stadt: «Man langweilt sich nie, man trifft ständig neue Leute, das liebe ich. In Nantes, wo ich herkomme, habe ich den Eindruck, immer dieselben Leute zu treffen, das ändert sich nicht. Man kann Jahr für Jahr dasselbe Café besuchen und wird dort immer dieselben Angestellten sehen, das ist wie erstarrt. Was hier genial ist, ist die Dynamik.» Bedürfnisse nach Freiraum und Freiheit lassen sich in der Stadt leicht erfüllen, räumlich oder zeitlich, sozial oder individuell. «Meine Wohnung liegt gegenüber einem Park, der nicht eingezäunt ist. Ich mag es, wie die Parks hier unterhalten werden, schließlich darfst du den Rasen betreten», schildert Jayrôme. Für David «ist alles so leicht, du kannst dich irgendwo niederlassen, es ist ruhig, du kannst nachts durch die Stadt laufen, kein Mensch zu sehen, nachts ist die Atmosphäre unglaublich.» Jayrôme hat «dieses Gefühl von Freiheit, diesen Raum um mich herum – Weite im virtuellen und psychologischen Sinne». Mathilde schränkt ein: «Ich finde, die Freiheit wird immer weniger in Berlin, aber trotzdem gibt es mehr als an vielen Orten.»

Mathilde schildert auch, wie sie ein imaginiertes Berlin suchte, ihre eigenen Erfahrungen machte und die Dynamik der Stadt beides zur Deckung brachte. «Da war diese ... eine Freundin von mir, die hat da diese [Künstler-]Residenz gemacht und total verrückte Sachen gemacht und davon erzählt, von Orten, die im Keller sind oder geschlossen oder nur für einen Tag öffnen, und sie hat mir von einer Bar in einem Hausprojekt erzählt, wo sie total verrückte Leute getroffen hat, und ich fand das so spannend!» Als Mathilde nach Berlin zog, hat die Freundin «probiert, mir einen Plan zu machen, wo sich diese Orte befinden, und ihr Plan war so falsch, dass ich das nie gefunden habe, aber ich habe total lange gesucht! Das war wie ein Traum, das war das Bild von Berlin selbst. Ein paar Jahre danach ist sie zu Besuch gekommen. Sie hat mich zu diesen Orten begleitet, und ich habe festgestellt, dass ich schon da gewesen bin». Sie hatten sich bereits verändert, aber «ich kannte diese Orte, ich hatte schon da gefeiert und alles.»

KAy und David erinnern sich, wie ihr Interesse an der Stadt stieg. KAy bekam als Kind Nachrichtenbilder vom Mauerfall gezeigt, woraus eine «besondere Neigung für Berlin» erwuchs. David, der 1991 nach London zog, weil er sich dort sprachlich und kulturell zu Hause fühlte, war zugleich von Berlin fasziniert. Mehrmals besuchte er die Stadt. «Als ich hier ankam, wusste ich schon viel», stellt er fest, weil er sich bereits in der Schulzeit, im Studium und auch danach mit Filmen, Literatur und Sachbüchern

über Berlin und Deutschland beschäftigt hatte. Im Vergleich zu London schien Berlin «ruhiger und angenehmer», fand David. «Ich bin hierher gezogen, weil ich genug hatte, die Wohnsituation war ein Albtraum, und ich war für eine Veränderung bereit, ich wollte in einem anderen urbanen Umfeld leben. London ist für mich nicht aggressiv oder so, aber echt zu viel, es erschlägt dich.» Für Jayrôme schien Berlin alles andere als ruhig. Er verknüpfte die Stadt mit dem Eindruck, den eine deutsche Austauschschülerin – die vielleicht nicht einmal aus Berlin stammte – auf ihn machte. Sie repräsentierte die Gegenkultur: «Sie trug so einen Bundeswehrrparka und das Haar rot gefärbt. Und sie hatte Kassetten von den Ärzten dabei, ich hab mir gesagt, Berlin, das ist ... Punk!»

Ambivalenz der Freiheit

Heute wirft David einen genauen Blick auf die Widersprüchlichkeit der Stadt: «Die Stadt scheint viel zu bieten in Bezug auf Freiheit und Selbstoffenbarung, aber es gibt dabei eine Seite, die sehr gewaltvoll ist. Das ist dieser Wettlauf um den Spaß, der mit Gewalt in den zwischenmenschlichen Begegnungen einhergeht, und das alles ist ein echtes Geschäft geworden. Ich habe schon viele Leute gesehen, die sich total in Exzessen verloren haben, statt sich selbst zu finden und auszudrücken.» Solche Beobachtungen brechen die Freiheitsfantasien auf. David beobachtet, was Offenheit und Zugänglichkeit einschränkt und verschwinden lässt. «Eine Sache, die mich interessiert, ist die: wie das Bild der Stadt konstruiert ist und alles, was tatsächlich dahinter steckt, also Machtbeziehungen, Zwangsverhältnisse, Gewalt, die sich hinter der Fassade des anything goes verbergen. «Wir sind in Berlin, wir machen, was wir wollen, alle sind offen für alles!» – diese Diskurse sind Konstruktionen, die eng mit der Mythologie der Stadt verbunden sind. Das ist ja nichts Neues, so war es auch in der Weimarer Zeit. Heute leben wir in einer neoliberalen Ordnung, die tiefer in die Gesellschaft eingreift als die damalige Ordnung. Das interessiert mich außer dem urbanen Aspekt am meisten an Berlin.»

Als Musikerin gibt Marine Konzerte. Sie beobachtet, wie sich das Publikum verändert hat. Es wird jetzt vom Späßtourismus geprägt, der «aus sehr jungen Jet-Settern besteht, die übers Wochenende in die Stadt kommen, viel trinken und denen die Musik egal ist. Sie kommen nur, um in die angesagten Clubs zu gehen und zu saufen bis zum Umfallen.» Der aktiv vermarktete «Mythos Berlin» findet einerseits großen Zuspruch, trägt aber paradoxerweise auch dazu bei, dass die alternativen und wenig kommerziellen Strukturen, die diesen Mythos genährt haben, jetzt verschwinden. Befragt nach den wichtigsten Themen in der Stadt in den vergangenen zwölf Monaten, nannten alle fünf die Gentrifizierung; gleich danach kamen die Proteste der Geflüchteten auf dem Oranienplatz in Kreuzberg.

Möglicherweise wächst die soziale Sensibilität von Menschen, die ihre Komfortzone schon einmal verlassen und sich für Auswanderung entschieden haben. Zumindest lässt sich für alle Befragten feststellen, dass sie ihre Wahlheimat genau beobachten. David ist dabei wichtig, anzuerkennen, welche Privilegien ein Mensch hat, der kulturell und sprachlich in Westeuropa geprägt wurde: «Wer ist hier

zugelassen, wer darf hier leben und wer nicht, wer wird integriert und wer ausgeschlossen? Ich finde, dass diese Fragen hier eine gewisse Schärfe haben. In London, New York, da ist das schon vorbei, man weiß, wie's läuft. In Berlin passiert es gerade eben, man kann direkt Zeuge davon werden.» Das Bild vom freien und freiheitlichen Berlin hat kaum Raum für Geflüchtete, für Einwanderer aus der Türkei, aus arabischen oder afrikanischen Staaten und Menschen mit einer benachteiligten sozialen Position. Wenn sie auf der Bildfläche auftauchen, dann oftmals im Rahmen einer Exotisierung. Damit sind sie gerade nicht Teil der bunten, freien, weißen «Partyhauptstadt». David ist sensibel für die gesellschaftlichen Ein- und Ausschlüsse: «Weil ich in Prenzlauer Berg lebe, einem ehemaligen Ost-Bezirk, bin ich mit Geschichten und Lebensverläufen von Leuten konfrontiert, die rein gar nichts mit mir zu tun haben, die ich um vier Uhr morgens zur Arbeit gehen sehe, wenn ich gerade aus dem Club komme. Das Leben, das ich führe, und die Privilegien, die ich habe als einer, der von zu Hause aus arbeitet, der jederzeit ausgehen kann, und das mit wem er will, der machen kann, was er will, das ist wirklich ein unerhörtes Privileg. Das haben längst nicht alle.»

Jayrôme sieht die Zugehörigkeit zu Szenen und Subkulturen vor dem Hintergrund der kulturellen Muster in Frankreich und Deutschland: «Es ist angenehm, in einem Land zu leben, das sich nicht auf den Universalismus stützt», jene potenziell alles unterwerfende Allgemeinverbindlichkeit. Der Partikularismus lasse hingegen auch Freiräume und Gemeinschaften mit spezifischen Forderungen zu, was er dann mit seinem Engagement in der queeren Szene verknüpft habe. «Ich weiß, dass es lange gedauert hat, bis ich mich wohl gefühlt habe, wenn ich für ein paar Tage in Frankreich war. Also, ich hatte immer diese Sehnsucht oder eine Art Traurigkeit. Und irgendwann war das nicht mehr so, und ich glaube wahrscheinlich in dem Moment habe ich mich hier zu Hause gefühlt. Und dann, 2005, habe ich die queere Szene kennengelernt.» Er sah sich in seiner Entscheidung für Berlin bestätigt: «Es gibt die Möglichkeit, für ein Projekt ziemlich schnell eine Menge in Bewegung zu setzen. Es gibt Vereine und/oder informelle Zusammenhänge, die Räume bieten, wenn du eine Diskussionsveranstaltung planst oder eine Demo vorbereitest. Es ist eben ein leicht zugängliches, proaktives Umfeld hier.»

KAy hat bereits in Köln, Montreal, San Francisco und Paris gelebt. In Berlin ziehen ihn Vernetzung und gemeinsame Projekte an. In den Szenen, denen er sich zugehörig fühlt, sei es leicht, künstlerisch tätig zu sein, sagt er: die einen haben Geld, die anderen Material, die nächsten gute Ideen. In Berlin könne er mit wenig Geld auskommen. Er nutzt gebrauchte Dinge wie Möbel, Geschirr oder Kleidung weiter, die getauscht, verschenkt oder secondhand verkauft werden, geht *containern*⁹ oder isst in *Voküs*.¹⁰

9 *Containern*: Lebensmittel, die als Überschuss oder wegen abgelaufenem Mindesthaltbarkeitsdatum weggeworfen wurden, aus den Abfallbehältern der Supermärkte mitnehmen.

10 *Vökü* (auch *Volxküche*): regelmäßiges Gruppenkochen selbstverwalteter Gruppen, etwa von Hausprojekten, bei denen die Mahlzeit zum Selbstkostenpreis ausgegeben wird.

Deutschland – Klischees und Imaginationen

Berlin erscheint als idealer Ort, an dem die Befragten ihre Identitäten leben können, und das im Einklang mit ihren Werten von der Selbstbestimmung über den Umweltschutz bis zum Respekt für Genderidentität. Haben sich dadurch die Frankreich- und Deutschlandbilder der Wahlberlinerinnen und -berliner mit den Jahren gewandelt? Wie passen sie die Bilder vom Herkunftsland und die Bilder vom Land, in dem sie heute leben, in ihre Wahrnehmung von sich selbst ein? Welche Details sind ihnen wichtig, welche unwichtig oder gleichgültig?

Vor dem Umzug nach Deutschland und nach Berlin galt das Interesse der Befragten (vier von fünf) wenn überhaupt der deutschen Hauptstadt. «Deutschland sagte mir gar nichts: eine Sprache, die ich nicht verstehen konnte und eine Mentalität, die mir total fremd war. In der Schule wurde kein Deutsch angeboten», sagt Mathilde. Für David «waren das zwei verschiedene Sachen, es gab Berlin und es gab Deutschland». Viele brachten eine von Klischees, vom Nationalsozialismus und vom Zweiten Weltkrieg geprägte Vorstellung mit. Deutschland bot «nicht unbedingt ein positives Bild», sagt Marine, und Jayrôme «hatte ungefähr diese Vorstellung: ein Deutscher, der seine Heimat liebt und also die Umwelt schützt, und der sockfuß in Sandalen steckt und Bier trinkt, der Sauberkeit und Ordnung liebt und sich wegen der Shoah schuldig fühlt». Dieses Land habe ihn nicht angezogen: «Ich hatte ein Bild, naja, ernst und pflichtbewusst. Das denken Deutsche auch über sich selbst und Deutschland.» Eine Ausnahme bildet KAy, der als Kind in Frankreich eine Waldorfschule besuchte und Deutsch als erste Fremdsprache lernte. Durch regelmäßige Besuche im Rheinland lernte er einiges über den Nachbarn.

Erst von ihrem Wohnsitz an der Spree aus haben alle Befragten mehr kennengelernt und erfahren, «wie viel vielfältiger das Land ist» (Mathilde) als sie dachten. Davids Deutschlandbild «hat sich sehr gewandelt, ich bin viel gereist, ich war in allen großen Städten». Klischees wie das von der Ordnungsliebe blieben, erfuhren aber eine Umwertung, beschreibt Jayrôme: «Die Sachen, die vorher ein negatives Bild ausmachten, gibt es immer noch, aber manchmal positiv gewendet, zum Beispiel dieser Eindruck vom Pflichtbewussten, Geradlinigen. Naja, auf jeden Fall denke ich das nicht mehr, sondern ich denke an Effizienz.» Im Alltag bekommen kulturelle Muster eine neue, positive Bedeutung, wenn das Muster angenehmere Auswirkungen auf die Lebensführung der Befragten hat als das aus dem Herkunftsland bekannte. KAy sagte im Gespräch, dass das Alltagsleben in Deutschland auf ihn nicht so überraschend anders gewirkt habe. Aufgefallen seien ihm jedoch Unterschiede beim sozialen Umgang im Arbeitsleben. Das äußere Erscheinungsbild und das Auftreten seien in Deutschland weniger wichtig als in Frankreich. Zudem erscheine ihm der Umgang untereinander respektvoller. Zum Beispiel werde unter Kollegen viel weniger gelästert.

Jayrôme fühlt sich im Alltag häufig «gut aufgehoben». Er führt es auf das durchlässigere Verhältnis zwischen dem öffentlichen Raum und der Privatsphäre¹¹ zurück: «Was mir in Deutschland gefällt, auf jeden Fall in Berlin, ist der Eindruck, in einem Dorf zu sein. Aber ich meine nicht nur die Kieze. Was ich mag, ist das Verhältnis zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten. Es ist nicht: Du ziehst eine Grenze, und das Öffentliche darf nicht ins Private eindringen, sondern du machst den öffentlichen Raum menschlicher, indem du das Private zulässt. Du bringst einen Geburtstagskuchen zur Arbeit mit, und das macht diesen Eindruck aus. Wenn ich Dorf sage, meine ich, dass ich mich zu Hause fühle. In bestimmten gesellschaftlichen Räumen ist es dadurch angenehm, das erhält dann eine menschliche Dimension.»

Marine beschreibt ebenfalls, dass sie der soziale Umgang im öffentlichen Raum manchmal entspannt. Sie zeichnet das Bild «eines Landes voller Wälder und kleiner Städte, mit sehr ordentlichen Leuten, die alle Regeln befolgen und sich nie beschweren, was eine gute Seite hat, weil die Leute dich in der Öffentlichkeit in Ruhe lassen. Sie quatschen dich nicht an. Diese Seite gefällt mir gut, das finde ich respektvoll und ganz anders als in Frankreich.» Eine emotionale Distanz zu Deutschland bleibt dennoch. David liebt «Deutschland nicht, das ist nur das Land, in dem ich lebe. Obwohl ich dort lebe, bleibt es irgendwie abstrakt für mich, und es ist ein Land, das ich leicht verlassen kann.» Das empfindet David als angenehm, da er sich heute mit einer internationalen Perspektive identifiziert, im Gegensatz zu seiner ersten Auswanderungserfahrung, wo er sich noch stark mit Großbritannien verbunden gefühlt habe.

Frankreich – Bewusstwerdung durch Distanz

Deutschland war den fünf Befragten vor ihrer Auswanderung meist unbekannt, Frankreich selbstverständlich nicht. Und welche Vorstellungen verbanden sie damals mit Frankreich? David, der aus der Pariser Banlieue stammt, sagt: «Das Leben, das ich dort geführt habe, schien mir ziellos und sinnlos. Politisch und sozial herrschte damals in Paris ein fürchterliches Klima, in ganz Frankreich, glaube ich. Es gab wirklich sehr viel Gewalt und Aggressivität in allen Bereichen.» Jayrôme war 17, als er zum Studium nach Belgien ging. «Seitdem habe ich nie wieder in Frankreich gelebt. Es ist schwierig, mich zu erinnern, was ich mit 16, 17 gedacht habe. Damals hatte ich auch überhaupt kein politisches Bewusstsein.» Mathildes und Kays Bezugsrahmen war Südfrankreich. KAy erinnert sich, wie ihm die Unterschiede innerhalb des Landes bewusst wurden, als er fürs Studium nach Nancy im Norden zog: «Da habe ich eine andere Wirklichkeit erlebt, weil da eine völlig andere Mentalität herrscht, eine ganz andere Kultur. Das habe ich erst nicht kapiert.»

Als Beispiele führt er unterschiedliche kulturelle Muster im Umgang mit Zeit und in der Pflege sozialer Kontakte an: «Im Süden ist man immer zu spät. Das ist normal. Im Norden, ich glaube, das ist ein bisschen wie hier, wo man eher fünf Minuten zu früh da ist, wenn man eine Uhrzeit ausgemacht hat – und keine Viertelstunde später.

¹¹ Zum Verhältnis von öffentlichem Raum und Privatsphäre in Frankreich und Deutschland vgl. Béatrice Durand: *Cousins par alliance*, Paris 2002, S. 124–128.

Ich bin in Toulouse aufgewachsen und lebte im Stadtzentrum. Wenn die Leute im Viertel zu tun hatten, kamen sie einfach kurz vorbei. Wenn du zu Hause warst, aber etwas zu tun hattest, sagst du kurz hallo, nett dich zu sehen, aber es geht jetzt nicht. Kein Problem. Manchmal auch andersrum, ach ja, komm rein, willst du mitessen ... also, spontane Kontakte, die es im Norden auch nicht gibt. Da musst du wirklich vorausplanen.»

Bewusstwerdung durch Distanz – das erlebte auch Jayrôme. Durch sein Studium in Belgien wurde er kritischer: «Die Belgier spiegelten mir ein Bild von Frankreich aus der Sicht von außen, von dem ich keine Ahnung hatte.» So entstand ein negatives Bild: «In meinem Bewusstsein war Frankreich ein arrogantes, von sich selbst eingenommenes und hegemoniales Land.» Diesen «Blick von außen» auf Frankreich hat er sich bewahrt. Nur Marines Bild von Frankreich vor der Auswanderung war positiv, das eines «Ortes, wo das Leben trotz allem einfach ist», eines «schönen» und «bequemen Landes», wo «man viele Vorteile genießt.» Zugleich bemerkte sie, dass einige Franzosen «sich häufig beschwerten» und «nicht unbedingt von diesen ganzen Vorteilen profitieren».

David, der in Paris stark unter Homophobie gelitten hatte, ist heute versöhnlicher. «Ich fahre jetzt wirklich gerne nach Paris. Vor nicht allzu langer Zeit war das noch: Nie im Leben! Die persönliche Entwicklung führt dazu, dass man die Dinge anders betrachtet, das Verhältnis zur Vergangenheit ändert sich, und vor allem versteht man besser, wie manche Dinge haben passieren können.» Er versucht jetzt «zu verstehen, wie dieses Land tickt, wie seine Geschichte ist, warum die Dinge dort für mich so schlecht gelaufen sind.» Jayrôme drückt die Ergebnisse seiner Beschäftigung abstrakter aus: «Ich kann Frankreich nur im Kontext der Kolonialgeschichte wahrnehmen, Aneignung von Territorien, Massaker, Überheblichkeit. Und das auch, wenn ich mich mit bestimmten philosophischen oder politisch-philosophischen Strömungen auseinandersetze, die einem glaubhaft machen wollen, Frankreich sei ein aufgeklärtes Land, das Schutz bietet, das Land der Menschenrechte. Tatsächlich waren die meisten Philosophen der Aufklärung zum Beispiel extrem rassistisch und/oder sexistisch. Da kann ich die Aspekte der Aufklärung, die positiv sein sollen, nicht ernst nehmen oder ein Auge zudrücken. Eigentlich empfinde ich Frankreich als lächerlich und nervig.»

Bei den aktuellen gesellschaftlichen Problemen ist den Befragten Frankreich näher als Deutschland. Sie wirken emotional beteiligter. Mathilde bedrücken die Erfolge des rechtsextremen Front National: «Was gerade passiert mit dem FN ... es betrifft mich ziemlich, ich mache mich total verrückt, ich habe sogar in letzter Zeit wenig darüber gelesen, einfach, weil ich danach so genervt bin.» Auch unterwegs in Frankreich reagiert sie: «Ich habe auch schon Sachen erlebt, diese allgemeine Stimmung, was die Leute sagen, im Zug oder so, also echt so kleine rassistische Sachen, die mich total wütend machen. Die Leute fangen mit einem kleinen Spruch an, und sie können lange sagen, das sei doch kein Rassismus – doch, ist es! Und das hat schon zugenommen.» Kay sieht eine andere Verschärfung: «Regeln und Verbote werden jetzt wirklich angewendet. Es gibt mehr Polizeipräsenz in den Straßen. Früher konntest du draußen deinen Joint rauchen. Jetzt musst du aufpassen. Sie können deine Personalien aufnehmen oder dich sogar anzeigen.»

Identitäten und Prioritäten

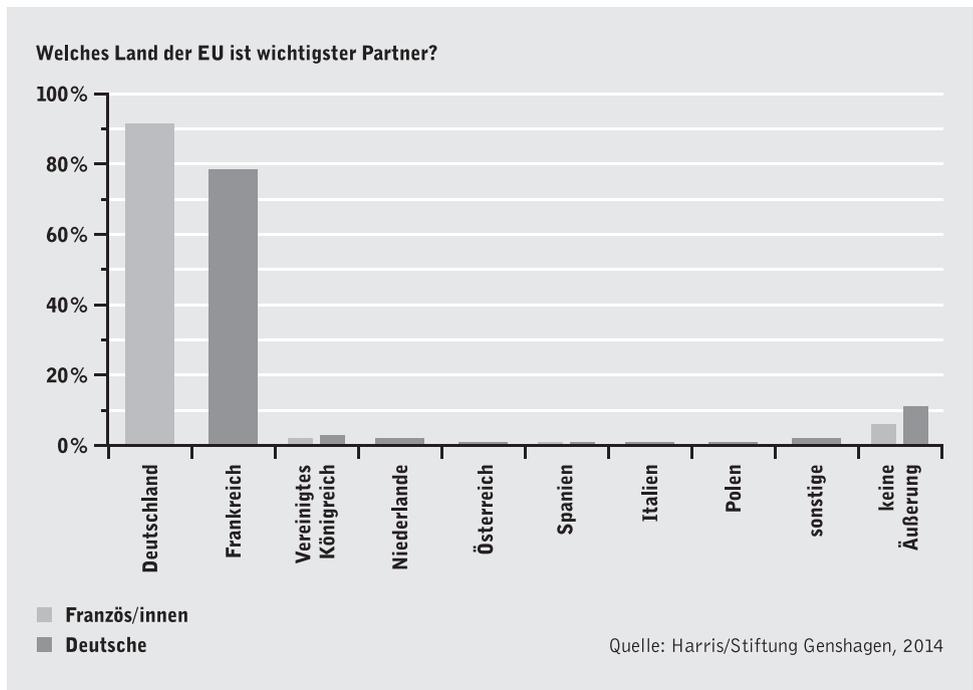
Die Reihenfolge der Interessen ist aufgrund der Auseinandersetzung mit Lebensrealität und eigener Sozialisation eindeutig: Zuerst kommt Berlin, dann Frankreich und auf dem dritten und letzten Platz Deutschland. Die Befragten sind nur deswegen Franco-allemand(e)s, weil Berlin nun einmal in Deutschland liegt. Letztlich gilt es, eine Frage von David immer wieder neu zu beantworten: «Wie kann man all diese Identitäten unter einen Hut bringen? Aktuell hier zu leben, eine Vergangenheit dort zu haben.»

Viele kamen mit einer nur sehr ungefähren Vorstellung von Deutschland, es war ein von Klischees, vom Nationalsozialismus und vom Zweiten Weltkrieg geprägtes Bild. Mit dem Leben in Berlin hat es sich differenziert und auch zum Positiven verändert. Man versteht kulturelle Muster und Unterschiede besser und lernt sie schätzen. Die Auseinandersetzung mit dem Herkunftsland Frankreich bleibt kritisch, reißt aber nicht ab. Ihre internationale Perspektive bringen die Befragten aktiv in berufliches, künstlerisches oder zivilgesellschaftliches Engagement ein. Einblicke in die Erfahrungen von Menschen zu erhalten, die sich nicht mit Nationalitäten identifizieren und alle eine sehr internationale Perspektive einnehmen, verdeutlicht, wie viel Bereicherung, Potenzial, Möglichkeiten der Begegnung und politisches Engagement mit offenen Grenzen verbunden sein können.

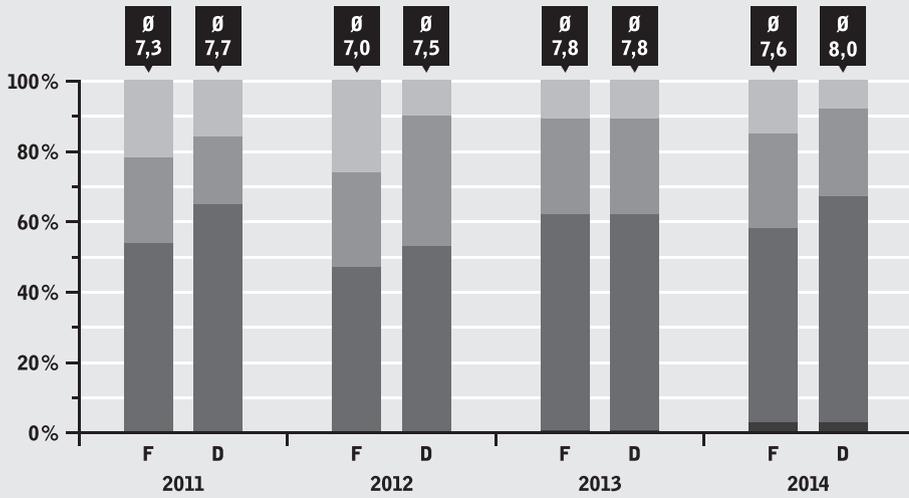
Die Befragten sind Menschen, denen vielfältige Ausdrucksmöglichkeiten zur Verfügung stehen – literarische, musikalische, visuelle. Alle fünf suchten eine passende, inspirierende Umgebung für ihr Leben und fanden, dass die Bedingungen in Berlin ihre Identitätskonstruktion, ihre Produktivität fördert. Im Gegensatz etwa zu Geflüchteten verfügen diese Ausgewanderten über die Privilegien der Mobilität und Freizügigkeit. Sie wussten und wissen sie zu nutzen, und umgekehrt mussten und müssen sie es, um sich privat wie beruflich zu entwickeln. Berlin war zunächst Erfüllungsort von Sehnsüchten und wurde dann Heimat. Verklärt wird die Stadt allerdings nicht, sondern kritisch begleitet und in Szenen und Subkulturen gelebt, bewahrt und verteidigt – so gut es geht.

Deutschland und Frankreich in aktuellen Meinungsumfragen

Wie bedeutsam Bilder, Assoziationen und Haltungen im Nachbarschaftsverhältnis sind, lässt sich auch durch gleichzeitige Befragungen in beiden Ländern erforschen. Die Ergebnisse, grafisch dargestellt, zeigen signifikante Abweichungen bei fast allen wichtigen Themen. Die Umfragen wurden 2012 und 2013 von der Deutschen Botschaft in Paris beauftragt (durchführendes Institut: Ifop), 2012 vom Nachrichtenmagazin ParisBerlin (Seprem) und 2014 von der dem europäischen Dialog verpflichteten Stiftung Genshagen (Harris).



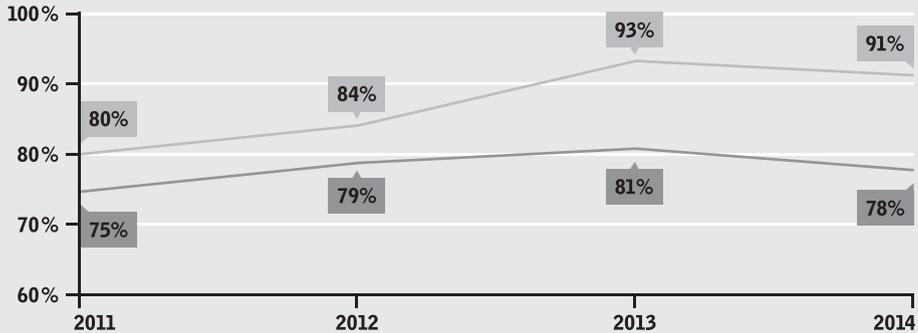
Wie bewerten Deutsche und Französ/innen die Wichtigkeit der deutsch-französischen Beziehungen für die Zukunft Europas?



- nicht wichtig (1 bis 5 auf einer Skala mit 10 Punkten)
- mäßig wichtig (6 oder 7)
- sehr wichtig (8 bis 10)
- keine Äußerung

Quelle: Harris/Stiftung Genshagen, 2014

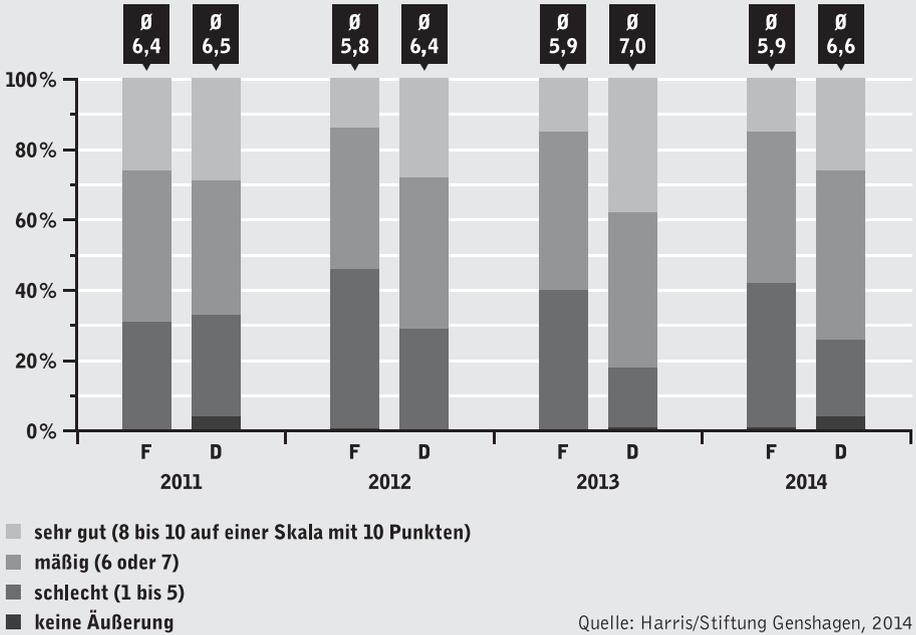
Welches Land der EU ist wichtigster Partner?



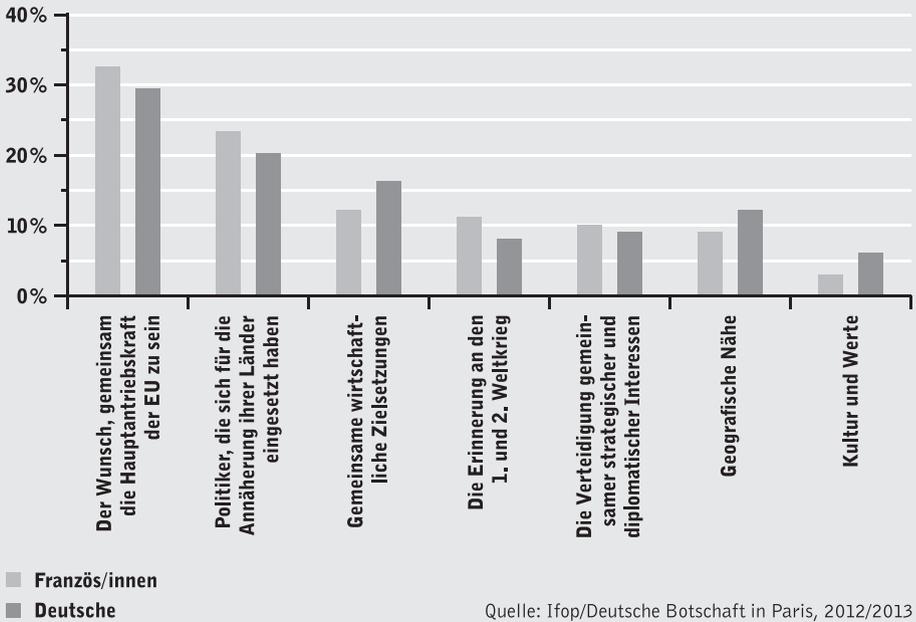
- Anteil der Französ/innen, die Deutschland nannten
- Anteil der Deutschen, die Frankreich nannten

Quelle: Harris/Stiftung Genshagen, 2014

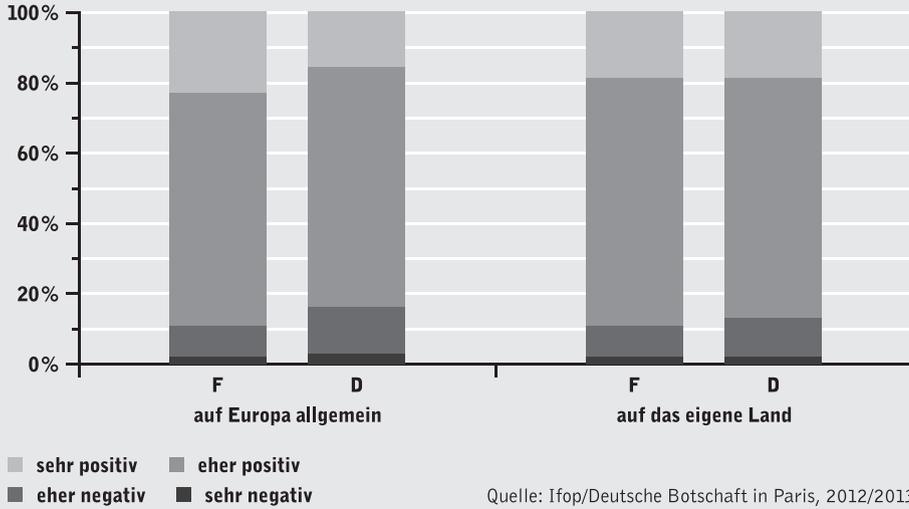
Wie bewerten Deutsche und Französ/innen den Zustand ihrer Beziehung?



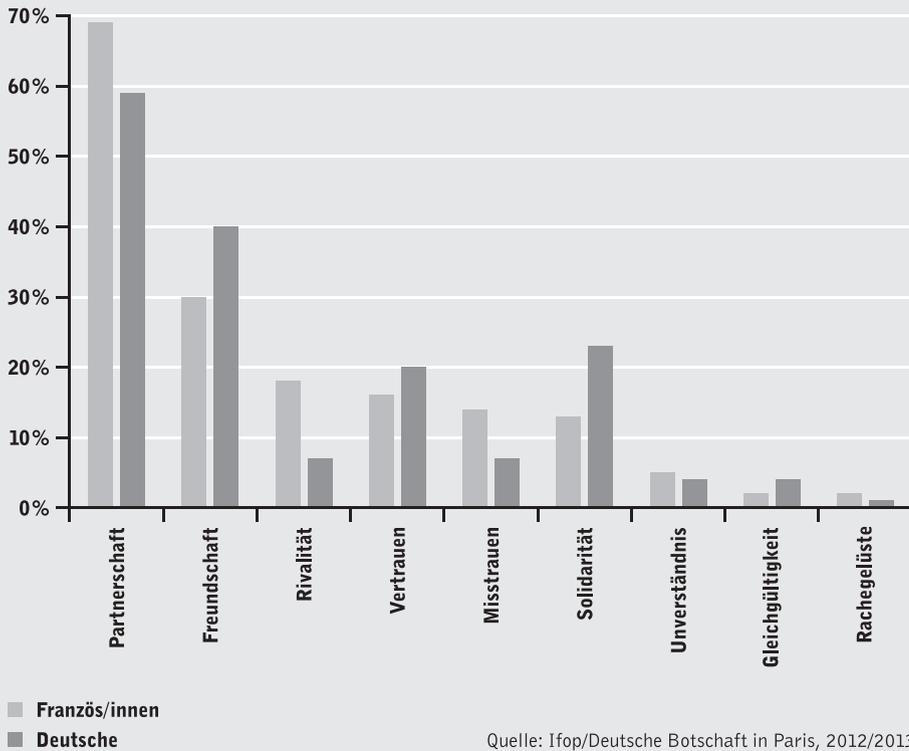
Welche Elemente erklären die privilegierten deutsch-französischen Beziehungen?



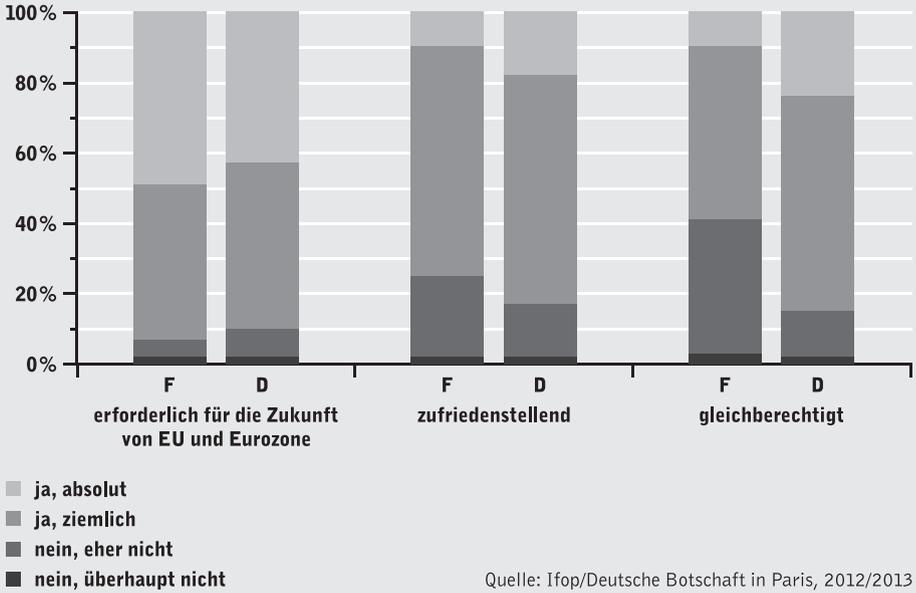
Wie wirken sich die privilegierten Beziehungen mit Frankreich/Deutschland aus?



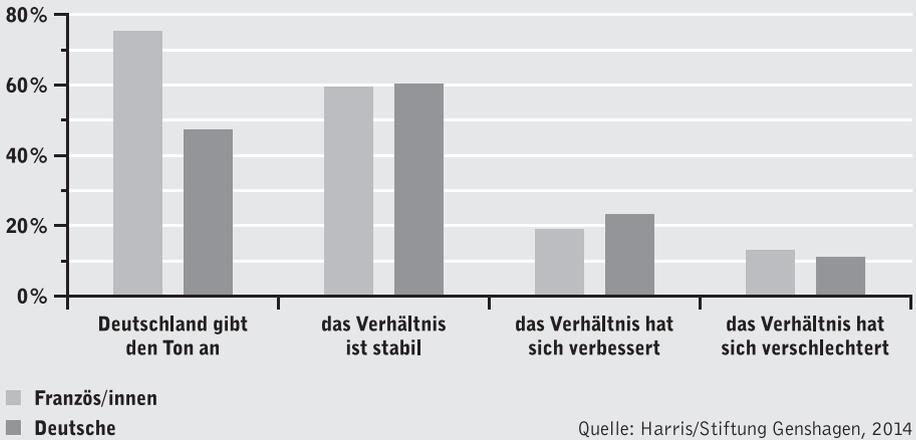
Welche zwei Ausdrücke beschreiben die deutsch-französische Beziehung am besten?



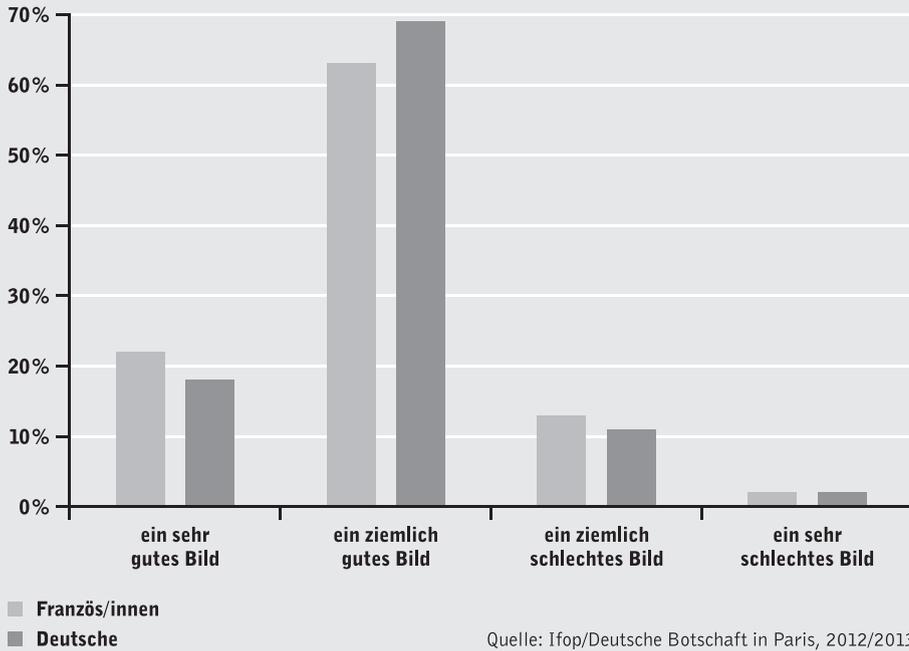
Ist die heutige Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland ...



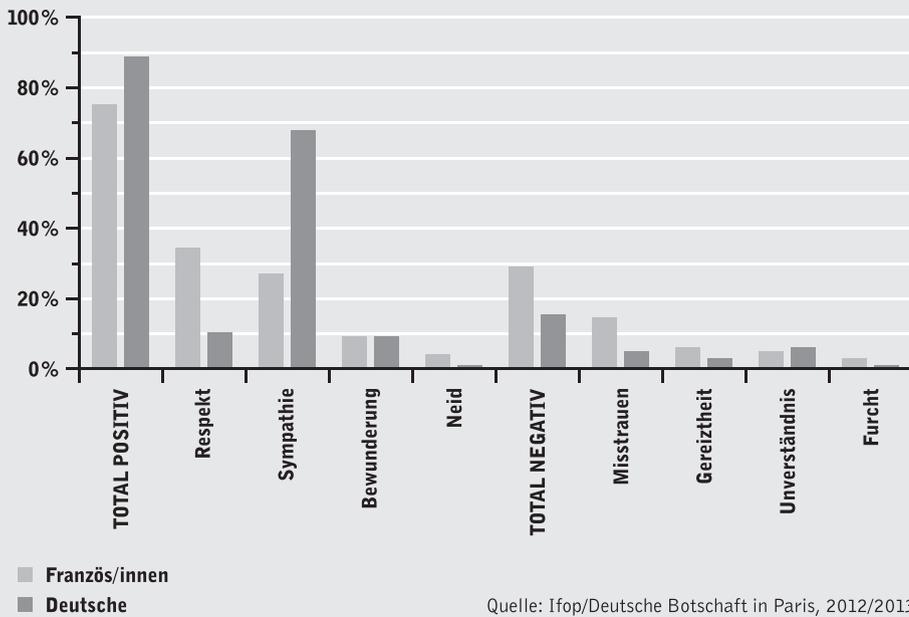
Wie wird das deutsch-französische Verhältnis wahrgenommen?



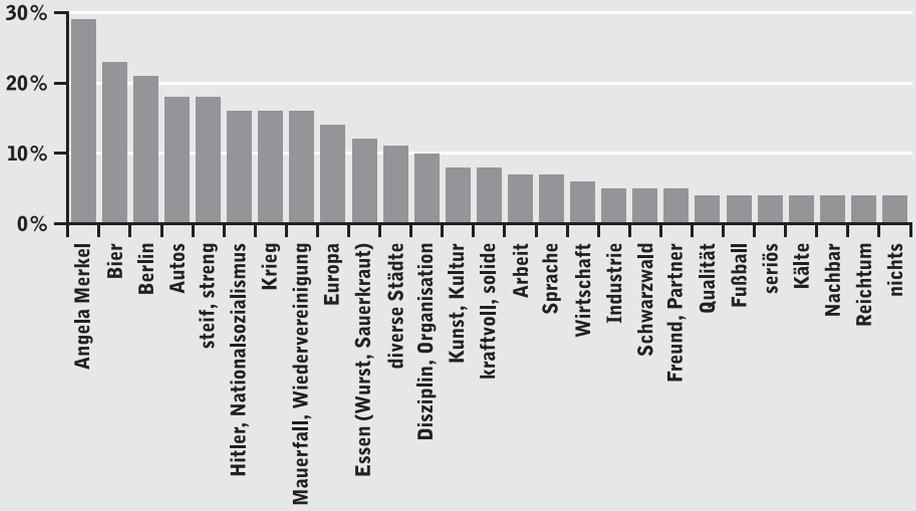
Welches Bild haben Deutsche und Französ/innen vom jeweils Anderen?



Welches Gefühl erzeugen Deutsche und Französ/innen hauptsächlich beim jeweils Anderen?



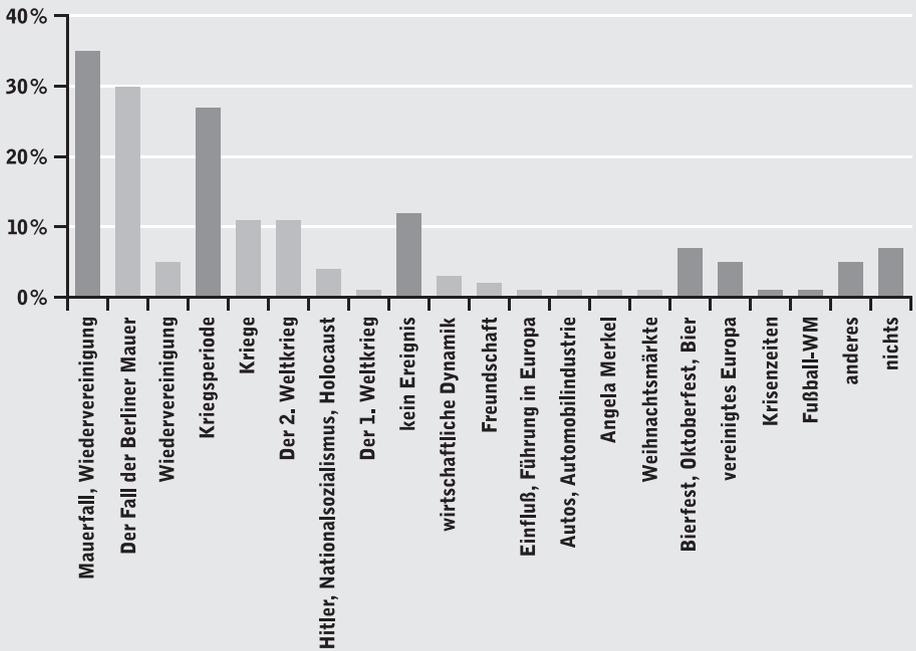
Wenn Sie an Deutschland denken, welche Wörter und Ideen fallen Ihnen dabei ein?



Befragt: Französ/innen

Quelle: Ifop/Deutsche Botschaft in Paris, 2012/2013

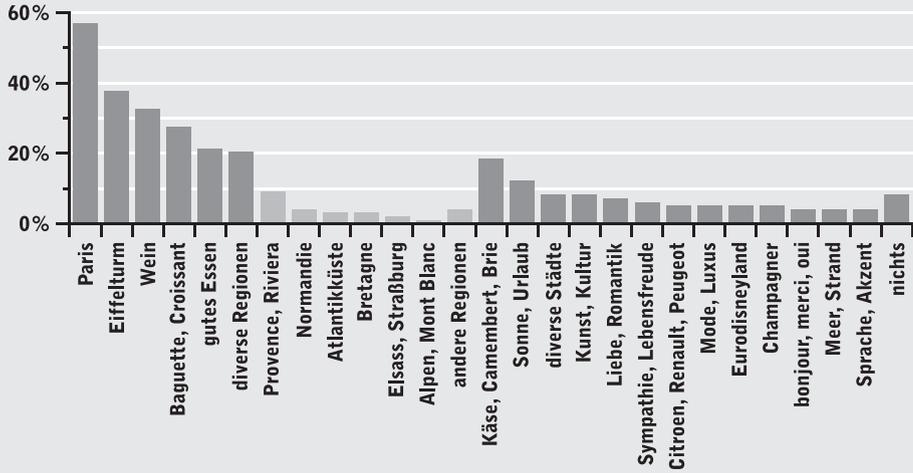
Welches Ereignis verbinden Sie genau genommen am meisten mit Deutschland?



Befragt: Französ/innen

Quelle: Ifop/Deutsche Botschaft in Paris, 2012/2013

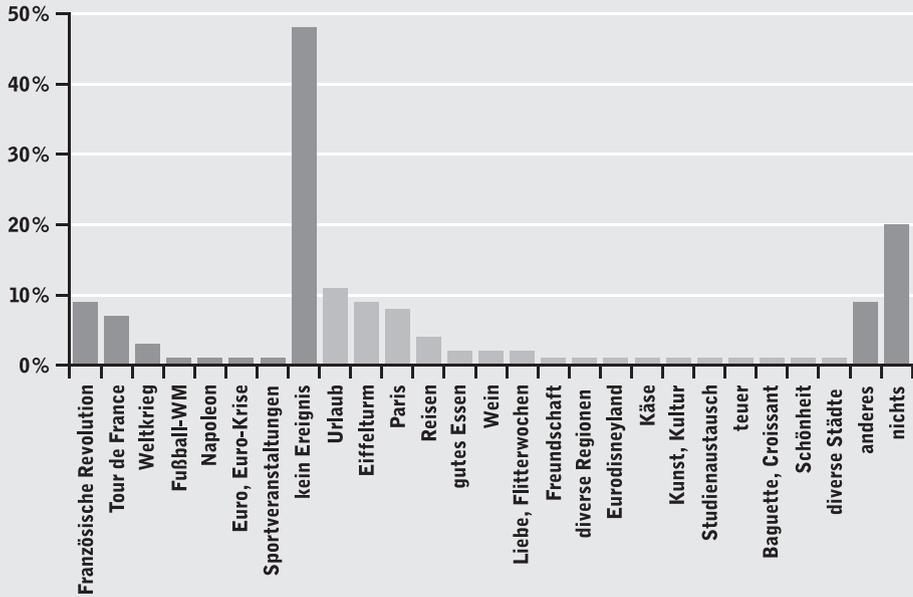
Wenn Sie an Frankreich denken, welche Wörter und Ideen fallen Ihnen dabei ein?



Befragt: Deutsche

Quelle: Ifop/Deutsche Botschaft in Paris, 2012/2013

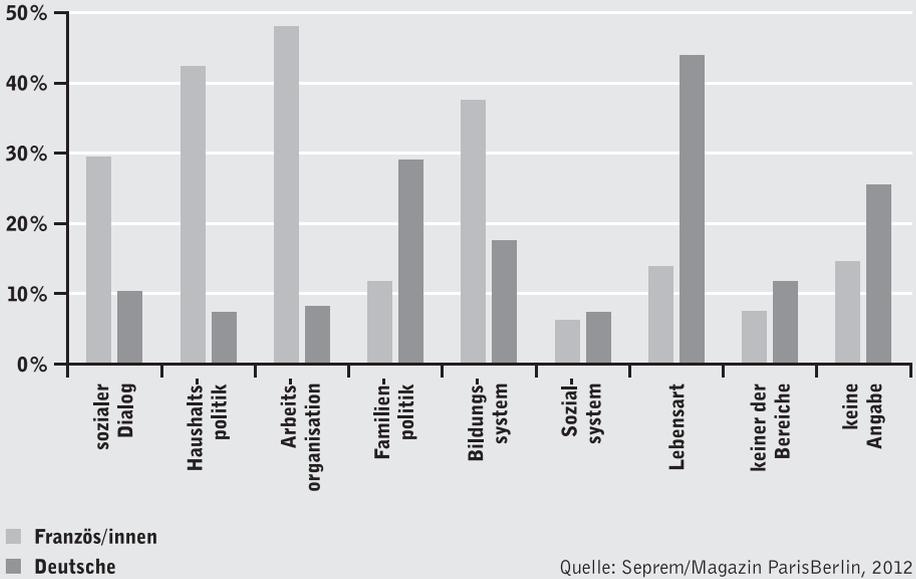
Welches Ereignis verbinden Sie genau genommen am meisten mit Frankreich?



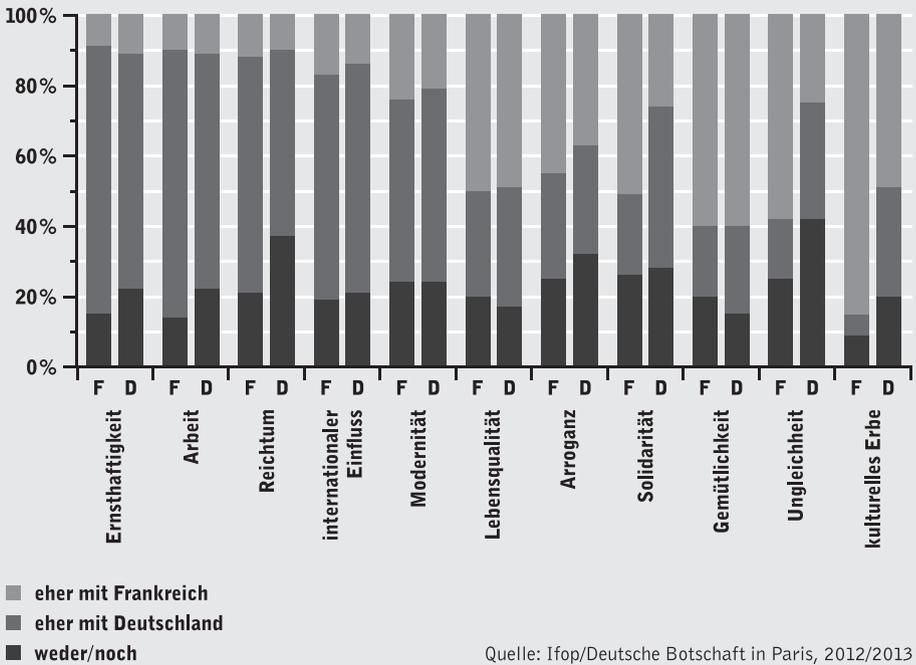
Befragt: Deutsche

Quelle: Ifop/Deutsche Botschaft in Paris, 2012/2013

In welchen Bereichen sehen Deutsche und Französ/innen den jeweils Anderen als Vorbild?



Verbinden Sie die folgenden Adjektive eher mit Frankreich oder Deutschland?



POLITIK

Deutsche Supermami und französische Rabenmutter

Blick auf die Frauen- und Mutterrollen der Nachbarinnen

In dunklem Kostüm, dezent geschminkt und mit strahlendem Lächeln stöckelte die damalige Justizministerin Rachida Dati zur Kabinettssitzung in den Élysée-Palast – nur fünf Tage, nachdem sie per Kaiserschnitt eine Tochter zur Welt gebracht hatte. Die Politikerin sah so blendend und zierlich schlank aus, als sei sie nie schwanger gewesen. Solche Bilder prägen sich ein.

Das war 2009. Tochter Zohra ist inzwischen längst in der Schule, und Rachida Dati ist jetzt eine von vielen Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Doch die Vorstellung, dass Französinen scheinbar spielend Mutterschaft und Karriere zu verbinden verstehen, überdauert bis heute. Bei kaum einem Thema wird so oft nach Frankreich geschaut wie bei der Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In der Gegenrichtung ist das kaum der Fall. Zwar sieht Frankreich ständig in den Spiegel Deutschland, um sich seiner Rückstände bewusst zu werden oder um sich seines Widerwillens gegen Reformen zu vergewissern. Kaum ein Tag vergeht, da nicht in Fernsehen, Funk und Printmedien Vergleiche zum «großen» Nachbarn jenseits des Rheins gezogen werden. Alles wird untersucht und geprüft, die Sozialgesetzgebung und die Wettbewerbsfähigkeit, das Steuersystem und die Gesundheitsversorgung, die Mülltrennung und die Tischkultur. Deutschland ist der Orientierungswert, das Land, an dem sich Frankreich misst, im Guten wie im Schlechten. Je nach Parteizugehörigkeit konzentriert Deutschland alle Übel der globalisierten Marktwirtschaft (für die extreme Linke à la Jean-Luc Mélenchon und die extreme Rechte à la Marine Le Pen) oder verkörpert das Ideal einer reformbereiten, demokratischen Gesellschaft (für die bürgerliche Rechte und Teile der Sozialisten). Aber die deutsche Familienpolitik und deren kulturelle Wurzeln stoßen auf deutlich erkennbares Desinteresse.

Kein französischer Politiker hat je verlangt, sich in diesem Bereich Deutschland zum Vorbild zu nehmen. Hingegen darf in keiner Sonntagsrede der Verweis auf den französischen Babyboom fehlen. Und wenn wie in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 die Geburtenrate leicht (um 2,75 Prozent) sinkt, dann ist das sofort Anlass für politische Bezichtigungen und Schuldzuweisungen. Kinder kriegen ist in Frankreich immer ein bisschen Staatsangelegenheit. Das Land hat ein ehrgeiziges Ziel: 2050 will es Deutschland bei der Bevölkerungszahl überholt haben. Demografen haben

entsprechende Berechnungen vorgelegt, allerdings bevor Deutschland begann, in großem Umfang Flüchtlinge aufzunehmen.

Außer bei dem Wettstreit um die Einwohnerschaft taucht Deutschland beim Thema Familienpolitik nur unter ferner liefen auf. Besser informierte Franzosen spotten gern über die drei K (Kinder, Küche, Kirche), die so lange das Los deutscher Frauen prägten. Das Wort Rabenmutter fehlt im französischen Vokabular. Hingegen ist der Begriff «*mère-poule*» negativ besetzt. Diese «Gluckenmutter», so der Volksmund, erdrücke ihr Kind, sie lasse ihm nicht genügend Freiheiten. In Frankreich fürchtet man sich davor, Kinder zu sehr zu beschützen und nicht hinreichend auf das eigenständige Leben vorzubereiten. Es gibt übrigens auch die scherzhafte Bezeichnung «*papa-poule*» für Väter, die sich mehr als gewöhnlich um ihre Kinder kümmern. Einen Rabenvater gibt es genauso wenig wie in der deutschen Sprache. Bücher über die deutsche Mutterkultur sind auf dem französischen Büchermarkt nur selten zu finden und nie bestsellerverdächtig. Das Buch der lange in Berlin lebenden Französin Béatrice Durand («Die Legende vom typisch Deutschen. Eine Kultur im Spiegel der Franzosen») blieb ein Nischenprodukt für Eingeweihte.¹ Umgekehrt aber wird mit den französischen Gegebenheiten durchaus Politik betrieben. Seit langem gilt Frankreich in Deutschland als Musterland für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In den deutschen Medien häuften sich seit Ende der 1990er-Jahre Lobeshymnen auf das «französische Modell». Mit einer seit der Jahrtausendwende stabilen Geburtenrate von knapp 2,0 Kinder pro Frau zeigte sich Frankreich tatsächlich als das europäische Land, das in diesem Bereich alles richtig zu machen schien. Die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen pilgerte in französische Krippen, um sich inspirieren zu lassen. Die Leitfrage war: Was ist das Geheimnis der Franzosen? Wie schaffen sie es, dass so viele Frauen Kinder bekommen? Besonders faszinierte anreisende Politiker die Besonderheit, dass mit zunehmender Bildung und gehobener Berufsposition der Kinderwunsch nicht sinkt, sondern steigt. Deutsche Stiftungen organisierten Debatten, bei denen berufstätige französische Mütter ihre Erfahrungen als leuchtendes Beispiel darstellen durften. Erziehungsratgeber wie Pamela Druckermans «Warum französische Kinder keine Nervensägen sind» wurden zu Bestsellern auf dem deutschen Markt.²

Musterland für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Doch seit einiger Zeit häufen sich in der deutschen Presse Artikel, die kritisch die Situation französischer Mütter und ihrer Kinder beleuchten. Der *Spiegel* entdeckte in Frankreich eine «neue Generation von Müttern», die «mehr Zeit für sich und ihre Kinder» einfordert, aber auf Widerstand stößt. Unter der Überschrift «Stillender Protest» feierte das Nachrichtenmagazin die Entscheidung einer Gruppe von berufstätigen Müttern, sich von einer «stressigen Vollzeit von 8 bis 19 Uhr» zu verabschieden, als

- 1 Béatrice Durand: Die Legende vom typisch Deutschen. Eine Kultur im Spiegel der Franzosen, Leipzig 2004.
- 2 Pamela Druckerman: Warum französische Kinder keine Nervensägen sind. Erziehungsgeheimnisse aus Paris, Berlin 2013.

«Akt der Emanzipation».³ In der *Zeit* stellte eine Autorin unter der Überschrift «Liebe auf Distanz» die These auf, dass «die frühe staatliche Betreuung in Frankreich ihren Preis hat. Frauen fühlen sich zunehmend entfremdet von ihren Kindern».⁴ Im Artikel wird ein kausaler Zusammenhang zwischen dem hohen Verbrauch von Antidepressiva in Frankreich und in die Kindheit zurückreichenden Bindungsstörungen hergestellt. «Die Menschen erzählen mir, wie wenig echte Nähe sie in ihrer Kindheit von ihren Eltern bekommen haben», wird ein Arzt zitiert. «Wir in Frankreich bemuttern unsere Kinder nicht genügend. Man gibt uns nicht das Recht, sie zu bemuttern», sagt eine Erzieherin. In der Wirtschaftswoche hieß es kürzlich, das Bild Frankreichs als Musterland für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf habe Risse bekommen.

«Die Mütter wollen endlich mehr Zeit für ihre Kinder. Doch die will man ihnen nicht geben», schrieb die Autorin aus Paris unter der Überschrift «Frankreichs Mütter begehren auf».⁵ Auch sie malte das Bild einer Gesellschaft, die wegen der frühkindlichen Fremdbetreuung massenweise Erwachsene mit Depressionen und Angstzuständen vorweise. Als vorbildlich werden hingegen junge Französinen beschrieben, die ihren Job aufgeben, um sich ganz den Kindern zu widmen. Fast hämisch wird «der Unwillen von Altfeministinnen» erwähnt, die dem Ziel der Gleichberechtigung von Mann und Frau treu geblieben seien.

Auch in deutschen Frauenzeitschriften wird «der Mythos der französischen Superfrau» demontiert. «Sie stillen schnell ab, wenn sie überhaupt damit anfangen. Sie sind drei Monate nach der Geburt wieder im Job. Und wenn es sein muss, bekommt Bébé ein Schlafmittel», ist etwa in einem Artikel in der Zeitschrift *Émotion* zu lesen.⁶ In der Zeitschrift *Eltern* werden die französischen Eltern als befremdlich autoritätsliebend porträtiert, die ihren Kindern schon mal einen Klaps auf den Po geben oder sie ohrfeigen.⁷ «Das ist auch gut so», wird die Soziologin Isabelle Bourgois von der Universität Cergy-Pontoise zitiert, «die Erziehung bei uns ist nicht so soft wie in Deutschland».⁸ Aufgrund der Berufstätigkeit von Vätern und Müttern ließen sich die französischen Eltern nicht auf so viel Erziehungsfirlefanz wie die deutschen ein.

Abschreckendes Beispiel und leuchtendes Vorbild

Der Blick von außen auf die Französinen entspricht kaum ihrer Selbstwahrnehmung. Vielmehr scheint die deutsche Medienberichterstattung über die Familienpolitik im wichtigsten europäischen Partnerland vor allem eigene Anliegen im Blick zu haben. Zunächst stand im Vordergrund, Veränderungen in Deutschland in Gang zu setzen und die Rahmenbedingungen für berufstätige Mütter zu verbessern. Hierbei ist die französische Situation auch weiterhin als Vorbild hilfreich. In einer zweiten Phase hingegen werden jene bedient, die ihre Lebensweise durch den begonnenen Wandel

3 Geneviève Hesse: Stillender Protest, in: *Der Spiegel*, 26.10.2013.

4 Margarete Moulin: Liebe auf Distanz, in: *Die Zeit*, 5.9.2013.

5 Karin Finkenzeller: Frankreichs Mütter begehren auf, in: *Die Wirtschaftswoche*, 3.3.2014.

6 Geneviève Hesse: Mütterlichkeit auf Französisch, in: *Émotion*, Oktober 2015.

7 Familienleben in Frankreich: Für Rabenmutter gibt es keinen Begriff, in: *Eltern*, Mai 2014.

8 Zitiert in: Ebd.

bedroht sehen. Plötzlich müssen abschreckende Beispiele aus Frankreich für eine Neubewertung und Rehabilitierung des traditionellen «deutschen» Modells mit einer mütterlichen Rundumbetreuung im Kleinkindalter herhalten. Das Opfer jener Mütter, die dem Kindeswohl zuliebe auf eine berufliche Tätigkeit verzichteten, findet neue Anerkennung. Die frühe Fremdbetreuung – ein Wort, das in der französischen Sprache seinesgleichen sucht – wird als Wurzel späterer Fehlentwicklungen ausgemacht.

Bemerkenswert ist, dass eine solche Berichterstattung in Frankreich unter umgekehrten Vorzeichen stattfindet, etwa wenn es um geringfügige Beschäftigung als Wiedereinstieg ins Berufsleben geht. So häuften sich eine Zeit lang lobende Artikel über das deutsche Modell, das Arbeitslose zurück in die Erwerbstätigkeit gebracht habe. Dies war als Ansporn zu verstehen, einen ähnlichen Wandel in Frankreich herbeizuführen. Doch in einer zweiten Phase mehrte sich eine Berichterstattung französischer Medien, die auf herzerreißende Weise die schwierigen Lebensumstände der deutschen «working poor» beschrieb und vor der Einführung eines Niedriglohnssektors warnte. Der Blick auf den Nachbarn dient dazu, sich je nach politischer Gemengelage mit dem eigenen Modell zu versöhnen oder als Ansporn zur Veränderung.

Wie aber ist die Situation der Frauen und Mütter in Frankreich wirklich? Verallgemeinerungen sind immer gefährlich, aber der gesellschaftliche Konsens über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besteht im Großen und Ganzen fort. Zur Verunsicherung haben weniger die von deutschen Medien hochgejubelten Verteidigerinnen einer neuen Mütterlichkeit beigetragen als vielmehr einige von der Linksregierung unter Präsident François Hollande beschlossene Gesetzesänderungen.

Zwölf Millionen Babys für die Nation – die pronatalistische Tradition

Zunächst aber: Das Selbstverständnis der französischen Frauen hat einen kulturgeschichtlichen Ursprung. Sie drängten schon während der Monarchie nach außen, zu höfischen Feierlichkeiten, mehr aber noch in die Salons, in denen sie ihre Konversationskünste mit Anmut und Geisteswitz zum Besten gaben. Dieses Frauenbild nahm sich das Bürgertum zum Vorbild, dann erfasste es die Mehrheitsgesellschaft. In der deutschen Sozialgeschichte hat sich hingegen das Bild der züchtigen Hausfrau eingeprägt, die demütig auf ein Wirken in der Außenwelt verzichtet – ein Produkt bürgerlich-aufklärerischer Moralkritik.

Die gesellschaftliche Rolle der Frau stand daher auch nicht infrage, als Frankreich sofort nach der Befreiung 1944 eine natalistische (geburtenorientierte) Familienpolitik zu betreiben begann. Schon 1920 hatte der französische Premierminister Georges Clémenceau seine Landsleute zu alarmieren versucht: «Frankreich ist verloren, wenn es bald keine Franzosen mehr gibt.» Das Debakel von 1940, als Hitlers Truppen in Paris einmarschierten, erklärte Marschall Philippe Pétain in einer Radioansprache kurz nach dem Waffenstillstandsabkommen so: «Zu wenig Kinder, zu wenig Waffen, zu wenig Verbündete: Wir sind besiegt.» Deshalb hatte Charles de Gaulle nach der Befreiung ein leichtes Spiel, mehr Nachwuchs zu fordern. «Frankreich braucht zwölf Millionen Babys», verlangte der General im März 1945. Schon die provisorische Regierung wollte die Franzosen dazu zu bringen, sich wieder verstärkt fortzupflanzen. Bei

der Gründung des modernen Sozialversicherungssystems nach Kriegsende spielte die demografische Frage bereits eine wichtige Rolle.

Das Modell der Familienförderung ist seither ununterbrochen ausgebaut worden. So können französische Familien in allen Lebensbereichen auf gesellschaftliche Unterstützung zählen. Das beginnt bei den Schwangerschaftsratgebern, denen der belehrende, warnende Unterton ihrer deutschen Pendant fehlt. Vielmehr machen die französischen Bücher den werdenden Müttern Mut bei ihrer neuen Herausforderung. Unter «sanfter Geburt» verstehen die Franzosen eine von der Krankenversicherung getragene Entbindung im hochmodernen Krankenhaus, Periduralanästhesie mit inbegriffen. Diese ist ein Routineeingriff, der es den Frauen erlauben soll, möglichst schmerzfrei zu gebären und nach der Entbindung schneller wieder fit zu sein.

Mutterwohl geht vor

Das Wohlergehen der Mütter steht eindeutig im Vordergrund. Die Feministin Elisabeth Badinter begründet das so: «Die Französinen definieren sich zuallererst als Frauen und erst danach als Mütter. Sie wollen gefallen, verführerisch sein, auch wenn sie Mütter sind. Das ist ein tief geschichtlich verankertes Selbstbild, das sich bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen lässt.»⁹

Deshalb habe es früher Ammen gegeben, später übernahm die Flaschennahrung diese Rolle. Bis heute wird toleriert, dass Mütter nicht stillen. Sie geraten nicht in Rechtfertigungszwänge wie in Deutschland. Negative gesundheitliche Folgen des Nichtstillens werden kaum problematisiert. Es gilt der Leitsatz: Wenn es der Mutter gut geht, wird es auch dem Kind gut gehen.

Die UN-Kinderhilfsorganisation Unicef hingegen sieht die niedrige Stillrate kritisch. In einer aktuellen Studie zum Wohlergehen von Kindern stellte sie Frankreich auf einen hinteren Platz.¹⁰ Tatsächlich hat sich Frankreich bislang der Vorstellung entzogen, dass langes Stilles für das Wohl der Kinder entscheidend ist. Erziehungsratgeber weisen extra darauf hin, dass Mütter trotz Flaschennahrung eine starke Gefühlsbindung zu ihrem Kind entwickeln können. Auch erlaube es die Flaschenmilch, von Anfang an die Väter stärker in die frühkindliche Fürsorge einzubeziehen. Die Sorge, etwas falsch zu machen, ist in Frankreich ohnehin nicht sehr verbreitet.

Béatrice Durand formuliert das in «Die Legende vom typisch Deutschen» so: «Wenn das Kind da ist, denkt man in Frankreich, alles ist gut bis zum Beweis des Gegenteils. Und wenn es die geringste Schwierigkeit geben sollte, könnte die Wissenschaft etwas dagegen machen.» In Deutschland habe sie hingegen eine ganz andere Vorgehensweise bei werdenden Eltern beobachtet. «Deutsche Art ist es, auf Anhieb über alles beunruhigt zu sein, was passieren könnte und wogegen man sich von vornherein schützen muss», schreibt Durand. «In Frankreich wollen Kinderpflegerinnen

9 Gespräch mit Elisabeth Badinter, Französinen sind zuallererst Frauen – dann Mütter, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.11.2013.

10 Unicef France, Chaque enfant compte. Partout, tout le temps. Rapport alternatif de l'Unicef France et de ses partenaires dans le cadre de l'audition de la France par le comité des droits de l'enfant des Nations Unies, 2015, <<http://bit.ly/22cvIdA>>.

und Kinderärzte beruhigend und entlastend wirken. In Deutschland versuchen sie, Eltern die ganze Fülle ihrer Verantwortung bewusst zu machen: Man besteht auf die Gebrechlichkeit des Säuglings, lauert auf alle Gefahren.»¹¹

Das entspannte Verhältnis zum Kind kommt vor allem berufstätigen Müttern zugute. Sie müssen sich nicht mit Schuldgefühlen plagen, wenn sie während ihrer Arbeitszeit ihr Kind in einer der mit Steuergeldern finanzierten Kinderkrippen betreuen lassen. Das Besondere am französischen System ist, dass es viele Möglichkeiten der frühkindlichen Betreuung zulässt: in der Krippe, im Heim einer qualifizierten Betreuungsperson, durch die «Nounou» im eigenen Haushalt oder durch Mutter oder Vater während der staatlich subventionierten Elternzeit.

Mit drei Jahren beginnt dann für 98 Prozent der französischen Kinder eine neue Etappe: sie werden in die *École maternelle* aufgenommen. Wörtlich heißt das die «mütterliche Schule», welche die Vorstufe zur Grundschule (*École primaire*) bildet. Auch ist die Verbindung «*École*» viel stärker als zwischen Kindergarten und Grundschule in Deutschland. Französische Kinder lernen schon als Dreijährige eine Ganztagsbetreuung kennen, so dass sich beim Übergang in die erste Klasse nur der Lernrhythmus ändert. Initiationsrituale wie die deutsche Schultüte und Einschulungsfeiern sind den Franzosen auch deshalb fremd.

Deutsche Angst und Gelassenheit à la française

Überhaupt steht das Kind nicht so sehr im Mittelpunkt. Es gehört zur Familie dazu, aber es wird von ihm erwartet, sich auch den Bedürfnissen der anderen Familienmitglieder anzupassen. Die Autorin Pamela Druckerman etwa hat festgestellt: «Babys müssen sich sehr früh dem Rhythmus der gesamten Familie anpassen. Die Franzosen glauben, dass das Neugeborene nicht hilflos ist, sondern eine Person, der man etwas beibringen kann. Zum Beispiel das Durchschlafen. Das tun sie, indem sie nicht sofort reagieren, wenn das Kind aufwacht. So hat es eine Chance, seine Schlafphasen selbst zu verknüpfen. Eine Technik, die am besten in den ersten vier Monaten funktioniert.» Die Amerikanerin, die ihre Kinder in Paris aufzieht, hält amerikanische und deutsche Mütter für so ängstlich und verkrampft, weil ihre Rolle durch die verbreiteten Bindungstheorien so überhöht werde. In Frankreich blieb das Interesse an der Bindungsforschung jedoch stets gering und der Einfluss ihrer Thesen auf eine Minderheit beschränkt.

Die deutsche Journalistin Annika Joeres betont in ihrem Buch *Vive la famille. Was wir von den Franzosen übers Familienglück lernen können*,¹² dass die Erwartungen an die Mütter in Frankreich viel geringer sind als in Deutschland. «In Deutschland glauben Frauen, dass sich ihr ganzes Leben ändert, wenn sie Kinder haben. Dass sie eine perfekte Mutter sein müssen und ihr altes Leben vergessen können. Das schreckt ab. Französinnen bekommen ihren Nachwuchs, auch wenn der Zeitpunkt nicht so

¹¹ Béatrice Durand, ebd. (Anm. 1).

¹² Annika Joeres: *Vive la famille. Was wir von den Franzosen übers Familienglück lernen können*, Freiburg im Breisgau 2015.

ideal erscheint», sagt Joeres. Französische Eltern seien ein bisschen egoistischer als deutsche.

«Deutsche Frauen bekommen schnell ein schlechtes Gewissen, wenn sie mal an sich und weniger an das Kind denken. Das französische Mantra – glückliche Eltern haben glückliche Kinder – führt dazu, dass sich Franzosen mehr Zeit für sich selbst nehmen. Sie verzichten weniger auf Hobby und Arbeit, die sie vorher erfüllt haben. Dafür sind sie dann entspannt und verbringen einen schönen Abend mit dem Nachwuchs. So gesehen sind Franzosen etwas egoistischer, aber ihre Kinder profitieren davon», schreibt sie.

Kinderfeindlichkeit gegen Gebärfreude

Das Institut für Demoskopie Allensbach hat 2007 und von neuem 2013 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Familienbilder in Deutschland und Frankreich untersuchen lassen.¹³ Die Meinungsforscher kommen zu dem Schluss, dass nur 33 Prozent der Deutschen (unter 50 Jahren) ihr Land für kinderfreundlich halten. Bei den Französinen und Franzosen (unter 50 Jahren) waren es 82 Prozent. Die Kinderfreundlichkeit aber bildet einen entscheidenden Aspekt beim Kinderwunsch der Frauen.

Auch die Vorstellungen von der idealen Familiengröße unterscheiden sich erheblich. Nur 18 Prozent der Deutschen, aber 37 Prozent der Franzosen setzen die ideale Kinderzahl mit drei und mehr an. Aber immerhin gibt es gegenüber 2007 eine Veränderung bei den jüngeren Deutschen zwischen 17 und 24 Jahren. In dieser Altersgruppe nahm der Anteil derer, die sich eine Familie mit drei oder mehr Kindern wünschen, von elf auf 26 Prozent zu. Die Kinderwünsche französischer Eltern bleiben stärker ausgeprägt als jene deutscher Eltern. Bei deutschen Eltern sind Kinderwünsche häufig bereits mit dem ersten Kind erfüllt. Das deutet darauf hin, dass viele Mütter den Alltag mit dem Kind als anstrengend und einschränkend empfinden. Die Meinungsforscher haben herausgefunden, dass 64 Prozent von ihnen keine weiteren Kinder haben möchten. Bei den französischen Eltern mit einem Kind sind es dagegen nur 27 Prozent. Das lässt darauf schließen, dass der Alltag französischer Eltern sich besser gestalten lässt als in Deutschland. Die von Berlin oftmals kritisierte 35-Stunden-Woche könnte hierbei durchaus eine Rolle spielen. Die Verkürzung der Arbeitszeit führt dazu, dass die Arbeitstage der meisten berufstätigen Franzosen nicht ganz so lang sind. Oder sie haben Anspruch auf viele freie Tage – zusätzlich zu den Urlaubs-tagen –, die sie mit der Familie verbringen können.

Aus deutscher Sicht drohen bei vielen Kindern viele Sorgen und viele Spannungen im Umfeld. Auch schreckt die Deutschen – anders als die Franzosen – der Anspruch der Kinder auf beträchtliche Zuwendung und Aufmerksamkeit. Kinderreichtum erscheint als ein mit Problemen überhäufte Sonderfall. In Frankreich hingegen hat

¹³ Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.): Familienbilder in Deutschland und Frankreich. Abschlussbericht, Mai 2013.

Kinderreichtum den Anstrich sozialer Normalität, in der es lediglich einige zusätzliche alltagspraktische Schwierigkeiten zu regeln gibt.

Entweder – oder: ein deutsches Los

Auch bei der Berufstätigkeit der Mütter fallen weiterhin große Unterschiede zwischen beiden Ländern auf. Die Beschäftigungsquote der deutschen Frauen fällt mit jedem Kind vergleichsweise niedriger aus. Stärker als in Deutschland halten Französinen beim ersten und zweiten Kind an ihrer Erwerbstätigkeit fest. Hinzu kommt, dass der Großteil der deutschen Mütter Teilzeit arbeitet. 65 Prozent der Mütter von Kindern unter sechs Jahren und sogar 72 Prozent der Frauen mit Kindern im Grundschulalter sind in Teilzeit beschäftigt. In Frankreich liegt das Niveau deutlich niedriger. Hier arbeiten nur 40 Prozent der Mütter mit Kindern unter sechs Jahren und 35 Prozent der Frauen mit Kindern im Grundschulalter in Teilzeit. Elternschaft bleibt in Deutschland mit höheren indirekten Kosten für die Frauen verbunden. Sie müssen häufiger ihre Arbeit unterbrechen und sich beruflich einschränken. Insgesamt empfinden Deutsche ihre berufliche Verwirklichung und die Entscheidung über Kinder stärker als ein «entweder – oder», haben die Meinungsforscher festgestellt.

In Frankreich wird die berufstätige Mutter als «Normalfall» angesehen, in Deutschland gibt es noch immer tiefsitzende Vorurteile. In einer im Oktober 2015 erschienenen Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung unter der Überschrift «Wie viel Mutter braucht das Kind?»¹⁴ wird dargelegt, dass Berufstätigkeit und Leistungsbereitschaft von Müttern einen positiven Einfluss auf Schulleistungen, schulisches Selbstvertrauen und die Leistungsmotivation von Jugendlichen haben. Wenn Mütter berufstätig sind, steigt zudem das Engagement von Vätern in der Erziehung und in der aktiven Begleitung der Kinder – Einsichten, die in Frankreich schon lange verbreitet sind.

Frankreichs Kassen sind leer, auch für die Familien

Aber auch in Frankreich ist nicht alles rosig. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung mit hoher Arbeitslosigkeit und geringem Wachstum kann sich das Land sein großzügiges Familienförderungssystem nicht mehr leisten. Seit 2012 haben die Regierungen unter Präsident François Hollande systematisch Leistungen für Familien abgebaut – ohne die Kinderlosen stärker zu belasten. Das Familiensplitting, das die Einkommensteuer durch die Berechnung eines Familienquotienten bei zunehmender Kinderzahl deutlich reduziert, ist zweimal in Folge gedeckelt worden. Frankreich verfügt anders als Deutschland über ein konsequentes Splitting-System, das die tatsächlich zu versorgenden Kinder hinzuzählt. Das schafft auch Anreize für Höherqualifizierte, nicht auf ein weiteres Kind zu verzichten. Doch diese steuerlichen Erleichterungen werden jetzt zurückgefahren. Die Obergrenze von zuletzt 2.000 Euro

¹⁴ Una Röhr-Sendlmeier: Wie viel Mutter braucht das Kind? Zur Situation berufstätiger Mütter und ihrer Kinder. Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen & Argumente, Ausgabe 188, Oktober 2015.

maximaler Steuervergünstigung im Jahr pro Kind wurde 2013 auf 1.500 Euro gesenkt. Nach Angaben der Regierung sind etwa 12 Prozent der Haushalte mit Kindern von dieser Maßnahme betroffen. Bei kinderreichen Familien aus Doppelverdiener-Haushalten bedeutet dies eine Steuererhöhung von bis zu 4.000 Euro im Jahr. Die Elternzeit, die zuvor 36 Monate betrug, wurde auf 18 Monate verkürzt. Sie kann seit 2013 nur verlängert werden, wenn der Vater mindestens sechs Monate Elternzeit nimmt. Die Regierung hat indes nicht eingerechnet, dass alle Väter von diesem Anspruch Gebrauch machen. In den Haushaltsplänen wird mit Einsparungen aufgrund der Kürzung der Elternzeit gerechnet.

Der tiefste Einschnitt aber ist die Kürzung des Kindergelds. Zum ersten Mal seit Bestehen der Kindergeldzahlungen steht das Kindergeld unter Einkommensvorbehalt. Seit Juli 2015 greift diese Regelung. Kindergeld wird in Frankreich ohnehin erst vom zweiten Kind an gezahlt. Familien mit einem monatlichen Gesamteinkommen von 6.000 Euro erhalten jetzt nur noch die Hälfte des Kindergeldes. Bei Doppelverdienern, die zusammen auf mehr als 8.000 Euro im Monat kommen, wird nur noch ein Viertel des vorherigen Kindergeldes gezahlt. Das bedeutet, dass eine Doppelverdienerfamilie in Paris mit einem Familieneinkommen von 8.000 Euro mit zwei Kindern nur noch 32,25 Euro monatlich erhält. Ohnehin gibt es in Frankreich weniger Kindergeld als in Deutschland. Bei zwei Kindern beträgt das Gesamtkindergeld 129 Euro monatlich (376 Euro in Deutschland bis zum 1.1.2016), bei drei Kindern 295 Euro (570 Euro in Deutschland bis zum 1.1.2016).

Die Folgen der Einsparmaßnahmen sind noch nicht abzusehen. Die Union der Familienverbände (Unaf) hat errechnen lassen, dass den Familien dieses Jahr 2,63 Milliarden Euro weniger als noch 2013 an staatlicher Förderung zukommen. Während Deutschland dabei ist, ein umfassendes Fördersystem für Familien aufzubauen, vernachlässigt Frankreich die Familienpolitik. Sparziele und ideologische Argumente werden dabei vermischt. So ist geplant, auch das Familiensplitting infrage zu stellen. In Teilen der Sozialistischen Partei herrscht die Vorstellung vor, dass eine Individualbesteuerung von Eheleuten zu mehr «Gleichberechtigung» von Mann und Frau führen werde. Die gemeinsame Veranlagung von Eheleuten führe dazu, dass Ehepartner die Arbeitslast in bestimmten Lebensphasen ungleich verteilen. Dies aber ist vielen Sozialisten ein Ärgernis. Doch noch hat sich die Regierung nicht gewagt, das erfolgreiche Familiensplitting grundsätzlich infrage zu stellen. Zur weiteren Verunsicherung der traditionellen Familien hat auch die ungeschickt inszenierte Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe beigetragen. Das Versprechen der damaligen Justizministerin Christiane Taubira, mit der Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Ehen werde «eine neue Zivilisation» geschaffen, ist von vielen konservativen Franzosen als Bedrohung ihrer eigenen Lebensform aufgenommen worden. Das mag erklären, warum es in allen Landesteilen zu massiven Protesten gegen die gleichgeschlechtliche Ehe kam.

Der Präsident lässt grüßen: Medaillen für kinderreiche Familien

Für die meisten Franzosen hat die Familienpolitik weder links noch rechts zu sein, sie gehört genauso geschützt wie die Familie selbst. Deshalb macht sich derzeit Unbehagen breit. Frankreich tickt in dieser Hinsicht einfach anders als Deutschland. Auch wenn sich in Deutschland kaum noch jemand an die während des Dritten Reichs verliehenen Mutterkreuze für besonders gebärfreudige Frauen erinnern kann, bleiben pronatalistische Reden östlich des Rheins verpönt. Ganz anders in Frankreich: Jahr für Jahr werden noch sogenannte «médailles de la famille» an kinderreiche Familien verliehen. Immerhin gehen solche Familienmedaillen nicht länger nur an Mütter, sondern auch an die Väter. Voraussetzung ist, mindestens vier Kinder groß gezogen zu haben.

Als Ségolène Royal als Familienministerin (1997–2000) darüber sinnierte, ob die Familienmedaille noch zeitgemäß sei, erntete sie heftigen Protest. Immerhin konnte sie durchsetzen, dass die Bewertungskriterien gelockert wurden. Es wird jetzt nur noch eine Medaille in Bronze verliehen. Zuvor gab es die Goldmedaille für Eltern mit mindestens acht Kindern und Silber für Eltern mit sechs oder sieben Kindern. Doch der Gedanke, dass Eltern mit vielen Kindern eine Auszeichnung verdienen, ist nicht verschwunden. In allen Rathäusern Frankreichs finden alljährlich Zeremonien statt, bei denen Eltern für ihre Erziehungsleistung mit der Familienmedaille ausgezeichnet werden. Auch Präsident Hollande lädt – wie seine Vorgänger vor ihm – jedes Jahr ein Dutzend Familien in den Élysée-Palast ein, um ihre Leistung für die Nation anzuerkennen und ihnen die Auszeichnungen anzustecken. Er wandte sich bei der letzten Zeremonie mit folgenden Worten an die Mütter (und Väter): «Sie sind gute Eltern gewesen, also Eltern, die alles getan haben, damit ihre Kinder Erfolg haben. Es gibt keinen größeren Stolz für Eltern, als ihre Kinder zu sehen, die noch mehr vollbringen als sie selbst. Darin liegt die Bedeutung der Republik: im Glauben, dass es jeder Generation besser gehen sollte. Es ist die Rolle des Staats, der Regierung, der großen Institutionen, diesen Fortschritt zuzulassen. Aber es ist auch die Rolle der Eltern. Deshalb müssen diese Eltern ausgezeichnet werden. Eine Medaille ist für besondere Verdienste, aber eine Medaille hat auch einen symbolischen Wert. Andere sollen sagen: Weil diese Familie erfolgreich war, können auch wir erfolgreich sein.»¹⁵

Abschließend lässt sich feststellen, dass der Mythos der französischen Frau, ihre Wahrnehmung als Lebenskünstlerin, die Kinder und Karriere miteinander versöhnt, in Deutschland weitgehend intakt ist. Spätestens seit der Jahrtausendwende werden «die Französinen» nicht mehr überwiegend als eitle Rabenmütter angesehen, auch wenn in letzter Zeit die Schattenseiten der Doppelbelastung als Mutter und Berufstätige wieder neu thematisiert werden. Umgekehrt bleibt das Interesse in Frankreich an der deutschen Debatte wie auch an den sich verändernden und verbessernden Rahmenbedingungen für berufstätige Mütter im Nachbarland gering. Das liegt vermutlich auch daran, dass sich das Land in diesem Bereich europaweit als Sonderfall

¹⁵ François Hollande: Discours à l'occasion de la remise de la Médaille de la Famille, Paris, 20.12.2014, <<http://bit.ly/1QQPjKZ>>.

Frankreich («exception française») behauptet hat und auch als solches sieht: Hohe Frauenerwerbsquote und hohe Geburtenrate zeugen von der fortgesetzten Attraktivität des französischen Modells.

In guter Gesellschaft – die deutsche Energiewende und ihr Echo in Frankreich

Die große Divergenz in der Energiepolitik

«Es ist keineswegs kompliziert», resümiert ein französischer Kenner der Energiepolitik in Deutschland und Frankreich: «Die Franzosen verstehen die Deutschen nicht, und die Deutschen verstehen die Franzosen genauso wenig.» Und er fügt hinzu: «Aber die Deutschen sind verrückt.»

Dieses Unverständnis im Verhältnis der Nachbarn ist für die Energiepolitik symptomatisch, weshalb die deutsch-französische Debatte zur Energiepolitik auch ein «Dialog der Tauben» ist, die sich nicht hören und nicht verstehen. Dies liegt nicht nur daran, dass die Energiepolitik in den beiden Ländern völlig unterschiedlichen Traditionen folgt und deshalb dem Nachbarn manchmal nur schwer verständlich ist. Es liegt auch daran, dass der Blick auf das Nachbarland von Klischees geprägt ist, die den Blick auf Änderungen oder Neuerungen manchmal versperren. Das Bild der Grande Nation, die sich auch über ihre Identität als Atommacht definiert, ist in Deutschland genauso zementiert wie in Frankreich das Bild eines Deutschlands der Ökologie und Gegnerschaft zum Atom.

In kaum einem anderen Politikfeld liegen die Visionen beider Länder weiter auseinander als in der Energiepolitik. Während Deutschland mit dem Projekt Atomausstieg die «Energiewende» weltweit als Markennamen etabliert hat und das Gesetz über Erneuerbare Energien als Exportschlager feiert, bildet die Atomindustrie weiterhin ein festes Symbol der nationalen Identität Frankreichs. So scheint es, als wäre der Begriff Nukleokratie für Frankreich erfunden worden: die Macht des Atoms, geboren aus der engen Verflechtung von allgegenwärtiger Atomtechnologie, zentralistischen Machtstrukturen und einer staatlich kontrollierten Energiewirtschaft.

Auch außenpolitisch erlangte die Atomkraft rasch den Rang eines Statussymbols. Weil Frankreich immer mehr Kolonien verlor, sollte die Atombombe garantieren, dass die von Charles de Gaulle geprägte Doktrin der «Grandeur» Frankreichs auf der diplomatischen Ebene erhalten blieb. Weil die atomare Streitkraft den ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen garantiert, bildet sie bis heute ein Symbol des internationalen Prestiges der Nation. Ganz anders verlief die Geschichte der

deutschen Atompolitik. Erst nach der Wiedererlangung der nationalen Souveränität 1955 konnte eine deutsche Energiepolitik ernsthaft die Nuklearkraft aufgreifen, und dies auch nur unter strikten Auflagen für eine rein zivile Nutzung. Doch war die Haltung der Deutschen gegenüber der Kernkraft von Anfang an eher skeptisch.

So lassen sich schnell die Antagonismen aufzählen: Dezentralisierung gegen Zentralisierung; Erneuerbare Energien gegen Atomkraft; Markt gegen Planwirtschaft; Hardpower als diplomatische Waffe gegen die Softpower des deutschen Wirtschaftswunders.

Doch bekanntlich ziehen sich Gegensätze an. In der Gegenwart blickt die französische Gesellschaft mit einer Mischung aus Neugier, Faszination und Misstrauen über den Rhein und beobachtet den Werdegang der Energiewende. Umgekehrt hat die deutsche Öffentlichkeit kaum bemerkt, dass sich Frankreich in den letzten Jahren verstärkt dem Projekt einer Energiewende à la française zugewandt hat. Im Sommer 2015 wurde mit dem Gesetz zur «Energiewende für ein grünes Wachstum» eine ambitionierte nationale Strategie definiert, die im Vorfeld der 21. Internationalen Klimakonferenz in Paris (COP 21) zeigen sollte, dass es auch in Sachen Klimaschutz und Energiewende eine «excellence française» gibt. Diese Annäherung der Energiepolitik beider Länder eröffnet vielversprechende Perspektiven für die Kooperation auf der europäischen Ebene.

Die neue französische Strategie weist eine angesichts der historischen Gegensätze frappierende Ähnlichkeit mit der deutschen Energiepolitik auf, ja hat sie sich offensichtlich zum Vorbild genommen. Daher widmet sich der vorliegende Beitrag der Frage, wie die deutsche Energiewende in Frankreich wahrgenommen wird und wie sie die energiepolitische Debatte in Frankreich beeinflusst hat. Dabei soll auch analysiert werden, wie die deutsche Energiewende gerade nach dem Atomunfall in Fukushima in Frankreich benutzt wurde, um die französische Strategie zu gestalten.

Zwei unterschiedliche Traditionen

In der europäischen Politik näherten sich Deutschland und Frankreich seit dem Duo Helmut Schmidt/Valéry Giscard d'Estaing und ihren Nachfolgern Helmut Kohl/François Mitterrand fortlaufend an. Der Integrationsprozess in europäischen Schlüsselbereichen wie der Agrar-, Handels- und Währungspolitik schritt voran. Doch in der Energiepolitik gingen Deutschland und Frankreich sehr unterschiedliche Wege. Die Erdölkrise 1973 und die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 wirken dabei als entscheidende Katalysatoren.

Im von Energieimporten abhängigen Frankreich förderte der Ölschock die Rückbesinnung auf eine als unabdingbar empfundene «nationale Souveränität» auch im Energiesektor. Sie wurde durch den raschen Aufbau des französischen Nuklearparks im Rahmen des Messmer-Plans realisiert. Die griffige Formel des «tout électrique – tout nucléaire» entfaltete auch innerhalb der Bevölkerung die gewünschte Überzeugungskraft. Im Zuge dieser «ersten Energiewende» nach französischer Lesart gingen 37 Atomkraftwerke allein zwischen 1980 und 1986 in Betrieb. Kein anderer Kraftwerkspark in Europa enthält so viele Atommeiler – inzwischen sind es 58. Atomstrom

war reichlich vorhanden und billig. Strom verbrauchen und nicht Strom sparen war die Devise, etwa durch die fast flächendeckenden Stromheizungen.

Deutschland hingegen konzentrierte sich im Wesentlichen auf die heimische Stein- und Braunkohle. Es öffnete sich infolge des Ölschocks zwar zögerlich auch der Kernenergie, doch mit einem weitaus geringeren Anteil. Kernenergie war anders als in Frankreich von Anfang an auch gesellschaftlich umstritten. Die unterschiedliche Haltung zeigte sich vor allem in der Reaktion auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Obwohl beide Länder beinahe gleichermaßen von der Strahlung betroffen waren, blieb die öffentliche französische Wahrnehmung so indifferent, als ob die nukleare Wolke an der Grenze Halt gemacht hätte. Tschernobyl entwickelte sich in Frankreich nicht wie in Deutschland zu einem Politikum, das im Zuge einer parteipolitischen Auseinandersetzung gar die nationale Atompolitik infrage gestellt hätte. Der Meinungsumschwung in der deutschen Öffentlichkeit hingegen schlug sich kurz danach auch in der Politik nieder, als nicht nur die AKW-feindlichen Grünen erstarkten, sondern auch in den Reihen der damaligen Volksparteien erste Zweifel an der Kernenergie aufkamen.

In Deutschland blieb Atomenergie seither unpopulär, wie Eurobarometer-Umfragen zeigen: 2006 sprachen sich 50 Prozent der befragten Deutschen dafür aus, den Anteil an Nuklearenergie zu reduzieren. Interessanterweise waren aber auch 49 Prozent der befragten Französischen und Franzosen für eine Reduktion der Kernenergie. Doch trotz einer offenbar aufkommenden nuklearkritischen Haltung in der Gesellschaft entstand keine vergleichbare politische oder gesellschaftlich organisierte Bewegung von Atomgegnern wie in Deutschland. Hier hat sich mit dem Beginn der ersten Protestmärsche in Wyhl, Brokdorf und Wackersdorf «die Atomdebatte von einer energiepolitischen oder energiewirtschaftlichen Technologieentscheidung hin zu einer politischen Gewissensfrage gewandelt». Daraus resultiert das seinerzeit «unterschätzte» Stromeinspeisegesetz 1990 und im Jahr 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der rot-grünen Regierung. Es wurde von nicht wenigen französischen Beobachtern als deutscher Sonderweg gesehen, der – für die meisten Französischen und Franzosen völlig unverständlich – im Plan für einen Atomausstieg gipfelte. Dass Deutschland trotz seiner einschlägigen Industrieerfahrung «eines der zurückhaltendsten europäischen Länder im Bezug auf Nukleartechnologie» war, war den meisten französischen Beobachtern schon seit jeher befremdlich.

Kein Fall für Frankreich: Fukushima – der kleine Super-GAU

In der deutschen Wahrnehmung überlagerte die Kernschmelze von Fukushima und das Austreten von Radioaktivität deutlich die zunächst viel offensichtlicheren Folgen der Naturkatastrophe. Die schwarz-gelbe Regierung, die soeben einen Ausstieg aus dem Atomausstieg beschlossen hatte, vollzog erneut eine Kehrtwende und veranlasste die Schließung aller Atomkraftmeiler bis 2022. Hingegen ist die französische Wahrnehmung von Fukushima ähnlich wie auch schon bei der Nuklearkatastrophe in Tschernobyl 1986 von Distanz geprägt. Die Katastrophe im fernen Japan löste keine kritische Auseinandersetzung mit dem Zustand der eigenen Atomanlagen aus. Im

Gegenteil – der französische Staatspräsident, Nicolas Sarkozy, bot dem japanischen Premierminister, Naoto Kan, bei einem Kurzbesuch französische Hilfe an und pries die heimische Nuklearindustrie. Insbesondere offerierte er die speziell für kontaminierte Zonen ausgerüsteten Roboter des französischen Nuklearkonzerns Areva. Bei dieser Gelegenheit unterstrich Sarkozy das Bekenntnis Frankreichs zur Nuklearenergie und dessen Beitrag zur Reduktion der globalen Kohlendioxid-Emissionen: «Wir haben uns zu einer Reduktion von Treibhausgasen verpflichtet. Um diese zu erfüllen, gibt es nicht 150 Lösungen, es gibt das Atom.» Damit positionierte er sich auch innenpolitisch gegenüber den nuklearkritischen Grünen, die insbesondere nach der Fukushima-Katastrophe den Atomausstieg forderten.

Gleichzeitig äußerte sich Sarkozy indirekt zur Ankündigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, sofort einige alte Atomkraftwerke und bis 2022 den gesamten Nuklearkernpark Deutschlands stillzulegen: «Dies ist nicht die Stunde der voreiligen Entscheidungen, die nur eine Sache aufzeigen, nämlich den Mangel an kühler Überlegtheit.» Dass die französische Regierung diese Überlegtheit sehr wohl zu besitzen meinte, bewies das staatsmännische Auftreten des Präsidenten im In- und Ausland. Hier ließ sich ein historisch verwurzelter, unerschütterlicher Glaube an die nationale Souveränität und den jakobinischen Staat vermuten, die auch durch natur- oder menschengemachte Katastrophen nicht in Zweifel gezogen wurden. Einen guten Monat nach der Reaktor-katastrophe besuchte Sarkozy medienwirksam die französische Anlage in Gravelines in Nordfrankreich, das größte Atomkraftwerk in Europa.

Mit Kritik an der deutschen Regierung – und übrigens auch der italienischen, die eine Nukleardiskussion in der Folge von Fukushima verschoben hatte – sparte Sarkozy auch hier nicht. Er versicherte, dass es in Frankreich weder einen Investitionsstopp noch ein Moratorium geben würde. Eine solche Wende sei so, «als würde man darauf warten, dass einem der Himmel auf den Kopf falle, eine mittelalterliche Wahl» – eine Bemerkung, die ganz im Zeichen eines in Frankreich gesellschaftlich verankerten, schier unerschütterlichen Vertrauens in die Moderne steht. Wie zur Absicherung vor einer politischen Auseinandersetzung mit den Regierungen in Berlin und Rom schob er aber noch hinterher, dass er sich nicht anmaße, ein Urteil über das zu fällen, was in Deutschland und Italien passiere.

Obwohl die politische Reaktion zu Fukushima anfangs vergleichsweise zögerlich war, kam es mit der Zeit doch zu einem sichtbaren Ruck in der französischen Politik. Energiefragen – und damit eine explizite Stellungnahme der Parteien zur Zukunft der Atomkraft – wurden im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2012 wieder Teil der politischen Debatte. Der Blick zum deutschen Nachbarn, der die französische Elite durch seine drastischen Entscheidungen gewissermaßen indirekt unter Zugzwang stellte, war dabei stets vorhanden. So erscheint es kaum erstaunlich, dass der damalige sozialistische Präsidentschaftskandidat François Hollande bei einer Fernsehdebatte seinen Ansatz zur Zukunft der Atompolitik so darstellte: «Frankreich muss über die nächsten 15 Jahre die gleichen Anstrengungen unternehmen wie Deutschland, also eine Reduktion der Atomkraft um 25 Prozent, von 75 auf 50 Prozent.» Die langsame Abwendung von der Atomenergie hatte sich bei den Sozialisten bereits in den Jahren zuvor erkennen lassen. Im Wahljahr 2012 war die Stunde für derartige Ankündigungen

gekommen – auch um auf diese Weise einem möglichen grünen Koalitionspartner entgegenzukommen.

Auch wenn die deutsche Politik mit dem Atomausstieg einen völlig anderen Pfad eingeschlagen hatte, so blickte die französische Öffentlichkeit doch auf die positiven Effekte, die das EEG seit Anfang der 2000er-Jahre auf die deutsche Industrie hatte – ein weiterer Vorteil für den Standort Deutschland, der die «französischen Unternehmen vor Neid erblassen lässt, die sich auf eine Nuklearenergie konzentrieren, die inmitten der Finanzkrise und nach Fukushima umso schwerer zu verkaufen ist». Aber es mehrten sich auch kritische Stimmen, denn ein eigenständiges Überleben der einst so vielversprechenden Erneuerbaren schien am Markt nicht machbar, wie sich am Aufstieg und Fall der deutschen Solarindustrie zeige. Als der vormalige deutsche Marktführer Q-Cells 2012 Insolvenz anmeldete, illustrierte dies «das Debakel einer ganzen Industrie, die innerhalb weniger Jahre vom Boom zu einer allgemeinen Pleite führte».

Der deutsche «tournant énergétique» wurde in Frankreich zunächst aus sicherer Distanz und mit einer gewissen Skepsis betrachtet. Abgesehen vom Befremden über den «einsamen» Alleingang herrschte in den ersten Monaten das Bild vor, er führe zu erhöhten Kohlendioxidemissionen, einer gesteigerten Abhängigkeit von Stromimporten und erhöhten Kosten für die Verbraucher. Denn, so berichtet *Le Monde* zum Beginn des Winters 2011, «das Ende der Atomenergie geht nur über die Kohle. (...) Durch die Schließung von 8 der 18 Kraftwerke seit dem Frühjahr könnte Deutschland von einem black-out bedroht sein oder gezwungen, massiv Elektrizität zu importieren.» Spätestens mit der Ende 2012 ausgebrochenen Debatte über eine französische Energiewende wich diese teils sehr oberflächliche Betrachtung einer breit gefächerten und zunehmend polarisierten Diskussion der Vorzüge und Risiken der deutschen «transition».

Mit der Energiewende zurück ins Mittelalter ...

Wie sehr sich die energiepolitische Diskussion Frankreichs auf die Betrachtung des deutschen Beispiels stützt, lässt sich am Beispiel der nationalen Debatte zur Energiewende aufzeigen, die als Vorbereitung für das im Sommer 2015 verabschiedete Gesetz für die Energiewende und grünes Wachstum diente. Als Wahlversprechen Hollands wurde diese Debatte im großen Stil ab November 2012 unter der Leitung der renommierten Ökologin Laurence Tubiana einberufen. Das Ziel der Regierung war es, über einen umfassenden Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen erstmals eine breitenwirksame «Vision» für die Energiewende Frankreichs zu definieren und den eigenen Zielvorstellungen mehr Legitimität zu verschaffen.

Die Debatte wurde teils praktisch, teils grundsätzlich geführt. Gefordert wurden Antworten auf Fragen wie: Ist ein Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum ökologisch notwendig und gesellschaftlich vertretbar? Kommt eine Infragestellung der Atomkraft indirekt einer Kritik der französischen Vergangenheit und des eigenen Prestiges gleich? Und wäre eine französische Energiewende nach deutschem Vorbild nicht letztendlich das Sinnbild der deutschen Hegemonie über Europa?

Dabei fehlte der Bezug zu Deutschland und zur deutschen Energiewende nicht. Rückblickend sind in dieser ideologisch geladenen Debatte zwei Aspekte hervorzuheben: einerseits die Allgegenwärtigkeit des deutschen Beispiels und andererseits die sehr starke Polarisierung, die dies hervorgerufen hat. Die Allgegenwärtigkeit des deutschen Modells in der französischen Debatte lässt sich anhand einer kurzen Presseanalyse illustrieren. Allein 2013 erschienen über 1.000 Artikel zu dem Thema der deutschen Energiewende in den französischen Medien. Gemäß dem Prinzip «bad news sell» lässt sich dabei meist eine eher kritisch gestimmte Tonwahl erkennen: «Wie Deutschland zur Kohle zurückkehrte»; «Deutschland: der hohe Preis für den Erfolg der Erneuerbaren Energien»; «Energie: die schwierige Wende»; «Die große (zu große) Herausforderung der Energiewende».

Auch in politischen und wissenschaftlichen Kreisen wurde die Referenz zur deutschen Energiewende Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit jeglicher Argumente. Auffallend ist dabei, wie sich die Wahrnehmung polarisierte und zu einem regelrechten Glaubenskrieg mutierte. Einerseits waren konservative Kräfte darauf erpicht, die Risiken und Fehler des «Gegenbeispiels deutsche Energiewende» hervorzuheben, um jegliche Art der Nachahmung tunlichst zu vermeiden. Das wichtigste Argument war dabei das ökonomische, indem sinkender Energieverbrauch, der mit einer Verteuerung der Energiekosten (bei einem geringeren Anteil an billigem Atomstrom) einhergehe, mit sinkendem Wachstum und Wohlstand, wenn nicht gar der «Rückkehr ins Mittelalter» (*le retour à la bougie*) deklamiert wurde. Ein hervorragendes Beispiel lieferte der konservative Senator Jean Bizet. Im Mai 2014 veröffentlichte er im Namen des französischen Senats ein 70-seitiges Pamphlet mit dem harmlosen Titel «Bericht zur deutsch-französischen Kooperation in der Energiepolitik», dessen einziger Zweck es war, die Sinnhaftigkeit und Glaubwürdigkeit des deutschen Plans zu verwerfen und auf die Unabdingbarkeit der französischen Nuklearindustrie zu verweisen. Im Interview mit dem hauseigenen Fernsehsender *Public Sénat* ermahnte er weiter: «Man muss nicht alles machen wie unsere deutschen Freunde (...), der deutsche Atomausstieg ist so teuer wie schmutzig und ineffizient». Erstaunlicher erscheint hingegen die Stellungnahme der damaligen Umweltministerin Delphine Batho, die als eher progressiv galt und zudem eine sehr gute Beziehung zu ihrem deutschen Pendant Peter Altmaier aufgebaut hatte. Ihr Interview inmitten der kritischsten Phase der französischen Energiewende-Debatte bekam den Titel: «Deutschland ist nicht mein Vorbild».

... oder doch der Sprung in die Moderne? Die Differenzierung beginnt

Andere Akteure, im linken Spektrum ansässig, nahmen den Blick über den Rhein als Anlass, den französischen Rückstand zu kritisieren und die deutsche Energiewende als Vorbild zu preisen. So schrieb Guillaume Duval, Chefredakteur der renommierten kritischen Wirtschaftszeitung *Alternatives Économiques*, im Juni 2013: «Wenn es einen Bereich gibt, bei dem wir von unserem deutschen Nachbar zu lernen haben, dann ist es sicherlich der der Energiewende.» Das «Jobwunder» Energiewende wurde ebenfalls von zahlreichen Akteuren aufgegriffen. Schon 2011 ließ es sich Hollande nicht

nehmen, die deutsche Energiewende für einen Seitenhieb gegen seinen Konkurrenten Sarkozy zu verwenden: «Wenn wir weiterhin nichts tun, wird unser Rückstand in den Erneuerbaren Energien noch zunehmen. Gerade aufgrund der chaotischen Politik der Regierung seit fünf Jahren wird der Leistungsverfall gegenüber unseren Nachbarländern immer schlimmer, insbesondere Deutschland (230.000 Jobs gegen 40.000 in Frankreich)». Und auch die französischen Umweltorganisationen bemühten sich ungeachtet der Kohlefrage um das deutsche Modell. Sie unternahmen zahlreiche Versuche, der deutschen Energiewende auch gegenüber französischen Kritikern zu neuem Prestige zu verhelfen und hartnäckige Mythen zu brechen.

Die Polarisierung führte fast zwangsweise dazu, dass Beobachter sich entweder als klare Befürworter oder Gegner des deutschen Modells positionierten. Eine ausdifferenzierte und neutralere Perspektive blieb selten. Ironischerweise durchkreuzte diese Polarisierung die parteipolitische Linien. Die französischen Konservativen waren und bleiben die stärksten Kritiker der Energiepolitik der parteipolitisch verbundenen Kanzlerin Merkel, während sie diesbezüglich von den französischen Grünen geradezu gefeiert und von den Umweltorganisationen verteidigt wurde. Zugleich kam es aufgrund der ideologischen Polarisierung zu teils unerwarteten Koalitionen: So führte die Bedrohung «Energiewende» dazu, dass sich die Erbfeinde des Arbeitgeberverbandes MEDEF und der Gewerkschaften zusammenraufte, um gemeinsam das historische, auf billigem Atomstrom basierende Modell Frankreich zu verteidigen.

Politisch fand die Auseinandersetzung mit dem deutschen Nachbarn ihren Höhepunkt, als Peter Altmaier als damaliger deutscher Umweltminister im Februar 2013 nach Frankreich reiste, um den Entscheidungsträgern der französischen Debatte Rede und Antwort zu stehen. Dem anfangs eher kritisch gestimmten Publikum imponierte Altmaier durch seine erstaunlich guten Französischkenntnisse sowie durch die Bereitschaft, auch die Kritik an der deutschen Politik konstruktiv zu diskutieren: Wie steht es um die Kosten der Energiewende? Was wird im Zuge des Atomausstiegs mit der deutschen Kohle und den CO₂-Emissionen geschehen? Und was wird Deutschland tun, um die Auswirkungen der schwankenden Lieferungen der Erneuerbaren auf die Stromnetze der Nachbarländer zu minimieren? Wenngleich die Offenheit des Ministers nicht dazu geführt hat, dass sämtliche Akteure ihre Position wechselten, signalisierte diese Gesprächsbereitschaft doch, dass ein vertiefter Austausch im Interesse beider Länder sinnvoll sein kann und es neben der oft polarisierten Darstellung des Gesamtprojekts relevant ist, den Austausch auf Einzelfragen und -instrumente zu lenken.

Auch manche Expertenkreise positionierten sich eindeutig. So fiel der dem Premierminister unterstellte Think-Tank «France Stratégie» wiederholt mit exzessiv ablehnenden Publikationen auf, zuletzt mit dem expliziten Titel «Drei Jahre später: die Energiewende am Scheitern?» Auch für den französischen Rechnungshof wurde 2013 das deutsche Beispiel zum Worst Case. Die Behörde kritisierte jegliche Subventionen für erneuerbaren Strom harsch, nachdem die Deutschen ein Jahr zuvor noch als Vorbild gedient hatten, um die unzulänglichen Rückstellungspflichten für Rückbau und Endlagerung im eigenen Land zu kritisieren. Gleichzeitig nahm unter Expert/

innen neben der politischen Bewertung des deutschen Modells auch das Interesse für praktische Schritte zu.

So wurde die Debatte zur Finanzierung der französischen Energiewende stark von der damals schon europaweit als «Best practice»-Beispiel bekannten Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) inspiriert. Mehrmals wurden deutsche Vertreter eingeladen, und Umweltministerin Batho begab sich 2013 persönlich in die KfW-Zentrale in Berlin. Selbst der Schlussbericht der nationalen Debatte DNTE (Débat national sur la transition énergétique) weist darauf hin, dass Frankreich «möglichst schnell über eine KfW à la française verfügen sollte».

Ein weiteres Beispiel bietet das Thema Bürgerenergie, also Geschäftsmodelle mit Beteiligungsfonds, Genossenschaften oder Eigentümergruppen, die für Privatpersonen zugänglich sind. In Deutschland erschienen 2011 erste umfassende Studien zum Thema, die zeigten, dass die deutschen Bürgerinnen und Bürger mitunter für die Hälfte der Investitionen in Erneuerbare Energien verantwortlich waren. Trotz oder gerade wegen der zentralisierten und staatlich kontrollierten Energiewirtschaft Frankreichs erweiterte dieses Beispiel die Wendedebatte um die Frage des guten Regierens. Obwohl die Dezentralisierung bis dahin als der Konfliktpunkt schlechthin galt, inspirierte das deutsche Erfolgsbeispiel der Bürgerenergie einen parteiübergreifenden Konsens über die Notwendigkeit, die Bürgerinnen und Bürger nicht nur als Verbraucher, sondern auch als eigenständige Akteure einzubinden. Dies führte unter anderem dazu, dass die Vision einer «Energiewende von allen und für alle» im Endbericht der nationalen Debatte festgehalten wurde. Neben den Medien begann nun auch die Politik auf die wachsende Bewegung der Bürger-Energieprojekte in Frankreich aufmerksam zu werden. Wenngleich diese Entwicklung nicht mit der deutschen Dynamik vergleichbar ist, gingen in den letzten Jahren auch in Frankreich hunderte lokale Bürger-Energieprojekte an den Start, oftmals mit starker Unterstützung der Kommunen und Regionen. Und auch das 2015 beschlossene Energiewendegesetz änderte Bestimmungen, um die finanzielle Beteiligung der Bürger und Gemeinden an Projekten Erneuerbarer Energien zu unterstützen und rechtlich-administrative Hindernisse zu reduzieren.

Gemeinsame Ziele – gemeinsame Aufgaben

Auch wenn die deutsche Energiewende in Frankreich zunächst auf viel Unverständnis gestoßen ist, hat ein zunehmendes Interesse schließlich dazu geführt, sie besser zu verstehen und auch deutsche Erfolgsbeispiele zu übernehmen.

Selbst wenn in Frankreich die Atomenergie immer noch ein besseres Ansehen genießt, stimmen die beiden nationalen Strategien in den langfristigen Zielen von Klimaschutz, Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz mehr überein als je zuvor. Und auch wenn sich die politischen Zielsetzungen in Bezug auf die Atomenergie grundlegend unterscheiden, stehen beide Länder auch hier in den nächsten Jahrzehnten vor derselben Herausforderung. Ziemlich genau 140 TWh Atomstrom muss Deutschland bis 2023 durch Energieeffizienz und Erneuerbare ersetzen, um den

Atomausstieg zu schaffen. Genau die Menge braucht Frankreich, um den Atomstromanteil auf 50 Prozent am Primär-Energieverbrauch zu senken.

Mit der Verabschiedung des Energiewendeprojekts schlug Frankreich einen eigenen Weg zu einer kohlenstoffarmen Zukunft ein und empfahl sich damit als Gastgeber der Weltklimakonferenz vom Dezember 2015. Dass Frankreich sich ehrgeizige Ziele gesetzt hat, findet langsam auch in der deutschen Presse Widerhall. Insofern muteten die Titel und Reportagen zum französischen Energiewendegesetz im Sommer 2015 überrascht und beinahe ungläubig an: «Frankreich wird plötzlich zum Land der Energiewende», berichtete das Handelsblatt, während die Agentur für Erneuerbare Energien titelte: «Frankreich will eigene Energiewende starten».

Dabei ist das gewählte Mittel – Beibehaltung von zwei Dritteln der Kernenergie – nur auf den ersten Blick nicht kompatibel mit der Idee der deutschen Energiewende. Die Zielsetzung ist verblüffend ähnlich. Wie erfolgreich das Projekt in Deutschland und Frankreich in der nahen Zukunft verläuft, wird aber auch stark von der Einbettung in das europäische Umfeld abhängen. Das deutsche und nun auch das französische Konzept einer Energiewende für eine kohlenstoffarme, sichere und erschwingliche Zukunft fällt in vielen Ländern inner- und außerhalb Europas auf fruchtbaren Boden. Die Botschaft lautet: Man kann auf verschiedensten Wegen zum gemeinsamen Ziel kommen. Entgegen der These des vorgeblich «verzichtbaren französischen» Nachbarn ist die energiepolitische Kooperation des deutsch-französischen Paares ein wichtiges Signal für Europa.

Von Egoisten und Reformisten – der Blick auf Nachbars Wirtschaft

Im deutsch-französischen Verhältnis haben die wirtschaftlichen Beziehungen seit der Nachkriegszeit eine immer größere Bedeutung erhalten. Der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik des Nachbarn ist deshalb eine hohe Aufmerksamkeit sicher. Ihr wird oft auch ein hoher symbolischer Wert beigemessen. Dabei haben sich, wie der folgende Beitrag zeigen soll, in beiden Ländern spezifische Wahrnehmungsmuster herausgebildet, die erstaunlich stabile Bilder hervorgebracht haben.

Das im Verlauf der jüngeren Geschichte mehr oder minder ausgeprägte ökonomische Gefälle zwischen Frankreich und Deutschland hat dazu geführt, dass auf der französischen Seite die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik des Nachbarn immer mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden ist. Dabei zieht sich das Thema einer deutschen Dominanz oder Hegemonie wie ein roter Faden durch die französischen Perzeptionen. Dies hat eine lange Tradition. So warnt ein Beobachter am Vorabend des Ersten Weltkriegs: «Deutschland ist in der Tat die große ambitionierte [Nation] geworden, deren Appetit in demselben Maße wie ihre Bevölkerung wächst und die nichts weniger als die absolute Vorherrschaft über alle Märkte der Welt anstrebt. (...) Das Made in Germany, manchmal durchtrieben, manchmal unverschämt, immer anmaßend, ist eine täglich wachsende Gefahr für unsere fabrication française.»¹ Diese Worte atmen den Geist der Konfrontation, die seit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 allgegenwärtig war und erst nach zwei blutigen Weltkriegen überwunden werden konnte.

Mit der europäischen Integration und der damit eng verflochtenen bilateralen Kooperation nach dem Élysée-Vertrag von 1963 änderten sich die wechselseitigen Bilder grundlegend. Sie waren nunmehr von Respekt, Freundschaft und dem Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung und enger wirtschaftlicher Verflechtung gekennzeichnet. Das lang anhaltende, nachholende Wachstum der Trente Glorieuses in Frankreich – der «dreißig glorreichen Jahre» von 1944 bis 1974 – und des Wirtschaftswunders in Deutschland trug zur positiven Grundstimmung bei. Mit dem Beginn der 1970er-Jahre, infolge der Ölshocks, der Internationalisierung und des wachsenden weltweiten Konkurrenzkampfes, traten indessen die Unterschiede zwischen beiden Ländern wieder in den Vordergrund. Dies führte in der französischen

1 A.-A. Martin: Made in Germany. Allons-nous vers un Sedan commercial?, in: *Touche à tout* (Paris), Nr. 12, Dezember 1912, S. 443-445.

Wissenschaft und in den Medien zu zahlreichen Analysen, die sich mit dem erfolgreichen «deutschen Modell» der Sozialen Marktwirtschaft, der industriellen Stärke und der Exporterfolge beschäftigten.² Die Beurteilung blieb kontrovers und weitgehend innenpolitisch motiviert. Während konservative oder liberale Stimmen darin ein Vorbild für notwendige Veränderungen in Frankreich sahen, warf die kommunistische Presse dem damaligen Präsidenten Giscard d'Estaing vor, sein Kurs sei «eine genaue Kopie» der deutschen Politik. So urteilt das Parteiblatt *L'Humanité* über die Konsequenzen: «Sie nennen sich ‹Austerität›, Verschlechterung der Lebensbedingungen, Bankrotte am laufenden Band, Anstieg der Arbeitslosigkeit.»³

In manchen Pressekommentaren blitzte wieder der Topos «Angst vor Deutschland» auf, jetzt nicht mehr politisch-militärisch, sondern ökonomisch begründet. So titelte das Magazin *Le Point* am 31.5.1976: «Muss man vor der deutschen Macht Angst haben?» Und Michel Debré, Premierminister von 1958 bis 1966, äußerte in *Le Monde*:⁴ «Deutschland betreibt eine wirtschaftliche Wiederaufrüstung und spricht die einzig dafür passende Sprache: die Sprache der Macht.» Wenngleich derartige Formulierungen deutlich die Ausnahme blieben, waren sie doch symptomatisch für ein Unbehagen, das sich nochmals nach der deutschen Einheit zeigte. Es wurde beispielsweise in einem Dossier der Wochenzeitschrift *L'Express* am 16.3.1990 mit dem Titel «Müssen die Franzosen Angst vor Deutschland haben?» aufgegriffen. Die Zeitschrift prophezeite, Deutschlands Wirtschaft werde «mehr denn je Europa beherrschen», mahnte aber: Statt in der Schmollecke zu sitzen und über die «deutsche Dominanz» zu lamentieren, solle Frankreich lieber die enormen Chancen nutzen, die sich auch seiner Wirtschaft mit der Wiedervereinigung böten.

Nach dem Ende des kurzen, durch die Einheit ausgelösten Booms wurden die seit den 1980er-Jahren vorhandenen strukturellen Schwächen des deutschen Modells offensichtlich. Die Wirtschaft erwies sich als schwerfällig, die Politik als wenig reformfreudig. Diese Schwierigkeiten waren schon vor dem Mauerfall Gegenstand detaillierter Analysen und Berichte.⁵

Bemerkenswerterweise lösten die wachsenden deutschen Wirtschaftsprobleme nur wenig Genugtuung aus – vielmehr sah man auch die möglichen gefährlichen Rückwirkungen auf Frankreich. So verwies René Lasserre, Direktor des Deutschlandforschungsinstituts CIRAC, darauf, dass man sich in Frankreich traditionell sowohl vor der Stärke der deutschen Wirtschaft als auch vor ihrer möglichen Schwäche fürchtet: «In der ersten steckt der Keim einer Rückkehr zu hegemonialen Versuchungen,

2 Vgl. z. B. das Dossier «Le modèle allemand» der Revue française de gestion, November/Dezember 1978, S. 8–44, oder Bernard Keizer, *Le modèle allemand: mythes et réalités*, Paris 1979.

3 *L'Humanité*, 7./8.6.1978, zitiert nach René Lasserre/Henrik Uterwedde, Die wirtschaftliche und soziale Berichterstattung über das Nachbarland, in: Die Information und die deutsch-französischen Beziehungen, Dokumente, Sonderheft, November 1979, S. 108–127, Zitat S.116.

4 *Le Monde*, 12.8.1978.

5 Vgl. das Dossier der Wirtschaftszeitschrift *L'Expansion* (19.12.1980); Sabine Urban/Ernst Moritz Lipp, *L'Allemagne, une économie gagnante?*, Paris 1988. Vgl. dazu mit weiteren Beispielen Henrik Uterwedde, Vorbild oder unbequemer Nachbar? Die deutsche Wirtschaftspolitik in französischer Sicht, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 115, März 2008, S. 57–62.

die zweite nährt die Furcht vor einem Deutschland, das sich auf sich selbst zurückzieht, und einem fehlenden politischen Willen in Europa.»⁶

Mit dem Beginn der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion 1999 intensivierte sich die wirtschaftliche, aber auch wirtschaftspolitische Verflechtung beider Länder weiter – und damit auch die Wahrnehmung des Nachbarlandes. Seit Mitte der 2000er-Jahre wird sie nun durch das erkennbare wirtschaftliche Auseinanderdriften Deutschlands und Frankreichs beeinflusst. Dabei zeigten die beiden Nachbarn nicht nur unterschiedliche Reaktionen auf die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich ab 2007 ausbreitete, sondern auch auf die griechische Staatsschuldenkrise und die Euro-Turbulenzen in der Wirtschafts- und Währungsunion seit 2010.

Die Stärken Deutschlands als die Schwächen Frankreichs

Ein Dauerthema ist die trotz aller registrierten Schwächen und Krisen immer wieder hervortretende Stärke der deutschen Wirtschaft und des Standorts Deutschland, die oft fast spiegelbildlich der französischen Schwäche entspricht. Hier wird die Debatte dominiert durch zwei große Erklärungsmuster für die deutschen Erfolge: die längerfristigen strukturellen Wettbewerbsvorteile zum einen, die Wirtschaftspolitik und dabei vor allem die Reformpolitik der Regierung Schröder zum anderen.

Zahlreiche Analysen und Sachverständigenberichte haben die strukturellen Stärken der deutschen Wirtschaft hervorgehoben. Dazu gehören die Spezialisierung der exportierenden Branchen auf dynamische Märkte sowie auf Güter und Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfung, ferner die Existenz einer starken mittelständischen Industrie. Auch die Kooperations- und Netzwerkbeziehungen zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und staatlichen Institutionen führen zu günstigen Effekten. Krisenhemmend wirken auch die räumlich verteilten wirtschaftlichen Ballungszentren.

Symptomatisch für diesen Blickwinkel ist ein Bericht der Pariser Industrie- und Handelskammer über die Zukunft der französischen Industrie von 2007. Für ihn diente die deutsche Wirtschaft als Maßstab: Die großen deutschen Unternehmen, so der Bericht, hätten enge Bindungen zu den mittelständischen Firmen; Staat, Unternehmen und Sozialpartner kooperierten im Sinne gemeinsamer Ziele; jeder ökonomische Akteur sei darauf ausgelegt, eine starke Industrie auf nationaler und internationaler Ebene aufzubauen. Frankreich solle sich von diesem Modell inspirieren lassen, vor allem um eine Gemeinschaftsanstrengung der Unternehmen zu bewerkstelligen.⁷

Stärker politische Akzente setzt ein Bericht des unternehmernahen Forschungsinstituts Coe-Rexecode, der sich explizit mit den deutsch-französischen Divergenzen

6 René Lasserre, in: Isabelle Bourgeois (Hrsg.): *Allemagne 2001. Regards sur une économie en mutation*, Cergy-Pontoise 2001, S. 7.

7 *Chambre de commerce et d'industrie de Paris, 10 propositions pour réconcilier concurrence et compétitivité: un nouveau cadre industriel pour la France dans un contexte européen*, Paris, 22.11.2007 (unveröffentl. Manuskript), S. 7. Ähnlich schon zehn Jahre vorher: Gabriel Colletis/Jean-Louis Levet: *Quelles politiques pour l'industrie française?*, Paris 1997.

auseinandersetzt. Hier wird auf die «gegensätzlichen Politiken in beiden Ländern» verwiesen: «Nach der Wiedervereinigung wurden sich die deutschen Verantwortlichen der Gefahr für den Standort Deutschland bewusst. Daraufhin wurde eine Strategie der Wettbewerbsfähigkeit umgesetzt (...): Eindämmung der öffentlichen Defizite, Investitionen in die Forschung, tiefgreifende Reformen des Arbeitsmarkts, dauerhafte Mäßigung in der Lohnentwicklung.» Frankreich habe dagegen eine entgegengesetzte Strategie eingeschlagen, insbesondere «eine starke allgemeine Senkung der Arbeitszeit», die zu einer Erhöhung der Arbeits- und Produktionskosten geführt habe.⁸ Die politische Stoßrichtung dieser Studie war sicherlich vorgegeben durch die Regierung des konservativen Präsidenten Nicolas Sarkozy, die diesen Bericht in Auftrag gegeben hatte. Er hat entsprechende negative Reaktionen auf der Linken hervorgerufen.

Modell versus Antimodell. Die Kontroverse über die Reformen Schröders

Eine heftige Kontroverse zwischen den politischen Lagern ist seither über die Auswirkungen der «Agenda»-Reformen der Regierung Schröder ab etwa 2003 entbrannt. Soll man dem deutschen Beispiel der Schröder-Reformen folgen und Strukturreformen einleiten, die in Frankreich jahre-, wenn nicht jahrzehntelang verschleppt worden seien? Oder drücken diese Reformen eine neoliberale, antisoziale Politik aus, deren schwerwiegende soziale Folgen wie Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und soziale Ungleichheiten Frankreich um jeden Preis vermeiden müsse? Symptomatisch für diese Auseinandersetzung sind zwei Veröffentlichungen, die die gegensätzlichen Standpunkte gut charakterisieren.

Guillaume Duval, Chefredakteur der linken Wirtschafts-Monatszeitschrift *Alternatives économiques*, verfiert eine kritische Position gegenüber Schröders Politik, besonders in seinem viel beachteten, 2013 erschienenen Buch *Made in Germany*. Für Duval liegt die Stärke der deutschen Wirtschaft vor allem in strukturellen, längerfristigen Ursachen begründet, nicht aber in der Politik Schröders. Im Gegenteil: Die deutsche Wirtschaft habe sich in den 2000er-Jahren nicht wegen, sondern trotz seiner Reformen erholen können. Denn: «Während Gerhard Schröder an der Macht war, setzte er Reformen durch, die zur Verarmung der Deutschen und zum Abbau von Arbeitsplätzen führten, Arbeitslosigkeit und Ungleichheiten steigerten und zu alledem die Staatsverschuldung erhöhten. Kaum war er abgetreten, ging es der Wirtschaft besser.» Die Erholung habe eingesetzt, als Nachfolgerin Angela Merkel die «Fehlentscheidungen aus der Regierungszeit Schröders» korrigiert habe.⁹ All dies breitet Duval detailreich in seinem Buch aus, das mit einer verkauften Auflage von über 20.000 großen Erfolg in Frankreich hatte und dem Autor eine breite Medienpräsenz sicherte.

8 Coe-Rexecode: Mettre un terme à la divergence de compétitivité entre la France et l'Allemagne. Etude réalisée pour le Ministère de l'Économie, des Finances et de l'Industrie, Paris, 14.1.2011, S. 6.

9 Guillaume Duval: *Made in Germany. Le modèle allemand au-delà des mythes*. Hier und im Folgenden zitiert nach der deutschen Ausgabe: *Modell Deutschland? Nein danke!* Hamburg 2015, S. 25.

Seine Thesen stießen vor allem im linken Lager auf großen Widerhall, sind aber nicht unwidersprochen geblieben. Vorwiegend liberale und konservative Kräfte stilisierten im Gegenzug Schröder zum Symbol erfolgreicher Reformpolitik, die sie zum Vorbild für eine als dringend notwendig angesehene, aber seit vielen Jahren blockierten Erneuerung in Frankreich ausriefen. Auch einige Fachleute vertreten diesen Standpunkt, etwa Isabelle Bourgeois in diversen Publikationen des Deutschlandforschungsinstituts CIRAC.¹⁰ Eine von Alain Fabre für das (unternehmernahe) Institut de l'entreprise verfasste Studie analysiert detailliert und empirisch reichhaltig Motive, Grundzüge und wirtschaftlich-soziale Folgen der Reformpolitik Schröders. Sie kommt zu einem Schluss, der Duvals Analyse diametral entgegensteht: «Weit davon entfernt, den Sozialstaat aufzulösen, haben die Hartz-Gesetze es erlaubt, dessen Dauerhaftigkeit zu sichern und die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen. [...] Dieses neue Gleichgewicht hat es Deutschland ermöglicht, die dauerhaften Voraussetzungen für die Entwicklung seines Wirtschafts- und Sozialmodelles wiederherzustellen.»¹¹

Bemerkenswert an dieser Auseinandersetzung ist, dass ihr eigentliches Thema nicht die Situation der deutschen Wirtschaft ist, sondern die Frage nach der «richtigen» Politik für Frankreich. Das deutsche Modell und die Wirtschaftspolitik Deutschlands sind nun Gegenstand einer innenpolitischen Polemik in Frankreich, bei der jede Seite das deutsche Beispiel als Vorbild oder abschreckendes Beispiel instrumentalisiert.

«Deutsches Europa» versus «ekelhafte Germanophobie». Frankreichs Blick auf Berliner Krisenpolitik

Die deutsche Europapolitik der jüngsten Zeit, insbesondere das Krisenmanagement im Euroraum ab 2010, ist in Frankreich überwiegend kritisch aufgenommen worden. Trotz aller beidseitigen Kompromissfähigkeit bestimmen die grundlegenden Unterschiede im französischen und deutschen Verständnis der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) weiterhin die Denkmuster. Die deutsche Seite setzt auf möglichst «objektive», quantifizierte Regeln, auf den Primat der stabilen, ausgeglichenen Haushalte und das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Zentralbank. Demgegenüber vertritt die überwiegende Mehrheit in Frankreich eine politischere Vision der WWU: eine stärkere politische Koordinierung, ein Gleichgewicht von Stabilitäts- und Wachstumszielen, mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten – etwa durch weitere europäische Fonds –, verstärkte Instrumente für eine antizyklische Politik etwa

¹⁰ Vgl. Isabelle Bourgeois: *Vrai ou faux? Focus sur les réformes Hartz*. Centre d'information et de recherche sur l'Allemagne contemporaine (CIRAC), Cergy-Pontoise, Juli 2013; zuletzt dies.: *De la capacité de l'Allemagne à se réformer*, in: *Regards sur l'économie allemande*, Nr. 116–117, Frühling/Sommer 2015, S.15–28. Eine sehr differenzierte, kenntnisreiche Auseinandersetzung mit den Hartz-Reformen bietet das vom CIRAC herausgegebene Sammelwerk von Olivier Bontout et al.: *Les réformes de la protection sociale en Allemagne: Etat des lieux et dialogue avec des experts français*, Cergy-Pontoise 2013.

¹¹ Alain Fabre: *Allemagne: miracle de l'emploi ou désastre social?* Institut de l'entreprise, Paris, 2013, S.13.

in Form einer europäischen Arbeitslosenversicherung, dazu eine europäische Wirtschaftsregierung mit eigenem Budget.¹²

Daher ist die Kritik aus Frankreich vielschichtig. Ein Vorwurf wendet sich gegen den deutschen Egoismus: Deutschlands «Exportmodell» und die Politik der Lohnmäßigung seien Mit-, wenn nicht gar Hauptverursacher der ökonomischen Ungleichgewichte in Europa. Der deutsche Wohlstand werde auf Kosten der Partner erreicht, weil Deutschland stark in die Nachbarländer exportiere, während seine restriktive Lohn- und Nachfragepolitik den Nachbarn entsprechende Chancen aber verwehre. Daneben wurde Ende 2010 – unter dem Eindruck der nur zögerlichen Bereitschaft Berlins zu Finanzhilfen für Griechenland – mehrfach der Verdacht geäußert, Deutschland kehre Europa den Rücken. «Will Deutschland noch Europa?» fragte *La Croix* (15.12.2010), und der *Nouvel Observateur* (20.5.2010) legte nach: «Deutschland gegen Europa?». Die Wirtschaftszeitung *La Tribune* (18.12.2010) versucht zu erklären, «warum Deutschland nicht mehr mit Europa übereinstimmt». *Le Monde* schließlich charakterisierte die Kanzlerin als «Madame Nein» (26.3.2010).

Ein weiteres Schlagwort ist das «deutsche Europa». Deutschland, so hieß es, zwingt den Partnern seinen ordoliberalen, stabilitätsorientierten, auf Austerität hinauslaufenden Kurs auf. Das deutsche Beharren auf den haushaltspolitischen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wurde als blinder Sparkurs kritisiert, der die Krise der schwachen Länder weiter vertiefe.¹³ In der ersten Jahreshälfte 2015, als Deutschland unerbittlich auf der Erfüllung der Spar- und Reformvereinbarungen mit Griechenland bestand, gipfelten die Vorwürfe in der Einschätzung, die Bundesregierung wolle das Land bestrafen, es aus der Währungszone drängen und die ungeliebte Linksregierung Tsipras loswerden.

Diese Vorwürfe kamen in aller Klarheit in offenen Briefen zweier sozialistischer Politiker zum Ausdruck, die nach der europäischen Einigung über das Rettungspaket für Griechenland am 13.7.2015 veröffentlicht wurden. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Christophe Cambadélis, appellierte an die Bundesregierung, «sich nicht zum Fahnenträger eines engstirnigen, stumpfsinnigen Ordoliberalismus zu machen». Er warnte: «Wenn Deutschland der kontinentalen Solidarität den Rücken kehrt, riskiert es Unverständnis und stellt Europa vor eine schreckliche Alternative [...]: für oder gegen Deutschland.» Fast zeitgleich meldete sich der frühere Finanzminister Dominique Strauss-Kahn mit einem «Brief an meine deutschen Freunde» zu Wort. Dieser ist im Inhalt besonnener und im Ton deutlich gemäßigter als der des Parteifunktionärs Cambadélis. Strauss-Kahn äußerte Verständnis für die deutsche Haltung, vor allem für das Beharren auf der Einhaltung gemeinsamer Regeln und für das Ziel der ausgeglichenen Haushalte. Für ihn sind Deutschland und Frankreich gleichermaßen verantwortlich für die Krise, weil die Eliten beider Länder in ihren Vorstellungen

12 Vgl. dazu Jean-Marc Trouille/Henrik Uterwedde: Frankreich, Deutschland und die europäische Wirtschaftspolitik: Kooperation mit Hindernissen, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.), Frankreich-Jahrbuch 2012, Wiesbaden 2013, S. 123–139.

13 Belege zu (und eine kritische Auseinandersetzung mit) dem Vorwurf des «deutschen Europa» liefert Henrik Uterwedde: *L'Europe allemande, mythe ou réalité?*, in: *Allemagne d'aujourd'hui*, Nr. 199, Januar–März 2012, S. 51–60.

vom Funktionieren einer Währungsunion gefangen seien. Aber auch er spricht von einem deutschen «Diktat» und wirft dem Nachbarn und seinen Verbündeten vor, die Gelegenheit genutzt zu haben, um «einen ideologischen Sieg über eine extreme linke Regierung» zu erringen, und «um den Preis, die Union zu zertrümmern».¹⁴

Gegenüber dieser in zahlreichen Nuancen variierten Kritik dringen andere Beurteilungen nur schwer durch. So zeigt sich der Ökonom Elie Cohen kritisch gegenüber der deutschen, aber auch der französischen Politik, wenn er konstatiert, «dass die Deutschen dem gesellschaftlichen Keynesianismus der Franzosen einen radikalisierten Ordoliberalismus entgegensetzen».¹⁵

Der frühere sozialistische Premierminister Michel Rocard äußert Verständnis gegenüber den Deutschen, «die schon zweimal gezahlt haben, als Europa versagte. Sind wir eigentlich sicher, dass die Franzosen, die Spanier oder die Belgier mehr Eifer zeigen, wenn es erneut an die Kasse geht?».¹⁶

Noch weiter geht der Präsident des Think-Tanks Fondation Robert Schuman, Jean-Dominique Giuliani, der sich vehement gegen «eine ekelhafte Germanophobie» wendet, deren Berechtigung sämtliche Fakten widerlegen. Auf den Vorwurf eines deutschen «Diktats» entgegnet er, dass «die Europäer einstimmig und geschlossen waren, um Griechenland trotz seiner Irrtümer zu retten, aber auch um sicherzustellen, dass sich nach der Rettung die Irrtümer nicht wiederholen.» Und: «Jeder, der die Deutschen kennt, weiß, dass sie Europa nicht beherrschen, sondern vielmehr eine europäische Stabilität sichern wollen, für die sie bereit sind, ihre Souveränität zu teilen.»¹⁷

Dauerpatient versus stiller Reformier – deutsche Meinungen über die französische Wirtschaftspolitik

Der deutsche Blick auf die französische Wirtschaft ist in der Regel weniger aufgeregt und weniger polarisiert als in der Gegenrichtung. Die Berichterstattung der Medien ist vielfältig, aber Frankreich löst bei weitem nicht solche innenpolitische Kontroversen in Deutschland aus wie umgekehrt. Die deutsche Öffentlichkeit ist, jedenfalls bei Wirtschaftsthemen, nicht auf den Nachbarn fixiert – wohl auch, weil die französische Wirtschaft überwiegend als schwächer wahrgenommen wird.

Die ordnungspolitischen Kontraste zwischen dem marktwirtschaftlichen Modell in Deutschland und dem Staatsinterventionismus Frankreichs wurden vor allem in den 1970er- und 1980er-Jahren thematisiert, als sie besonders augenfällig waren. Auf große Aufmerksamkeit stieß deshalb der 1978 begonnene Versuch des Premierministers Raymond Barre, die französische Wirtschaft zu liberalisieren. Dazu gehörten die Abschaffung der staatlichen Preiskontrollen, die Einführung kostendeckender Tarife

¹⁴ Jean-Christophe Cambadélis: Lettre ouverte à un ami allemand, 16.7.2015, <<http://bit.ly/1MvQ9Zt>>; Dominique Strauss-Kahn: A mes amis allemands, 18.7.2015, <<http://bit.ly/1kcA7e0>>.

¹⁵ Elie Cohen: Couple franco-allemand: la grande explication, 3.9.2015, <<http://bit.ly/1Pjz7lm>>.

¹⁶ Grèce: «Nous avons tous envie d'être solidaires mais pas envie de payer», in: *Le Monde*, 20.7.2015.

¹⁷ Jean-Dominique Giuliani: Quand tombent les mythes, éditorial, Fondation Robert Schuman, 13.7.2015, S.1.

bei öffentlichen Dienstleistungen, ein Abbau von Subventionen und die Stärkung des Wettbewerbs. Die deutsche Presse sah darin «ein geradezu spektakuläres Programm zur Befreiung der französischen Wirtschaft von den Fesseln des Staatsdirigismus» (*Die Zeit*, 14.7.1978). «Damit bahnt sich in Frankreich eine ökonomische Revolution an, deren Konsequenzen noch nicht abzusehen sind», urteilte *Die Welt* (28.4.1978). Die dem deutschen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft folgende Politik Barres wurde einhellig gelobt, wenn auch Zweifel aufkamen, ob der Premier sein ehrgeiziges Programm werde realisieren können. Auffällig ist die durchgängige Orientierung an den Maßstäben der deutschen Ordnungspolitik. Oft lesen sich die deutschen Kommentare wie eine Selbstbestätigung, sich daheim auf dem richtigen Weg zu befinden – und wie eine Aufforderung an Frankreich, dem erfolgreichen deutschen Beispiel zu folgen. Dabei ist eine gewisse Überheblichkeit zu spüren, etwa wenn *Die Zeit* (8.9.1978) anmerkt, das Wort von der Marktwirtschaft bekomme «auch für Frankreich langsam eine konkrete Bedeutung» oder die *Welt* (28.4.1978) urteilt: «Nach dreißigjährigem Staatsdirigismus entdecken die Franzosen den Wirtschaftsliberalismus.»¹⁸

Barres Liberalisierungskurs scheiterte allerdings und wurde 1981 durch die gezielt interventionistische Politik der Linksregierung von Präsident François Mitterrand abgelöst, bevor diese sich wiederum zu einer Kehrtwende gezwungen sah und ab 1983 schrittweise die Grundorientierungen der französischen Wirtschaftspolitik änderte. Die Entstehung des europäischen Binnenmarktes trieb die vorsichtige Liberalisierung zusätzlich voran. Dieser stille, anhaltende Wandel wurde in Deutschland damals nicht wirklich wahrgenommen, auch weil er unvollständig und widersprüchlich verlief und weil die französische Politik weiter an einer voluntaristischen Rhetorik des starken Staats festhielt.

Ähnliche Muster fanden sich 35 Jahre später in der deutschen Wahrnehmung der französischen Wirtschaftskrise, die seit Beginn des Jahrtausends schwelte und sich kurz nach Amtsantritt von Präsident François Hollande verschärfte. «Wird Frankreich das neue Griechenland?» titelte *Bild* am 31.10.2012, und Focus Online (1.2.2013) sah das Land als den «neuerkrankten Mann Europas». Die Schilderung der Wirtschaftslage Frankreichs geriet zu einer regelrechten Schwarzmalerei, bei der die Stärken weitgehend ausgeblendet blieben. Nur vereinzelt wurde darauf hingewiesen, etwa als Thomas Hanke im *Handelsblatt* (15.1.2014) mahnte: «Wer Frankreich abschreibt, verkennt sein Potenzial und denkt ahistorisch. Wenn der eine oder andere auch in Deutschland meint, Frankreich schmore in der Vorhölle zu Griechenland, wird er Opfer der eigenen Vorurteile.» Das anfängliche Zögern Hollandes, der das Ausmaß der Krise zunächst unterschätzt hatte, ließ die Kommentare besorgter und schärfer werden. Der «Reformstau» (*Handelsblatt*, 5.8.2013) und der Mangel an Führung durch den Präsidenten wurden ab Herbst 2012, teilweise bis weit in das Jahr 2014 hinein in scharfen Formulierungen kritisiert. Das *Handelsblatt* (5.8.2013) sprach von «Politik in Zeitlupe», die *Süddeutsche Zeitung* (7.5.2013) nannte den Präsidenten einen «Mon-sieur Zauderer», der Ökonom Henrik Enderlein (*Handelsblatt*, 23.12.2013) einen

¹⁸ Vgl. zu den Ereignissen 1978 mit zahlreichen Details und Zitaten die Fallstudie von René Lasserre und Henrik Uterwedde: Die wirtschaftliche und soziale Berichterstattung, op. cit. (Anm. 3).

«Reformverweigerer». «Große Nation, kleiner König» titelte das *Handelsblatt* am 30.10.2013, die *Badische Zeitung* (3.6.2014) sah «ein Land ohne Führung» und die *FAZ* Frankreichs Regierung «ohne Kompass, ohne Kraft, ohne Konzept» (1.11.2013).

Nur vereinzelt und mit erheblicher Zeitverzögerung nahmen die Kommentatoren wahr, dass Hollande bereits ab November 2012 eine Kehrtwende seiner Politik eingeleitet und erste angebotspolitische Reformen in Angriff genommen hatte. Dazu gehörten eine Senkung von Steuern und Abgaben der Unternehmen, die Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen und eine Arbeitsmarkt- und Rentenreform. Dabei behielt der Präsident die Neigung bei, die Veränderungen durch einen weiterhin linken Diskurs zu verschleiern. Immerhin verwies Michael Kläsgen in der *Süddeutschen Zeitung* schon am 15.11.2012 auf die «heimlichen Reformbaustellen» und machte am 7.2.2013 auf die «stille Reform» des Präsidenten aufmerksam, die sich hinter dem scheinbaren Stillstand entwickle.

Erst als Hollande in seiner Neujahrsansprache 2014 zu einer klaren Sprache fand, seinen Reformkurs offen bekräftigte und kurz darauf mit Manuel Valls einen überzeugten Reformier zum Premierminister ernannte, wurde auch in Deutschland der Wille zur Veränderung im Nachbarland wahrgenommen und überwiegend positiv bewertet. Die *FAZ* (16.1.2014) sprach von einer überfälligen Wende, die *Süddeutsche Zeitung* (16.1.2014) machte europäischen Reformgeist aus, wenngleich sie auch auf die vor dem Präsidenten liegenden Schwierigkeiten und Reformblockaden hinwies.

Heute wird deutlicher als in den 1970er-Jahren artikuliert, dass die französische Reformpolitik auch für Deutschland von unmittelbarer Bedeutung ist, dass also die Bundesregierung «größtes Interesse daran haben [muss], dass Hollande Erfolg hat», so ein Kommentar der *Stuttgarter Nachrichten* (16.1.2014). Ähnlich Thomas Hanke im *Handelsblatt* (22.–24.8.2014): «Die Konstruktion der EU war nur möglich, weil Deutschland und Frankreich gleich stark waren. Sollte die Bundesrepublik auf Dauer mehr Gewicht haben, verrutscht diese Statik. [...] Schon deshalb muss man Frankreich wünschen, dass es sich für Modernisierung entscheidet und gegen Dekadenz.» Mehr noch: Der Präsident brauche «eine enge Begleitung durch seine europäischen Partner. Allerdings mit viel Fingerspitzengefühl und ohne Häme. Andernfalls kann sich die Lage im Land schnell verhärten, wenn nicht verschärfen.» (*Handelsblatt*, 15.1.2014). Klarer kann man die wechselseitige Abhängigkeit der beiden Länder, die eine Mitverantwortung für Erfolg und Scheitern des Partners bedeuten, kaum artikulieren.

Fazit: Bilaterale Differenzen und europäische Innenpolitik

Welche Einsichten vermittelt dieser Blick auf die Wahrnehmungen der Wirtschaft des jeweiligen Nachbarn? Zum einen ist die Permanenz mancher Bilder über viele Jahrzehnte bemerkenswert. Oft zeigen sich bekannte Wahrnehmungsmuster in Form von Gegensätzen – deutsche Dominanz versus französische Schwäche, deutsche Orientierung auf Reformen und Sozialpartnerschaft versus französische Präferenz einer dirigistischen Entwicklung unter dem Primat der Politik. Auffällig ist, dass gerade in Frankreich der Blick auf die deutsche Wirtschaft häufig als Spiegel für die eigenen

Schwächen benutzt wird. Weiterhin ist die hohe politische «Aufladung» dieser Bilder in Frankreich zu vermerken. Das deutsch-französische Wirtschaftsgefälle ist nicht einfach ein wirtschaftspolitisches Thema, sondern gewinnt symbolische Sprengkraft. Dies liegt an der hohen Sensibilität der französischen Politik und Öffentlichkeit für den Verkehr auf gleicher Augenhöhe. Wird dieses Gleichgewicht gestört oder als gestört wahrgenommen, reagieren Medien und öffentliche Meinung empfindlich. Kommt noch ein forscher Ton der deutschen Politik oder eine harte deutsche Verhandlungsposition in Brüssel dazu, entsteht aus der Kritik an der Dominanz schnell der Vorwurf der Arroganz oder des Diktats.¹⁹

Doch die Wahrnehmungsmuster haben sich durch die europäische Integration auch verändert und differenziert, ohne dass dieser Wandel schon immer klar hervortreten würde. Spätestens mit dem Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion und der Eurozone ist das öffentliche Bewusstsein gewachsen, «in einem Boot» zu sitzen. Schon deshalb wird genauer als früher beobachtet, was sich im Nachbarland ereignet – und was in Brüssel. Hier handelt es sich oft um Entscheidungen, die direkte Auswirkungen auf die Bürger, auf Steuerzahler, Unternehmer und Beschäftigte haben. Daher registrieren die französischen Medien auch die Politik der Bundesregierung in der Eurozone genau.

Tauchen Probleme auf, wird nun auch systematischer als bisher nach erfolgreichen Lösungen in den europäischen Partnerländern gesucht. Die intensive Wahrnehmung der Agenda 2010 führte sofort zu einer Debatte, ob eine solche Politik auch für Frankreich taugen könnte. Die kontroverse und im ganzen politischen Spektrum uneinheitliche Einschätzung der Agenda-Reformen war allerdings keine französische Spezialität – schließlich waren auch in Deutschland die Maßnahmen höchst umstritten.

Dies führt zu einer weiteren, folgenreichen Veränderung der Wahrnehmungsmuster: Wirtschafts- und Sozialpolitik ist zur europäischen Innenpolitik geworden. Sie wird in demokratischen, pluralistischen Gesellschaften immer kontrovers diskutiert, bevor parlamentarische Mehrheiten darüber entscheiden. Die großen Kontroversen innerhalb der Eurozone finden nicht mehr zwischen Nationen, sondern zwischen unterschiedlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundkonzepten statt, die in allen europäischen Staaten zu finden sind: Stabilitäts- versus Wachstumspolitik, Nachfrage- versus Angebotspolitik, Solidarität versus Eigenverantwortung. Auch wenn die Krisen der letzten Jahre manchmal als Spaltung zwischen den nord- und den südeuropäischen Staaten und ihren Wirtschaftsmodellen geführt wurden, waren die Positionen der Regierungen innerhalb der Länder meist genauso umstritten wie zwischen ihnen.

So ist der Kurs der Bundesregierung in der Eurozone nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland auf Kritik gestoßen, und es gibt auch deutsche Fachleute und Akteure, die den Spar- und Stabilitätskurs als einseitig und nicht zielführend anprangern. Umgekehrt melden sich in Frankreich auch Stimmen, die die

¹⁹ Vgl. Henrik Uterwedde, Deutschland aus französischer Sicht: Modell, Ärgernis, Bedrohung? In: Politikum, Nr. 2, Sommer 2015, S. 68–75.

Position Angela Merkels in der Eurokrise, etwa ihr Beharren auf soliden öffentlichen Finanzen und strukturellen Reformen für richtig halten. Auch die öffentliche Meinung beider Länder ist nicht homogen. Eine Meinungsumfrage im Juli 2015 über die Bewältigung der Griechenland-Krise ergab, dass 44 Prozent der Franzosen Vertrauen zu Angela Merkel haben und nur 24 Prozent zu François Hollande. Umgekehrt setzen in Deutschland zwar 51 Prozent auf Merkel, immerhin aber auch 31 Prozent auf Hollande.²⁰

Warum werden die Auseinandersetzungen in Europa dennoch weiterhin als Kontroversen zwischen Nationen wahrgenommen? Zum einen, weil die wesentlichen Entscheidungen intergouvernemental fallen, also im Kreis der Regierungschefs. Dort stehen dann Merkel und Hollande für die jeweilige Position ihres Landes. Zum anderen doch auch, weil in beiden Ländern unterschiedliche wirtschaftspolitische Positionen dominieren – und dann der Keynesianismus wieder als «französische», die Angebotspolitik als «deutsche Position» interpretiert wird. Das Ziel einer europäischen Bürgergesellschaft erfordert aber eine neue Qualität europäischer Debatten, in der beide Dimensionen – die nationalen Spezifika wie die politisch-ideologischen Unterschiede – gleichermaßen zu ihrem Recht kommen. Dies ist eine anspruchsvolle, mit schwierigen Lernprozessen verbundene Aufgabe. Es ist aber auch der Preis für die Fähigkeit der Europäer, ernsthafte, zielführende Auseinandersetzungen über die wünschenswerte Zukunft ihrer Wirtschaft und Gesellschaft zu führen.

20 Ifop: Regards franco-allemands sur la Grèce après la victoire du «non» au référendum, Paris, Juli 2015.

Mama Merkel und der Kriegsherr

Wie Bilder den Blick auf Terror und Flüchtlingskrise prägen

Als der ehemalige Präsident Nicolas Sarkozy im Sommer 2015 die Flüchtlingskrise vor seinen Parteianhängern als Wasserrohrbruch in einem Haus beschrieb,¹ konnte er kaum eine größere Distanz zu Angela Merkel ausdrücken, seiner Partnerin aus den Zeiten von «Merkozy» gerade einmal vier Jahre zuvor. Denn wenige Wochen nach Sarkozys Äußerung wurde die Kanzlerin durch ihre offene Politik gegenüber Flüchtlingen zum Sinnbild für die neue deutsche «Willkommenskultur». War für Deutschland die Ankunft von rund einer Million Flüchtlingen das politisch und gesellschaftlich folgenreichste Ereignis des Jahres 2015, so gilt dies in Frankreich für die beiden Erfahrungen mit dem Terror. Nach dem Attentat auf die Redaktion von Charlie Hebdo und der Geiselnahme in einem koscheren Supermarkt im Januar 2015 wurde die französische Hauptstadt im November erneut zur Zielscheibe des islamistischen Terrorismus. Präsident François Hollande sieht sein Land «im Krieg».

Beide Ereignisse – die Terroranschläge in Frankreich und die Flüchtlingskrise in Deutschland – werden im jeweiligen Nachbarland besonders stark rezipiert. Welche Denkmuster und Bilder prägen diese Debatten und Reaktionen? Einerseits dienen die beiden Krisenfälle einer Projektion auf sich selbst. Die französische Debatte über Angela Merkels Management der Flüchtlingskrise ist vor allem eine Debatte über die eigene Zerrissenheit zwischen der Verpflichtung als «Land der Menschenrechte» und der wachsenden Xenophobie in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation. In Deutschland wiederum fügt sich die Reaktion auf die Terroranschläge – allen Warnungen einer Vermischung zum Trotz – in die Diskussion über die Aufnahme von Flüchtlingen ein. In diesem Kontext führen sowohl Deutschland als auch Frankreich auf unterschiedliche Art die Debatte über ihre Identität. Ängste und die Tendenz zu einem Rückzug auf das Nationale, aber auch Einheitsbekundungen und Offenheit sind widerstreitende Prozesse, die so offen zutage treten wie kaum zuvor. Doch der Blick auf «den Anderen» ist auch geprägt von der Besonderheit der deutsch-französischen Beziehung. Bei den Regierungen herrschen klare Erwartungen. Politische Solidarität wird von beiden Seiten eingefordert – und geleistet. Diesen beiden Aspekten soll in dem vorliegenden Beitrag nachgegangen werden.

1 Claude Fouquet: Les propos de Sarkozy sur les migrants font réagir Hollande et Valls, in: Les Échos, 19.6.2015, <<http://bit.ly/1RTGz7E>>.

Frankreich und die Flüchtlingskrise: «Ein deutsches Problem»

In gesellschaftlichen Debatten geben bestimmte griffige Wörter und Bezeichnungen bereits durch ihre eigene Definition die Richtung vor. Beim Thema Migration entscheiden sie über die – nicht nur – juristische Einordnung von Menschen, die sich in einem anderen Land niederlassen wollen. Deshalb ist es zunächst bezeichnend, dass die «Flüchtlingskrise» in Frankreich als «Migrationskrise» («*crise migratoire*» oder «*crise des migrants*») wahrgenommen wird. Diese unterschiedliche Semantik fußt wiederum auf einer völlig andersartigen Sichtweise durch die deutsche und französische Politik. Nur so ist die französische Reaktion auf die Flüchtlingskrise zu verstehen. Der Begriff Migration rückt die Motive in den Hintergrund – Flucht ist dabei nur eines von mehreren – und reduziert somit den politischen oder gar humanitären Handlungsdruck. Auch in Deutschland ist die Unterscheidung zwischen «Wirtschaftsflüchtlingen» und «politischen Flüchtlingen» zentral. Während Flucht vor Gewalt, Krieg und Tod als legitimer Grund für Wanderbewegungen gilt, ist Migration im Sinne von Arbeits- und Wirtschaftsmigration diskreditiert. Das Recht auf individuelle Entwicklung, indem Menschen ihre Lebens- und Entwicklungschancen durch Aufbruch aus ihrer Heimat verbessern wollen, wird nicht als legitimes Ziel anerkannt. Doch die Lesart der Krise ist in Deutschland mehr eine humanitäre als eine wirtschaftliche – auch wenn die Motive der Flüchtenden ihrer Überprüfung im Asylverfahren nicht immer standhalten würden.

Zuerst Herz, dann Kalkül: Von Mama Merkel zur moralischen Keule

In Frankreich sind die Auswirkungen des Flüchtlingszuzugs nach Europa weit weniger zu spüren als im Nachbarland. Bereits 2014 ging die Zahl von Asylanträgen, die in Frankreich gestellt wurden, entgegen dem Trend in anderen EU-Mitgliedstaaten um 5 Prozent zurück. Diese Entwicklung setzte sich auch 2015 zunächst fort.² Als im Juni 2015 mehrere hundert Flüchtlinge an der französisch-italienischen Grenze nach Frankreich einreisen wollten, reagierte die französische Regierung restriktiv, indem sie innerhalb des Schengen-Raums eine Grenze kurzfristig sperrte. Die illegalen Flüchtlingscamps in Calais gegenüber Großbritannien drücken seit Jahren den politischen Unwillen aus, die rechtliche und humanitäre Situation der Flüchtlinge zu verbessern. So soll jeder weitere Anreiz vermieden werden.

Den Front National im Rücken, der jede Gelegenheit nutzt, um mit einer Politik gegen Einwanderung Stimmen zu sammeln, versuchte Hollande, das Thema möglichst lange zu ignorieren. Doch die Zahl der Flüchtlinge, die über die Balkan-Route nach Westeuropa kamen, nahm immer weiter zu. Die Ereignisse kulminierten im August und September 2015, als Deutschland angesichts der weiter steigenden Flüchtlingszahlen die Aufnahme von mehreren hunderttausend Flüchtlingen

2 Eurostat Pressemitteilung 53/2015: Zahl der Asylbewerber in der EU im Jahr 2014 sprunghaft auf mehr als 625.000 angestiegen, <<http://bit.ly/1LVCUoL>>; und Eurostat Pressemitteilung 163/2015: Über 210.000 erstmalige Asylbewerber in der EU im zweiten Quartal 2015, <<http://bit.ly/1NHbQco>>.

beschloss. In Frankreich herrschte zunächst Verwirrung über Angela Merkels Krisenmanagement und die schnellen Wendungen, die die deutsche Regierung von der Öffnung der Grenzen bis zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen vornahm. Politisch verwirrend war dieser Vorgang, weil er die gewohnte Positionierung gegenüber der deutschen Kanzlerin außer Kraft setzte. Von der französischen Linken wurde die Kanzlerin, zuvor die Personifizierung neoliberaler Wirtschaftspolitik, auf einmal als «Mama Merkel» gefeiert, die Herz gegenüber Flüchtlingen zeigte. Die Konservativen verloren dagegen ihr «modèle allemand», mit dem sie ihre Kritik der sozialistischen Regierungspolitik jahrelang gestützt hatten. Denn plötzlich war die deutsche Politik ihnen viel zu offen – beinahe schon mit Erleichterung nahmen sie daher die Querelen innerhalb der CDU/ CSU selbst wahr.

Frankreich schien zunächst hin- und hergerissen zu sein zwischen seiner historischen Identität als Zufluchtsort für politisch Verfolgte im «Land der Menschenrechte» und einem aktuellen gesellschaftlichen Klima, in dem die Mehrheit der Franzosen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen ist.³ Angst vor dem Islam, aber auch Angst vor sozialem Abstieg durch Arbeitslosigkeit und allgemeiner vor weiterem wirtschaftlichen Abschwung sind hauptsächlich dafür verantwortlich. Dieser Zwiespalt drückt sich auch in den Reaktionen auf Deutschlands Wende in der Flüchtlingspolitik aus. «Angela Merkel hat die Fackel einer universellen Moral aufgehoben, die unser altes, müdes Vaterland so lange angeblich alleine getragen und dann fallengelassen hat»,⁴ heißt es in einem Editorial des konservativen Magazins *Le Point*. Die Titelseite dieser Ausgabe zeigt eine lächelnde Kanzlerin, unter der zu lesen ist: «Die unglaubliche Madame Merkel. Wenn sie doch nur Französin wäre ...». Auch für *Le Monde* ist Angela Merkel nicht weniger als «der Stolz Europas», der die Werte des Kontinents und der Union verteidige und damit sogar für den Friedensnobelpreis gehandelt werde.⁵ Regelrecht erstaunt wirkten Politiker und Kommentatoren bei der Feststellung, dass die Flüchtlinge nicht nach Frankreich, sondern nach Deutschland wollen. «Verblüffend sind nicht die Zweifel der Franzosen an der Aufnahme von Flüchtlingen, sondern die Zweifel der Flüchtlinge an Frankreich: Sie wollen überhaupt nicht kommen!», meinte François Bayrou, Präsident der Partei MoDem.⁶ So beruhigt manche Politiker gewesen sein dürften, dieses «Problem» nicht vor ihren Wählern thematisieren zu müssen, so sehr kratzte diese Einsicht noch zusätzlich an der ohnehin strauhelnden Identität des Landes, das seine demokratischen Werte so hoch hält.⁷

- 3 So lehnen 46 Prozent der Franzosen die Aussage ab, wonach es die Pflicht des eigenen Landes sei, Menschen, die vor Krieg und Elend fliehen, aufzunehmen. Mit Großbritannien sind sie damit unter sieben befragten europäischen Ländern an der Spitze – in Deutschland lehnen 21 Prozent diese Aussage ab. Benoît Vitkine: La France plus frileuse que ses voisins vis-à-vis de l'accueil des migrants, *Le Monde.fr*, 27.10.2015, <<http://bit.ly/1KEPrWy>>.
- 4 Franz-Olivier Giesbert: Angela, François, Edgar et les autres, in: *Le Point*, 10.9.2015, S. 13.
- 5 Angela Merkel: La fierté de l'Europe, in: *Le Monde*, 10.9.2015.
- 6 Élise Karlin, Eric Mandonnet: Pourquoi les Français ne veulent pas des migrants, in: *L'Express*, 30.9.2015, <<http://bit.ly/1NNUYQZ>>.
- 7 Claire Demesmay: Frankreichs Identitätskrise: Auf die Anschläge folgt die Debatte, DGAPkompakt, Nr. 8, Juli 2015, <<http://bit.ly/1QrcD3A>>.

Nach der ersten Euphorie wegen der menschlichen Geste Merkels, die so ganz anders wirkte als die kaltherzige deutsche Politik in den jüngsten Krisen Jahren, nahm eine andere Deutung überhand. Die Suche nach den Motiven Deutschlands mündete in der Analyse von Nützlichkeitsabwägungen. Schnell kehrten die gewohnten Bilder von Kalkül, wirtschaftspolitischem Egoismus und «moralischem Zeigefinger» zurück. Als «demografische Strategie» interpretierte der Historiker Hervé Le Bras die deutsche Politik, die die Flüchtlinge zum Deutschlernen ermutigt, um sie möglichst schnell «verwendbar» zu machen.⁸ Deutschland könne sich seine Großzügigkeit als wirtschaftlich florierendes «Eldorado» nicht nur leisten, sondern habe die Aufnahme von Flüchtlingen gar kalkuliert, um auch weiterhin über genug Arbeitskräfte in einer alternden Gesellschaft zu verfügen. Marine Le Pen vermutete darüber hinaus eine Absicht Merkels, die Löhne noch weiter zu senken und durch eine «massive Immigration Sklaven einzustellen».⁹ Nicht minder deutlich attestierte Jean-Luc Mélenchon als Vertreter der radikalen Linken Deutschland eine «opportunistische Politik» und ein «Täuschungsmanöver» Merkels.¹⁰

Neben wirtschaftlichen Aspekten war auch immer wieder von einem gelungenen Werbecoup Angela Merkels die Rede. Er sollte das ramponierte Bild der «eisernen Kanzlerin» nach der Griechenland-Krise zurechtrücken oder – noch weiter ausgeholt – von der historischen Rolle Deutschlands ablenken. Dass beides in Frankreich nicht gelang, zeigen ähnliche Reaktionen aus dem gesamten politischen Spektrum von links bis rechts: Wie auch schon in der Eurokrise habe Angela Merkel mit ihrer «Einladung» im Alleingang die Richtung in der EU bestimmt, Lektionen erteilt und ihr Diktat vorgegeben.¹¹ «Nachdem Deutschland uns demütigende Lehrstunden in Wirtschaft erteilt hat, erklärt es uns nun die Menschenrechte», so *Le Point*.¹²

Die Flüchtlingskrise wird nun in ihrer konkreten Ausprägung vor allem als deutsche Krise gesehen. Die französische Regierung hatte sich früh auf die Linie festgelegt, das Problem an seinem Ursprung (durch den Kampf gegen den Islamismus, ob in Mali oder in Syrien) zu bekämpfen und nahm für sich in Anspruch, dabei bereits wesentlich aktiver als seine europäischen Partner zu agieren. An dieser Sicht hat sich seit den Terroranschlägen im November 2015 in Paris nichts geändert – ganz im Gegenteil. Zwar sind die Zweifel an einer Integration muslimischer Einwanderer größer als je zuvor, aber ebenso groß ist auch die Entschlossenheit, das Problem zu externalisieren und den IS militärisch in Syrien zu bekämpfen, fernab von Frankreich. Indirekt schwang ein Vorwurf an Deutschland mit, es wolle sich mit seiner zögerlichen Haltung bei militärischen Einsätzen aus schwierigen Entscheidungen heraushalten und damit die Ursachen der Flüchtlingsbewegungen nicht bekämpfen. Seine

8 Hervé Le Bras: C dans l'air, France 5, 14.10.2015.

9 Olivier Faye: Crise des migrants: le FN tient Angela Merkel pour responsable, *Le Monde.fr*, 24.9.2015, <<http://bit.ly/1Lz5rio>>.

10 Interview mit Jean-Luc Mélenchon, RTL, 11.9.2015, <<http://bit.ly/1m9Dhk1>>.

11 Äußerungen von Yves Thérard (*Le Figaro*), Malek Boutih (PS-Abgeordneter) und Florian Philippot (FN-Abgeordneter im Europäischen Parlament).

12 Franz-Olivier Giesbert, ebd. (Anm. 4).

Erwartungen, dass sich dies nach den Anschlägen ändern würde, äußerte Hollande dementsprechend deutlich.

Deutschland und die Terroranschläge in Paris: Ist das schon Krieg?

Deutschland als wirtschaftlich starkes, geeintes und mit Optimismus in die Zukunft blickendes Land: Dieses Bild wurde in Frankreich immer wieder gezeichnet, um die Generosität der Nachbarn bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu erklären. Tatsächlich jedoch legte die Flüchtlingskrise in Deutschland gesellschaftliche Spaltungen offen, die sich schon in den Vorjahren abzeichneten. Der Aufstieg der mittlerweile offen rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) ebenso wie die wöchentlichen Demonstrationen von «Pegida» in Dresden verdeutlichen das Potenzial politischer Gruppierungen, die gezielt an diffuse Ängste appellieren. Auf der anderen Seite stehen mindestens ebenso viele Menschen, die mit ihrem ehrenamtlichen Engagement die Bilder der «Willkommenskultur» geprägt haben und die die Verwaltung, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge erst möglich machen. Die Anschläge am 13. November in Paris ereigneten sich mitten hinein in dieses politisierte Klima der Verunsicherung.

Wie auch schon nach den Anschlägen im Januar waren Mitgefühl und Betroffenheit mit den Opfern groß; angesichts der Alltäglichkeit der Ziele war die Identifikation sogar noch stärker. Paris ist ein Sehnsuchtsort vieler Deutscher und verkörpert wie kaum eine andere Stadt ein Lebensgefühl von Freiheit und Leichtigkeit. Politikerinnen und Politiker aller deutschen Parteien betonten die besondere Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich und verliehen dem Zusammengehörigkeitsgefühl damit Ausdruck.¹³ Damit nahmen sie auch das dominierende Mitgefühl in der Gesellschaft auf, von Schweigeminuten in den Schulen bis zur Übernahme der Trikolore oder des Eiffelturms als Profilbild in den sozialen Netzwerken.

Doch auch hier macht die Semantik die Unterschiede in der Bewertung deutlich. Als «Kriegsakt» bezeichnete François Hollande die Anschläge am Tag danach und kündigte die Vernichtung des «Islamischen Staats» (IS) an. Eine solche Wortwahl löst in Deutschland, wo alle Begriffe dieser Art vorsichtig verwendet werden, sogleich eine Diskussion über ihre Angemessenheit aus. Dabei spielt nicht nur das historische Erbe des Zweiten Weltkriegs eine Rolle, sondern ebenso jüngste Erfahrungen mit den Einsätzen in Afghanistan und Libyen, die – in einem Fall mit, im anderen ohne deutsche Beteiligung – ihre Ziele nicht erreicht haben. Während Bundespräsident Joachim Gauck vorsichtig von einer neuen «Art des Krieges»¹⁴ sprach, vermieden ansonsten die meisten Medien und Politikerinnen und Politiker eine zu rasche Einordnung des

13 U. a. CDU, Pressemitteilung 080/15: Wir stehen an der Seite unserer französischen Freunde, 14.11.2015, <<http://bit.ly/1Oa7nRm>>; und Auswärtiges Amt: Solidarität mit den französischen Freunden, <<http://bit.ly/1OxWZgw>>.

14 Bundespräsidialamt, Bundespräsident Joachim Gauck bei der zentralen Gedenkstunde zum Volkstrauertag am 15. November 2015 in Berlin, <<http://bit.ly/1O8rNUZ>>.

Geschehens als Krieg.¹⁵ Mit Verwunderung und zuweilen Befremden wurde Hollandes Auftreten in den Wochen nach den Anschlägen als das eines «schneidigen Kriegsherrn»¹⁶ wahrgenommen, sein Aktionismus gar als «fatal»¹⁷ eingestuft. Ironischerweise ereilt ihn damit aus Deutschland derselbe Vorwurf einer emotionalen Überreaktion, wie er in Frankreich Angela Merkel in der Flüchtlingskrise gemacht wurde. Auch andere Charakteristika interpretieren Deutsche und Franzosen geradezu gegensätzlich. Für den islamkritischen französischen Philosophen Alain Finkielkraut ist klar: «Der ‹Islamische Staat› hat uns den Krieg erklärt. Das nicht anzuerkennen wäre ein Eingeständnis von Schwäche, die uns in den Untergang führen würde.»¹⁸

Welches Verhalten demonstriert aber politische «Stärke» oder «Schwäche»? Für viele Deutsche muss eine souveräne Politik eher besonnen und zurückhaltend sein, während die «Entschlossenheit» Hollandes als übereilte Reaktion und Einknicken vor den Drohgebärden des IS wahrgenommenen wurde.¹⁹

Zudem nahm die deutsche Debatte als eine zentrale Ursache die verfehlte Integration und die Radikalisierung muslimischer Jugendlicher in Frankreich in den Blick und ortete hier ein französisches innenpolitisches Problem.

Dennoch war auch in Deutschland der Ruf nach Konsequenzen auf den Anschlag, die über reine Solidaritätsbekundungen hinausgehen, lauter als noch im Januar nach dem Attentat auf Charlie Hebdo. Befürchtungen aus französischer Sicht, Deutschland würde sich auch in diesem Fall aus der Verantwortung ziehen, sobald es um den Einsatz der Bundeswehr gehe, erwiesen sich als falsch. Die Dringlichkeit von Hollandes Appell kam an, und der Bundestag genehmigte am 4. Dezember, nur drei Wochen nach den Anschlägen, die Teilnahme von bis zu 1.200 Soldaten zur militärischen Bekämpfung des IS. Trotz einer kontroversen Diskussion für und wider «Kriegseintritt» erlangte die Regierungskoalition durch ihre beinahe geschlossene Zustimmung eine deutliche Mehrheit im Bundestag. Während die Befürworter des Einsatzes in ihrer Argumentation vor allem die EU-Beistandsklausel, die Solidarität mit Frankreich und die Übernahme von Verantwortung vorbrachten, konzentrierte sich die Kritik der Opposition auf die zweifelhafte Wirksamkeit und die fehlende Strategie des Syrien-Einsatzes. Wenngleich auch für Deutschland die Bekämpfung des IS von höchstem Interesse ist – nicht nur aufgrund der von ihm ausgehenden Terrorgefahr, sondern auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen –, haben in erster Linie die Solidarität mit Frankreich und die außerordentliche Bedeutung der deutsch-französischen Partnerschaft den Diskurs geprägt. Die Solidarität scheint von der Bevölkerung

15 Zu den Ausnahmen gehören zum Beispiel die Kommentare von Berthold Kohler in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* (Im Weltkrieg, 15.11.2015) und von Stefan Aust in der *Welt am Sonntag* (Dies ist kein Terrorismus mehr – das ist Krieg, 15.11.2015).

16 Karin Finkenzerler: Markige Worte, aber keine Strategie, *Zeit Online*, 25.11.2015, <<http://bit.ly/1RqvVWI>>.

17 Axel Veiel: Fataler Aktionismus in Frankreich, in: *Frankfurter Rundschau*, 17.11.2015, <<http://bit.ly/1RqvYBU>>.

18 Interview mit Alain Finkielkraut von Georg Blume, in: *Die Zeit*, 26.11.2015, <<http://bit.ly/1RMVPTA>>.

19 Christoph Hasselbach: Frankreichs Überreaktion, *Deutsche Welle*, 17.11.2015, <<http://bit.ly/1NyYYBT>>.

mitgetragen zu werden. Zunächst war die Meinung über den möglichen Einsatz noch sehr gespalten (46 Prozent dagegen, 47 Prozent dafür),²⁰ in der Woche der Abstimmungen im Bundestag sprachen sich aber bereits 58 Prozent der Befragten dafür aus, während nur noch 37 Prozent dagegen waren.²¹

Alles eins: Vermischung der Debatten über Anschläge und Flüchtlingskrise

Die Debatte nach den Anschlägen von Paris fügte sich beinahe nahtlos in die politischen Auseinandersetzungen im Rahmen der Flüchtlingskrise ein. Vor allem die Gegner der Flüchtlingspolitik instrumentalisierten den Terror, vermischten beide Themen und erlangten durch die Empörung, die sie damit hervorriefen, nur noch mehr Gewicht. Das große Echo auf einen Tweet des CSU-Politikers Markus Söder, der direkt nach den Attentaten einen Stopp der «illegalen und unkontrollierten Zuwanderung» gefordert hatte, illustriert dies deutlich.²² Auch die sozialen Hintergründe der Attentäter dienten dazu, einen Bogen zur aktuellen Integrationsdebatte zu schlagen. Die Probleme Frankreichs und Belgiens mit der Integration wurden dabei entweder als Bestärkung für noch größere Bemühungen oder als Argument gegen die Aufnahme von Muslimen angeführt.²³ Die stigmatisierten Bilder der Banlieues als Vorstädte ohne soziale Perspektive für ihre Bewohnerinnen und Bewohner dienen in Deutschland seit den Aufständen von 2005 als abschreckendes Beispiel einer fehlgeleiteten Integrationspolitik. Die Herkunft der Attentäter des Anschlags in Paris bestärken diese Wahrnehmung noch. Gerade die Fragen, die die Deutschen seit Monaten polarisieren – In welchem Land wollen wir leben? Was ist eigentlich «Deutsch»? Wie viel Offenheit wollen wir? –, wurden durch den islamistischen Terrorismus noch einmal wie durch ein Brennglas vergrößert.

Solidarität in einer besonderen Beziehung

In die beiden Krisen, die Deutschland und Frankreich gemeinsam, aber auf unterschiedliche Art betreffen, fügt sich die jeweilige Lesart in die Debatte ein und ruft die aus vorherigen Ereignissen vertrauten Bilder ab. Frankreichs Deutung bezieht sich mehrheitlich auf ein starkes, wenn nicht dominierendes Deutschland unter Angela Merkel, das wie in der Griechenland- auch in der Flüchtlingskrise die Richtung vorgibt. Dabei wird der Nachbar nicht nur als großzügig, sondern ebenso als egoistisch und verantwortungslos wahrgenommen. Die deutsche Öffentlichkeit nimmt

20 Politbarometer, 27.11.2015, <<http://bit.ly/L9rzmt>>.

21 ARD-Deutschlandtrend, tagesschau.de, 4.12.2015, <<https://www.tagesschau.de/in/land/deutschlandtrend-455.html>>.

22 So veröffentlichte Söder nach den Anschlägen auf seinem Twitter-Account die Aussage: «#ParisAttacks ändert alles. Wir dürfen keine illegale und unkontrollierte Zuwanderung zulassen», <<http://bit.ly/1MiLwjw>>.

23 Vgl. Heinz Buschkowsky: Schickt junge, hungrige Lehrer!, in: *Die Zeit*, 26.11.2015, Nr. 48/2015.

Frankreich wieder einmal als starke Nation wahr, die mit Entschlossenheit und Energie, aber auch mit Pathos gegen die Angriffe auf ihre Werte und ihren Lebensstil vorgeht.

In den Diskursen über die Flüchtlingskrise und die Terroranschläge greifen Politiker wie Journalisten nicht nur diese immer wiederkehrenden Bilder auf, sondern betreiben auch eine Wortwahl, der oftmals sehr unterschiedliche, ja sogar gegensätzliche Interpretationen zugrunde liegen. Es geht z. B. um die Begriffe «Stärke», «Schwäche» und etwas ferner um die Interpretation einer «von Emotionen getriebenen Reaktion». Sie sind tief in der jeweiligen politischen Kultur verankert und deshalb kaum mehr Gegenstand einer Debatte. Doch dadurch können Missverständnisse besonders schnell entstehen und die politischen Entscheidungen prägen.

Trotz alledem wird deutlich, dass die viel beschworene Solidarität in der Beziehung beider Länder tatsächlich eine politische Ressource ist, die bis zu einem gewissen Grade auch Widerstände aus der eigenen Bevölkerung in Kauf nimmt. Merkels Zusicherung einer militärischen Beteiligung Deutschlands beim Kampf gegen den IS und die Zustimmung Hollandes zu einer Quotenregelung in der Flüchtlingspolitik machen dies deutlich. Doch wenn Solidarität auch auf europäischer Ebene in Zukunft wieder mehr als ein «Freundschaftsdienst» werden soll, müssen all jene, die sich an den nationalen Diskursen beteiligen, die immer wiederkehrenden Bilder erkennen und darauf hinweisen, was der Nachbar damit eigentlich meint.

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Dr. Jens Althoff leitet das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Paris.

Dr. Claire Demesmay leitet das Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin.

Kathrin Glastra ist zuständig für die europäische Energiewende im Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Brüssel.

Julie Hamann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der DGAP in Berlin.

Sara Jakob ist Assistentin im Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der DGAP sowie freiberufliche Lektorin und Übersetzerin für Französisch.

Prof. Dr. Ursula Koch ist em. Professorin der Ludwig-Maximilians-Universität München und Gründungsmitglied der Equipe Interdisciplinaire de Recherche sur l'Image Satirique.

Dr. Christine Pütz ist Referentin Europäische Union bei der Heinrich-BöllStiftung in Berlin.

Andreas Rüdinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Nachhaltige Entwicklung und Internationale Beziehungen (IDDRI) in Paris.

Prof. Dr. Gwénola Sebaux ist Professorin für deutsche Landeskunde an der katholischen Universität des Westens in Angers.

Prof. Dr. Henrik Uterwedde ist Mitarbeiter am Deutsch-französischen Institut (dfi) in Ludwigsburg, Honorarprofessor der Universität Stuttgart und Gastdozent an mehreren Universitäten.

Sébastien Vannier ist zuständig für wissenschaftliche Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit beim Centre Marc Bloch und Korrespondent für die Tageszeitung *Ouest-France* in Berlin.

Michaela Wiegel ist Korrespondentin für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in Berlin.

BILDNACHWEISE

Die Rechteinhaber der Karikaturen sind in den entsprechenden Fußnoten auf den Seiten 58 bis 68 angegeben.

Die Rechteinhaber für die Fotos sind unter diesen selbst auf den Seiten 70 bis 76 zu finden.

Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Rechteinhaber.

Frankreich und Deutschland – Bilder über den Nachbarn in Zeiten der Krise

Frankreich und Deutschland – das ist eine schicksalhafte Beziehung, die die Geschicke des europäischen Kontinents geprägt hat. Sie stand im Zentrum einer Reihe von Kriegen, die Millionen Tote auf den Schlachtfeldern hinterließ. Rund 60 Jahre nach dem historischen Neubeginn ist die deutsch-französische Partnerschaft nach wie vor die Zentralachse der europäischen Einigung: Wenn sich Franzosen und Deutsche einig sind, kommen die Dinge voran; wenn sie über Kreuz liegen, stottert der Integrationsmotor. Das erkennt man auch an den Bildern, die man sich voneinander macht.

Der vorliegende Sammelband untersucht die medialen und politischen Diskurse in den beiden Ländern. Die Beiträge widmen sich den Debatten zur Eurokrise sowie speziellen Themen wie Familienpolitik und Energiewende. Es zeigt sich gerade in Zeiten der Krise, wie sehr der Blick auf den Nachbarn von Stereotypen geprägt wird.

ISBN 978-3-86928-153-7